Montag, 3. November 1986 - D***

Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 · Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 256 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,60 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 30,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 650 TL

هكذا من الأصل

DIE WELT IM GESPRÄCH



Fünfzehn Fragen an die Frau, die den Diktator stürzte

Acht Monate nach ihrem Triumph über den Diktator Marcos steht die Mehrheit der 55 Millionen Filipinos nach wie vor hinter Corazon Aquino. Aber es wachsen Zweifel, ob die zierliche Frau im Präsidenten-Palast die Probleme in den Griff bekommen kann. Wie will sie den schweren Konflikt mit ihrem Rivalen Enrile lösen? Wie will sie den Guerrilla-Krieg der kommunistischen Rebellen beenden? Wie will sie die Korruption bekämpfen? – Die WELT stellte der Präsidentin 15 kritische Fragen. Frau Aquino stand Rede und Antwort. Seite 7

POLITIK

Philippinen: Verteidigungsminister Enrile stellt Berichte in Abrede, zusammen mit seiner Frau für die Philippinen bestimmte US-Kredite unterschlagen zu haben. Nach Presseberichten wird in Kalifornien gegen Frau Enrile wegen dubioser Wohnungskäufe und -verkäufe ermittelt.

Apartheid: Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags hat in einer Sondersitzung in Frankfurt bekräftigt, daß Rassismus und Apartheid mit christlichem Glauben unvereinbar seien. Dies verpflichte „zu solidarischem Handeln für die Opfer des Rassismus". (S. 6)

Flucht: 16 Bürger der CSSR haben eine Kreuzfahrt mit einem sowjetischen Schiff zur Flucht in den Westen genutzt. Sie waren am Samstag nicht an Bord ihres im Hamburger Hafen liegenden Schiffes zurückgekehrt. Neun von ihnen stellten Asylanträge.

Arbeitslose: In diesem Jahr wird nach Auffassung von Bundesfinanzminister Stoltenberg die *Zahl der Arbeitslosen erstmals* seit 1979 unter der des Vorjahres liegen. Er verwies darauf, daß im September 100 000 Arbeitslose weniger registriert worden seien als noch vor Jahresfrist.

Polizei: Eine erneute Kandidatur des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft (GdP), Schröder, wird nach seinen umstrittenen Äußerungen auf dem *IG-Metall-Kongreß* immer fraglicher. Die Vorstandsgremien beraten heute und morgen über Rücktrittsforderungen aus den Landesverbänden.

Anschläge: In Hamburg sind erneut Anschläge auf zwei Bankfilialen verübt worden. Bei einer Zweigstelle der Hamburger Sparkasse wurden Scheiben eingeschlagen, in den Kundenraum einer anderen Filiale wurden vier Brandsätze geworfen.

WIRTSCHAFT

Hongkong: Die Zukunft des 1000 Quadratkilometer großen Stadtstaates wird in absehbarer Zukunft nicht mehr vom britischen Löwen, sondern vom chinesischen Drachen bestimmt sein. Trotzdem: Die Wirtschaft erlebt einen beispiellosen Boom. – Ein WELT-Report. (S. 15 und 16)

Zahlungsmoral: Verbessert hat sich die „Zahlungsdisziplin" der Wirtschaft. Eine Umfrage unter 5000 Unternehmen ergibt, daß sich im 3. Quartal aufgrund der günstigen Binnenkonjunktur die Rückführung gewährter Warenkredite als auch die Zahlungsweise verbessert haben. (S. 13)

KULTUR

Bruno Snell: Im Alter von 90 Jahren ist Professor Snell, der als bedeutendster zeitgenössischer Vertreter der deutschen klassischen Philologie galt, in Hamburg gestorben. In seinen Arbeiten widmete er sich vor allem der griechischen Geistesgeschichte.

„Konzepte": Zwei Premieren unter Frank Patrick Steckel in Bochum – Tom Stoppards „Stürmische Überfahrt" und eine zusammengestrichene Hebbelsche „Deutsche Tragödie": Ist Terror denn Schicksal? Es gab viel Beifall, aber keine Antworten. (S. 23)

SPORT

Tennis: Der Amerikaner John McEnroe wurde wegen Schiedsrichter-Beleidigung nach seiner Viertelfinal-Niederlage beim Grand Prix von Paris mit einer Geldstrafe von 3000 Dollar belegt und für 21 Tage gesperrt. (S. 21)

Boxen: Bei den Amateur-Meisterschaften gewann Thorsten Spüring (Hamburg) durch einen 5:0-Sieg in einem von beiden Seiten unfair geführten Kampf über Titelverteidiger Markus Bott im Halbschwergewicht. (S. 22)

Fußball: Als 14. Spieler der Bundesliga-Geschichte gelang dem Kaiserslauterer Frank Hartmann (Foto) das Kunststück, fünf Tore in einem Spiel zu erzielen – und dies gegen seinen ehemaligen Klub Schalke 04. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Explosion: Der bisher größte Chemie-Unfall im schweizerischen Grenzgebiet bei Basel hat beim Chemiekonzern Sandoz AG einen Sachschaden von mehr als zwölf Millionen Mark verursacht. Nach der Explosion von 400 Tonnen Düngemittel-Chemikalien wurde Katastrophenalarm gegeben. Das Ausmaß der Verschmutzung des Rheins ist noch unbekannt. (S. 24)

Geiseldrama: Nach einem Nervenkrieg, der sich über den ganzen Samstag bis zum Sonntagvormittag hinzog, hat die Polizei mit einem Sturmangriff das Münchner Geiseldrama beendet. Ein 45 Jahre alter Geiselnehmer wurde erschossen, die Geisel, seine 23 Jahre alte frühere Freundin, wurde „fast unverletzt" gerettet. Sie erlitt aber einen Schock. (S. 24)

Kohl: Ich wollte ihn nicht beleidigen

Kanzler distanziert sich von Vergleich Gorbatschows mit Goebbels / Moskau erhielt klärenden Text

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl legt Wert darauf, daß die augenblickliche Störung im Verhältnis zu Moskau rasch bereinigt wird. Aus diesem Grund hat sich der Kanzler in einem WELT-Interview erstmals öffentlich zu dem Vorwurf geäußert, er habe in einem Gespräch mit dem amerikanischen Magazin „Newsweek" einen Vergleich zwischen dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow und Goebbels gezogen.

Wörtlich sagte der Kanzler: „Das Interview ist eine nicht korrekte Wiedergabe eines Gesprächs, das ich mit ‚Newsweek' geführt habe. Dabei ist der falsche Eindruck entstanden, ich hätte die Person von Generalsekretär Gorbatschow mit der Goebbels' verglichen. Ich bedauere das sehr und distanziere mich mit Entschiedenheit davon. Es war nicht meine Absicht, den sowjetischen Generalsekretär zu *beleidigen. Ich habe nie einen Zweifel* daran gelassen, daß ich die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nehme. Diese Einschätzung ist auch der Grund für den intensiven Meinungsaustausch, den ich mit ihm seit geraumer Zeit im Interesse unserer Beziehungen führe."

Die Erklärung des Bundeskanzlers wurde noch am Sonntag von der Bundesregierung dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Kwizinskij, übermittelt, der bereits in der vergangenen Woche in dieser Angelegenheit im Kanzleramt vorstellig geworden war. Als Reaktion auf die Veröffentlichung in „Newsweek" hatte die Sowjetunion am Wochenende kurzfristig den für heute vorgesehenen Besuch von Forschungsminister Riesenhuber in Moskau und die dabei vorgesehene Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit im Nuklearbereich abgesagt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hatte Kohl aufgefordert, den „unsäglichen Vergleich zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Hitlers Propagandachef" zurückzunehmen. Bundesaußenminister Genscher und der FDP-Außenpolitiker Schäfer waren am Wochenende bemüht, die Wogen zu glätten.

SEITE 8:
Das Interview

Zu den West-Ost-Beziehungen insgesamt sagte der Bundeskanzler in dem WELT-Interview. Verhandlungen zwischen den Experten seien wichtig, aber Entscheidungen könnten nach den bisherigen Erfahrungen „nur von der jeweiligen höchsten Spitze durchgesetzt werden". Nach dem Gipfel in Reykjavik und seinen kürzlichen Gesprächen mit Präsident Reagan sei er der Meinung, daß „jetzt wichtige Abrüstungsfortschritte erreichbar sind". Kohl: „Aus meiner Sicht könnten in nächster Zeit vier Abkommen erreicht werden: Erstens über den Abbau aller Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite in Europa und über ihre Reduzierung im asiatischen Teil der Sowjetunion. Dazu muß die Verpflichtung kommen, auch über die Mittelstreckensysteme kurzer Reichweite zu verhandeln mit dem Ziel, sie zu reduzieren und gleiche Obergrenzen festzulegen. Zweitens könnten alle strategischen Nuklearwaffen auf 50 Prozent verringert werden. Drittens wäre ein weltweites Verbot chemischer Waffen jetzt erreichbar. Viertens könnte vereinbart werden, daß die Atomtests entsprechend dem Abbau der Nuklearwaffen schrittweise eingeschränkt werden." Dies wären, so formulierte Kohl, „wichtige Fortschritte, auf die die Menschen in der ganzen Welt hoffen".

Auf die Frage, wie er die Erklärung von Gorbatschow in Reykjavik bewerte, wonach nur eine „Paketlösung" in Frage komme, antwortete der Bundeskanzler: „Ich hoffe, daß dies nicht das letzte Wort des sowjetischen Generalsekretärs war. Die Verhandlungen sind ja noch nicht abgeschlossen. In den anderen schwierigen Fragen wie der strategischen Verteidigungssysteme und ihrer Erforschung haben sich die beiden Welt*mächte auch schon aufeinander zu*bewegt und weitere Flexibilität signalisiert. Ich bin sicher, daß uns jetzt eine Position des Alles oder Nichts nicht weiterhilft." Statt dessen sollten alle Abkommen zum Abschluß gebracht werden, die möglich seien. Er habe keinen Zweifel, daß wie Präsident Reagan auch Gorbatschow den „Weg des Dialogs" fortsetzen wolle. Kohl: „Jetzt fehlt nur noch der Schritt, diesen Willen in konkrete Abkommen umzusetzen."

„Selbstverständlich" sei es, daß die Europäer Verhandlungen beider Weltmächte „immer mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und die Auswirkungen auf unsere Sicherheit überprüfen". Deshalb sei er schon im Vorfeld von Reykjavik tätig geworden und habe beiden Seiten „unsere Vorstellungen und Interessen" dargelegt. Kohl: „Was wir wünschen und anstreben ist, daß auf der Grundlage der Fortschritte in Reykjavik die Sicherheitsinteressen des freien Europa und der Atlantischen Allianz in Einklang bleiben mit allen Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschlägen, die zwischen West und Ost auf dem Verhandlungstisch liegen und erörtert werden. Wir wollen auf keinen Fall weniger Sicherheit mit weniger Waffen, sondern unser Ziel muß es bleiben: Mehr Sicherheit mit weniger Waffen."

Er fühle sich, so betonte Kohl, „heute mehr denn je bestätigt, daß es richtig war, daß die von mir geführte *Bundesregierung von Anfang an*, als sie im Oktober 1982 die Amtsgeschäfte übernahm, auf diese Gipfeldiplomatie gedrängt hat. Sie zwingt beide Weltmächte dazu, darüber nachzudenken, zu welchen Ergebnissen sie kommen wollen. Und wir haben heute ein Ausmaß an Annäherung zwischen West und Ost erreicht, wie es vor einem Jahr noch niemand für möglich gehalten hat."

DER KOMMENTAR

Nicht so gemeint

HERBERT KREMP

Nach der „Ausladung" Riesenhubers durch die Sowjets blieb dem Kanzler keine andere Wahl: Förmlich distanzierte er sich von seiner Interview-Antwort in der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek", die Gorbatschow und Goebbels in einem Atemzug erwähnt.

Der Fall ist peinlich. Die strittige Textstelle hebt auf Gorbatschows Darstellungstalent ab und führt das gleichartige Expertentum von Goebbels quasi als Illustration an. Wer besonders empfindlich oder bösartig ist, kann dies für einen „Vergleich der Personen" halten.

Gorbatschow tut das – die Gelegenheit wurde ihm frei Haus geliefert. Ihm bietet sich die Chance, den unbequemen, weil amerikafreundlichen Deutschen nach allen Regeln negativer Darstellungskunst vorzuführen und zu „bestrafen". Der Mithilfe der deutschen Opposition kann er dabei gewiß sein. Die SPD hält den Lapsus linguae, wie nicht anders zu erwarten, für einen schweren Rückschlag in der Ostpolitik.

Die Aufregung wird sich legen, zumal die Distanzierung des Kanzlers eine bemühte Entschuldigung enthält. Kohl hat es nicht so gemeint, wie es dastand und bei der Überprüfung des Interview-Textes übersehen wurde.

Der Fall zeigt freilich, daß das Heranziehen historischer Beispiele, und sei es auch nur zur Illustration, seine Tücken hat. Das Verfahren ist diplomatisch unüblich. So ist uns zum Beispiel nicht bekannt, daß der britische Premierminister Chamberlain bis 1939 die Begabung Hitlers mit der Tamerlans gleichgestellt hätte. Selbst Stalin brachte bis 1941 Hitler in keinen negativen Vergleich, jedenfalls nicht nach dem deutsch-sowjetischen Pakt und dem gemeinsamen Überfall auf Polen.

Vergleiche schicken sich nicht für Politiker. Man sollte sie den Historikern überlassen.

Auch Genscher verteidigt „Kronzeugen"-Regelung

Bangemann nennt die Vorwürfe der SPD „polemisch"

DIETHART GOOS/DW. **Hamburg**

Auf dem 10. Bundeskongreß der Jungen Liberalen in Hamburg hat Außenminister Hans-Dietrich Genscher zwar gestern Parteichef Martin Bangemann und Generalsekretär Helmut Haussmann eindringlich davor gewarnt, aus wahltaktischen Gründen Grundüberzeugungen in Fragen der inneren Sicherheit aufzugeben. Genscher nannte dabei die beiden FDP-Spitzenpolitiker nicht namentlich, verwahrte sich unter stürmischem Beifall der Delegierten aber dagegen, aus der FDP-Niederlage bei der bayerischen Landtagswahl die Notwendigkeit zum Kurswechsel *der Freien Demokraten* bei der inneren Sicherheit abzuleiten. Genscher bekannte sich jedoch auch, anders als die Jungen Liberalen, zu den neuen Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus einschließlich der „Kronzeugen"-Regelung. Dieser Gesetzentwurf könne seine Rechtfertigung aber nur in der sachlichen Notwendigkeit finden „und nicht im Ergebnis einer Landtagswahl oder einer *politischen* Schwerpunktverlagerung". Der Außenminister fügte mit großem Nachdruck hinzu: „Ich sage das mit allem Freimut, weil es für uns verhängnisvoll wäre, wenn die Partei sich in einer Diskussion verzehrt, in der Sachargumente untergehen. Ich appelliere an alle Parteifreunde, auch in dieser Diskussion nicht zu vergessen, daß wir das gemeinsame Ziel haben, mit einer starken FDP in den nächsten Bundestag einzuziehen."

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat den Vorwurf aus der eigenen Partei, er habe liberale Grundsätze aufgegeben, „völlig unberechtigt" genannt. Die Diskussion um die Antiterrorgesetze werde gegenwärtig „nicht mit Argumenten geführt, sondern von Emotionen, Übertreibungen und Ängsten bestimmt", sagte Bangemann.

Als „polemische Unterstellung" bezeichnete Bangemann SPD-Vorhaltungen, die Bundesregierung ginge mit der „Kronzeugen"-Regelung einen Handel mit Mördern ein.

Daß ein Mörder seine Mithilfe zur Bekämpfung des Terrorismus anbiete, sei „sicher nur der Extremfall", sagte Bangemann. Der Bundesregierung gehe es in erster *Linie darum*, im terroristischen Umfeld Kronzeugen zu finden.

Innenminister Zimmermann betonte, es gehe beim „Kronzeugen" nicht um die Frage „Lebenslang oder Freispruch". Generalbundesanwalt und Ermittlungsrichter müßten sich vielmehr zunächst einig sein. Dann könnten sie von Strafe absehen, müßten es aber nicht. Zimmermann plädierte für eine grundsätzliche Änderung *des Rechtsbewußtseins* der Bevölkerung. Die Bürger dürften nicht länger mit der Gewalt gegen Sachen leben und nur noch aufschrecken, wenn Prominente wie der Bonner Spitzendiplomat von Braunmühl ermordet würden.

SEITE 4:
Schulterschluß

In der CSU wurde das Verhalten der FDP unterschiedlich bewertet. Während der CSU-Politiker Theo Waigel die Bereitschaft der Freien Demokraten, *Anti-Terror-Maßnahmen* mitzutragen, lobte, sieht der bayerische Minister Stoiber darin einen Ausdruck von Führungslosigkeit. „Aus blanker Angst handelt die FDP nur noch nach dem Motto: Was kommt an. Das läßt politische Führung vermissen."

„Der DGB hätte sich viel Kritik ersparen können"

Späth für außergerichtlichen Vergleich bei Neuer Heimat

ms. **Bonn**

Der *beabsichtigte Verkauf* der Mehrheit von 51 Prozent der Bank für Gemeinwirtschaft an den Versicherungskonzern „Aachener und Münchener Beteiligungs AG" ist nach Einschätzung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) „ein Signal dafür, daß sich die Gewerkschaften aus der Unternehmenspolitik zurückziehen". In einem WELT-Interview sagte Späth: *„Damit trägt die DGB-Führung der* angesichts des Debakels um die Neue Heimat bei den Gewerkschaftsmitgliedern entstandenen Grundforderung Rechnung, sich wieder auf die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen zu konzentrieren und die Finger von solchen Geschäften zu lassen."

Nach Ansicht von Späth wäre eine Sanierung der Neuen Heimat unter Beteiligung der Banken und der öffentlichen Hand leichter gefallen, wenn der Konzern „nicht in einer Art Panikstimmung an Herrn Schiesser verkauft worden und wenn der DGB von Anfang an bereit gewesen wäre, durch Veräußerung von Vermögenswerten einen Sanierungsbeitrag von rund zwei Milliarden Mark zu erbringen". Späth: „Die Gewerkschaften hätten sich viel Kritik ersparen können, wenn sie das, was sie jetzt mit der Bank für Gemeinwirtschaft machen wollen, von Anfang an gemacht hätten".

Aber auch der beabsichtigte Verkauf der Mehrheit der Bank für Gemeinwirtschaft *ändere nichts daran*, „daß die Neue Heimat als Ganzes so nicht zu sanieren ist". Andererseits, so sagte Späth, liege es aber auch nicht im Interesse der Banken, zu einer „Holterdiepolter-Konkurslösung zu kommen". Er halte auch jetzt noch „regionale Lösungen" in der Form für möglich, daß es, auf ein jeweiliges Bundesland bezogen, zu „einer Art außergerichtlichem Vergleich" komme. Dies müßte nach seiner Einschätzung für die Neue Heimat Bayern, für die Gesellschaften in Baden-Württemberg, in Hessen und in Berlin möglich sein. Späth glaubt allerdings kaum, daß die Gesellschaften der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg und in Bremen noch „sanierungsfähig" sind.

Auf Initiative von DGB-Chef Ernst Breit werden jetzt die Vorwürfe geprüft, die im Zusammenhang mit dem Hausbau des Vorstandsvorsitzenden der Gewerkschaftsholding BGAG, Alfons Lappas, erhoben worden sind. Lappas soll Sonderkonditionen von der Neuen Heimat für sein Privathaus bekommen haben. Der BGAG-Chef bestreitet dies. Nach Angaben der BGAG beauftragte Breit in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Treuarbeit AG mit dieser Angelegenheit. Breit habe im Einvernehmen mit Lappas gehandelt, erklärte die BGAG.

SEITE 5:
Das Interview

Der neue NH-Besitzer, Horst Schiesser, hat eine positive Bilanz seiner jüngsten Gespräche mit den Banken über ein Stillhalteabkommen bei den an die Neue Heimat gewährten *Krediten gezogen. Das Treffen sei* „ordentlich verlaufen". Mit dem Ergebnis könne man „weiterleben". Einen Tag vor dem Gespräch am Freitag hatte die BGAG als „Stützungsaktion" für eine Erhöhung des Stammkapitals der NH von 60 auf 210 Millionen Mark gesorgt.

Beirut: US-Geisel freigelassen

DW. **Beirut**

Der vor 17 Monaten von schiitischen Extremisten in Beirut verschleppte Amerikaner David Jacobsen ist gestern freigelassen worden. Der 55jährige wurde am Nachmittag von Beirut nach Larnaka auf Zypern geflogen. Wie offiziell mitgeteilt wurde, verließ der Direktor des Krankenhauses der US-Universität von Beirut den Libanon an Bord eines US-Militärhubschraubers. Zwei aus Larnaka kommende amerikanische Hubschrauber waren für einige Minuten neben der Residenz des US-Botschafters im nordöstlichen Beiruter Vorort Baabda gelandet, die währenddessen mit Granaten beschossen wurde. Jacobsen war am 28. Mai 1985 entführt und von der Untergrundorganisation „Heiliger Islamischer Krieg" festgehalten worden.

In den vergangenen Wochen hatten die USA versucht, Druck auf Syrien auszuüben, um eine Freilassung der Geiseln zu erreichen. In Libanon werden insgesamt 20 Ausländer als Geiseln festgehalten. Die Berichte über bevorstehende Freilassungen von weiteren Gefangenen konzentrieren sich auf sieben Amerikaner und zwei französische Diplomaten.

Neue Eigentümer von Hapag-Lloyd?

JB. **Hamburg**

Gerüchte, daß die Dresdner Bank und die Deutsche Bank als Großaktionäre der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, Anteile verkauft haben, sind gestern in Hamburg weder bestätigt noch dementiert worden. Von Hapag-Lloyd selbst war keine Stellungnahme zu bekommen. Dies sei Sache der Aktionäre, hieß es lediglich. Aus Speditionskreisen will dpa/VWD am Wochenende erfahren haben, daß der Düsseldorfer Veba-Konzern neuer Großaktionär von Hapag-Lloyd sei. Auch die Lufthansa befinde sich unter den Aktionären.

Dem Vernehmen nach sollen Angebote von Veba, aber auch dem Bayer-Konzern vorliegen, jeweils 12,5 Prozent zu übernehmen. Darüber hinaus soll der Nahrungsmittelkonzern Oetker in Bielefeld Interesse bekundet *und ein konkretes Angebot* unterbreitet haben. Zu Oetker gehört mit der Hamburg-Süd die zweitgrößte deutsche Linien-Reederei. Wenn Hapag-Lloyd und Hamburg-Süd unter ein Dach kommen, könnte die Position der deutschen Linienschiffahrt wesentlich gestärkt werden.

Seite 13: Übernahme-Gerüchte

US-Position in Genf wird klarer

DW. **Washington**

Wenige Tage vor dem Aufbruch von US-Außenminister Shultz zu Gesprächen mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse hat die amerikanische Position wieder schärfere Konturen bekommen. Nach einer Serie von teils verwirrenden Äußerungen über die Verhandlungsposition in Island erklärte Präsident Reagan gestern: „Alles, was in Genf von uns vorgeschlagen wurde, liegt immer noch auf dem Tisch."

Das bedeutet, daß die USA weiterhin eine Reduzierung aller strategischen Nuklearwaffen um 50 Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre und eine Abschaffung sämtlicher ballistischer Raketen in den nächsten zehn Jahren vorschlagen. Nach einem Bericht der „New York Times" wird Shultz einige Korrekturen dieser Vorschläge mit nach Genf bringen, die besonders das Arsenal der sowjetischen landgestützten Interkontinentalraketen betreffen. Im Prinzip jedoch sollen die Vorschläge unverändert bleiben. Allerdings sollen die *Menschenrechte* bei der KSZE einen höheren Stellenwert haben.

Seite 12: In die Offensive

Argentinien warnt London vor „unvorhersehbaren Folgen"

Buenos Aires protestiert gegen 200-Meilen-Zone um Falklands

DW. **Buenos Aires/London**

Argentinien hat der britischen Regierung am Wochenende eine förmliche Protestnote überreicht und ihr vorgeworfen, mit der Errichtung einer 200-Meilen-Fischereizone um die Falkland-Inseln die Spannungen im Südatlantik zu verstärken. Die Note wurde von der brasilianischen Botschaft überbracht, die in London die argentinischen Interessen vertritt.

Buenos Aires bekräftigt in dem Schreiben seinen Souveränitätsanspruch sowohl über die Inseln als auch über das umgebende Seegebiet. Großbritannien wird in der Note für alle „unvorhersehbaren Folgen" verantwortlich gemacht, die sich aus der am Mittwoch getroffenen Entscheidung ergeben könnten. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums weigerte sich gestern, zum Inhalt der Protestnote Stellung zu *nehmen*.

Das argentinische Innenministerium ordnete am Wochenende den verstärkten Schutz britischer Einrichtungen im Lande an. Die Anordnung erfolgte, nachdem argentinische Jugendliche am Freitagabend nach einer Demonstration gegen London die Geschäftsräume der Bank of London and South America in Buenos Aires angegriffen und beschädigt hatten.

Argentinien hat unterdessen eine großangelegte diplomatische Offensive eingeleitet. Der Staatssekretär im Außenministerium, Jorge Sabato, reist nach Europa, um den argentinischen Standpunkt zu erläutern.

Die stellvertretenden Außenminister der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) sowie der sogenannten Unterstützergruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) bekräftigten in Mexiko-Stadt ihre Unterstützung für die Haltung Argentiniens. Auch Spanien und die UdSSR haben sich auf die Seite der Südamerikaner *gestellt*.

Der argentinische Senat hatte zuvor noch ein Fischereiabkommen mit der UdSSR und Bulgarien ratifiziert, das im Juli unterzeichnet worden war. Aufgrund des Abkommens dürfen die Fischfangflotten beider Länder innerhalb der argentinischen 200-Meilen-Zone fischen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kronzeugen-Fortsetzung

Von Enno v. Loewenstern

Naturgemäß mußte auch der Jungliberalen-Kongreß in *Hamburg sich der Kronzeugenfrage widmen.* Kurios war es freilich, wie erst Beifall ein Papier begleitete, das Bedenken gegen den Kronzeugen konstatierte, wie dann Genscher Beifall erntete für seine Verteidigung des Kronzeugen („ganz sicher kein Kurswechsel in Richtung auf weniger Freiheit") und wie Genscher schließlich Beifall erntete für seine Verteidigung derjenigen, die gegen die Kronzeugen-Regelung sind. Aber eine Partei, die mehr über die „liberale Identität" zu reden pflegt als über die Zweckmäßigkeit von polizeilichen und prozessualen Mitteln zum Schutz des Lebens von Bürgern, bedarf wohl all dieses Zuspruchs zur Dampfablassung.

So mußte es wohl auch sein, daß die verschiedenen Seiten glutvolle Worte wider einander fanden und diese anschließend einander um die Ohren schlugen. Der CDU-Generalsekretär Geißler hat gesagt: „Ich behaupte, wer die Chancen der Kronzeugenregelung nicht nutzt, der macht sich zum Komplizen des Terrorismus." Das trug ihm wütende Vorwürfe von Burkhard Hirsch (FDP) ein: mit Recht, denn solche Argumente sind unerträglich und belasten zudem das Koalitionsklima unnütz. Seiner Partei hat Geißler damit keinen Gefallen getan. Daß allerdings SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sich entrüstete („moralisch verächtlich", „geistige Selbstzerstörung"), wirkte doch überaus peinlich.

Denn Geißler hat seine Deutung dem SPD-Fundus entnommen. In einer gemeinsamen Erklärung der Innen- und Justizminister der SPD mit der SPD-Bundestagsfraktion unmittelbar vor dem Geißler-Auftritt hieß es, die Kronzeugen-Regelung *„läuft auf eine Komplizenschaft auch mit Mördern hinaus" und sei „legalisierte Begünstigung von Mord".*

Es wäre ganz sicher kein Kurswechsel auf weniger Freiheit, sondern ein Kurswechsel auf mehr politische und juristische Kultur, wenn das Für und Wider von Regelungen wie der Kronzeugenfrage in Zukunft anders behandelt werden könnte. Der Bürger, der sich vor Mördern geschützt wissen will, möchte sachliche Überlegungen hören, wie das am besten zu machen ist.

Bankrotterklärung

Von Evangelos Antonaros

Es kreißte der Berg und gebar eine Maus. Die am Wochenende vollzogene achte Umbildung des Kabinetts Papandreou, seit dem Debakel der Kommunalwahlen vor zwei Wochen mit *Trommelschlag angekündigt,* hat eine Neugestaltung der Sozialisten-Regierung nicht erbracht.

Von einer Kabinettsreform oder von neuen Impulsen kann nicht die Rede sein, wenn vier Minister ausgewechselt und zwölf unbedeutende Staatssekretäre – aber nicht der für Kulturfragen zuständige Papandreou-Sohn Georgios – nach Hause geschickt werden. Die Kabinettsumbildung sollte zeigen, ob Papandreou die Bedeutung des für ihn völlig unerwarteten Wahlausgangs begriffen, ob er die Protesthaltung der einst für ihn schwärmenden Griechen wahrgenommen hat.

Wer sich die neue Kabinettsliste anschaut, gewinnt zwangsläufig den Eindruck, daß alles beim Alten geblieben ist. Sei es aus politischer Mutlosigkeit, aus Mangel an Ideen oder aus Rücksichtnahme auf die in seiner Pasok-Partei koexistierenden sehr zerbrechlichen ideologischen Gleichgewichte: Die längst fällige Großoperation hat der grosse Zauderer, der starke Sprüche liebt und vor starken Taten zurückschreckt, nun doch gescheut. Er macht mit seiner alten Mannschaft weiter, als ob das griechische Volk ihn nicht deutlich genug aufgerufen hätte, mit seinem amateurhaften Regierungsstil Schluß zu machen, sich die Ärmel hochzukrempeln und nach bereits verstrichenen fünf Amtsjahren zu zeigen, was er und seine Partei können.

Griechenlands selbstgefälliger Premier hat sich für eine Lösung entschieden, die übrigens auf dem Balkan nicht neu ist: Wie sein Freund Ceausescu glaubt er, mit der Umbesetzung einiger Ressorts und der Trennung von einigen angeblich unfähigen Ministern jede Krise meistern zu können. Die Griechen allerdings, das ist die Bedeutung des Wahlergebnisses, lassen sich von ihm nicht mehr beeindrucken. Daher kommt die Mini-Kabinettsumbildung einer persönlichen Bankrotterklärung Papandreous gleich. Er hat anscheinend nicht begriffen, daß der Countdown für ihn begonnen hat.

Nicht beten, dann Reis?

Von Henk Ohnesorge

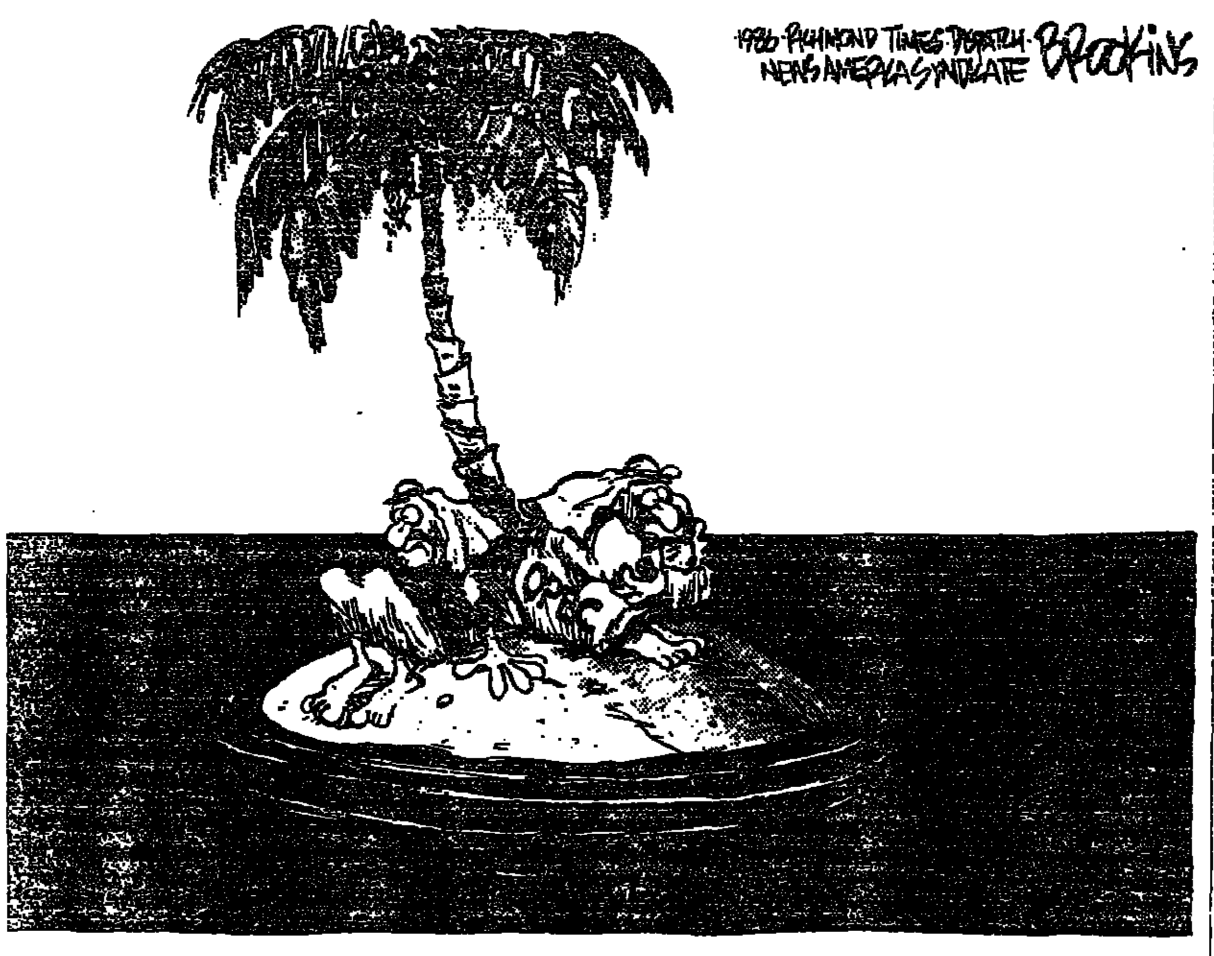
Was soll der Entwicklungsdienst der Kirchen bewirken? Was ist die Zielvorstellung, wie ist die Praxis? Die Antwort auf diese Fragen müssen jetzt in Bad Salzuflen die hundertzwanzig Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des höchsten Beschlußgremiums des Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland, zu geben versuchen.

„Nicht Gleichgesinnte und Gleichgestimmte finden sich da zusammen, die sich schnell einigen können, sondern sehr unterschiedliche Positionen und Perspektiven werden eingebracht", sagte der Berliner Bischof Martin Kruse, der Ratsvorsitzende der EKD, am Sonntag in seinem Rechenschaftsbericht zur Eröffnung der Synode. „Diese Konsensbildung dient ebenso der Einheit der EKD wie auch der Orientierung und dem Zusammenhalt unsererer auseinanderstrebenden, spannungsvollen Gesellschaft".

Die Entwicklungshilfe muß – darüber sind sich die meisten Kritiker einig – als Hilfe der Kirche, eines Tendenzbetriebs erkennbar sein. Das heißt nicht, in der bösen Karikatur der Missionen von einst: Erst beten, dann Reis. Dies heißt aber, daß die Entwicklungshilfe der Kirchen etwas anderes sein muß als humanitäre Hilfe allein, wie sie schon zahlreiche andere Organisationen leisten.

Elend kennt keine Parteien. Hungertod gibt es in der Sahel-Zone wie in Äthiopien, in Ost-Timor wie in Nicaragua. Es ist schwer verständlich, daß kirchliche Entwicklungshilfe meist dort eingesetzt wird, wo die Ideologie des jeweiligen Staates im Christentum bestenfalls eine zu unterdrückende Konkurrenz sieht. Allerdings: Von den Gesinnungsfreunden kommen statt Brot Waffen. Entwicklungshilfe aber, Hilfe zur Selbsthilfe, kommt nicht aus diesen Quellen. Man hat selbst Mangel, außer bei Ideologie und Tötungsinstrumenten.

Daß Hilfe eine moralische Pflicht ist, daran erinnerte auch Minister Jürgen Warnke bei seiner Grußbotschaft im Namen der Bundesregierung. Die Entwicklungshilfe der EKD aber steht unter dem Verdacht politischer Einseitigkeit. Diesen Verdacht auszuräumen, ist eine Aufgabe dieser Tagung in Bad Salzuflen.



BROOKINS / THE RICHMOND TIMES DISPATCH

Schnitt bei den Ärzten

Von Paul F. Reitze

Am Mittwoch wird nach einem genauen Szenario ein bildungspolitisches Großereignis abrollen. Lange bevor sie überhaupt wissen, ob und wie gut (oder schlecht) sie das Abitur bestehen, müssen Oberprimaner, die im Wintersemester 87/88 zum Studium der Tier-, Zahn- und Humanmedizin zugelassen werden möchten, eine erste Hürde nehmen. Es handelt sich um einen aufwendigen Test.

Die Teilnahme ist nicht mehr – wie viele Jahre hindurch – freiwillig. Sozusagen eine Generalprobe hatte es im vergangenen Februar gegeben, als der Test erstmals auf obligatorischer Basis abgenommen wurde. Künftig wird der Termin einheitlich Ende Oktober oder Anfang November liegen.

Rund 28 000 Medizin-Aspiranten werden sich in 200 Städten auf fast 500 Lokale verteilen. Punkt 8.15 Uhr öffnen sich die Tore. Wie bei einer Wahl werden Benachrichtigung und Ausweis kontrolliert. Die Arbeitsplätze sind vorab schon mit Nummer und Namen gekennzeichnet worden. Eine halbe Stunde später, nach Hinweisen zum Ablauf und nach detaillierten Instruktionen, werden „Testhefte" ausgegeben. Nun diktiert die Uhr. Für jeden der neun Untertests muß sich der Teilnehmer genau an Zeitvorgaben halten. Vor- oder Rückblättern ist nicht gestattet.

Zu jeder Aufgabe findet der Kandidat fünf Antworten vorformuliert. Der Schwierigkeitsgrad wächst von Frage zu Frage. Gegen 16 Uhr neigt sich der Testtag zu Ende. Die reine Bearbeitungszeit beträgt fünf Stunden; dazwischen gibt es eine Mittagspause.

Ebenfalls lange vor dem Abitur, Mitte Dezember, erfährt der Teilnehmer, wie er abgeschnitten hat. Es gibt einen standardisierten Mittelwert von hundert Punkten. Tatsächlich liegt die Spannbreite zwischen 70 und 130. Dem Kandidaten wird mitgeteilt, wieviele Konkurrenten besser (oder schlechter) waren. Unbestreitbar eine psychische Belastung, die das Abiturergebnis mitbeeinflussen kann.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat 60 000 Flugblätter drucken lassen, in denen sie erneut gegen den Test vom Leder zieht. Sie fordert Lehrer und Hochschullehrer auf, keinesfalls freiwillig an der Abnahme mitzuwirken. Seit über zehn Jahren verlangt sie die Auslosung der Medizin-Plätze. Dies liefe, durchaus beabsichtigt, auf eine Bankrotterklärung der Bildungspolitik hinaus.

Der Test ist das kleinere Übel. *Wenn nicht erzwungen, so doch* nahegelegt hat ihn das Bundesverfassungsgericht, das in mehreren Urteilen zum Ausdruck gebracht hat, daß jeder Hochschulberechtigte eine reelle Chance erhalten müsse. *Wartezeiten von fünf und mehr* Jahren für all jene, die nicht ein Spitzenabitur geschafft haben, waren zweifellos nicht akzeptabel. Vom Test erhofft man sich eine Art „Paternoster-Effekt": Aus dem Schulnoten-Keller *soll ein* Weg nach oben führen. Auf der anderen Seite können gute Abiturzensuren nicht mehr in jedem Fall die sofortige Zulassung garantieren.

Der „Paternoster" greift indes lediglich in gut jedem zweiten Fall. Die zehn Prozent Testbesten können sich auch dann einschreiben, wenn sie in der Schule schlecht gewesen sein sollten, vorausgesetzt, sie schaffen das Abitur überhaupt. 45 Prozent der Plätze werden nach einer Mischnote aus Test und Abitur verteilt, wobei das Abitur etwas stärker berücksichtigt wird. Der Rest wird nach seit Jahren gültigen anderen Kriterien, etwa der Wartezeit, vergeben. Eine Neuerung dabei: Auch die Hochschulen können, aufgrund eines von ihnen in eigener Verantwortung durchgeführten Auswahlgesprächs, bis zu 15 Prozent der Studenten selber bestimmen.



Tests vorher, dennoch sinkt das Niveau: Jungmediziner am Krankenbett FOTO: BOHNERT-NEUSCH

Der Test soll für den Arztberuf notwendige Fähigkeiten und Anlagen (wie das räumliche Vorstellungsvermögen, aber auch das Personengedächtnis) abdecken, die vom Abitur kaum oder gar nicht erfaßt werden. Dies gelingt jedoch nur teilweise. Gerade Mediziner benötigen eine geschickte Hand. Um das festzustellen, sind Apparate *konstruiert worden. Sie wurden jedoch nicht eingesetzt,* weil befürchtet wurde, daß solche Geräte von der Industrie bald auf dem freien Markt angeboten worden wären. Wer sich eine solche Anschaffung leisten könnte, hätte davon dann erhebliche Vorteile. Manuelle Grundfertigkeiten lassen sich nämlich, soweit vom Test feststellbar, trainieren.

Um einen Platz in einem der medizinischen Studienfächer bemühen sich noch immer bis zu sechsmal so viele junge Leute, wie zugelassen werden können. Dabei sind die Kapazitätszahlen längst rein rechnerische Größen, an deren Festlegung Verwaltungsgerichte kräftig mitwirken, die von zunächst abgewiesenen Bewerbern angerufen wurden. Anwaltskanzleien haben sich auf solche Fälle spezialisiert. Natürlich müssen Rechtswege offen sein. Aber alle – nicht nur die angehenden Ärzte, sondern vor allem die künftigen Patienten – entrichten dafür einen ständig höheren Preis. Die Ausbildungsverhältnisse werden immer chaotischer, das Niveau sinkt beängstigend. Wer schützt eigentlich die Interessen der Kranken?

Der Kollaps des Medizin-Studiums in der Bundesrepublik ist hausgemacht, wie ein Blick über die Grenzen zeigt. Die Schweiz beispielsweise hat frühzeitig Vorsorge getroffen. Das hat insgesamt nicht schlecht funktioniert.

Wenn die Bewerber-Flut alle Dämme im Vorfeld, bei der Zulassung, niederspült, dann hätte man dahinter, in den ersten Studienabschnitten, neue Schutzwälle hochziehen müssen. Wir reißen indes selbst die noch vorhandenen ein: Wenn beim Physikum die Durchfallquote steigt, dann wird so lange manipuliert, bis wieder fast alle durchgekommen sind. Gibt es Leistung ohne Gefahr des Scheiterns?

IM GESPRÄCH H. Gordon Rubio

Chiles neuer Mann

Von Günter Friedländer

Keine Organisation ist in Chile so umstritten wie die „Central Nacional de Informaciones" (CNI). Hinter dem vagen Namen „Nationale Nachrichtenzentrale" verbirgt sich eine *Art Geheimpolizei* der Regierung des Generals Augusto Pinochet, der Übergriffe gegen die Menschenrechte nachgesagt werden.



Pinochets Verhandlungsführer mit den Parteien: Gordon FOTO: DIE WELT

Daß Pinochet eine Auflockerung der Spannungen zwischen seiner *Junta* und der *demokratischen Opposition* dadurch suchen würde, den General Humberto Gordon Rubio (60), seit 1981 Chef der CNI, als Vertreter des Heeres gegen dessen bisherigen Vertreter, General Julio Canessa, in der Junta auszutauschen, könnte absurd erscheinen.

Es ist nicht so: Gordon war vom ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei zum Adjutanten ernannt worden. So lernte er den Kreis christdemokratischer *Politiker kennen,* die Frei umgaben. Dies führte zu Freundschaften, die die inzwischen verstrichenen Jahre überdauert haben und ihn zu einem idealen Mitglied der Junta in dem Augenblick machen, in dem die demokratische Opposition von der radikalen Linken abrücken muß, um nicht mit Terroristen identifiziert zu werden.

Die Christdemokraten sind die am besten organisierte Kraft dieser Opposition. Beobachter der chilenischen Krise sprechen gern von der in dreizehn Jahren erprobten Einheit der Junta. Diese Einheit aber zerbrach, als vor einigen Monaten in der Junta die Kommandanten der Kriegsflotte, der Luftwaffe und der Polizei im Gegensatz zu Pinochet einige Forderungen der Opposition diskutabel fanden und auch nicht abgeneigt sind, die Verfassung von 1980 zu ändern, damit die Wahl des nächsten Präsidenten Chiles die Rückkehr zur *Demokratie ermöglicht. Diese Junta*-Mitglieder verstanden es, ihre Äußerungen klar, dabei aber auch so vorsichtig zu machen, daß das Prinzip der Disziplin nicht gebrochen wurde.

Nun hat Pinochet mit der Ernennung Gordons einen Weg beschritten, der die demokratische Opposition wieder an den Verhandlungstisch bringen kann, den sie verlassen hatte und an den sie auch nicht zurückkehren wollte, als Pinochet kurz vorher seinem Innenminister befahl, Gespräche mit ihren Führern aufzunehmen. Sie zieht als Gesprächspartner die Junta einem einzelnen Minister vor. *Dafür mußten die Wege gefunden werden,* die die Statuten des Heeres nicht verletzen.

Das geschah durch eine im Grunde regelwidrige Beförderung Gordons zum General der Infanterie, sozusagen „ehrenhalber" wegen seiner großen Verdienste besonders bei der Auffindung der Waffenlager der radikalen Linken in Nordchile. Wie das entsprechende Dekret sagt, schafft die Beförderung „keinen Präzedenzfall". *Sie soll wirklich nur den Weg zu* Gesprächen ebnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Die Pariser Zeitung bewertet die Ereignisse in Seoul:

Für seine Gegner ist Präsident *Chun Doo-Hwan* nichts als ein brutaler kleiner Diktator, der ein seit über fünfundzwanzig Jahren herrschendes Militärregime verewigt ... Sein Kredo ist ein radikaler Antikommunismus, den er in der Bevölkerung bestens auszuschlachten versteht. Die meisten Südkoreaner leben mit der Angst vor einer Wiederholung des Angriffs von 1950 durch ihre kommunistischen Nachbarn im Norden. Sie haben den Krieg nicht vergessen, der zwei bis drei Millionen Tote forderte ... Gleichzeitig fällt es ihnen immer schwerer, die täglichen Exzesse einer autoritären Regierung hinzunehmen.

Hannoversche Allgemeine

Sie meint zur Falkland-Lage:

Argentinien hat die britische Reaktion herausgefordert, indem es in seinen neuen Fischereiabkommen mit der Sowjetunion und mit Bulgarien über die reichen Fischgründe im Bereich der Inseln eigenmächtig verfügte, um dadurch eine indirekte Anerkennung seiner Souveränitätsansprüche durch die Partnerstaaten zu erwirken.

BERLINER MORGENPOST

Sie glossiert den Abzug aus Afghanistan:

Aus Deutschland ziehen regelmäßig sowjetische Truppen ab. Dann *werden stets die Bahnhöfe* von Güstrow, Jüterbog, Brandenburg, Wittenberg, Oschatz und Halle mit Girlanden geschmückt, Sprechchöre rufen lauthals „Drushba, Drushba" und Karl-Liebknecht-Ehrenbanner werden mit Tränen in den Augen den scheidenden Iwans in die Proletarierfäuste gedrückt. Dennoch stehen in der „DDR" die Ruski-Kasernen nicht leer. Das alles *hat sich in den letzten* Tagen nun auch in Afghanistan abgespielt.

Frankfurter Neue Presse

Sie kommentiert die Terrorismus-Diskussion:

Die mangelnde Seriosität und Ernsthaftigkeit vieler Zeitgenossen erkennt man daran, daß sie auf ätzende Bemerkungen Geißlers weitaus aufgebrachter reagieren als auf die Taten politischer Verbrecher. Selbstverständlich stört es unser Rechtsempfinden, daß ein Verbrecher straffrei ausgehen soll, wenn er dabei hilft, andere zur Strecke zu bringen. Aber *es fällt viel weniger ins Gewicht als* die Verpflichtung, weitere Mordtaten der RAF mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verhindern.

Neue Zürcher Zeitung

Sie geht auf die Rot-Kreuz-Konferenz ein:

Der humanitäre Kern der Rot-Kreuz-Idee und ihr notwendigerweise apolitischer Charakter werden noch längst nicht überall in der Welt verstanden ... Doch soll man der Anfechtung nicht dadurch recht geben, daß man sich entmutigen läßt. Die Herausforderung besteht darin, der Idee Dunants durch die humanitäre Tat und durch Überzeugungsarbeit *trotz allem zu ihrem Recht* zu verhelfen in einer Welt, die politisch wie moralisch zerklüftet ist und sich längst nicht überall an europäische Wert- und Rechtsvorstellungen hält.

Ausgerechnet am Tag des Einmarsches in Budapest

Das KSZE-Treffen in Wien: Was ist, wenn Inspektionen verweigert werden? / Von Carl Gustaf Ströhm

Vermutlich waren sich weder die östlichen noch die westlichen Teilnehmerstaaten des nun in Wien beginnenden KSZE-Nachfolgetreffens der Tatsache bewußt, daß das morgige Eröffnungsdatum für das Thema „Sicherheit und Zusammenarbeit" in Europa eine ominöse Bedeutung hat. Am 4. November vor genau dreißig Jahren begann der sowjetische Panzerangriff gegen Budapest zur Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes. Man darf gespannt sein, ob dieses schicksalhafte Datum europäischer Geschichte morgen auch nur von einem einzigen der Eröffnungs- und Begrüßungsredner beim Namen genannt wird.

Aber selbst wenn um der äußeren Harmonie willen manches aus der jüngsten Geschichte verschwiegen werden sollte – zumindest darf man hoffen, daß die Mehrheit der westlichen, neutralen und blockfreien Teilnehmerstaaten (und insgeheim vielleicht auch einige Staaten des sowjetisch-kommunistischen Machtbereichs) sich im Stillen darüber einig sind, daß es wenigstens für die Zukunft zu verhindern gilt, daß gegen europäische Völker, Staaten oder Regierungen mit bewaffneten Interventionen von außen vorgegangen wird. Das bezieht sich sowohl auf „blockübergreifende" Aggressionen als auch auf sogenannte „brüderliche Hilfeleistungen" innerhalb eines Blocks.

Während uns ersteres in Europa (allerdings nicht in Afghanistan) bisher erspart geblieben ist, hat es seit dem Fall Ungarn 1956 mindestens zwei aggressive Aktionen innerhalb des von der Sowjetunion beherrschten Bündnissystems gegeben: 1968 den Einmarsch sowjetischer und anderer Warschauer-Pakt-Truppen (mit Ausnahme Rumäniens) in der Tschechoslowakei und 1980/81 den Aufbau einer sowjetischen militärischen Druckkulisse gegen Polen (in Form eines Truppenaufmarsches und von Manövern). Letzteres hat entscheidend dazu beigetragen, daß es zur Verhängung des Kriegszustandes durch General Jaruzelski und zum Ende der „legalen" Tätigkeit der Solidaritäts-Bewegung kam.

Damit ist das erste heikle Thema des Wiener Treffens bereits sichtbar. Es geht nämlich nicht nur um den Schutz der europäischen Staaten vor Atomwaffen und den auf fast alle westeuropäischen Städte gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen. Selbst eine beiderseitige Null-Lösung im Mittelstreckenbereich würde ja zunächst nichts bewirken als das Hervortreten der sowjetischen konventionellen Überlegenheit.

Wenn also atomare Abrüstung oder auch nur Reduzierung zur Folge hätte, daß die sowjetische Armee besser als bisher in den Stand versetzt würde, einen konventionellen Krieg in Europa zu führen, wäre dies nicht der Anfang, sondern das Ende aller Sicherheit hier. Es geht hier auch nicht *darum,* festzustellen, ob die Sowjets einen Krieg „wollen" oder nicht.

Erstens können sich Absichten über Nacht ändern – vor allem, wenn sich die Kräfteverhältnisse (man beachte diese magische Formel des Marxismus-Leninismus) in der Einschätzung der jetzigen oder einer künftigen sowjetischen Führung verändern sollten. Zweitens genügt es bereits, wenn die Sowjets ihre konventionelle Macht politisch ausspielen – etwa indem sie Wohlverhalten von den westeuropäischen Partnern fordern.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß gerade die Franzosen eine umfassende sowjetische Abrüstung auf konventionellem Gebiet fordern, weil nur so überhaupt eine Art Gleichgewicht hergestellt werden kann, falls der atomare *Schirm des Westens* durchlöchert werden sollte.

Hier aber stößt man auf das nächste Problem: „Kann" die Sowjetunion, die ja eine ausschließlich militärische Supermacht ist *und* ihre Hegemonialposition im östlichen Europa und allein ihren Streitkräften verdankt, auf ihr einziges Führungsinstrument verzichten? Es war interessanterweise ein schwedischer Abrüstungsexperte, der seine Skepsis über die jüngst in Stockholm beschlossenen gegenseitigen militärischen Inspektionen und „vertrauensbildenden Maßnahmen" offen zu Protokoll gab.

Er nannte diese zwischen Ost und West vereinbarten gegenseitigen Kontrollen ein „Schönwetter-Regime" und fragte, was geschehen sollte, wenn ein Staat, der seine Nachbarn militärisch einschüchtert, sich einfach weigert, eine Inspektion zu akzeptieren.

Dann gibt es nämlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder die inspektionswilligen Staaten (also der Westen und einige Neutrale) beschließen „scharfe Sanktionen" gegen den Inspektions-Verweigerer. Oder aber sie gehen zur Tagesordnung über – dann aber wäre die Frage zu stellen, wozu eine Inspektion gebraucht wird, die im Ernstfall nicht durchsetzbar ist. Schon aus diesem Beispiel wird deutlich, welche Fallstricke das Wiener Treffen umgeben.

Nur die Spitze eines verborgenen Traumes

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat am Wochenende zum zweiten Mal ein Denkmal der Öffentlichkeit übergeben, zu dem vor fast 170 Jahren der Grundstein gelegt wurde. Bis heute blieb jedoch die Symbolik dieses Bauwerks, Erinnerung an die Befreiungskriege, weitgehend unbekannt.

Von DANKWART GURATZSCH

Karl Friedrich Schinkel, der große deutsche Baumeister, war noch ein kaum erprobter Architekt, als er auf die wohl ungewöhnlichste Idee für ein Denkmal verfiel, die je in Deutschland aufkam. Als es nun frisch restauriert wieder der Öffentlichkeit übergeben wurde, da wurden viele grundgescheite Dinge gesagt, *aber das eine nicht: daß das* Publikum bei diesem feierlichen Akt, wenigstens nach der geheimen Vorstellung Schinkels, nur den kleinsten Teil dieses mysteriösen Denkmals vor sich sah. Denn mit seinen riesigen Ausmaßen und seinem Allerheiligsten ist es wie Kaiser Friedrichs Thron im Kyffhäuser den Blicken verborgen.

Das Bauwerk, 19 Meter hoch, steht auf einem 40 Meter hohen Sandhügel mitten in Berlin, zwei Kilometer Luftlinie von der Sektorengrenze entfernt. Es wurde 1818–21 auf Befehl Friedrich Wilhelms III. errichtet und ist ein Eisenguß der Königlichen Gießerei Berlin. Auf der Spitze trägt es das Eiserne Kreuz der Befreiungskriege. Damit hat es zuerst dem Hügel, der einmal Tempelhofer Berg hieß, und dann dem ganzen Stadtteil seinen Namen gegeben: Kreuzberg. Aber seine geheime Botschaft enthüllte es nicht.

Man wird sie nur finden, wenn man seine Vorgeschichte studiert. Nach dem Wunsch des Königs sollte Schinkel ein „National-Denkmal zur Erinnerung an die Befreiungskriege" entwerfen. Für ein solches Denkmal hatte der junge Maler, lange bevor er seinen ersten Bauauftrag bekam, auf eigene Faust schon zahlreiche Entwürfe gezeichnet. Sie zeigen einen riesigen gotischen Dom, denn ganz wie Goethe war Schinkel überzeugt, daß die mittelalterliche Gotik „aus dem eigenen Freiheitssinne" der Deutschen entstanden sei.

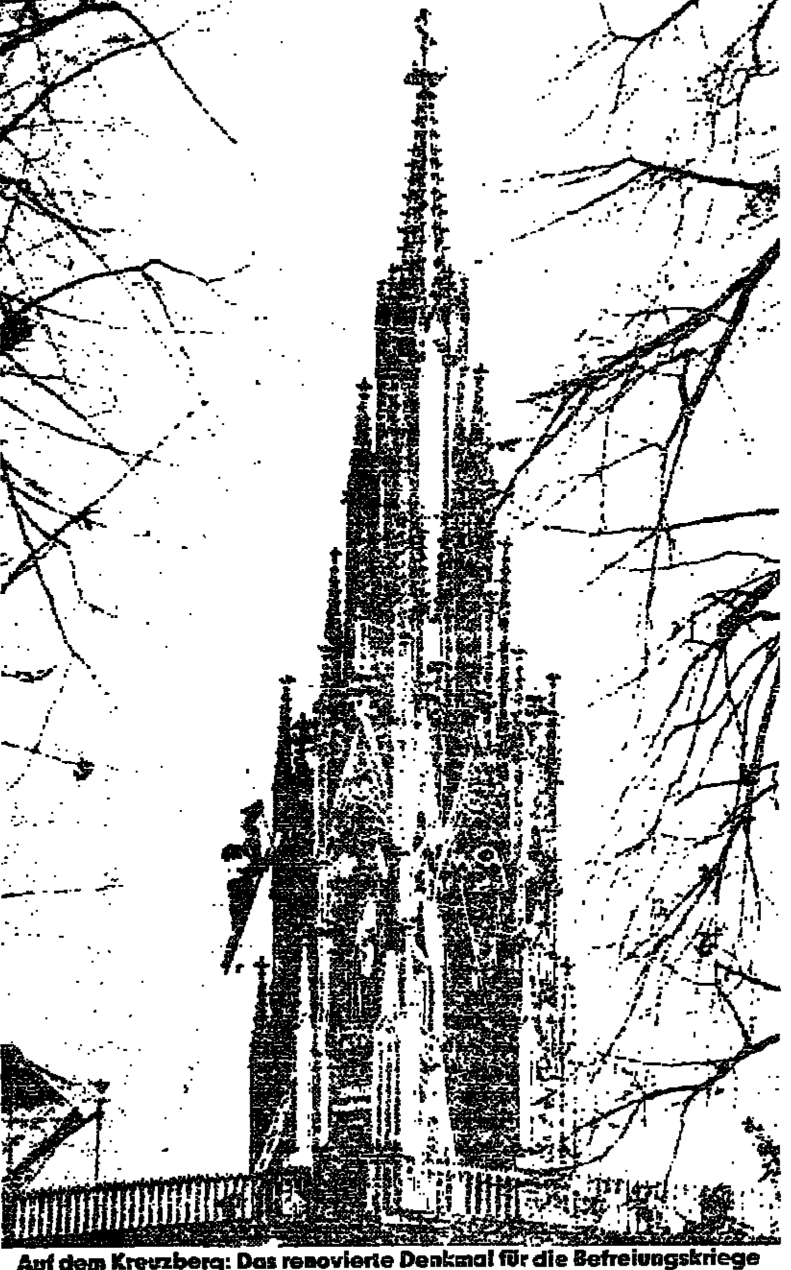
In immer neuen und großartigeren Entwürfen und Gemälden hat Schinkel das Idealbild dieser Kathedrale, in der die geheimen Sehnsüchte seiner Jugend und des ganzen Volkes nach Einheit und Freiheit für alle Deutschen Gestalt gewinnen sollten, mit einer fast magischen Eindringlichkeit beschworen: Zuletzt schwebte ihm ein Bau vor, an dem – so wie an der jahrhundertealten Hoffnung auf ein einiges Vaterland – Generation um Generation weiterbauen sollten und der doch niemals ganz vollendet sein würde.

Als ihm der König jedoch den Auftrag erteilte, da fehlte das Geld. Der Vorschlag für einen gotischen Dom vor dem Potsdamer Tor wurde als zu aufwendig abgelehnt. Da verfiel Schinkel auf die grandiose Idee, diesen Dom dennoch zu bauen – aber als Mythos. Nur seine Spitze ließ er aus dem Tempelhofer Berg ragen, und er wählte dafür das Material, das man zu jener Zeit für unvergänglich hielt: das moderne Gußeisen.

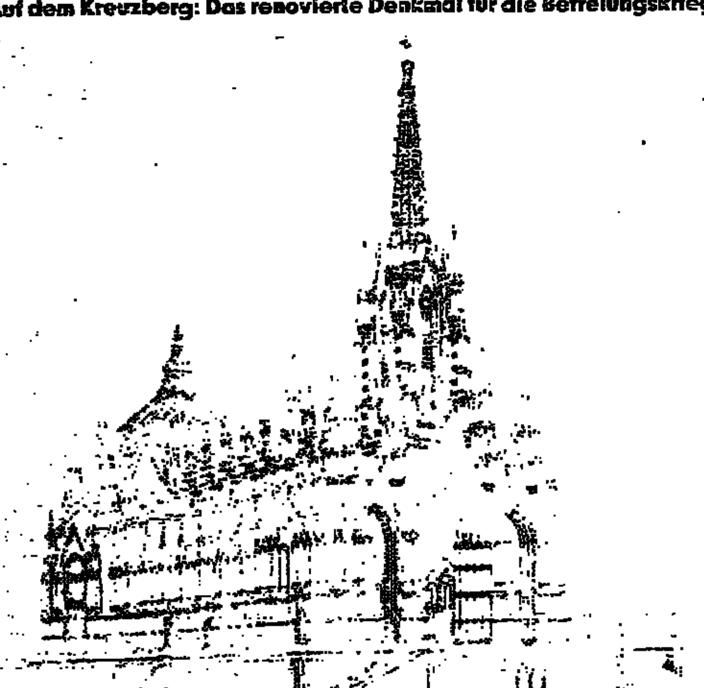
Wie er es gemeint hat, das zeigt eine nur daumengroße Bleistiftskizze auf einem 24 mal 19 Zentimeter großen Blatt: Man sieht darauf den Hügel, aus dem ein „turmartiges Gebäude" wächst, das laut Schinkel im Maßstab dem *(damals noch unvollendeten)* „Dom zu Köln" nachgebildet werden sollte. Der gewaltige Bau selbst ist wie der Traum von Freiheit und Einheit des Reiches als ein Geheimnis der Nation im Innern des Berges verborgen.

Schinkel hat sein Vermächtnis schriftlich nirgends niedergelegt. Auch die Königsfamilie, die Staatsminister, Generäle und der russische Kaiser Alexander, die bei der Grundsteinlegung am 19. September 1818 anwesend waren, ahnten nichts vom großen Glauben dieses uneitlen Mannes. Bis wenige Jahre vor seinem Tod hat Schinkel nie wieder ähnlich großartige Entwürfe für ein gotisches Bauwerk gezeichnet – aber er verfolgte und unterstützte die Pläne für die Vollendung des Kölner Doms, in denen er ein Projekt nach der Art seines „National-Denkmals" sah.

1880, als der Dom fertiggstellt war, 39 Jahre nach Schinkels Tod, waren durch Bismarcks „kleindeutsche Lösung" die Hoffnungen auf Einheit und Freiheit wenigstens der Mehrzahl der Deutschen in Erfüllung gegangen. Erst heute wissen wir, daß Schinkels Dom unter der Erde von Berlin seine Botschaft am reinsten bewahrt hat – jetzt und für andere Zeiten.



Auf dem Kreuzberg: Das renovierte Denkmal für die Befreiungskriege



Schinkels Entwurf eines deutschen Denkmalsdoms

FOTOS: DPA/DIE WELT

Rückkehr in eine schwarze Oase

Als aus Rhodesien Zimbabwe wurde, als die Schwarzen unter Führung von Robert Mugabe das Zepter übernahmen, da verließen viele Weiße das Land – vor allem Richtung Südafrika. Unterdessen kommen Tausende zurück. Ängste sind verflogen, und ein bescheidener Aufschwung macht Zimbabwe wieder attraktiv. Ein Aufschwung, den der Südafrika-Konflikt gefährdet.

Von WILLY LÜTZENKIRCHEN

Es ist wie in alten Zeiten: In der Halle des verstaubten „Ambassador"-Hotels sitzt Andrew, brütet über Zahlenkolonnen auf der Rückseite einer Zigarettenschachtel. *Der rundliche Grieche* mit den wäßrigen Augen wartet in den schäbigen Plastiksesseln wieder auf Kundschaft. Andrew war einmal die erste Adresse für todsichere Tips bei den Pferderennen in Borrowdale, wo die weißen Siedler ihr Geld verjuxten.

Seine Geschäfte waren immer etwas zwielichtig: Devisenhandel, Gold, Elfenbein, Grundstücke, Beteiligungen an irgendwelchen Minen im Landesinnern. Zuletzt hortete er Smaragde und andere Edelsteine in Plastikbeuteln verpackt in der WC-Spülung seiner Etagenwohnung. Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Schwarzen packte Andrew die Koffer und zog nach Südafrika. Das hat er bereut: „Ich habe mich in Durban als Barmanager und Taxifahrer durchgeschlagen. Aber das war kein Leben, ich bekam keinen Fuß auf die Erde. Mit der Wirtschaft ging's nur bergab. Es gab nichts zu verdienen. Und arme Weiße gibt's da unten schon genug."

Andrew gehört zu den angeblich 30 000 Weißen, die in den letzten zwölf Monaten nach Zimbabwe zurückkehrten, vor allem aus Südafrika, aber auch aus Europa und Australien. Die Zahlen über die Rückkehrer sind heftig umstritten, einige Tausend werden es wohl sein. Nach dem mörderischen Buschkrieg und der Machtübernahme durch Robert Mugabe war die Zahl der Europäer von *278 000* auf *weniger als 100 000* gerutscht. Die meisten „Rhodies" waren dem politischen und sozialen Klimawechsel psychisch nicht gewachsen und wanderten aus. In Südafrika wurden sie als „when-we's" verspottet, weil ihre Sätze immer begannen mit „Als wir noch in Rhodesien waren ..."

Die verblüffende Rückkehr der Weißen nach Zimbabwe hat viele Gründe: Einige sind tatsächlich vor blutigem Terror und Rassenkrawallen in Südafrika geflohen oder wollten den Wehrdienst vermeiden. Die meisten waren jedoch den Bedingungen des südafrikanischen Arbeitsmarktes nicht gewachsen, sehnten sich nach den langen „tea breaks" im gemächlichen Büro-Alltag von Zimbabwe. Für besser bezahlte Jobs in Südafrika fehlte ihnen oft die Qualifikation. Die älteren Rückkehrer werden von Renten-Ansprüchen gelockt, die nur in Zimbabwe in lokaler Währung ausgezahlt werden.

Andere haben Grundbesitz geerbt oder hängen, mangels Chancen in Südafrika, dem „rhodesischen Traum" nach: dem Leben in verräucherten Bars und Country Clubs, mit Gin Tonic und Brandy, einem billigen Häuschen und Personal, niedrigen Steuern und endlosen Pokerrunden, eine welke Siedler-Idylle im Schatten der Jacaranda-Alleen. Viele fanden es in Südafrika oder Europa „zu eng und zivilisiert", mögen ein Leben als Tramp, ziehen mit leichtem Gepäck über Land, lassen sich als Farmverwalter, Vormann auf einer Mine oder einem Sägewerk anheuern, schlagen keine Wurzeln. Einige spekulieren aber auch auf den labilen Zustand des Landes, der genug Spielraum läßt für illegale Geschäfte, Schmuggel, Devisenschiebung, Schwarzmarkt, Handel mit Gold, Edelsteinen, Elfenbein und Fellen.

Die Ängste vor der schwarzen Regierung unter Mugabe haben sich weitgehend verflüchtigt. Helen, eine Krankenschwester, Mitte 30, sagt nach der Rückkehr aus Südafrika: „Wir dachten wirklich, daß uns die Schwarzen das Leben schwermachen würden nach diesem furchtbaren Krieg. Aber wir lagen falsch – und wir hätten gar nicht abhauen sollen. Hier sehe ich eine positive Zukunft, was man über Südafrika heute nicht mehr sagen kann."

Das sehen nicht alle Rückkehrer so. Ein Kaufmann sagt nach seiner glücklosen Odyssee durch Südafrika: „Zimbabwe sieht im Moment nicht schlecht aus. Hier zündet dir keiner das Haus an oder wirft dir Steine aufs Auto. Aber als Weißer ist man heute genauso rechtlos und politisch machtlos, wie es die Schwarzen unter Ian Smith waren. *Wer das kapiert und* nicht auffällt, kann hier durchhalten."

Im Vergleich zu anderen Staaten des südlichen Afrika ist Zimbabwe heute eine Oase bescheidenen Wohlstandes. Zimbabwe ist zum Drehkreuz an der Nahtstelle zwischen Südafrika und den Frontstaaten geworden. Über Zimbabwe läuft der Handel zwischen Südafrika, Botswana, Sambia, Zaire, Malawi und Moçambique. Zimbabwe hat die Rolle eines Verschiebebahnhofs zwischen Kap und Kongo übernommen. Ganze Lkw-Flotten werden von Harare aus gesteuert, versorgen die Länder nördlich des Sambesi mit südafrikanischen Nahrungsmitteln, Dünger, Maschinen, Ersatzteilen.

Bergbau und Landwirtschaft sorgen für einen kräftigen Devisenschub: Die Tabak-Auktionen schlossen mit einer Rekordbilanz von über 300 Millionen Dollar, die Mais- und Hirse-Ernten haben ebenfalls Rekordmarken erreicht. Die Versorgungskrise scheint bewältigt, vor allem durch die Ernten der 5000 weißen Farmer, die zwei Drittel der Nahrungsmittel produzieren. Nur im Matabeleland sind noch etwa 500 000 Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen. In Harare werden neue Luxushotels und Wolkenkratzer aus dem Boden gestampft, die Dampfeisenbahn wird auf Strom umgestellt.

Trotz der marxistischen Rhetorik Mugabes, die vor allem ausländische Investoren abschreckte, gibt es Zeichen für eine wirtschaftliche Gesundung. Dies hat viele Weiße in die alte Heimat gelockt, trotz einer entschlossenen Afrikanisierung in allen Bereichen. Dennoch wirkt das Land manchmal wie ein Naturschutzgebiet für weniger qualifizierte Weiße: In den Warenhäusern von Woolworths und Barbours harren weiße Verkäuferinnen mit Violettönen im grauen Haar auf Kundschaft, verkaufen Lotterielose, Zigaretten und Deosprays. In den Boutiquen und Frisiersalons dominieren üppige Schönheiten aus Italien, Griechenland oder Belgien, elegante und trinkfeste Damen in Pumps und engen Röcken, wie aus der Revlon-Werbung entsprungen, die lustvoll ihre Nägel lackieren oder am Campari nippen. Business as usual in der trägen, herbstlichen Stimmung der späten Trockenzeit, wenn in Harare die blauen Blüten der Jacarandabäume aufflackern.

Das immer noch komfortable Leben *der Weißen und Schwarzen* steht nun auf dem Spiel: Zimbabwe, soviel steht fest, wird als erstes Land in den Sog der Sanktionen gegen Südafrika geraten, muß sich auf eine Wirtschaftskrise gefaßt machen. Im Kampf gegen das „Apartheid-Regime" sei Zimbabwe zu „jedem Opfer bereit", erklärte Premierminister Mugabe. Das wird er bald beweisen können: Die Sanktionen der USA und anderer Länder gegen Südafrika werden ebenso Zimbabwe treffen wie *auch andere „Frontstaaten"*.

Zu 93 Prozent wird der Außenhandel Zimbabwes zur Zeit über südafrikanische Bahnen und Häfen abgewickelt. Bis 1983 liefen immerhin noch 53 Prozent des Handels über die Häfen von Moçambique. Unter dem Druck antikommunistischer Partisanen sind jedoch die Verkehrslinien durch Moçambique zusammengebrochen. Zimbabwe muß 5000 bis 7000 Soldaten aufbieten, um wenigstens Pipeline, Bahn und Straße nach Beira gegen Guerrillas zu sichern. Die Sicherung und Sanierung des „Beira-Korridors" gerät zur politischen Überlebensfrage für Zimbabwe, das als Binnenland völlig vom südafrikanischen Transportnetz abhängig wurde.

Südafrika kann den Handel mit Zimbabwe und anderen Staaten Schwarzafrikas drosseln oder unterbrechen, mit katastrophalen Folgen. Treibstoff, Nahrungsmittel, Fahrzeuge, chemische Grundstoffe, elektronische Geräte, Dünger, Pumpen und andere Maschinen werden bisher aus Südafrika geliefert. Für die Ausfuhren Zimbabwes und anderer Nachbarstaaten (Tabak, Tee, Baumwolle, Kaffee, Chrom, Asbest, Kupfer, Nikkel, Zinn usw.) stehen nur Transportwege via Südafrika zur Verfügung, nachdem Savimbis Unita und die Rebellen des Nationalen Widerstandes, beide von Südafrika unterstützt, den Verkehr zu den Häfen Angolas und Moçambiques lahmgelegt haben.

Ein Kaufmann in Harare sagt: „Ich habe nicht die leiseste Ahnung, wie wir ohne Südafrika noch Anschluß an den Weltmarkt halten können. Die Sanktionen können uns blitzschnell die Luft abdrehen. Wie sollen wir den Tabak herausschaffen oder Benzin bekommen? Die Transportkosten über Südafrika *sind* gewaltig, aber es gibt keine andere Option. In Moçambique warten die Guerrillas nur darauf, unsere Transporte in die Luft zu sprengen."

Ein Tabakfarmer aus dem Norden: „Wenn die Sanktionen kommen, kann ich den Betrieb zumachen. Ich fahre selber nach Südafrika, um Ersatzteile für Traktoren, Pumpen und Generator einzukaufen. Batterien und Pflanzenschutzmittel und alles mögliche Gerät auf der Farm stammen aus Südafrika. *Wir können uns* doch keine Sanktionen leisten, wenn wir weiter exportieren wollen. Ohne die Züge und Lastwagen, ohne die Häfen da unten läuft hier nichts mehr. Dann sind wir schnell ruiniert. Das muß Mugabe doch wissen."

Die Zeitbombe der Sanktionen tickt für die Wirtschaft Zimbabwes. Schon heute wird der Handel mit dem verhaßten Nachbarn zum Teil über Schmuggelkanäle abgewickelt. Zimbabwische Soldaten haben an den Straßen nahe der Grenze Straßensperren errichtet und durchsuchen Lieferungen aus Südafrika. Ein Landeskenner: „Hier wird man mit allen Tricks arbeiten müssen, um zu überleben. Das heißt Schmuggel und getürkte Lieferungen über Botswana. Wenn es Sanktionen gibt, wird der bescheidene Boom hier zusammenbrechen. Für Schieber und Schmuggler werden das goldene Zeiten. Aber das Land wird fürchterlich leiden."



Zimbabwe unter Mugabe: „Wer nicht auffällt, kann hier durchhalten"

FOTO: SVEN SIMON

Windeien: SED gibt Archive an Westen zurück

dpa. Tingleff

Das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" im Mai dieses Jahres unterzeichnete Kulturabkommen hat nach Angaben des Bundesministers für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), zu ersten erkennbaren Ergebnissen geführt. Wie Windelen am Wochenende vor der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig mitteilte, bestehe die Hoffnung, daß Teile von Archivbeständen, die vor mehr als 40 Jahren in den Kriegswirren ausgelagert wurden, aus der „DDR" bald wieder an die Städte in der Bundesrepublik zurückgegeben werden.

Nach Angaben des Ministers handelt es sich im wesentlichen um Archivbestände aus den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen sowie Mainz. Windelen: „Die Verhandlungen sind in ein entscheidendes Stadium getreten."

Auch die Verhandlungen mit der „DDR" über ein Wissenschaftsabkommen seien weit vorangeschritten. Nach der Einigung mit der Sowjetunion könne man jetzt erwarten, daß „der Weg frei" sei für ein Rahmenabkommen mit der „DDR".

Für Parteizwecke

Durch einen Übermittlungsfehler ist in einem Teil der Samstagausgabe der WELT berichtet worden, daß Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen in seiner damaligen Eigenschaft als CDU-Fraktionsvorsitzender von dem Bauunternehmer Kurt Franke 75 000 Mark für „Privatzwecke" erhalten habe. Es muß richtig heißen für „Parteizwecke".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Jetzt fahndet die Polizei verstärkt nach der Terrorgruppe „2. Juni"

Verübte „aufgelöste" Organisation Anschlag auf Hollenberg? / „The Blues goes on"

Von WERNER KAHL

Tatort Berlin: „The Blues goes on", erzählten sich Gäste linker Kneipen am Wochenende nach den Schüssen auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, durch bisher nicht gefaßte Terroristen. Im Verdacht, den Anschlag verübt zu haben, stehen plötzlich auch Anhänger der früheren Gruppierung „Bewegung 2. Juni", die sich angeblich 1980 auflöste und mit der „Rote Armee Fraktion" (RAF) vereinigte.

Bei den Ermittlungen nach dem Täterkreis suchen die Sicherheitsbehörden in West-Berlin und im übrigen Bundesgebiet nach früheren Angehörigen dieser Gruppierung, die in den sechziger Jahren als „Blues" antiautoritär auftrat, bis dieses Etikett zum Synonym für den Weg in den Linksextremismus wurde. In Erinnerung an den Tod des Demonstranten Benno Ohnsorg bei einer Anti-Schah-Kundgebung am 2. Juni 1967 in West-Berlin bemühten sich Anführer der Bewegung seit Anfang der siebziger Jahre unter diesem Todesdatum als Gruppennamen „Widerstand auf die Straße" zu tragen. Reizthemen sollten unabhängig von der RAF durch spontane Anschläge „vermittelbar" werden. „Durch entscheidende Aktionen müssen wir das Volk auf unsere Seite bringen", sagte der wegen terroristischer Aktivitäten verurteilte Klaus Viehmann vor Gericht unter Anspielung auf die Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz. Der „Bewegung 2. Juni" werden außerdem die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann und die Inszenierung der Entführung des Wiener Textilkaufmannes Palmers zur Last gelegt, von dem Inge Viett, eine der *Anführerinnen, im Jahre 1977 rund* 4,3 Millionen Mark als Lösegeld erpreßte.

Inge Viett, frühere Berliner Kindergärtnerin aus Stenwarde in Norddeutschland, wird verstärkt als Nummer eins der alten „Bewegung 2. Juni" gesucht. Die 42jährige, die 1976 aus dem Berliner Frauengefängnis ausbrach und seitdem gesucht wird, schloß sich nach der Flucht der RAF an. Im kommunistischen Südjemen wurde sie in einem Palästinenserlager militärisch ausgebildet. Ihr wird eine Reorganisation des militanten Untergrundes nach mehrjähriger verhältnismäßig ruhiger terroristischer Phase in der Stadt zugetraut.

In früheren Jahren hielten sich weitere Mitglieder des „2. Juni" zur Ausbildung in Lagern palästinensischer Organisationen im Nahen Osten auf. Eine der ersten war Ingrid Siepmann, eine aus Marienberg (Sachsen) stammende Frau, die den Spitznamen „Banklady" trug. In knapp eineinhalb Jahren verübte sie mit Komplizen sechs Überfälle auf Westberliner Geldinstitute. Nach ihrer Verurteilung 1974 zu zwölf Jahren Haft war sie bereits im März 1975 im Austausch gegen den entführten damaligen Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz freigepreßt worden. Seit einigen Jahren ist Ingrid Siepmann in Libanon verschollen. Es wird angenommen, daß sie bei den Kämpfen in Südlibanon auf seiten der PLO gegen die Israelis während eines Bombenangriffes verschüttet wurde.



In Inge Viett sieht die Polizei den Kopf der Terrororganisation „2. Juni" FOTO: DPA

Einige Anhänger des „2. Juni" versuchten in den siebziger Jahren in Nordrhein-Westfalen eine „Rote Ruhr-Armee" zu bilden. Zu den mutmaßlichen Initiatoren wurde Gabriele Kröcher-Tiedemann gerechnet, die später mit dem Venezolaner Ilich Ramirez-Sanchos, genannt „Carlos", die Konferenz der Opec-Ministerrunde in Wien überfiel. Der damalige Ehemann der Terroristin wurde 1977 in Stockholm unter dem Verdacht der geplanten Entführung eines schwedischen Regierungsmitgliedes verhaftet.

Festnahmen durch die in- und ausländische Polizei, der Tod des Professorensohnes Georg von Rauch bei einer Schießerei und der „Ausstieg" des früheren „2. Juni"-Anhängers Michael „Bommi" Baumann bedeuteten eine Zäsur für die Gruppierung. In einem Reorganisationspapier im Jahre 1975 hieß es über diese Phase der Bewegung und über die Bedingungen eines weiteren Agierens unter anderem: „Georg von Rauch wurde erschossen, viele Genossen wurden verhaftet, andere gaben auf, einige versuchten sich durch Verrat freizukaufen (es handelte sich um erfolgreiche Regelungen einer Art Kronzeugenpraxis, wie sie heute als gesetzliche Regelung diskutiert wird – die Red.)."

Die Verfasser betonten in ihrem Rundschreiben an Anhänger und Unterstützer der Terrororganisation, es sei „trotz dieser folgenschweren Rückschläge – die Infrastruktur der Gruppe wurde von den Bullen mehr als einmal durch Verrat zerschlagen –", der Polizei nicht gelungen, „die Bewegung aufzureiben oder sie aus der Stadt zu vertreiben".

Daraus erklären sich Zweifel, ob die „Bewegung 2. Juni" tatsächlich aufgelöst wurde. Bei den Sicherheitsbehörden gibt es Hinweise, daß in der Bundesrepublik in den letzten Jahren einige militante frühere „2. Juni"-Anhänger Mini-Gruppen von der Art „Revolutionärer Zellen" gebildet haben. Diese werden als selbständige „Untergruppen der Bewegung 2. Juni" oder zumindest dieser nahestehend eingeschätzt. The Blues goes on?

In dem Anschlag auf den Berliner Behördenchef sehen Sicherheitsexperten durchaus eine Aktion, um sich bei anderen deutschen Extremisten, insbesondere aber auch bei arabischen Gruppierungen, ins Gespräch zu bringen. Für diese Anknüpfung können die Gewalttäter die „Revolutionären Zellen" gewählt haben.

Diepgens Rezept: Polizisten weniger am Schreibtisch

D. D. Berlin

Berlins Straßen und öffentliche Verkehrsmittel sollen sicherer werden. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) kündigte ein neues „Programm für die Innere Sicherheit" an. Durch organisatorische Veränderungen soll die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit verstärkt werden – weniger Beamte am Schreibtisch, mehr beim Streifendienst.

In Berlin sind im vergangenen Jahr 268 814 Straftaten begangen worden. Gegenüber 1984 ist dies eine Steigerung um vier Prozent. Mit einer Aufklärungsquote von 48 Prozent stand Berlin aber an der Spitze aller Ballungsgebiete und besser als der Bundesdurchschnitt (47,2 Prozent).

Mit dem neuen Programm sollen, so Diepgen, Überfälle verhindert, der Drogenhandel eingedämmt und Straftaten vorgebeugt werden. Auf verschiedenen S- und U-Bahnstrekken ist, ähnlich wie in Hamburg, zur Sicherheit der Fahrgäste der Einsatz uniformierter Polizisten geplant sowie besonders in den späten Abendstunden und in der Nacht eine verstärkte Kontrolle der Bahnhöfe. Nach Diepgens Vorstellungen sollten zum Beispiel zur Bewachung von Parkhäusern – diese werden von „Autoknackern" bevorzugt – private Wachdienste herangezogen werden.

Mit dem Programm wird sich der Senat in den nächsten Sitzungen befassen. Die zuständige Innenverwaltung und die Polizeiführung wurden aufgefordert, Vorschläge zu machen. „Besonders ältere Menschen und Frauen müssen sich in der Stadt sicher fühlen", betont Diepgen. Er will sich dafür einsetzen, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit Berlin im Hinblick auf die 750-Jahrfeier 1987 den Ruf einer sicheren Stadt behalte.

Rund 60 Prozent aller Straftaten in Berlin sind Diebstähle. So wird alle 13 Minuten ein Auto aufgebrochen und alle 67 Minuten in eine Wohnung eingebrochen. Etwa 60 Prozent der Einbrecher sind Drogenabhängige.

In einer Veranstaltung der WELT wies vor einiger Zeit der Berliner Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus darauf hin, daß von 1974 bis 1985 die Zahl der Straftaten 33 Prozent, die Zahl der Beamten, Kripo und Schutzpolizei aber nur um acht Prozent gestiegen sei.

Bangemann ermahnt die FDP zum Schulterschluß

DIETHART GOOS, Hamburg

FDP-Chef Martin Bangemann hat seine Partei dringend davor gewarnt, von den positiven Beschlüssen des Präsidiums und der Bundestagsfraktion zum Kronzeugen wieder abzurücken. In einem WELT-Interview bezichtigte er den SPD-Fraktionsvorsitzenden und früheren Justizminister Hans-Jochen Vogel der Unwahrheit, weil *dieser behauptet hatte*, die SPD habe früher niemals Vorstellungen zum Kronzeugen gehabt, wie sie jetzt vom Kabinett beschlossen worden seien.

Gerät Ihre Partei über die neuen Maßnahmen zur Terroristenbekämpfung in eine Zerreißprobe?

Bangemann: Vielleicht ist Zerreißprobe ein zu starkes Wort. Aber es ist eine Tatsache, daß die neuen Maßnahmen kontrovers in der FDP diskutiert werden. Ich erwarte, daß die Partei am Ende dieser Diskussion die Positionen einnimmt, die Präsidium und Bundestagsfraktion bereits bezogen haben. In einer Situation, wo Terrorismus eine neue Dimension erreicht hat mit seinen Angriffen auf den Rechtsstaat, muß man aus der Defensive heraus.

Was sagen Sie zum Vorwurf aus Ihrer Partei, Sie hätten liberale Grundsätze der Rechtspolitik aufgegeben?

Bangemann: Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt und zeigt, daß die Diskussion nicht mit Argumenten geführt wird, sondern von Emotionen, Übertreibungen und Ängsten bestimmt wird. Vergleicht man die Kronzeugen-Regelung mit bereits bestehendem Recht, so wird man feststellen, daß diese Überlegungen im Bereich Rauschgiftkriminalität sowie bei Hoch- und Landesverrat vorhanden sind. Es geht bei der Kronzeugen-Regelung in erster Linie um Abschreckung.

Wie bewerten Sie den Vorwurf der SPD, Sie würden eine Komplizenschaft mit Mördern eingehen?

Bangemann: Das ist absolut ungerechtfertigt und eine böswillige und polemische Unterstellung. Denn Straffreiheit wird ja nicht zwingend vorgeschrieben. Der Generalbundesanwalt und der Ermittlungsrichter haben Ermessensfreiheit in jedem einzelnen Fall. Daß ein Mörder seine Mithilfe zur Bekämpfung des Terrorismus anbietet, ist sicher nur der Extremfall. Das Umfeld ist für uns besonders wichtig. Hier sind die klassischen Kronzeugen zu finden.

SPD-Fraktionschef Vogel sagt, die SPD habe niemals Gesetzgebungsmaßnahmen zum Kronzeugen geplant. Stimmt das?

Bangemann: Das ist falsch und das werden wir ihm nachweisen. Zur Bekämpfung des Terrorismus haben FDP-Innenminister und auch der damalige Justizminister Vogel ähnliche Regelungen vorgeschlagen. Sie sind wegen starker Bedenken damit nicht durchgekommen. Und auch heute bestehen durchaus Bedenken.

Stimmt der Vorwurf aus der FDP, Sie hätten überhastet reagiert?

Bangemann: Durch die Erklärung der Terroristen nach der Ermordung Gerold von Braunmühls ist deutlich geworden, daß sie viele weitere Anschläge gegen einen *großen* Kreis von Bürgern planen. Wer auf diese massive Bedrohung nicht reagiert, setzt sich dem berechtigten Vorwurf aus, angesichts möglicher neuer terroristischer Taten nichts getan zu haben.

Wird das Thema Kronzeuge den FDP-Bundesparteitag bestimmen?

Bangemann: Es wird ein wichtiges Thema sein. Ich hoffe, daß die Diskussion bis dahin rationaler geführt wird. Ich erwarte einen Parteitagsbeschluß, der es der Fraktion ermöglichen wird, am Gesetzgebungsverfahren weiter mitzuwirken, um weitere terroristische Gewaltakte zu verhindern. Auch eine liberale Partei kann nicht an einmütigen Entscheidungen ihrer Führungsorgane vorbeigehen.

Rechnen Sie mit weiteren auf die Bundestagswahl zielenden terroristischen Gewalttaten?

Bangemann: Mit Sicherheit. Man darf sich nicht täuschen. Nach der Ermordung von Braunmühls gab es eine Vielzahl von Sprengstoffanschlägen, die auch völlig wahllos Passanten hätten treffen können.

Und wenn die Opposition die Terroristenbekämpfung zu einem Wahlkampfthema macht?

Bangemann: Dann ist das unredlich. Vor allen Dingen wenn man unter Ausnutzung allgemeiner Unkenntnis behauptet, es gebe bereits genügend Mittel und Praktiken, um mit Mördern fertig zu werden. Wir brauchen ein wirkungsvolles Instrumentarium einschließlich der Rasterfahndung und der Kronzeugen-Regelung.

Grüne verstehen Raus Distanz

AP, Stuttgart

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Tischer, kann verstehen, wenn Johannes Rau sich als Christ von den Grünen distanziere: „Innerhalb der Grünen wird mit der christlichen Ethik sehr fahrlässig umgegangen". Wenn Rau nach der Bundestagswahl seine Ablehnung gegen ein Bündnis mit den Grünen aufrechterhalte, werde bei diesen bereits Oppositionsführer Vogel als Kanzlerkandidat gehandelt. Mit Vogel seien bereits Gespräche geführt worden, die allerdings nicht seine Kanzlerschaft zum Gegenstand gehabt hätten. Vogel selbst nannte die Behauptung Tischers, Grüne hätten Gespräche mit ihm geführt, eine „reine Erfindung".

IG Metall droht mit Warnstreiks

dpa, Osnabrück

Der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann hat für die nächste Tarifrunde über die 35-Stunden-Woche Anfang 1987 Warnstreiks von bisher unbekannten Ausmaßen angekündigt. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Eisenmann, die Arbeitgeber müßten sich darauf einstellen, daß die Aktionen über einen Tag hinausgingen, sich insgesamt über Wochen und Monate hinzögen und mehrmals im selben Betrieb stattfänden. Ferner sollten alle Teile der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden. Die Warnstreiks würden die gesamte Metallbranche und nicht nur die Automobilindustrie umfassen.

RAF-Terroristen an der Riviera?

AP, Frankfurt/Rom

Die italienische Polizei hat nach Zeitungsberichten am Wochenende *sechs Personen, darunter zwei Deutsche*, wegen des Besitzes von Sprengstoff festgenommen. Gleichzeitig berichtete die Tageszeitung „La Republica", daß sich das deutsche Ehepaar Horst Ludwig und Barbara Meyer, das zu den meistgesuchtesten Mitgliedern der Rote Armee Fraktion (RAF) gehört, nur 50 Kilometer vom Ort der Festnahme entfernt in der Stadt Montegrosso an der Riviera aufgehalten habe. Der Sprecher von Generalbundesanwalt Rebmann, Prechtel, sagte zu den Berichten über das Ehepaar Meyer: „Nach unserer Kenntnis ist das keine heiße Spur."

Glotz: FDP darf sich nicht beugen

DW. Köln

SPD-Generalsekretär Peter Glotz hat die FDP aufgefordert, ihr „*liberales Erbe zu retten*" und der „Kronzeugen"-Regelung nicht zuzustimmen. Glotz im Kölner „Express": „Wenn sich die FDP ihrer Führung beugt und der Kronzeugen-Regelung zustimmt, gibt sie das Vermächtnis von Thomas Dehler und Karl-Hermann Flach auf und schmälert so auch ihre Wahlchancen in Hamburg und bei der Bundestagswahl." Mit dem Kronzeugen „würden wir ein Stück Rechtsstaatlichkeit verlieren", sagte Glotz. Es komme darauf an, „Hysterie und Überreaktion des Staates nach den Terror-Anschlägen zu verhindern".

Genscher: Kein Kurswechsel

DIETHART GOOS, Hamburg

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Freien Demokraten entschieden gegen den Vorwurf in Schutz genommen, ihnen mangele es in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus an Entschlossenheit. Auf dem Bundeskongreß der Jungen Liberalen (Julis) nannte Genscher gestern in Hamburg solche Unterstellungen „politische Falschmünzerei".

Der frühere FDP-Chef versicherte unter tosendem Applaus, es werde in der FDP keinen Kurswechsel in der Innen- und Rechtspolitik geben. „Eine Kronzeugenregelung ist ganz sicher kein Kurswechsel in Richtung auf weniger Freiheit." Ausdrücklich nahm Genscher ebenfalls bei lang anhaltendem Beifall und Bravo-Rufen der Juli-Delegierten FDP-Kritiker der Kronzeugen-Regelung in Schutz. „Wenn einige Leute aus dem Unionslager sich auf Burkhard Hirsch und Gerhart Baum einschießen, dann erwarte ich, daß die ganze Partei sich geschlossen vor unsere Freunde stellt. Mit opportunistischen Selbstzweifeln schaden wir uns doch nur selbst."

Vor Beginn der Rede Genschers, der im Gegensatz zu FDP-Chef Bangemann stürmisch gefeiert wurde, hatten die Jungen Liberalen eine parlamentarische Anhörung zu den Antiterrormaßnahmen gefordert. In einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Papier heißt es, gegen die Einführung des Kronzeugen würden die Bedenken überwiegen.

هكذا من الأصل

Düsseldorf verteidigt Mediengesetz

fac. Bonn

Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird auch im parlamentarischen Beratungsverfahren für das Landesmediengesetz nicht vom Verbot der „Unterbrecher-Werbung" abgehen. In einem Gespräch mit der WELT sagte der Chef der Staatskanzlei von Ministerpräsident Johannes Rau, Klaus Dieter Leister: „Das Verbot der Unterbrecher-Werbung wird keinen seriösen Rundfunkveranstalter davon abbringen, sich in Nordrhein-Westfalen niederzulassen. Der Gesetzentwurf ermöglicht großzügig Werbeeinnahmen. An Sonn- und Feiertagen ist Werbung nach 18 Uhr erlaubt. Die Werbung darf bis zu 20 Prozent der täglichen Sendezeit betragen. Diesen Spielraum kann bisher noch kein einziges privates Rundfunkprogramm ausschöpfen."

Leister verteidigte auch einen der umstrittensten Punkte in dem Gesetzentwurf, die Beteiligung der Kommunen mit maximal 15 Prozent der Kapital- und Stimmrechtsanteile an einer Veranstaltungsgemeinschaft für lokalen Rundfunk. „Die Gemeinden erhalten damit nicht einmal eine Sperrminorität, geschweige denn einen erheblichen Einfluß. Eine solche Minderheitenbeteiligung ist verfassungsrechtlich unproblematisch, sie soll publizistisch dazu beitragen, daß das kommunale Geschehen ausreichend in die Gestaltung lokaler Rundfunkprogramme einbezogen wird." Die Medienpolitiker von CDU und FDP in Düsseldorf vertreten in dieser Frage einen entgegengesetzten Standpunkt. Sie äußern die Befürchtung, durch die Beteiligung der Kommunen werde gegen das auch vom Bundesverfassungsgericht postulierte Prinzip der „Staatsferne" des Rundfunks verstoßen.

Die Regierung in NRW nennt auch die Beteiligung des WDR, wie Leister in dem WELT-Gespräch hervorhebt, „sinnvoll und erwünscht". Der WDR soll sich nur an den Betriebsgesellschaften – sie sind nicht für das Programm zuständig – beteiligen. Leisters Argumentation: „Bei den Betriebsgesellschaften haben zunächst die Zeitungen mit Lokalausgaben vorrang Zugang, sie haben bei der ‚Erstfrequenz' selber die Entscheidung in der Hand, ob sie den WDR ‚mit an Bord nehmen'. Die Ermöglichung einer solchen Kooperation kann sich gerade in strukturschwachen als Segen erweisen.

WELT-Interview mit Ministerpräsident Lothar Späth: Die Konzernsanierung „muß von den Banken in die Hand genommen werden"

„Der Verkauf der Neuen Heimat an Herrn Schiesser war eine Panik-Entscheidung"

Herr Ministerpräsident, hat die Politik überhaupt noch ein Interesse an der Sanierung der Neuen Heimat? Oder ist das Debakel willkommener Anlaß, die DGB-Spitze vorzuführen?

Späth: Die Vorgänge um die Neue Heimat sind ungeeignet, eventuelle politische Rechnungen zu begleichen. Die DGB-Führung hat hoffentlich erkannt, daß sie es sich im Interesse der Millionen Gewerkschaftsmitglieder nicht leisten kann, in eine prinzipielle Kontra-Position zur Bundesregierung zu gehen. Andererseits muß auch die Bundesregierung – was sie immer wieder getan hat – Zeichen für Gesprächsbereitschaft und Verständigungswillen setzen. Was das Verhalten der DGB-Führung im Zusammenhang mit der Neuen Heimat betrifft, so muß ich ehrlich sagen: Ich verstehe dieses Vorgehen nicht. Der Verkauf der Neuen Heimat an Herrn Schiesser war eine Panik-Entscheidung. Der DGB wollte das Problem loswerden, weil er gespürt hat, daß er es nicht bewältigen kann. Aber zunächst hatte der DGB die Politik, die im Grunde schon aus Eigeninteresse zumindest auf der Ebene der Bundesländer hilfsbereit war, provoziert.

Provoziert?

Späth: Durch die Erklärung, daß der DGB nicht gewillt ist, Milliarden für ein Sanierungskonzept locker zu machen. Das war seine Position zu Beginn gegenüber der Politik. Dann hat der Gewerkschaftsbund an Herrn Schiesser verkauft. Bei diesem Verkauf ist er Verpflichtungen eingegangen, die sich auf fast zwei Milliarden Mark summieren. Diese Absicherung für Herrn Schiesser hat die finanzielle Größenordnung, die jetzt durch den Verkauf von 51 Prozent der Bank für Gemeinwirtschaft erwirtschaftet werden soll. Wäre der DGB diesen Weg, den er jetzt mit Herrn Schiesser geht, von Anfang an mit den Banken und der Öffentlichen Hand gegangen, dann wäre manches machbar gewesen. Er hätte sich außerdem viel Kritik erspart. Denn wenn der DGB gesagt hätte, wir bringen zwei Milliarden Mark aus Vermögenserlösen ein, wenn sich angesichts dieser Voraussetzung auch die Öffentliche Hand kooperationsbereit gezeigt hätte, dann hätten die Banken sich sicherlich nicht verschlossen.

Gibt es überhaupt noch Lösungen für die Neue Heimat, außer dem Konkurs?

Späth: Mein Eindruck ist, daß der Konzern als Ganzes kaum zu sanieren ist. Richtig ist die Überlegung, nach regionalen Lösungen zu suchen und in diesem Fall sind die Länder die Ansprechpartner. Was den Zustand der Regionalgesellschaften der Neuen Heimat betrifft, so ist mein Eindruck, daß die bayrische Gruppe für sich funktionsfähig ist. Die baden-württembergische Gesellschaft ist in sich sanierungsfähig. Ich würde sagen, das geht Null auf Null auf. Aber sie kann weiterexistieren, ihre Wohnungsbestände verwalten, auch unter einem anderen Eigentümer, wenn dieser die Gemeinnützigkeit garantiert. Die hessische Gesellschaft ist an das Land Hessen verkauft worden. Sie ist ebenfalls nach meiner Einschätzung in sich tragfähig. Aber ich glaube kaum, daß die Gesellschaften in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Hamburg noch sanierungsfähig sind. Aber zum Beispiel in Bremen ist es so, daß der Anteil der Neuen Heimat am Gesamtwohnungsbestand so gewaltig ist, daß ein Zusammenbruch der Gesellschaft gravierende Probleme für den Immobilienmarkt mit sich bringen würde.

Einen Konkurs schließen Sie aus?

Späth: Nein, den schließe ich nicht aus, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die Banken aus ihrer Interessenlage heraus einen Konkurs so ohne weiteres zulassen. Ich glaube nicht, daß die Banken zu einer Holter-die-Polter-Konkurslösung kommen wollen. Die Banken müßten eher an einer Lösung interessiert sein, die ihr Risiko bei nicht-gesicherten Krediten mindert. Die Banken haben bei einer außergerichtlichen Vergleichslösung mehr Möglichkeiten, weil die Länder das gesamtwirtschaftliche Interesse sehen müssen.

Wie könnte eine solche Banken-Lösung aussehen?

Späth: Ich bin, um das vorweg zu sagen, sicher, daß die Sanierung von den Banken in die Hand genommen werden muß. Es muß eine Banken-Lösung gefunden werden, für jedes Land. Das bedeutet in der Praxis dann, daß die brauchbaren Teile der Neuen Heimat saniert und abgestossen werden. Die Basis dafür ist ein außergerichtlicher Vergleich, was nichts anderes heißt, als daß Herr Schiesser und die Gewerkschaftsholding BGAG erklären, was sie zur Abschreibung einbringen. Dann müssen die Banken sagen, wieviel sie von ihren Krediten abschreiben. Natürlich wird es Ausfälle geben.

Eine Gesamtlösung für die Neue Heimat halte ich für nahezu ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil bei den öffentlichen Bürgschaften die Interessen sehr verschieden sind. Beispielsweise gibt es Bundesländer, die haben bis zu 100 Prozent der Finanzierung verbürgt. In Baden-Württemberg gibt es keine öffentlichen Darlehen, die über 70 Prozent des Buchwertes hinausgehen und damit ist in Baden-Württemberg kein Kredit gefährdet. Das bedeutet natürlich, daß eine pauschale Lösung, ein pauschaler Banken-Verzicht, etwa für unsere landeseigene Wohnungsbau- und Kreditanstalt, nicht zumutbar wäre. Eine ähnliche Situation wird sich in Bayern stellen. Und zum Schluß werden die Banken zur Öffentlichen Hand kommen und ihre Vorstellungen entwickeln. Dabei wird Herr Schiesser eine ganz beschränkte Rolle spielen können. Denn ich kann mir nicht vorstellen, wo das unternehmerische Konzept sein sollte, das alle schwerwiegenden Probleme bei der Neuen Heimat überspielt.



Lothar Späth, von 1970 bis 1974 selbst einmal im Management der Neuen Heimat gewesen, kann sich nicht vorstellen, daß Schiesser ein Patentrezept zur Genesung des Baukonzerns gefunden hat. Mit Lothar Späth sprach Manfred Schell.

Mir ist es in Baden-Württemberg nicht langweilig . . .

Lothar Späth als Kanzler nach Bonn? – Der baden-württembergische Ministerpräsident ist während eines Aufenthaltes in London von Mitarbeitern telefonisch über die in Bonn in Umlauf gesetzten Gerüchte informiert worden. Er amüsiert sich darüber. „Bonn ist für mich kein aktuelles Thema".

Die Frage nach seiner politischen Lebensplanung beantwortet Lothar Späth so: „Die ist ganz einfach. Es ist eine faszinierende Aufgabe, ein Bundesland, das wirtschaftlich so gesund und so vielfältig ist wie Baden-Württemberg, zu führen. Ich will hier das eine oder andere verwirklichen, was eine Art Pilot-Projekt für die Republik sein kann. Also: Mir ist es in Baden-Württemberg nicht langweilig".

Aber natürlich hat der Ministerpräsident und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU eine Meinung zu Bonn, obwohl er nicht viel von gegenseitigen Ratschlägen innerhalb der Koalition hält. „Die FDP muß mit ihren Problemen fertig werden. Wir müssen unsere Fragen lösen. Ich würde mir allerdings wünschen, daß die Freien Demokraten wieder etwas berechenbarer würden. Ich fand es schade, daß wir so lange um die Probleme der Inneren Sicherheit gestritten haben und es erst wieder neuer Herausforderungen durch den Terrorismus bedurfte, bis klar war, daß der freiheitliche Rechtsstaat auch mal die Zähne zeigen muß." Das Recht der FDP, sich vor allem in Fragen der Wirtschaftsentwicklung zu exponieren, will Späth nicht bestreiten. Aber es müsse auch sichtbar bleiben, daß eine Koalition aus CDU/CSU und FDP „keine Laisser-faire-Wirtschaftspolitik betreiben kann, die auf die sozial Schwachen zu wenig Rücksicht nimmt".

Über die Sicherung der Montan-Mitbestimmung, so meint Späth, sollte man in der Koalition „nicht in einen riesigen Streit verfallen. Die Zahl der davon betroffenen Betriebe ist nicht so groß, daß wir uns umbringen, wenn wir sagen, wir wollen hier ein Zeichen setzen, wir halten die Montan-Mitbestimmung in diese Betrieben."

Späth ist sich sicher, daß die Koalition bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 „einen klaren Wahlsieg" davontragen wird. Einmal, weil sie überzeugende Arbeit geleistet habe, aber auch, weil „sie ohne Alternative ist". Die SPD, das werde zunehmend sichtbarer, „hat hinter Rau ihre Grundlinie nicht gefunden". Aber eine Partei, die „sich nicht entschieden hat, wird große Schwierigkeiten haben, sich als Alternative zu präsentieren".



SPD: Einkommen bis 8000 Mark stärker entlasten

dpa/AP, Frankfurt

Bei einem Wahlsieg im Januar 1987 wollen die Sozialdemokraten die Familieneinkommen bis 8000 Mark monatlich stärker entlasten, als es die Koalition von Union und FDP vorhat. Dies erklärte der frühere Bundesfinanzminister und jetzige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, gestern im Hessischen Rundfunk.

Bei der von der SPD geplanten Einführung eines neuen Lohn- und Einkommensteuertarifs müßten Familien, die ein höheres Einkommen haben, allerdings mit einer geringeren Entlastung rechnen.

Apel verwies auf die seiner Ansicht nach schlimmen Entwicklungen der vergangenen Jahre. So bekomme ein Arbeitnehmer, der 4000 Mark monatlich verdiene und eine Erhöhung von 100 Mark erhalte, davon nur noch 39 Mark ausbezahlt. Diese Entwicklungen in der Zeit der „Wendekoalition" machten es nötig, zu dem Grundsatz zurückzukehren, daß sich Arbeit wieder lohnen müsse.

Der SPD-Finanzpolitiker sprach sich ferner für ein einheitliches Kindergeld aus, das die derzeitige Koalition zugunsten von Freibeträgen abgeschafft hatte. Diese Beträge hätten den unangenehmen Effekt, daß sie Spitzenverdiener zweieinhalbmal mehr entlasteten als den Normalverdiener. Die SPD wolle eine Regelung, bei der für das erste Kind hundert Mark, für das zweite 200 Mark sowie für das dritte und alle weiteren je 300 Mark monatlich gezahlt würden.

Helmut Schmidt besuchte Gierek

AP, Warschau

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich zu einem viertägigen Besuch in Polen aufhielt, ist in Kattowitz auch mit dem früheren polnischen Parteichef Edward Gierek zu einem privaten Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Der 73jährige Gierek war 1980 nach Arbeiterunruhen von seinem Posten abgelöst worden. Aus der Begleitung Schmidts verlautete, die Begegnung im Haus Giereks habe etwa zwei Stunden gedauert. Es wurde darauf verwiesen, daß Schmidt in seiner Abschiedsansprache im Bundestag am 10. September Gierek als „Freund" bezeichnet hat, der sich um die weitere Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen bemühte.



Zuständig für Finanzthemen: Wilhelm Rahlfs FOTO: DIE WELT



Zuständig für Frauenthemen: Sabine Krüger-Spitta FOTO: DIE WELT



Zuständig für alles: Ingo von Münch FOTO: SVEN SIMON

Der FDP-Logik vermag so mancher Zuhörer nur mehr schwer zu folgen

Von UWE BAHNSEN

„Damit in Hamburg nicht wieder alles beim alten bleibt" – diese zentrale Wahlaussage haben die Freien Demokraten der Hansestadt im Bürgerschaftswahlkampf, der ihnen nach acht Jahren den Weg zurück ins Rathaus ebnen soll, mit vielfältigen Wahlslogans variiert, die sämtlich harsche Kritik an hanseatischen Zuständen üben. Der rührige „Freundeskreis der F.D.P. Hamburg" etwa brachte blau-gelbe Aufkleber mit Aufschriften wie „Hamburgs Finanzen. Das Loch im Norden" oder „Hamburg, Tor zur Welt. Geschlossen ab 18.30 Uhr." unter das Wählervolk. Die eine Parole persifliert den offiziellen Werbeslogan der Stadt, „Hamburg, das Hoch im Norden", die andere das Ladenschlußgesetz.

Die Elbliberalen um den 53jährigen Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Ingo von Münch haben sich – mit unterschiedlichem Erfolg – um einen kreativen, argumentativen Wahlkampfstil bemüht und setzen dabei ganz besonders auf den Mittelstand und die freien Berufe – eine Priorität, die in der freidemokratischen Bürgerschaftsliste sehr deutliche Spuren hinterlassen hat. Hinter dem Vormann von Münch kandidiert Sabine Krüger-Spitta, eine 45jährige Bibliothekarin und Kunsthistorikerin mit besonderen Interessen in der Kultur- und Frauenpolitik, gefolgt von Wilhelm Rahlfs, einem 48jährigen Diplomvolkswirt, der bislang in der Wirtschaftsbehörde der Hansestadt für die Hamburg-Werbung zuständig war und sich im Wahlkampf besonders zur Finanzpolitik, den Problemen des Hafens, und zu den öffentlichen Unternehmen der Hansestadt äußert. Auf den übrigen Plätzen finden sich vornehmlich Hochschullehrer, Kaufleute, Anwälte, Handwerker. *Zugleich läßt diese Liste jedoch ein Manko der Partei deutlich werden:*

Vor der Wahl in Hamburg

Nur drei der insgesamt 25 Kandidaten haben Erfahrungen im Landesparlament.

Ingo von Münch und seine Freunde kokettieren gern ein wenig damit, daß die FDP als kleine Partei nicht *die gleichen materiellen Möglichkeiten* wie die SPD oder gar die CDU habe und sich daher in ihrem Wahlkampf bescheiden müsse. Das mag für den unmittelbaren Wahlkampfetat der Liberalen richtig sein, doch haben die Freien Demokraten in der Hansestadt ein solides Potential von Anhängern, die eher zu den betuchten Schichten der Bevölkerung gehören und Hilfestellung geben – in der Regel nicht der liberalen Ideale, sondern handfester Interessen wegen.

Der Rechtsprofessor an der Spitze, der auch im Wahlkampf seine Lehrverpflichtungen an der Universität weiter wahrnimmt, kämpft mit äußerstem persönlichen Einsatz, um das Credo der Liberalen zu verkünden: „Diese Stadt hat alle Voraussetzungen dazu, wieder ein Tor zur Welt zu werden, nur darf sie nicht im Filz verkommen". Das ist eine Botschaft, die im bürgerlichen Lager weithin akzeptiert wird. Und dennoch deutet alles darauf hin, daß der FDP eine Rückkehr in die Bürgerschaft nur mit einem knappen Ergebnis über der Fünf-Prozent-Marke gelingen könnte.

Für diese Prognose gibt es einen gewichtigen Grund. Zwar werben die Freidemokraten mit dem Slogan „Hamburgs F.D.P. – liberal – lebendig – logisch!", doch gerade das letzte dieser Adjektive ist es, das ihnen auf den in der Regel gut besuchten Wahlveranstaltungen zu schaffen macht: Es ist eben nicht logisch, und vielen Zuhörern will denn auch nicht einleuchten, daß eine, noch dazu derzeit im Parlament nicht vertretene, Partei einerseits mit dem Motto, es dürfe „nicht wieder alles beim alten" bleiben, durchgreifende Reformen verlangt, andererseits aber beharrlich jede Auskunft darüber verweigert, mit welcher der beiden großen Parteien sie denn diesen Wandel durchsetzen wolle. Die Standardantwort der freidemokratischen Wahlkämpfer auf dieses Argument lautet sinngemäß: „Zunächst wollen wir wieder ins Parlament zurückkehren. Dann werden wir weitersehen".

Döding: Nur Zeitarbeitsplätze

dpa, Hamburg

Das Beschäftigungsförderungsgesetz schafft nach einer Umfrage der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) keine neuen Dauerarbeitsplätze. Die NGG teilte gestern in Hamburg mit, in 518 (56 Prozent) von 927 befragten Betrieben der Branche mit 170 082 Beschäftigten seien in der Zeit vom März bis Ende Juni 1986 insgesamt nur 4974 befristete Arbeitsverträge abgeschlossen worden, davon 2696 (54,2 Prozent) für Frauen.

Der NGG-Vorsitzende Döding sagte zu dem Umfrageergebnis: „Mit dem Gesetz werden die Arbeitgeber nicht nur zu einer Politik des Heuerns und Feuerns ermuntert, mit befristeten Arbeitsverträgen bleibt auch die soziale Sicherheit auf der Strecke."

Lambsdorff gegen TÜV-Monopol

dpa, Düsseldorf

Für mehr Privatisierung bei öffentlichen Dienstleistungen hat sich der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Graf Lambsdorff, ausgesprochen. Auf der Landesversammlung des Verbandes Freier Berufe in Nordrhein-Westfalen forderte er, der Staat dürfe nur Dienstleistungen anbieten, wenn sie *kostengünstiger seien als im privaten Bereich.* Er verlangte eine Öffnung des TÜV-Monopols zugunsten freier Sachverständiger; auch zum Verkehrs-, Entsorgungs-, Bau- und Gesundheitsbereich müßten Überlegungen angestellt werden. Lambsdorff kündigte an, auf dem Gesundheitssektor werde die FDP der Union künftig „mehr Mut zur Marktwirtschaft machen".

Probe-Führerschein im Alleingang

dpa, Düsseldorf

In Nordrhein-Westfalen wird es von heute an den Führerschein auf Probe geben. Verkehrsminister Christoph Zöpel (SPD) hat die Behörden und die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) angewiesen, den Fahrschülern nach bestandener Prüfung den auf zwei Jahre befristeten Anfänger-Vermerk in den „Schein" zu stempeln. Die Konsequenzen für jene, die in der Probezeit im Verkehr über die Stränge schlagen, gelten allerdings erst mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen. Diese haben sich verzögert, weil Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) mit gleichzeitig geplanten Gebührenerhöhungen nicht einverstanden ist.

Kruse: Einheit der EKD ist gefährdet

ohn. Bad Salzuflen

„Wir erfahren, daß vieles auseinandertreibt, daß die Einheit der evangelischen Kirche auf allen Ebenen heute besonderen Belastungen ausgesetzt ist", sagte der Berliner Bischof Martin Kruse in seinem ersten Bericht als Ratsvorsitzender vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sonntag in Bad Salzuflen.

Unter den vielen Schwerpunkten seines Berichts war auch das Stichwort „Tschernobyl und die Atomenergie". Hierzu meinte der Ratsvorsitzende, in allen Ländern der Erde bestehe Anlaß, die Risiken der Atomenergie erneut zu bedenken, zu vermindern und die Suche nach alternativen Lösungen der Energieversorgung energisch voranzutreiben. Das Reaktorunglück stelle erneut die Frage, was unter den gegebenen Umständen die spezielle Aufgabe der Kirche sei. „Wir können keine besondere Kompetenz in wissenschaftlichen und rechtlichen Fragen beanspruchen", sagte Bischof Kruse, doch fordere die Angst seelsorgerische Worte und Taten.

„Vorwürfe unberechtigt"

Im Zusammenhang mit Wackersdorf und Brokdorf und den dortigen Ausschreitungen sagte der EKD-Ratsvorsitzende: „Verschiedentlich ist der unberechtigte Vorwurf erhoben worden, daß kirchliche Gruppen und kirchliche Mitarbeiter zur Verschärfung der Situation beitrügen. Nach Auffassung des Rates haben die Kirchenleitungen und verantwortungsbewußte Christen in der bayerischen und Nordelbischen Kirche eine stellvertretende Verantwortung umsichtig wahrgenommen."

Zur beunruhigend hohen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen sagte Bischof Kruse unter anderem: „Ein Verzicht auf den Schutz des ungeborenen Lebens ist ethisch unter keinen Umständen zu billigen ... Aber eine Weckung des Gewissens und eine tiefgreifende Änderung des Menschen ist von der Drohung mit dem Gesetz nicht zu erwarten." Deshalb setze der Rat keine Hoffnungen auf eine neuerliche Gesetzesänderung.

Zur Frage der Asylsuchenden in unserem Lande erklärte Bischof Kruse, der Rat habe sich knapp und klar gegen den Mißbrauch des Asyls ausgesprochen. Er dringe jedoch darauf, daß sich die Bundesrepublik den aus politischen, rassischen und religiösen Gründen Verfolgten nicht verschließe: „Wer soll denn für die Stummen reden, wenn nicht die Kirchen, die von Wahlkampfrücksichten und allgemeinen Stimmungen frei sind oder sein sollten? Besonders froh bin ich über die Einmütigkeit mit der römisch-katholischen Schwesterkirche", sagte Kruse.

Gegen Sonntagsarbeit

Diese Einmütigkeit stellte der Ratsvorsitzende auch bei der Ablehnung von Versuchen heraus, das Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit noch weiter zu lockern: „Wir stehen an einer einschneidenden Wegegabelung unserer Zivilisation und Kultur. Der Gewinn von mehr Freizeit kann niemals durch den Verlust des Sonntags ausgeglichen werden."

„Schwarzer Kanal" mit Grünem für den Osten

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit dem Aufruf zu einem „Nationalen Protest-Tag" gegen vermutete Strahlungsgefahren durch den unverminderten Ausbau der „DDR"-Atomindustrie meldete sich am Freitag abend zum ersten Mal eine Art „Schwarzer Kanal" mit grünen Themen aus Ost-Berlin: Knapp 30 Minuten lang blockierte die Premiere dieses Protest-Senders die 99,2-Megahertz-Frequenz des offiziellen „Berliner Rundfunks". Auf die Sendung, die von starken Nebengeräuschen überlagert war, hatten in Ost-Berlin aufgetauchte Flugblätter aufmerksam gemacht. Sie kam bruchstückhaft sogar noch im Südwesten von West-Berlin an.

Um 22.00 Uhr Ironisches durch den Berliner Äther

„Hier spricht die erste unabhängige Sendeanstalt der Deutschen Demokratischen Republik. Wir melden uns direkt aus dem Atomkraftwerk Rheinsberg", tönte es exakt um 22.00 Uhr in der vergangenen Freitagnacht ironisch durch den Berliner Äther. Die Ost-Station „Berliner Rundfunk" begann soeben mit ihrem angekündigten Potpourri aus Operette und Musical, als die Dissidenten-Funker auf Sendung gingen: *Mangelhafte Informationspolitik* der „DDR" nach dem Unglücksfall von Tschernobyl, brüske Zurückweisung von Beschwerden von Umweltschützern durch die Staatsorgane sowie Kritik an der massenhaften Einfuhr von möglicherweise strahlenbelastetem Elchfleisch von Skandinavien in die „DDR" („Die Dussels in der DDR werden's schon essen") bildeten einige der Themen.

Die Moderatoren am Mikrofon – durchweg Hochdeutsch mit leichtem Berliner Akzent sprechend – unterbrachen die Sendung mehrfach, um angeblich „den Standort zu wechseln". Leider müsse das „Sende-Team" anonym bleiben, hieß es: „Wir haben nicht die geringste Lust, vielleicht noch in den Knast zu gehen."

Hin und wieder vom durchbrechenden Strauß-Couplet „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist" (in der „eigentlichen" Sendung des Ostberliner Stadtsenders ausgestrahlt), verbreitete die offenbar mit westlichen autonomen Umweltschutz-Gruppen zusammenarbeitende Truppe hauptsächlich Informationen über den Stand des „DDR"-Kernkraftausbaus.

Das neue Atomkraftwerk bei Stendal werde 1991 ans Netz gehen: „Im Jahre 2000 sollen etwa 30 bis 40 Prozent der Elektroenergie aus AKWs kommen." Es habe Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute drüben gegeben, die die Ergebnisse eigener Strahlenmessungen nach Tschernobyl zur Warnung an Bekannte weitergegeben hätten. Denn: „Die offiziellen Erkenntnisse liegen in den Tresoren unter Verschluß."

Die radioaktive Belastung in der „DDR" werde wieder zunehmen, hieß es, wenn jetzt die Trockenfutter-Periode in der Landwirtschaft beginne. Zitat aus der Sendung: „Ich hörte auch, daß viele Kinder im Westen nach Tschernobyl keine Milch trinken durften. Das gibt es bei uns nicht. Hier steht der Mensch im Mittelpunkt – oder besser in der Schußlinie?"

Die Sprecher des „Schwarzen Kanals" – sie wählten diese Bezeichnung in Anspielung auf die Ostberliner antiwestliche TV-Sendung von Karl-Eduard von Schnitzler mehrfach – erwähnten ein Rundschreiben von staatlicher Seite: „Es trudelte im September in den Kindergärten ein. Dabei wurden Fragen nach Kindererkrankungen seit Mai gestellt." Die Atom-Katastrophe in der Ukraine hatte sich Ende April zugetragen.

Die Aufforderung des Sendeteams – das zwischendurch Beatles- und Biermann-Songs spielte – nach einem „Nationalen Protest-Tag" kam angeblich aus dem „Plenarsaal der Volkskammer". Diese Aktion solle zeigen, daß es „noch zehn Prozent der DDR-Bevölkerung gibt, die auch nach der Volkskammer-Wahl noch ihre Stimme hat". Zum Zeichen des Widerstands sollten an einem bestimmten Tag in allen Ostberliner Haushalten sämtliche elektrischen Geräte eingeschaltet werden und „beim Gong der ‚Tagesschau' alle Sicherungen herausgedreht und nach fünf Minuten wieder hineingeschraubt" werden. Auf diese Weise gebe es in den Kraftwerken ein Chaos.

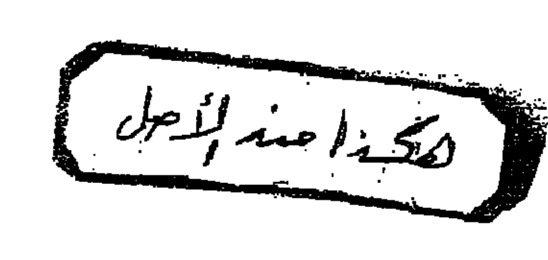
Westliche Experten erklärten am Wochenende auf Befragen, es sei „so gut wie unwahrscheinlich", daß der Sender tatsächlich vom Ostberliner Gebiet aus arbeite: „Die Post drüben hätte ihn, selbst bei Standortänderungen, beim heutigen Stand der Technik innerhalb von Minuten aufgespürt." Es sei wahrscheinlich, daß sich die Anlage unmittelbar an der Sektorengrenze, aber auf westlicher Seite, befunden habe. „Zum Betrieb genügt schon eine Antenne auf einem vierstöckigen Haus, die überhaupt nicht auffällt. Vermutlich handelt es sich um eine 100-Watt-Anlage, die in jeden Schrank von 60 Zentimeter Breite paßt."

Verstoß gegen die Fernmeldebestimmungen

Die am Flughafen Tegel stationierte Funkstörungsmeßstelle der Landespostdirektion müßte die Sende-Initiatoren, falls das Radio tatsächlich im Westteil der Stadt stationiert gewesen wäre, wegen Verstoßes gegen verschiedene fernmelderechtliche Bestimmungen belangen. Fachleute gehen davon aus, daß der Sender ohnehin automatisch arbeitete – das heißt, ein fertig bespieltes Band „abspulte", nachdem der Sender von einem dritten Ort aus automatisch in Betrieb gesetzt worden war. „Entsprechende Schalter kosten im Fachgeschäft keine 50 Mark", sagte ein Funkexperte zur WELT.

Eine erste politische Bewertung des Vorgangs gab gestern die amtliche Nachrichtenagentur ADN. „Laut amtlichen Feststellungen" handele es sich „um einen Sender, der auf dem Territorium von Berlin (West) stationiert" sei. Der Sender sei eine „eindeutige Verletzung internationaler vertraglicher Regelungen".

Auch die Reaktionen im Westen hielten sich bedeckt. Senatssprecher Winfried Fest sagte zur WELT: „Wir haben noch keine Erkenntnisse, aber wir werden den Vorgang überprüfen."



Ist es fünf vor zwölf, Frau Aquino?

Vor acht Monaten trug eine Welle von Enthusiasmus und Hoffnungen Corazon Aquino in den Präsidenten-Palast von Manila. Heute beginnt der Mythos der Frau, die den Diktator Marcos stürzte, zu verblassen. Die wirtschaftliche Situation der Philippinen – nach 20 Jahren Marcos-Herrschaft eines der ärmsten Länder Südostasiens – hat sich nicht entscheidend verbessert. Die kommunistischen Rebellen setzen ihren Guerrillakrieg mit unverminderter Härte fort: 2000 Menschen starben seit dem Amtsantritt von Frau Aquino. Und bei den Streitkräften wächst die Unzufriedenheit. Verteidigungsminister Enrile trägt in aller Öffentlichkeit seine Meinungsverschiedenheiten mit der Präsidentin aus. – Für die WELT sprach Jochen Hehn in Manila mit Corazon Aquino.



Das Lächeln von Corazon Aquino (53) war vor acht Monaten ein Markenzeichen ihrer friedlichen Revolution. Heute ist die zierliche Frau, die über den Diktator Marcos triumphierte, ernster und nachdenklicher geworden. FOTO: SVEN SIMON

Wie die Präsidentin über ihren Minister denkt

WELT: Madame, Ihr Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hat Ihnen durch seine Revolte im Februar den Weg zum Präsidentenamt geebnet. Jetzt läßt er keine Gelegenheit aus, Ihre Politik zu kritisieren. Dennoch ist er immer noch Ihr Verteidigungsminister. Halten Sie Enrile für ein loyales Mitglied Ihres Kabinetts oder ist seine Handlungsweise Ausdruck der neuen Demokratie auf den Philippinen?

Aquino: Wie Sie sicher wissen, standen wir uns während der vergangenen 20 Jahre in feindlichen Lagern gegenüber. Mein Ehemann (Benigno Aquino, die Red.) war unter dem Marcos-Regime eingekerkert, und Minister Enrile war derjenige, der die Haftbefehle für meinen Mann unterzeichnete. In der Februar-Revolution jedoch war es notwendig, daß alle diese verschiedenen Lager sich zusammenscharten, um Marcos aus seinem Amt zu vertreiben. Ich will damit folgendes sagen: Menschen, die aus gegensätzlichen Lagern kommen und zudem noch unterschiedliche Überzeugungen haben, brauchen einfach lange Zeit, um zusammenarbeiten zu können.

WELT: Worin unterscheiden Sie sich?

Aquino: Wir stimmen in vielen Dingen nicht überein, weil wir voneinander abweichende Vorstellungen haben, wie wir in unserem Land die Demokratie etablieren sollen. Doch wir alle spielten eine wichtige Rolle in der Februar-Revolution. Jeder einzelne trug zum Erfolg bei. Er wäre nicht möglich gewesen, hätten nicht alle Gruppen zusammengearbeitet.

WELT: Sie haben inzwischen mit Herrn Enrile gesprochen?

Aquino: Ja, ich habe mit ihm unsere Differenzen diskutiert und darunter auch unser dringendstes Problem, nämlich wie wir die kommunistischen Rebellen bekämpfen sollen. Ich denke, daß noch nicht alles verloren ist.

Um es noch einmal zu betonen: Wir sind eine schillernde Regierung, die sich aus Menschen und Gruppierungen unterschiedlichster Richtungen, Ideen und Weltanschauungen zusammensetzt. Der einigende Faktor ist jedoch, daß alle in dieser Regierung die neu gewonnene Demokratie bewahren wollen, die wir errichtet haben. Auf dieser Grundlage werden wir auch in der Lage sein, unsere Differenzen beizulegen.

WELT: Teilen Sie die Auffassung von Herrn Enrile, Ihre Regierung sei eine Koalition, und wenn er seinen Hut nehme oder nehmen müsse, sei diese Koalition beendet?

Aquino: Ich glaube wirklich nicht, daß es notwendig sein wird, das Kabinett umzuformen. Denn im Mai nächsten Jahres stehen die ersten Wahlen an, und viele Minister meines Kabinetts werden für den Kongreß oder den Senat kandidieren. Somit werden wir dann ohnehin ein Revirement im Kabinett haben.

WELT: Ist Enriles Rückhalt am Militär stärker als Ihr Rückhalt an „People's Power"?

Aquino: Es war die Kombination der militärischen und zivilen Macht, die uns in der Februar-Revolution zum Sieg verholfen hat. Es war eine einzigartige Situation, daß die revoltierenden Militärs Zivilisten auffordern mußten, zu den beiden Militärcamps (in denen sich Enrile und General Ramos verschanzt hatten, die Red.) zu strömen, um sie zu beschützen. Viel wichtiger jedoch als die Frage: *„Wer ist stärker – die Macht des Militärs oder des Volkes?"* ist es, die militärischen und zivilen Kräfte dazu zu bringen, gemeinsam für unser Land zu arbeiten.

Warum die Präsidentin mit Kommunisten verhandeln will

WELT: Der Konflikt mit Enrile ist vor allem in Ihrer Politik gegenüber den Kommunisten begründet. Ist es wirklich „fünf vor zwölf", so wie es Enrile behauptet?

Aquino: Der Chef unseres Nachrichtendienstes hat mir eben erst versichert, daß nur fünf Prozent der Rebellenarmee (zur Zeit schätzungsweise zwischen 17 000 und 20 000 Rebellen, die Red.) hartgesottene Kommunisten sind. Alle anderen sind junge Menschen, die lediglich den Verfolgungen und Härten des vergangenen Regimes entfliehen wollten. Ich glaube nicht, daß es wirklich so schlimm steht. Wichtiger ist doch, daß wir in der Lage sind, Leben zu retten.

WELT: Wie wollen Sie das tun?

Aquino: Ich bin immer noch davon überzeugt, daß der Konflikt friedlich beigelegt werden kann. Dadurch nämlich, daß wir die Rebellen davon überzeugen, es sei besser, aus dem Untergrund hervorzukommen und sich in die Gesellschaft einzugliedern. Gleichzeitig sollten wir die Wirtschaftslage in den rebellenverseuchten Gebieten verbessern anstatt Geld für blutige Kämpfe auszugeben. Es genügt einfach nicht, sich nur mit den Rebellen allein zu befassen. Die Lösung dieses Konflikts erfordert es, daß wir die Ursachen beseitigen, die friedliche Filipinos zu Rebellen werden ließen.

WELT: Um welche Ursachen handelt es sich?

Aquino: Die Hauptursache ist eindeutig die verzweifelte wirtschaftliche Situation jener Menschen, die nichts zum Leben hatten und denen somit kaum eine andere Wahl blieb, als sich den Rebellen in den Bergen anzuschließen, einfach um überleben zu können. Die Regierung muß zuerst dafür sorgen, daß das Leben dieser Menschen besser wird als es war. Hier ist die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien gefordert. Dies betrifft im besonderen die Minister für Landwirtschaft, Gesundheit, Soziales, Verteidigung und Erziehung. Nur dann, wenn alle in die gleiche Richtung ziehen, an einem Programm arbeiten, werden wir in der Lage sein, die Lebensumstände dieser Menschen zu verbessern und damit die Ursachen für die Rebellentätigkeit auszumerzen.

WELT: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie schon eingeleitet?

Aquino: Natürlich haben wir noch nicht die Mittel, um im ganzen Lande wirtschaftliche Hilfsprogramme durchzuführen. Doch werden wir in einzelnen Notgebieten damit anfangen, um der Öffentlichkeit und den Rebellen zu demonstrieren, daß wir die Misere wirklich beseitigen wollen.

WELT: Sie sagten vorhin, Sie wollten mit Ihrer Politik gegenüber den Rebellen Leben retten. Tatsache ist jedoch, daß die Rebellen über Frieden reden und die Waffen sprechen lassen. Über 2000 Menschen starben seit Ihrer Amtsübernahme in Kampfhandlungen mit den Guerrillas. Glauben Sie da noch an eine politische Lösung oder ist die militärische wahrscheinlicher?

Aquino: Sowohl als auch. Sehen Sie, in der Vergangenheit hat es Marcos mit der totalen militärischen Lösung versucht. Dies mißlang gründlich. Er hatte soviel Zeit zur Verfügung (vor 17 Jahren gingen erstmals kommunistische Rebellen in den Untergrund; diese Gruppe bestand damals aus nur 50 Leuten, die Red.), und dennoch reichte sie nicht aus, um die Bedrohung auf militärischem Wege abzuwehren. Daraus ziehe ich die Lehre, daß wir zusätzlich zum militärischen Druck auch die politischen Möglichkeiten ausschöpfen und dabei gleichzeitig nach sozialen und wirtschaftlichen Lösungen suchen.

WELT: Sollte die Kommunistische Partei der Philippinen, die KPP, Ihrer Meinung nach legalisiert werden, falls es auf dem Verhandlungsweg zu einer politischen Lösung kommt?

Aquino: Erstens: Ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die *übrige Gesellschaft haben würde.*

Voraussetzung für eine Legalisierung muß in jedem Falle sein, daß die Kommunisten sich verpflichten, jeder Gewaltanwendung zu entsagen. Doch das ist nur ein Punkt unter vielen, die zuvor erwogen werden müßten.

Was die Präsidentin zur Korruption sagt

WELT: Philippinische und deutsche Geschäftsleute kamen in Manila in einem Symposium zusammen, um Möglichkeiten für Investitionen in Ihrem Lande auszuloten. In der Vergangenheit ist von deutscher Seite mehrfach beklagt worden, daß die Investitionsbedingungen hier nicht gerade günstig seien. So heißt es, die Wirtschaftspolitik der Regierung sei nicht durchsichtig genug, es gebe wieder mehr Streiks, ferner sei Korruption weit verbreitet.

Aquino: Zu unserer Wirtschaftspolitik ist zu sagen, daß jeder potentielle Investor sich an das BoI (Board of Investments) wenden kann. Dort erhält er erschöpfende Auskünfte über die Investitionsmöglichkeiten und über die gesetzlichen Regelungen. Ich glaube nicht, daß unsere Wirtschaftspolitik nicht durchsichtig genug ist. Falls sich in der Tat ein Investor darüber beklagen sollte, so wende er sich am besten direkt an das BoI, und er wird jede Unterstützung erhalten.

WELT: Und was ist mit den Streiks?

Aquino: Es ist richtig, daß es in den ersten Monaten nach meiner Amtsübernahme zu mehr Streiks kam, aber wir haben dieses Problem inzwischen in den Griff bekommen. Die erhöhte Streiklust war vor allem darauf zurückzuführen, daß unter dem früheren Regime (von Ferdinand Marcos, die Red.) niemand einen Streik ausrufen konnte, ohne dafür bestraft zu werden. So war es wohl mehr die neugewonnene Freiheit, die zu Beginn zu mehr Streiks führte. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, habe ich die Bildung eines Komitees angeregt, das sich aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der Regierung zusammensetzt. Das Komitee ist befugt, Streiks auszusetzen. Damit wird für die Stabilität gesorgt, die notwendig ist, um für ausländische Investitionen attraktiv zu sein.

Zu den Klagen über Korruption kann ich nur den Ratschlag geben, sofort Beweise auf den Tisch zu legen, so daß wir dagegen vorgehen können. Mir ist es klar, daß die Menschen hier immer noch anfällig dafür sind. Aber es ist einfach unmöglich, in kurzer Zeit Mißstände auszurotten, die über einen so langen Zeitraum hinweg gang und gäbe gewesen waren.

Wir tun unser Bestes, um zumindest auf der höheren und höchsten Ebene für saubere Verhältnisse zu sorgen. Es gibt zwar Anschuldigungen gegen einen oder zwei meiner Minister, aber wenn ich konkrete Beweise verlange und diese jedoch ausbleiben, dann sind mir die Hände gebunden.

WELT: Was würden Sie deutschen Geschäftsleuten raten, die sich auf den Philippinen stärker engagieren wollen?

Aquino: Wenn sie hierher kommen, um zu investieren, dann rate ich ihnen, sich mit philippinischen Geschäftsleuten in Joint-ventures zusammenzutun. Auf diesem Wege lassen sich vielleicht neue Märkte in ihrem eigenen Land erschließen. Dies würde unserer Wirtschaft sicher sehr helfen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 aussehen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

Starker Mann im Kabinett und Gegenspieler der Präsidentin: Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile (62). FOTO: SVEN SIMON

„Zur Zeit ist Marcos in den USA besser aufgehoben"

Präsidentin Corazon Aquino über ihren Vorgänger Ferdinand Marcos:

„Ich möchte seine Rückkehr nicht ausschließen. Aber zur Zeit ist Marcos in den USA besser aufgehoben." – *„Als Christen wird uns gelehrt: Bereue deine Taten, dann wird dir vergeben. Ich bin bereit, Marcos zu vergeben, wenn er seinen unrechtmäßig angehäuften Reichtum dem philippinischen Volk zurückgibt."*

Über die Möglichkeit eines Attentats:

„Ich fühle keine Angst. Ich denke nicht einmal daran. Wie könnte ich sonst meine Pflichten erfüllen. Natürlich hoffe ich, daß mir nichts passiert. Aber ich weiß, daß ich nichts daran ändern könnte. Niemand kann einen entschlossenen Attentäter stoppen."

Über die Pressefreiheit:

„Vielleicht war es ein Fehler von mir, die Pressefreiheit in unserem Land wieder einzuführen." (Nach Veröffentlichung eines Fotos, das Corazon Aquino zeigt, wie sie sich einen gehäuften Löffel mit Essen in den Mund schiebt.)

„Ich muß mich immer daran erinnern, daß ich jetzt Präsidentin bin und mir daher keine Späße mehr erlauben darf." (Nach der heftigen Kritik der Medien an Aquinos Bemerkung über die Pressefreiheit.)

Die „Jeanne d'Arc der Philippinen" kann die Armen nicht satt machen

Als Mutter von fünf Kindern, Hausfrau und Witwe, im politischen Geschäft ein unbeschriebenes Blatt, war sie gegen einen Staatsmann angetreten, der jeden Trick kannte und einsetzte, um 20 Jahre lang, zuletzt mit diktatorischen Vollmachten, über das 55-Millionen-Volk der Filipinos zu herrschen. Im Duell um das Mandat dieses Volkes unterlag der einst gefeierte Volkstribun Ferdinand Marcos der manchmal biederen, aber immer entschlossen auftretenden Herausforderin, die ihren Landsleuten lediglich versprach, ihnen eine ehrliche, saubere Regierung zurückzugeben.

Der Sieg von „People's Power" über den Diktator, der überstürzt das Land verließ, der Aufstieg der Hausfrau zur Staatspräsidentin – dies alles liegt heute acht Monate zurück. Ihr Triumph ist bereits Geschichte, ebenso wie jener Augusttag im Jahre 1983, an dem alles seinen Anfang nahm.

Es war der Tag der Rückkehr von Senator Benigno „Ninoy" Aquino aus dem amerikanischen Exil in die philippinische Heimat, zurück zu Familie, Frau und Kindern. Doch statt eines Wiedersehens gab es eine Trauerfeier. Auf der Rollbahn des Flughafens von Manila streckten ihn die Kugeln eines Mörders nieder. Die Schüsse rissen Millionen von Filipinos aus ihrer politischen Lethargie, das Anti-Marcos-Lager, heillos zerstritten, fand in seltener Einmütigkeit zusammen, und das „Parlament der Straße" schwoll zu einer spontanen Massenbewegung an, die alle gesellschaftlichen Schichten des philippinischen Volkes umfaßte.

Der heimtückische Mord war es auch, der in Corazon Aquino den Entschluß reifen ließ, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen und damit das Lebenswerk „Ninoys" fortzusetzen.

Hat das höchste und verantwortungsvollste Amt, das in den Philippinen zu vergeben ist, aus Corazon Aquino einen anderen Menschen gemacht? Ist aus der vom Volk als „Jeanne d'Arc" und „Madonna der Philippinen" verehrten Frau eine Golda Meir, Indira Gandhi oder Margaret Thatcher geworden – oder etwa eine Mischung aus allen dreien, wie ein ihrer Berater kürzlich festzustellen glaubte? Diejenigen, die ihr nahestehen, wie Präsidenten-Sprecher René Saguisag, sind davon überzeugt: „Sie hat sich nicht verändert. Sie ist sich treu geblieben."

Saguisag meint jene Mischung aus entwaffnender Offenheit und unbeirrbarer Entschlossenheit, mit der Corazon Aquino jene Kritiker verstummen ließ, die in ihr nur eine schwache Frau ohne jedes Format sehen wollten. Und in der Tat: Hat sie sich einmal zu einem Standpunkt durchgerungen, kann sie kaum irgend jemand oder irgend etwas mehr davon abbringen.

Nach der Präsidentenwahl vom Februar weigerte sich Frau Aquino zum Beispiel beharrlich, die offiziellen, von der Marcos-Maschinerie veröffentlichten Wahlergebnisse anzuerkennen und die Proklamation von Marcos zum Präsidenten zu akzeptieren. Selbst US-Präsident Reagan erhielt eine Kostprobe vom Stehvermögen Corazon Aquinos, als sie den amerikanischen Vermittlungsvorschlag rundweg ablehnte, ja nicht einmal für erwägenswert erachtete.

Und bis heute hat Frau Aquino diesen Charakterzug bewahrt, denn trotz ständigen Nachstoßens von amerikanischer Seite weigert sie sich weiterhin, einen konkreten Hinweis auf die Zukunft der amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen zu geben. „Ich werde die bestehenden Verträge (sie gelten bis 1991, die Red.) respektieren. Für die Zeit danach werde ich mir die Entscheidung jedoch offenhalten."

Ihr Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, einige Monate nach Aquinos Amtseinführung nach dem Führungsstil der Präsidentin befragt, verteilte nüchternes Lob: „Ich glaube, sie ist eine gute Präsidentin. Ihr Führungsstil ist so, wie er von jenen praktiziert werden sollte, die eine so komplexe Organisation wie die Republik der Philippinen zu leiten haben. Sie delegiert. Man ist ihr gegenüber für seine Entscheidungen verantwortlich, ebenso wie sie dem Volk gegenüber für ihre Politik die Verantwortung trägt. Das was sie tut, tut sie richtig. In Kabinettssitzungen trifft sie Entscheidungen erst dann, wenn sie alle Meinungen gehört hat. Bislang hat sie gute Entscheidungen getroffen."

Heute müßte Enrile den Führungsstil von Frau Aquino sicher ähnlich bewerten, denn er ist gleich geblieben. Sein Urteil über die Entscheidungen der Präsidentin dürfte jedoch negativ ausfallen. Zu scharf ist der Verteidigungsminister mit ihrer Politik gegenüber den kommunistischen Rebellen ins Gericht gegangen.

Ist Corazon Aquino glaubwürdig geblieben, so wie sie es in ihrer Wahlkampagne immer versprochen hatte? Die Mehrheit der 55 Millionen Filipinos verehrt ihre „Cory" immer noch, obwohl sie mit der neugewonnenen Freiheit nicht viel anzufangen weiß, denn sehr viele sind weiter ohne Arbeit, ihre Mägen knurren immer noch.

Hier wird die Präsidentin angreifbar, denn ihr Versprechen, das Los der Armen – 70 Prozent leben unter dem Existenzminimum – zu bessern, hat sie noch nicht einlösen können. Fragen nach ihrem eigenen Großgrundbesitz weicht sie aus: „Das Land ist schon lange in unserem Besitz. Die Regierung hat jetzt eine Landreform in Angriff genommen." Auf der „Hacienda Luisita" in Tarlac, die ihr und ihrem Bruder José Cojuangco gehört, müssen 25 000 Landarbeiter in Pappkarton-Hütten, ohne Elektrizitäts- und Wasseranschluß, bei Minimal-Löhnen dahinvegetieren.

Der Arbeitseifer der Hausfrau im Präsidentenamt ist enorm. „Ich bin von frühmorgens bis in die Nacht hinein gefordert. Und wenn ich abends spät nach Hause komme, habe ich noch Akten aufzuarbeiten. Danach bin ich total erledigt."

Ihr Gehalt beträgt 100 000 Peso (10 000 Mark) pro Jahr, was 273,97 Peso (27 Mark) pro Tag entspricht.



Das „Parlament der Straße" verhalf der Witwe Aquino im Februar 1986 an die Macht. FOTO: AP

Corazon Aquino könnte auf das Geld gut und gerne verzichten, verfügt sie doch nach eigenen Angaben über ein Privatvermögen von 17.7 Millionen Peso (1,77 Millionen Mark).

Ist es dann Ehrgeiz, der Aquino antreibt? Ehrgeiz, der zum Beispiel dem Vize-Präsidenten Salvador Laurel und Juan Ponce Enrile nachgesagt wird, die beide nach dem Präsidentenamt geschielt und ihre Hoffnungen wohl immer noch nicht begraben haben?

Nein. Corazon Aquino lockte nicht die Machtfülle und das gewaltige Prestige, die mit dem Präsidentenamt verbunden sind. Mit missionarischem Eifer versucht sie statt dessen, jene Aufgabe zu erfüllen, der sich ihr Ehemann „Ninoy" verschrieben hatte und für die er sterben mußte: nämlich die Philippinen wieder auf den Weg der Demokratie zurückzuführen.

Die hohe Verantwortung ihres Amtes, die vielfältigen administrativen und repräsentativen Verpflichtungen fordern jedoch ihren Preis. Das strahlende Lächeln, Markenzeichen ihrer friedlichen Revolution vom Februar, kommt längst nicht mehr so spontan wie früher. Dennoch hat die ernster gewordene Corazon „Cory" Aquino noch nie ihre Entscheidung, Politikerin zu werden, nachträglich bedauert: „Ich bin nach wie vor entschlossen, die Demokratie in unserem Lande wiederherzustellen, und ich bin auch entschlossen, erfolgreich zu sein."

Interview mit Bundeskanzler Helmut Kohl – Wie der Regierungschef nach seiner Amerikareise den KSZE- und Abrüstungsprozeß bewertet

„Vier Abkommen können erreicht werden"

Herr Bundeskanzler, morgen beginnt das Wiener Folgetreffen der KSZE. Wie bewerten Sie den KSZE-Prozeß?

Kohl: Der KSZE-Prozeß, wie er vor elf Jahren mit der Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki eingeleitet worden ist, gewinnt immer größere Bedeutung. Dies gilt gerade für uns Europäer in West und Ost. Mit der KSZE-Schlußakte konnte eine Grundlage geschaffen werden, auf der die West-Ost-Beziehungen konstruktiv gestaltet und entwickelt werden können. Und gerade die letzen sechs Jahre haben bewiesen, daß damit auch schwierige Phasen im West-Ost-Verhältnis überwunden werden können.

Ich will nur an ein Beispiel erinnern: Als 1983 während des Höhepunkts der leidenschaftlichen Auseinandersetzung über den Doppelbeschluß der NATO die Sowjetunion mit Beginn der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen die Genfer Abrüstungsverhandlungen aus Protest verließ, haben wir Europäer und vor allem wir Deutsche darauf gedrängt, daß die damalige KSZE-Folgekonferenz in Madrid erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Warum? Weil damit im Januar 1984 in Stockholm die KVAE-Konferenz beginnen konnte. Und das war wichtig, weil sie auch für beide Weltmächte die Gelegenheit bot, den Dialog nach dem Scheitern von Genf wiederaufzunehmen. Dies geschah mit dem Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz und des damaligen sowjetischen Außenministers Gromyko. Und außerdem konnte diese KVAE-Konferenz vor zwei Monaten mit eindrucksvollen Ergebnissen abgeschlossen werden.

Dennoch, Herr Bundeskanzler, hat man gelegentlich den Eindruck, daß beide Weltmächte diesen KSZE-Prozeß mehr oder weniger als politische Spielwiese der Europäer betrachten.

Kohl: Diese Vermutung ist nicht ganz falsch. Es ist ja auch nicht immer leicht und bequem, Vereinbarungen zwischen 35 Teilnehmerstaaten zu erreichen. Gespräche und Verhandlungen zwischen zweien, wie sie in Genf und in Reykjavik stattfinden, sind zwar in der Sache nicht einfacher, aber sicherlich im Verfahren weniger kompliziert. Aber in diesen zweiseitigen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen stehen vor allem die Interessen beider Weltmächte im Vordergrund – mit weltweitem Charakter. Dagegen geht es bei den KSZE-Konferenzen vorrangig um die gesamteuropäischen Interessen, in die auch die neutralen und ungebundenen Staaten Europas eingebunden sind. Und dort gilt es, daß sich beide Weltmächte mit den europäischen Staaten in West und Ost auseinandersetzen und sich auf einen gemeinsamen Nenner zusammenfinden müssen. Und das ist wichtig und unverzichtbar, weil dadurch ja auch eine Wechselwirkung entsteht zwischen dem, was Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow auf ihren Gipfeln besprechen und den Verhandlungen auf den KSZE-Folgekonferenzen.

Herr Bundeskanzler, welche Wechselwirkung sehen Sie denn zwischen den Ergebnissen der Gipfelgespräche von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik und dem Wiener KSZE-Treffen?

Kohl: Diese Wechselwirkung, von der ich gesprochen habe, wird sich gerade jetzt in Wien erweisen. Wenn Sie, Herr Schell, die Summe aller Ergebnisse von Reykjavik analysieren, dann wird erkennbar, daß Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow über sehr umfassende und weitreichende Abrüstungsvorschläge gesprochen haben, die unmittelbare Auswirkung auf die Sicherheit Westeuropas haben würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten.

Dies gilt vor allem für den Abbau der Atomwaffen. Sehen Sie, die Verteidigungsstrategie der NATO der flexiblen Antwort beruht auf der Existenz nuklearer Systeme. Je mehr abgebaut werden, desto unwirksamer wird diese Strategie. Gleichzeitig müßten Maßnahmen ergriffen und Verhandlungen zwischen West und Ost geführt werden, um auch im konventionellen Bereich ein für uns Westeuropäer erträgliches Gleichgewicht zu schaffen. Und gerade darüber soll jetzt in Wien verhandelt werden. Dort sollen alle 35 Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Auftrag beschließen, auf welchem Verhand*lungstisch und mit welchen Zielen* über die konventionelle Rüstungskontrolle gesprochen und Ergebnisse erreicht werden sollen. Auch dort ist das Ziel: Mehr Sicherheit durch weniger Waffen.

Herr Bundeskanzler, jetzt drei Wochen nach der aufsehenerregenden Gipfelbegegnung in Reykjavik: Wie bewerten Sie heute gerade auch nach Ihren Gesprächen in Washington mit Präsident Reagan diese Ergebnisse?

Kohl: Ich fühle mich heute mehr denn je bestätigt, daß es richtig war, daß die von mir geführte Bundesregierung von Anfang an, als sie im Oktober 1982 die Amtsgeschäfte übernahm, auf diese Gipfeldiplomatie gedrängt hat. Sie zwingt beide Weltmächte dazu, darüber nachzudenken, zu welchen Ergebnissen sie kommen wollen. Und wir haben heute *ein Ausmaß an Annäherung der* Positionen in Rüstungskontrollfragen zwischen West und Ost erreicht, wie es vor einem Jahr noch niemand für möglich gehalten hat. Verhandlungen zwischen den Experten sind wichtig. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Entscheidungen selbst nur von der jeweiligen höchsten Spitze durchgesetzt werden können. Dieser Prozeß muß fortgeführt werden. Reykjavik hat bewiesen, daß jetzt wichtige Abrüstungsfortschritte erreichbar sind.

Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte vom 20. bis zum 23. Oktober Amerika. Präsident Reagan informierte ihn über Reykjavik. WELT-Chefredakteur Manfred Schell sprach mit dem Kanzler über die Ergebnisse seiner Amerika-Reise.

Aus meiner Sicht könnten in nächster Zeit vier Abkommen erreicht *werden: Erstens über den Abbau aller* Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite in Europa und über ihre Reduzierung im asiatischen Teil der Sowjetunion. Dazu muß die Verpflichtung kommen, auch über die Mittelstreckensysteme kurzer Reichweite zu verhandeln mit dem Ziel, sie zu reduzieren und gleiche Obergrenzen festzulegen.

Zweitens könnten alle strategischen Nuklearwaffen auf 50 Prozent verringert werden. Drittens wäre ein weltweites Verbot chemischer Waffen jetzt erreichbar. Viertens könnte vereinbart werden, daß die Atomtests entsprechend dem Abbau der Nuklearwaffen schrittweise eingeschränkt werden. Dies wären wichtige Fortschritte, auf die die Menschen in der ganzen Welt hoffen.

Generalsekretär Gorbatschow hat aber, Herr Bundeskanzler, noch in Reykjavik erklärt, daß er nur zu einer Paketlösung bereit sei. Demnach ist Ihre Hoffnung auf Einzelabkommen doch vergeblich?

Kohl: Ich hoffe, daß dies nicht das letzte Wort des sowjetischen Generalsekretärs war. Die Verhandlungen sind ja auch noch nicht abgeschlossen. In den anderen schwierigen Fragen wie der strategischen Verteidigungssysteme und ihrer Erforschung haben sich beide Weltmächte auch schon aufeinander zubewegt und weitere Flexibilität signalisiert. Ich bin sicher, daß uns jetzt eine Position des Alles oder Nichts nicht weiterhilft. *Ich bin im Gegenteil davon* überzeugt, daß jetzt alle Abkommen zum Abschluß gebracht werden sollten, die möglich sind. Dies wird das gegenseitige Vertrauen weiter stärken und damit dazu beitragen, daß man dann auch in den wesentlich komplizierteren Fragen weitere Fortschritte erreicht.

Herr Bundeskanzler, was war denn das wichtigste Ergebnis Ihrer Gespräche mit Präsident Reagan in Washington? Wie beurteilt der Präsident den Fortgang der Gespräche mit der Sowjetunion?

Kohl: Für mich war besonders wichtig zu erfahren, daß Präsident Reagan überzeugt ist, daß jetzt Ergebnisse in der Abrüstung und Rüstungskontrolle möglich werden könnten. Außenminister Shultz sprach von der Wasserscheide, die erreicht werden könne: Nachdem über Jahrzehnte in West und Ost Rüstungen angehäuft wurden, könnte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, sie Schritt für Schritt abzubauen. Das heißt im Klartext: Die amerikanische Regierung ist entschlossen, diesen Weg des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Rüstungskontrolle konsequent fortzusetzen. Ich habe wie Präsident Reagan keinen Zweifel, daß auch Generalsekretär Gorbatschow dies will. Seine weitreichenden Vorschläge deuten darauf hin. Jetzt fehlt nur noch der Schritt, diesen Willen in konkrete Abkommen umzusetzen. Dabei müssen beide Seiten aufeinander zugehen.

Dies klingt ja alles sehr hoffnungsvoll, Herr Bundeskanzler. Dennoch gab und gibt es auch bei uns in der Bundesrepublik, aber auch in Paris und London skeptische Stimmen. Auch Ihre Gespräche mit Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac vor acht Tagen in Frankfurt vermittelten den Eindruck, daß die Europäer die Ergebnisse in Reykjavik nicht nur optimistisch, sondern auch mit Sorge beurteilen.

Kohl: Es ist doch selbstverständlich, daß wir Europäer – ich glaube in West und Ost – Verhandlungen beider Weltmächte immer mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und die Auswirkungen auf unsere Sicherheit überprüfen. Ich habe ja deshalb bereits vor Reykjavik in Schreiben an Präsident Reagan wie an Generalsekretär Gorbatschow unsere Vorstellungen und Interessen übermittelt. Was wir wünschen und anstreben ist, daß auf der Grundlage der Fortschritte in Reykjavik die Sicherheitsinteressen des freien Europa und der Atlantischen Allianz in Einklang bleiben mit allen Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschlägen, die zwischen West und Ost auf dem Verhandlungstisch liegen und erörtert werden.

Wir wollen auf keinen Fall weniger Sicherheit mit weniger Waffen, sondern unser Ziel muß es bleiben: Mehr Sicherheit mit weniger Waffen. Deshalb hatte ich es besonders begrüßt, daß ich in Washington die Möglichkeit hatte, dem Präsidenten zu sagen, daß die Auffassungen der Bundesregierung in den wichtigsten Fragen der Abrüstung in Übereinstimmung sind mit denen der britischen und französischen Regierung. Und in Frankfurt habe ich mit Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac vereinbart, daß wir gemeinsam mit Premierministerin Thatcher unsere Positionen zukünftig noch enger abstimmen wollen.

Dies erhöht unser Gewicht und unseren Einfluß und dient unseren gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Präsident Mitterrand spricht zu Recht immer wieder von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft.

Herr Bundeskanzler, die West-Ost-Beziehungen haben sich im letzten Jahr auf fast allen Ebenen mit großer Dynamik entwickelt. Auch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen gab es wichtige Fortschritte, wie die Unterzeichnung des wissenschaftlich-technologischen Abkommens gezeigt hat. Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung?

Kohl: Herr Schell, ich habe vom ersten Tag meiner Regierung an darauf hingewirkt, daß sich die West-Ost-Beziehungen auf allen Ebenen entwickeln, insbesondere das Verhältnis der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion. Je besser diese Beziehungen sind, desto größer sind auch die Chancen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Beziehungen sowohl zur Sowjetunion wie zu den einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten auszubauen und zu intensivieren.

Die Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg schwer gelitten hat, ist unser wichtigster Nachbar im Osten. Wir wollen normale, wenn möglich gute Beziehungen auf der Grundlage der Verträge, die noch viele Möglichkeiten eröffnen. Dies war in der Vergangenheit nicht immer leicht, aber es hat gerade in den letzten Monaten wichtige Fortschritte gegeben. Ich will ganz entschieden diese Politik fortführen.

Aber gerade in den jüngsten Tagen scheinen zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung Irritationen aufgekommen zu sein. Der Besuch von Forschungsminister Riesenhuber in Moskau wurde kurzfristig verschoben. Die Opposition wirft Ihnen vor, daß Sie mit Ihrem Interview in dem amerikanischen Magazin „Newsweek" Generalsekretär Gorbatschow in unzulässiger Weise in die Nähe von Goebbels gebracht hätten. Was sagen Sie dazu?

Kohl: Das Interview ist eine nicht korrekte Wiedergabe eines Gesprächs, das ich mit „Newsweek" geführt habe. Dabei ist der falsche Eindruck entstanden, ich hätte die Person von Generalsekretär Gorbatschow mit der Goebbels verglichen. Ich bedauere das sehr und distanziere mich mit Entschiedenheit davon. Es war nicht meine Absicht, den sowjetischen Generalsekretär zu beleidigen. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nehme. Diese Einschätzung ist auch der Grund für den intensiven Meinungsaustausch, den ich mit ihm seit geraumer Zeit im Interesse unserer Beziehungen führe.

Wie ein umstrittener Satz entstehen konnte

gba. **Bonn**

Das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek", in dem auch die Bemerkung über Propaganda-Fähigkeiten fiel, ist in der Ausgabe vom 27. Oktober erschienen. „Newsweek" zitierte Kohl mit den Worten: „Er (Gorbatschow) ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte in Public Relations." (Im Original: „He is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.")

Kohl hatte die Newsweek-Korrespondenten Maynard Parker und Andrew Nagorski am Donnerstag, dem 16. Oktober, zu einem Gespräch vor seiner USA-Reise empfangen. Es dauerte etwa eine Stunde und zwanzig Minuten und wurde auf Tonband mitgeschnitten.

Der Bonner Bürochef von Newsweek, Andrew Nagorski, gab am nächsten Tag eine ausgeschriebene englische Übersetzung des auf Deutsch geführten Gesprächs zur Abstimmung an Regierungssprecher Friedhelm Ost. Nagorski: „Bei *Staats- und Regierungschefs* tun wir das, um sicherzustellen, daß die Übersetzung auch korrekt ist." Da diese Langfassung noch gekürzt werden sollte, bat Staatssekretär Ost darum, Korrekturen erst an der endgültigen Fassung vorzunehmen.

Dies geschah am Samstag, dem 18. Oktober, im Telefonat mit Nagorski. Dabei bat Ost neben einigen kleineren Änderungen auch darum, den Goebbels-Vergleich ganz zu streichen. Auf die Frage nach dem Warum wies Ost darauf hin, daß die meisten Newsweek-Leser wohl kaum etwas mit dem Namen Goebbels anfangen könnten.

Nagorski war nicht bereit, den ganzen Satz zu streichen, akzeptierte aber auf Wunsch von Ost die „identifizierende" Einfügung, Goebbels sei „einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren". Bundeskanzler Kohl hat den Text vor der Veröffentlichung nicht gesehen.

Laos: Der stille Abgang des Roten Prinzen

Staatschef Souphanouvong gibt sein Amt auf / Wegbereiter für vietnamesische Besatzer

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Die turbulente Geschichte von Laos – vormals das von Königen regierte „Land der Millionen Elefanten", seit 1975 eine von Kommunisten beherrschte „Demokratische Volksrepublik" – ist auch die Geschichte einer erbitterten Rivalität zweier Prinzen, die zudem noch Halbbrüder sind. Beide, Souvanna Phouma, Sohn der ersten, und Souphanouvong, Sproß der elften Frau des zu Beginn des Ersten Weltkrieges verstorbenen laotischen Vizekönigs Boun Khong, hatten sich ein Vierteljahrhundert lang auf feindlichen Seiten gegenübergestanden. Souvanna Phouma starb vor zwei Jahren. Souphanouvong trat jetzt als Staatspräsident seines Landes zurück – aus gesundheitlichen Gründen, wie der staatliche laotische Rundfunksender knapp meldete.

Seinen Beinamen „roter Prinz" verdankt Souphanouvong weniger einer marxistisch-leninistischen Einstellung, sondern der Tatsache, daß er über zwei Jahrzehnte lang, von 1949, dem Jahr der Unabhängigkeit von Laos, bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1975, nominell den bewaffneten und politischen Kampf der national-kommunistischen Pathet-Lao-Guerrillas gegen die „Neutralisten", die von seinem Halbbruder angeführten und von den USA unterstützten Regierungstruppen, leitete.

In den Jahren des laotischen Bürgerkrieges seit Mitte der 50er Jahre, als Laos zum Nebenkriegsschauplatz des Indochinakrieges geworden war, „residierte" der „rote Prinz" in primitiven Kalksteinhöhlen im Norden des Landes entlang der Grenze zum damaligen Nord-Vietnam und organisierte von dort aus die Aktionen der Pathet-Lao-Partisanen. Mehrere Versuche, Koalitionsregierungen zu bilden – 1957 und 1961 nach der Genfer Laos-Konferenz – brachten keine Lösungen des Konflikts.

Von 1965 an gelang es Souphanouvong mit seiner Pathet Lao schließlich, immer weitere Teile des Landes unter Kontrolle zu bringen. 1973, nach dem Waffenstillstand, kontrollierte die Pathet Lao schon zwei Drittel von Laos. Dennoch stimmte Souphanouvong einem Waffenstillstand und der Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit" mit ihm selbst als Präsidenten und seinem Halbbruder Souvanna Phouma als Ministerpräsidenten zu.



Ein Vierteljahrhundert Kampf gegen den Halbbruder: Prinz Souphanouvong

Ermuntert durch den Sieg der Kommunisten in Vietnam sah auch die Laotische Kommunistische Partei den Zeitpunkt gekommen, allein die Macht in Laos an sich zu reißen. Nach einigen Monaten der Unruhe, durch einen Aufruhr der Kommunisten und militärische Operationen der Pathet Lao ausgelöst, setzte Souphanouvong kurzerhand die Koalitionsregierung ab und proklamierte die „Demokratische Volksrepublik", der er seit dieser Zeit als Staatspräsident vorstand.

Die Monarchie wurde abgeschafft, obwohl die Pathet Lao sie während des bewaffneten Kampfes stets befürwortet hatte. Souphanouvongs Einfluß ist es wohl zuzuschreiben, daß die Kommunistische Partei die königliche Familie einlud, der neuen Regierung als Sonderberater zur Verfügung zu stehen. Während Souvanna Phouma akzeptierte, lehnten König Savang Vatthana, ein Cousin der beiden ungleichen Prinzen, und Kronprinz Vong Savang ab. Zwei Jahre später wurden die beiden aus Furcht vor einem Umsturzversuch königstreuer Laoten ins vietnamesische Grenzgebiet gebracht und unter Hausarrest gestellt.

Obwohl im siebenköpfigen Politbüro der Laotischen KP an dritter Stelle rangierend, waren Souphanouvong im wesentlichen repräsentative Aufgaben zugefallen. Starker Mann der Regierung war und ist KP-Chef und Ministerpräsident Kaysone Phomvihane, der auch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Phoumi Vongvichit zum vorläufigen Nachfolger Souphanouvongs ernannte. Die endgültige personelle Entscheidung wird wohl auf dem Parteikongreß Mitte dieses Monats fallen.

Die tatsächliche Macht in Laos wird aber von Vietnam ausgeübt, das starke Truppenverbände in Laos stationiert hat und das Nachbarland eng an sich gebunden hat. In den letzten Wochen sind jedoch deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, daß Laos seine Beziehungen sowohl zum Nachbar Thailand als auch zur Volksrepublik China zu verbessern sucht.

Peinliche Mahnungen für die Sowjets bei der KSZE

Dissidenten und Flüchtlinge nutzen Folgetreffen als Forum

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Als die Sowjetunion ihre Zustimmung gab, daß die Wiener Helsinki-Nachfolgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ausgerechnet am 4. November offiziell eröffnet werden soll, hatten die Kreml-Diplomaten eine wichtige Tatsache offenbar vergessen: daß dies nämlich genau das Datum ist, an dem vor 30 Jahren der Angriff sowjetischer Panzer auf Budapest begann. Selbst wenn keiner der versammelten Minister und Diplomaten es offen aussprechen sollte – Sinn des KSZE-Nachfolgetreffens ist es, daß sich solche Formen militärischer Aggression, sei es gegen „Feindstaaten", gegen Neutrale oder eigene „Bundesgenossen", niemals mehr ereignen dürfen.

Protest der Balten

Nicht nur dieser ominöse Jahrestag hat dazu geführt, daß zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Dissidenten und Flüchtlinge aus den sowjetisch beherrschten Ländern im Umkreis der offiziellen Konferenz aktiv sein werden. So lädt die „Ungarische Menschenrechts-Stiftung" aus New York zu einer Messe ein, die morgen von Kardinal Franz König in der Wiener Karlskirche zelebriert wird. Die Messe finde im Gedenken an die „Helden und Opfer des ungarischen Freiheitskampfes 1956 statt". Zugleich wolle man aber auch daran erinnern, daß 30 Jahre danach besonders die in Rumänien und der Tschechoslowakei lebenden Ungarn noch immer ihrer Menschenrechte beraubt seien.

Gleichfalls für den Eröffnungstag des KSZE-Treffens haben estnische, lettische und litauische Organisationen eine Demonstration unter der Parole: „Frieden und Freiheit für die baltischen Staaten – Demokratie und Selbstbestimmung für Litauen, Lettland und Estland" in der Wiener Innenstadt organisiert. Bereits am Vorabend wird der Baltische Weltrat, in dem die in der freien Welt lebenden Esten, Letten und Litauer zusammengefaßt sind, vor der Presse über den Stand der Menschenrechte im sowjetische besetzten Baltikum berichten. Der „Weltbund der freien Letten" lädt überdies für den 7. November – ironischerweise ist dies auch der Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution – zu einem Empfang „anläßlich der Gedenkfeier des Unabhängigkeitstages Lettlands" ein.

Neben den Freien Tschechoslowaken und dem Slowakischen Weltkongreß sowie dem „Gedenkkomitee 1956 der Ungarn in Österreich" werden die russischen Dissidenten in Wien besonders aktiv sein. So wird der von den Sowjets ausgebürgerte Schriftsteller Wladimir Maximow als „*geschäftsführender Präsident der* Internationale des Widerstandes" unter anderen die Sowjet-Dissidenten und früheren politischen Häftlinge Wladimir Bukowskij, Juri Orlow, Anatolij Schtscharanskij in der Gesellschaft des ehemaligen APO-Stars Daniel Cohn-Bendit (inzwischen zum Antikommunismus bekehrt), der früheren amerikanischen UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick und des gleichfalls von links zur Mitte abgewanderten französischen Chansonniers Yves Montand präsentieren. Am gleichen Tag wird der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek (ÖVP) im Messepalast der österreichischen Hauptstadt eine Ausstellung mit dem Titel „Helsinki-Spiegel" eröffnen. Hier wird über die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion und Osteuropa berichtet. Eine besondere Pressekonferenz gilt der sowjetischen Aggression in Afghanistan.

Die Schau stehlen

Dann gibt es ein Seminar zum Thema „Inhaftierte und verfolgte Frauen in der Sowjetunion" sowie eine Pressekonferenz über die Lage in der Ukraine, die vom bekannten ukrainischen Dissidenten und ehemaligen Gefangenen in sowjetischen psychiatrischen Kliniken, Leonid Pljuschtsch, geleitet wird. Der österreichische PEN-Club wird ein Kolloquium über „Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Methoden und Mechanismen" abhalten.

Es sieht so aus, als würden alle diese „NGO"-Gruppen (Non-Government-Organizations) der offiziellen Konferenz – trotz des vorgesehenen Treffens von Außenminister Shultz mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse – zunächst die Schau stehlen. Die Sowjetunion sieht sich jedenfalls mit einer Fülle von recht peinlichen Fragen konfrontiert.

Die Mafia: Vor 55 Jahren teilten sich 24 Familien den amerikanischen Untergrund auf, jetzt verfällt ihre Macht

Die Glanzzeit der Mafiosi in den USA scheint vorbei. es ist die Zeit des großen Elends: 17 der 25 reichsten Bosse stehen vor Gericht oder sitzen im Gefängnis. Für die „ehrenwerten Familien" schlimmer noch ist der Generationenkonflikt und der Mangel an Respekt vor der Hierarchie. Zu viele Mitglieder arbeiten auch für das FBI. Aber das weitverzweigte Verbrecher-Syndikat hat noch Reserven.

Von FRITZ WIRTH

Sein Anzug, angefertigt vom teuersten Schneider New Yorks, kostete 1800 Dollar. Für seinen Diamantring zahlte er 50 000 Dollar. Seine Socken sind mit seinem Monogramm J. G. verziert. Das alles zeigt: Im Leben des 45jährigen John Gotti, Sproß aus armem Haus mit 13 Kindern, gibt es einen ausgeprägten Hang zum Stolz und zur Eitelkeit: Er will die Welt wissen lassen, daß er es zu etwas gebracht hat.

Wäre da nicht ein Haken. Seit einem Monat steht John Gotti vor Gericht. *Und wenn er der Schurke sein* sollte, als den die Staatsanwältin Diane Giacalone ihn darstellt (sie klagte ihn mehrerer Morde, des illegalen Glücksspiels, der Entführung und des Raubes an), dann wird der stinkfeine John gute 40 Jahre mit sehr billiger Gefängniskleidung zufrieden sein müssen. Für John Gotti ist das ärgerlich, denn er ist erst seit kurzer Zeit am Ziel seiner Wünsche. Er ist seit der Ermordung von Paul Castellano in einem New Yorker Steak House Ende letzten Jahres der Boß einer der großen amerikanischen Mafia-Familien, der Gambinos.

John Gotti ist kein Einzelfall. Auf der anderen Seite des East River stehen vor dem Bundesgerichtshof in Manhattan vier weitere Gangsterbosse vor dem Kadi: Anthony Salerno, der Urvater der Genovese-Familie, Anthony Corallo, Oberhaupt der Lucchese-Familie, Carmine Persico, Chef der Colombo-Familie, und Philip Rastelli, der die Bonanno-Familie anführt. Und wer sich auskennt in der Mafia-„Familiengeschichte" von New York, weiß, daß damit der gesamte „Aufsichtsrat" der New Yorker Mafia vor dem Richter steht. Dies sind düstere Tage für die Dunkelmänner von New York. Aber nicht nur von New York, das gesamte Establishment dieser Verbrechens-GmbH in den USA steht mit dem Rücken zur Wand. Das FBI hat zum großen Schlag ausgeholt.

Wie ernst die Lage ist, belegte kürzlich das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune", das zu gleicher Zeit, da das Konkurrenzblatt „Forbes" die 400 reichsten Amerikaner vorstellte, eine „Bestenliste" der 50 reichsten Mafiosi in den USA veröffentlichte. Doch was eigentlich eine Hitliste des Erfolgs sein sollte, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Bilanz des großen Mafia-Elends, denn von den ersten 25 Männern dieser Mafia-Bestenliste sitzen zur Zeit 17 hinter Gittern oder stehen gerade vor Gericht.




Die Top-Liste der reichsten Mafiosi wird angeführt vom „fetten Tony" Salerno (l). Ihm folgen „Big Tuna" und „Tony Ducks". John Gotti (r) steht erst an 15. Stelle. FOTO: AP

Vom Spielcasino bis zur Müllabfuhr – In USA sind die Bosse fast überall dabei

So schmutzig und so blutig ihr Geschäft in den USA auch war, die Mafia war stets eine ausgesprochen strikt und diszipliniert organisierte Institution. Ordnung haben als erste zwei Männer in diese Gangstervereinigung gebracht: Der legendäre „Lucky" Luciano und Salvatore Maranzano. Sie teilten das Territorium des amerikanischen Untergrunds vor 55 Jahren unter 24 Mafia-„Familien" auf, von denen fünf sich in New York die Beute der Gewalt, des Wuchers und der Erpressung teilten.

An der Spitze dieser fünf „Familien" stand die „Kommission", der Aufsichtsrat, die „Bosse aller Bosse". Sie verteilten die Beute, grenzten die Operationsgebiete ab und eliminierten eiskalt, wer ihnen im Weg stand und sich nicht an die Spielregeln hielt.

Die zweite große Mafia-Zentrale ist Chicago, seit vielen Jahren fest in der Hand einer Organisation namens „Outfit", deren Einfluß bis nach Las Vegas, Los Angeles, Phoenix, Milwaukee und Kansas City reicht. Insgesamt konzentrieren sich 75 Prozent aller amerikanischen Mafia-Mitglieder auf die Städte New York und Chicago.

Nach Schätzungen des FBI gibt es heute in den USA insgesamt 1700 „eingeschworene" Mafia-Mitglieder, also Männer, die den Bluteid auf die Mafia geschworen haben. Auf jeden dieser „Männer" kommen jeweils zehn sogenannte „Associates", also Mitarbeiter. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Mafiosi wird auf 220 000 Dollar geschätzt, das eines „Associates" auf 60 000 Dollar. In den letzten sechs Jahren sind 989 Mitglieder und „Associates" der Mafia verhaftet und verurteilt worden. Es gab Zeiten, da war die Mafia in den USA eine geheime Verschwörerbande. Heute ist das anders. Die Bosse der großen „Familien" bekennen offen, Mafia-Mitglieder zu sein, beispielsweise im gegenwärtigen New Yorker Prozeß gegen die „Mafia-Kommission". „Wieso soll es ein Verbrechen sein, Mafia-Mitglied zu sein", fragte beispielsweise vor wenigen Wochen erstaunt der Mafia-Anwalt Samuel Dawson. Grundtenor: Dies sind ehrenwerte Familien. Ihr Hauptanliegen ist es, Konflikte zu vermeiden.

Es sind vor allem gutverdienende Familien. Jedes der „Familienoberhäupter" ist heute mehrfacher Millionär. Darüber hinaus ist die Mafia zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden, mit einem höheren Jahreseinkommen als dem der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie zusammen. Das Wirtschaftsmagazin „Fortune" schätzt dieses Mafia-Jahreseinkommen auf 50 Milliarden Dollar. Haupteinnahmequellen sind die Glücksspielindustrie, der Baumarkt, die Müllabfuhr, die in vielen amerikanischen Staaten fest in der Hand der Mafia ist, Prostitution, Erpressung und Rauschgifthandel. In Chicago, Detroit und New York finanzieren viele Autofahrer mit ihren Parkgebühren unwissentlich die Mafia mit. In New York ist die Mafia bei jedem Projekt, dessen Bausumme über zwei Millionen Dollar liegt, mit zwei Prozent der Bausumme dabei.

Der Frachtverkehr am Kennedy-Flugplatz in New York wird strikt von der Mafia kontrolliert, und zahlreiche Gewerkschaften sind wissentlich oder unwissentlich Handlanger der Mafia. Streiks werden von der Mafia angeordnet, um zahlungsunwillige Bauherren oder sonstige Unternehmer unter Druck zu setzen.

Eine Kommission zur Untersuchung des organisierten Verbrechens kam in diesem Jahr zu dem Ergebnis, daß dem amerikanischen Staat durch die Aktivitäten der Mafia jährlich 6,5 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen vorenthalten werden. Daß die Mafia trotz solcher Umsätze und Gewinne im Augenblick in einer so tiefen Krise steckt, hat mehrere Ursachen. Zunächst einmal ist sie in ihrer Führungsspitze hoffnungslos überaltert und vergreist. Ein Generationenkonflikt hat sich aufgetan. Es gibt innerhalb der Mafia keinen Respekt mehr vor dem Alter.

Darüber hinaus beklagt die Mafia einen starken Disziplin- und Loyalitätsverlust unter ihren Mitgliedern. Die Brüder „singen" heute gegenüber der Polizei wie niemals zuvor. Das ist der Grund, warum die „Familienbosse" von New York allesamt vor dem Kadi stehen. Sie wurden Opfer der bisher größten Abhör-Operation des FBI. Einige der Mafia-Mitglieder ließen sich vom FBI winzige Abhörgeräte auf die Haut kleben, mit denen sie jahrelang Gespräche aus der engsten Umgebung der Mafiabosse belauschten. Der New Yorker FBI-Chef John Hogan ist optimistisch: „Die Sonne geht unter im Mafia-Empire".

Derweil bleibt dem eitlen John Gotti, der eigentlich große Chancen gehabt hätte, eine neue Mafia-Generation anzuführen, ein kleiner Trost: Sein Titelbild des „Time-Magazin", das Andy Warhol malte, wird künftig in der der Nationalen Porträt Gallerie in Washington aushängen, in vollem Glanz, mit 1800-Dollar-Anzug und 50 000-Dollar-Diamantring.

Morgen in der WELT:
Die Mafia: Noch eine politische Macht?

„Lagerkrieg" in Beirut verschärft

AP, Beirut

Bei schweren Kämpfen zwischen Einheiten der schiitischen Amal-Miliz und Palästinensern sind am Wochenende in Westbeirut nach Polizeiangaben fünf Menschen getötet und weitere 20 verletzt worden. Seit dem Wiederbeginn des sogenannten Lagerkriegs um die Herrschaft über die palästinensischen Flüchtlingslager am Mittwoch sind in Beirut 13 Menschen getötet und rund 70 verwundet worden. Im Mittelpunkt der Gefechte, bei denen die Amal-Miliz auch Panzer des sowjetischen Typs T-54 einsetzte, steht das 50 000 Bewohner zählende Flüchtlingslager Burdsch el Baradschneh im Süden der libanesischen Hauptstadt. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) teilte mit, auch im Süden Libanons sei gekämpft worden, wobei fünf Flüchtlinge des Lagers Raschidijeh ums Leben gekommen seien.

Rückschlag für Regierung Chirac

AFP, Paris

Der französische Staatsrat hat zu den beiden Kernpunkten der von der Regierung angestrebten Reform des Gesetzes über die Statsangehörigkeit ein negatives Urteil abgegeben. Wie am Wochenende aus gut unterrichteter Quelle verlautete, lehnt der Rat die Abschaffung der Klausel ab, wonach jedes in Frankreich geborene Kind ausländischer Eltern mit der Volljährigkeit im Alter von 18 Jahren automatisch die französische Staatsbürgerschaft erhält. Außerdem habe sich der Staatsrat gegen die Abschaffung des Erwerbs der französischen Staatsangehörigkeit nach sechsmonatiger Ehe mit einem Franzosen ausgesprochen, hieß es. Zwar ist das Urteil des Staatsrates für die Regierung nicht bindend, doch gibt es den Gegnern der Reform neuen Auftrieb für einen Einspruch beim Verfassungsrat.

General Moczar in Polen gestorben

rtr, Warschau

Der polnische General Mieczyslaw Moczar ist im Alter von 73 Jahren in Warschau gestorben. Er galt als einer der umstrittensten Politiker der Nachkriegsgeschichte. Dreimal versuchte er vergeblich, Chef der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu werden. Im Jahre 1968 war er als Innenminister für die Niederschlagung von Studentenprotesten verantwortlich und wollte Gomulka aus dem Amt drängen. Als dieser 1970 nach Arbeiterunruhen an der Ostseeküste seinen Posten verlor, unterlag Moczar im Machtkampf gegen Gierek. 1980 tauchte Moczar wieder aus der politischen Versenkung auf und Ende des Jahres sah es so aus, als ob er Parteichef Kania ablösen könnte. 1981 wurde jedoch General Jaruzelski in dieses Amt gewählt, der Moczar nach und nach entmachtete.

Wiener Versteckspiel hinter Vranitzky

cgs., Wien

„Diesmal werden wir Vranitzky daran hindern, sich auf unsere Vorschläge draufzusetzen und zu behaupten, es seien seine eigenen". Mit diesen Worten kommentieren Politiker der christlich-demokratischen ÖVP die von ihnen für heute durchgesetzte Einberufung einer Sondersitzung des bereits nach Hause geschickten Wiener Parlaments. Einziges Thema der Sitzung knapp drei Wochen vor dem Wahltermin und bereits ganz im Zeichen des Wahlkampfes, ist der von der amtierenden Regierung Vranitzky vorgelegte Haushalt für das kommende Finanzjahr.

Dieser Haushaltsentwurf der SPÖ/FPÖ-Koalition in Wien wird vom Generalsekretär der ÖVP, Michael Graff, als „unehrlich" bezeichnet, weil er „falsche Zahlen" enthalte. Auch der Industrie-Experte der christlich-demokratischen Opposition, Josef Taus, kritisierte das Budget, das eine weitere „exorbitante" Steigerung des Haushaltsdefizits auf etwa 114 Milliarden Schilling (18 Milliarden Mark) und keinen echten Ansatz für eine Sanierungspolitik enthalte.

Das Ziel der ÖVP-Opposition ist klar: Sie möchte den Wahlkampf entpersonalisieren. Die SPÖ, die genau weiß, daß ihr amtierender Bundeskanzler Franz Vranitzky mit seinen Sympathiewerten weit vor seiner Partei rangiert, hat Ideologie, Programm und ihr „rotes" Image hinter dem Konterfei des fotogenen, feschen, energischen und kompetent wirkenden ehemaligen Bank-Generaldirektors zurücktreten lassen. Selbst der Name der Partei wird auf den Vranitzky-Plakaten nur noch ganz klein gedruckt – so als wolle man den Wähler geradezu drängen, den politischen Heimatbahnhof des Spitzenkandidaten zu vergessen.



Notwendiges As für die Linke: Vranitzky FOTO: POLY-PRESS

Zähneknirschend nehmen die Linken und Ideologen in der SPÖ – besonders bei den Jusos – zur Kenntnis, daß Franz Vranitzky viel von Marktwirtschaft, ja sogar von Privatisierung und von der Senkung der Höchststeuersätze, aber fast nicht vom Sozialismus und von seiner eigenen Partei spricht. Die SPÖ-Linken aber müssen schweigen. Selbst zu der verunglückten Wahl-Show des SPÖ-Kanzlers Vranitzky und des SPÖ-Vorsitzenden Sinowatz gemeinsam mit der Ex-Lido-Tänzerin Marlene Charell, die in alt-sozialdemokratischen Wiener Kreisen Befremden und bei der politischen Konkurrenz Schadenfreude hervorrief, dürfen die Parteiradikalen nichts Negatives sagen. Der rote Parteivorsitzende Sinowatz hatte mit Stöckchen und Zylinder Can-Can auf der Bühne getanzt.

Da der ÖVP-Kanzlerkandidat Alois Mock nicht über die an John F. Kennedy erinnernde Ausstrahlung seines sozialistischen Gegenspielers verfügt, muß die Volkspartei in der Tat alles daran setzen, im Wahlkampf vom Persönlichen zum Sachlichen zu kommen. Denn in den Meinungsumfragen liegt die ÖVP gegenüber den Sozialisten dann eindeutig vorne, wenn es um die Lösungskompetenz in Wirtschaftsfragen geht.

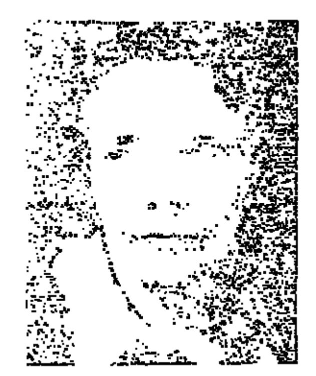
Einstweilen diagnostizieren die Meinungsforscher ein hartes Rennen zwischen ÖVP und SPÖ, mit einem *etwa zweiprozentigen ÖVP-Vorsprung*. Dieser aber könnte bis zum Wahltermin verlorengehen, zumal die Volkspartei zwei für sie ungünstige Faktoren in Rechnung stellen muß: Erstens den neuen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider. Sollte dieser mit seiner „populistischen" Linie Erfolg haben und mehr als 4,5 Prozent Stimmen erhalten, ginge dies auf Kosten der ÖVP. Deshalb will die ÖVP auf der heutigen Parlamentssondersitzung die Freiheitlichen dazu zwingen, für das seinerzeit von den FPÖ-Ministern mitbeschlossene Vranitzky-Budget zu stimmen, um so dem FPÖ-Chef die Aura des Oppositionspolitikers zu nehmen.

Zweitens ist auch die Selbstzerstörung der österreichischen Grünen – hier konnten sich ein konservativ- und gemäßigt grüner Flügel mit den radikalen Grün-Alternativen nicht auf eine eigene Liste einigen – für die *ÖVP nicht günstig. Denn das grüne* Potential kommt hauptsächlich aus dem Stimmenreservoir der Sozialisten. Wohin es jetzt eben wieder abzuwandern droht.

Personen

GEBURTSTAG

Ein Wiedersehen mit der Schauspielerin **Ruth Hellberg**, die gestern in München ihren 80. Geburtstag feierte, bringt heute das Fernsehen. In der Reihe „Ein Stück aus ihrem Leben – Menschen über 80" ist Ruth Hellberg im Ersten Programm in einem Lustspiel zu sehen. Die gebürtige Berlinerin, die in ihrem reichen



Ruth Hellberg

Schauspielerleben oft zwischen ihrer Geburtsstadt sowie München, Hamburg und auch anderen Theatermetropolen hin und her gewandert ist, stammt aus einer Theaterfamilie. Die zierliche Frau und kultivierte Darstellerin feierte unter anderem in Max Reinhardts Wiener Josefstadt-Ensemble und bei Gustaf Gründgens in Berlin die größten Erfolge. Sie kam durch die Verbindung zu Wolfgang Liebeneiner auch zum Film der 30er Jahre.

WAHL

Zum neuen Leiter der Pressestelle des Westteils des Bischöflichen Ordinariats hat der in Ost-Berlin residierende Kardinal **Joachim Meisner** den Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, **Dieter Hanky** (54), ernannt. Der bisherige Ordinariatsrat **Wolfgang Knauft**, der das Büro seit knapp zwei Jahren leitete, bleibt Beauftragter für die katholische Fernseh- und Rundfunkarbeit und wird sich Fragen der Nutzung der Neuen Medien für die Verkündigung widmen.

AUSWÄRTIGES AMT

Gifried **Garbe**, neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Zentralafrikanischen Republik, hat seine Tätigkeit in der Hauptstadt Bangui aufgenommen. Garbe wurde Nachfolger von Botschafter **Harry Adt**, der in das Auswärtige Amt zurückgekehrt war und stellvertretender Referatsleiter Südasien wurde. Botschafter Garbe ist 1943 in Lauenburg/Pommern geboren. In Tübingen und Paris studierte er Volkswirtschaft. Zunächst arbeitete er als Rundfunkjournalist. 1973 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war als Kulturreferent am Generalkonsulat in New York und an der deutschen Botschaft in Prag tätig. Seit 1984 arbeitete er im Auswärtigen Amt in der Außenwirtschaftsabteilung und war dort für Energiefragen zuständig.

UNIVERSITÄT

Dr. **Heinz Pürer** (39), Leiter des „Kuratoriums für Journalistenausbildung" in Österreich und Dozent an der Universität Salzburg, ist auf den neu geschaffenen zweiten Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Universität München berufen worden. Pürers Forschungsschwerpunkte lagen bisher besonders darin, medienwissenschaftliche Inhalte problemorientiert auf praktisch-handwerkliche und berufskundliche Fragen des Journalismus umzusetzen. Er legt Wert auf eine möglichst praxisnahe Ausbildung der Studenten für eine künftige Tätigkeit im Bereich der Kommunikationsberufe.

*

Dr. **Wilhelm Kuttler**, bisher Privatdozent am Institut für Geowissenschaften in Bochum hat den Lehrstuhl für Landschaftsökologie an der Universität Gesamthochschule Essen übernommen. Einer der *Schwerpunkte der wissenschaftlichen* Tätigkeit von Professor Kuttler ist die Erforschung der klimatischen Verhältnisse in den Städten unter besonderer Berücksichtigung der Lufthygiene.

EHRUNGEN

Für seine Literaturübersetzungen aus dem Spanischen ins Deutsche hat **Rudolf Wittkopf** in Madrid den von einer spanisch-deutschen Jury vergebenen Preis „Hilfe für die Übersetzung" erhalten. Wittkopf hat unter anderem Federico Garcia Lorcas „Divan del Tamarit" übersetzt. Zugleich wurde der Preis für Übersetzungen aus dem Deutschen ins Spanische **Eustaquio Barjau Riu** für das Übertragen von **Peter Handkes** „*Doktrin von St. Victoire*" verliehen. Die Preise waren vom deutschen Bundesaußenministerium und vom spanischen Kulturministerium gestiftet worden. Die Preisvergabe fand im Rahmen einer vielbeachteten Begegnung spanischer und deutscher Autoren mit ihren Übersetzern statt.

*

Der niederländische Ministerpräsident **Rudolphus F. M. Lubbers** erhielt für seine Bemühungen um die Aussöhnung *seiner Landsleute* mit den Deutschen in diesem Jahr die „Niederrhein-Eule". Die Auszeichnung der CDU Niederrhein, die vor



Rudolphus F. M. Lubbers

ihm unter anderem **Helmut Kohl** und **Jaques Chirac** bekamen, wurde ihm gestern in Krefeld überreicht. Die „Niederrhein-Eule" als Zeichen politischer Klugheit ist die Nachbildung einer antiken Eulenfigur aus Bronze, die bei Ausgrabungen auf dem römischen Gräberfeld in Krefeld-Gellep gefunden wurde.

VERANSTALTUNG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** und CDU-Generalsekretär Dr. **Heiner Geißler** werden Hauptredner bei der „Zielgruppenveranstaltung Mittelstand" sein, zu der die CDU am 15. November zwischen 1000 und 2000 Gäste in die Stadthalle Düsseldorf einlädt. Nach Begrüßungen durch den Bundesvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung, Minister a. D. Professor Dr. **Gerhard Zeitel**, den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. **Kurt H. Biedenkopf**, und den Vorsitzenden des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hansheinz Hauser**, soll in sechs *verschiedenen Foren diskutiert werden*. Ein breites Themenspektrum bietet sich den Mittelständlern an, von der Steuerpolitik zur Entbürokratisierung bis zu Fragen der Existenzgründung. Für diese Foren haben sich bundesweit Diskussionsteilnehmer angemeldet, die sich als Diskussionspartner zur Verfügung stellen. *Zu ihnen gehören der Präsident des* Bundeskartellamtes, Dr. **Wolfgang Kartte**, Niedersachsens Finanzministerin **Birgit Breuel**, Berlins Wirtschaftssenator **Elmar Pieroth** sowie die Bonner Parlamentarischen Staatssekretäre Dr. **Rudolf Sprung** (Wirtschaft), **Wolfgang Vogt** (Arbeit), **Friedrich-Adolf Jahn** (Wohnungsbau), **Benno Erhard** (Justiz), **Horst Waffenschmidt** (Innenministerium).

BERUFUNG

Das Wissenschaftskolleg zu Berlin hat einen neuen Rektor: Es ist der Soziologieprofessor **Wolf Lepenies**, um den sich erst kürzlich die amerikanische Spitzenuniversität Princeton bemüht hatte. Lepenies folgt dem Gründungsrektor dieser wissenschaftlichen Einrichtung – sie war 1981 ins Leben gerufen worden –, **Peter Wapnewski**. Er bleibt dem Kolleg als „Ständiges wissenschaftliches Mitglied" erhalten. Das Wissenschaftskolleg bietet nach dem Vorbild des amerikanischen „Institute for Advanced Studies" in- und ausländischen Gelehrten jeweils für ein Jahr die Chance, sich fernab vom Universitätsbetrieb auf eine Aufgabe zu konzentrieren. Zur Zeit leben 37 international berühmte Experten in dieser Einrichtung. Das Institut erhält jährlich sieben Millionen Mark aus Bundes- und Landesmitteln.

GESTORBEN

Der Architekturfotograf **Karl-Hugo Schmölz** ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 22. Oktober im Alter von 69 Jahren in Köln gestorben. Der aus Köln stammende Fotograf, der strengen Bildauffassung in der Nachfolge des Bauhauses und der Neuen Sachlichkeit verpflichtet, erwarb sich nach dem Krieg auch einen Ruf als bedeutender Werbefotograf.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Kraftwerk Ibbenbüren

„Anrüchiges aus Düsseldorf"; WELT vom 30. Oktober

Das Thema Kraftwerk Ibbenbüren hat nichts mehr mit Umweltschutz zu tun, sondern nur noch mit Politik. Der Kommentar von Herrn D. Guratzsch führt absolut in die Irre. Er erweckt den Eindruck, daß wir mit dem jetzt beschlossenen Einbau einer *Entstickungsanlage auf der Reingas*seite erneut unsere Ziele nicht erreichen werden. Er bezieht sich auf ein Interview im „Bonner Energiereport" vom 23. 10. 1986, Seite 20, in dem ich feststelle, daß „an die Entstickungsanlage, die in Ibbenbüren gebaut werden muß, extrem hohe Anforderungen zu stellen sind, die heute noch nicht Stand der Technik sind". Hierbei beziehe ich mich auf eine Unsicherheit, ob wir die Ziele zu 100 Prozent oder nur zu 90 Prozent erreichen werden. Nicht mehr und nicht weniger. Dabei muß immer auf die Immissionsprobleme hingewiesen werden, weil nur sie letztendlich die vermuteten Umweltschäden verursachen können. Dazu ist festzustellen, daß im Hauptimmissionsbereich um den Standort Ibbenbüren bei einer Vorbelastung von *weniger als 35 Prozent* der zulässigen Grenzwerte die zusätzlichen Immissionen aus dem neuen Kraftwerk eine Mehrbelastung von



Hans-Günther Stalp

nur zwei Prozent betragen werden. Nach Einbau der Entstickungsanlage wird diese Belastung auf weniger als 0,5 Prozent zurückgehen.

Dr. Hans-Günther Stalp, Vorstandsmitglied der Preussag AG, zuständig für den Energiebereich des Konzerns, Hannover

Bundestag und Strafgericht

„Streit um die Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas spitzt sich zu"; WELT vom 22. Oktober

*Nach Ansicht des früheren Verfas*sungsrichters Martin Hirsch (SPD) haben die Vorgänge um den BGAG-Chef Lappas gezeigt, daß die rechtlichen Befugnisse eines Bundestags-Untersuchungsausschusses „völlig unvollkommen geregelt" sind. Dem ist entschieden zu widersprechen. Eine neue gesetzliche Regelung, wie sie von Hirsch gefordert wird, ist ebenso überflüssig wie gefährlich. Was nützt *im übrigen ein neues Gesetz, wenn* man – wie gerade der Fall Lappas zeigt – nicht fähig und bereit ist, die bestehenden einschlägigen Gesetze genau zu lesen und anzuwenden.

In Artikel 44 des Grundgesetzes ist bestimmt: „(1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt ... (2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung." Zu diesen Vorschriften gehören die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über Zeugenvernehmungen, also auch Paragraph 70 Abs. 1 und 2 StPO: „(1) Wird das Zeugnis oder die Eidesleistung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so werden dem Zeugen die durch die Weigerung verursachten Kosten auferlegt. Zugleich wird gegen ihn ein Ordnungsgeld ... festgesetzt. (2) Auch kann zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet werden."

Dieser Gesetzeswortlaut hat den Inhalt, daß der Untersuchungsausschuß (und nicht irgendein Gericht) zur Erzwingung des Zeugnisses Haft anordnen kann. Der Untersuchungsausschuß hat für sein Verfahren insoweit die gleichen Rechte wie in einem Strafprozeß das Strafgericht. Der Untersuchungsausschuß hätte hiernach die Beugehaft gegen Lappas durch eigenen Beschluß selbst anordnen *müssen* und nicht nur, wie es den Berichten zufolge geschehen ist, einen „Antrag" auf Anordnung der Beugehaft an das Amtsgericht stellen dürfen. Legt man die Gegenauffassung zugrunde, müßten die in Zusammenhang mit einem Untersuchungsausschuß erforderlichen Zeugenvernehmungen insgesamt von *den Strafgerichten durchgeführt* werden. Nach Artikel 44 Abs. 1 GG erhebt der Untersuchungsausschuß selbst die Beweise, dazu ist er gerade eingesetzt. Auch für die Maßnahmen nach Paragraph 70 StPO ist daher nicht ein Strafgericht, sondern der Untersuchungsausschuß zuständig. Die in Paragraph 70 Abs. 1 StPO vorgesehene *Auferlegung der Kosten hat* der „Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß" völlig zutreffend selbst beschlossen. Auch das fällige Ordnungsgeld hat er selbst verhängt. Weshalb er dies nicht auch bei der Haft nach Abs. 2 dieser Bestimmung getan hat, ist nicht verständlich.

Wie das Wort „Untersuchungsausschuß" besagt und im Gesamtinhalt des Artikels 44 GG zum Ausdruck kommt, ist der Untersuchungsausschuß ein Organ des Bundestages mit besonderen Rechten und Vollmachten, durch das dieser in den Grenzen des dem Untersuchungsausschuß erteilten Auftrags selbst handelt. Seine allgemeine Aufgabe ist, beweiskräftig diejenigen Tatsachen zu klären, die in dem Einsetzungsbeschluß bestimmt sind.

Von einer Übertragung des Rechts zur Anordnung von Beugehaft auf die Strafgerichte ist weder in Artikel 44 GG ein Wort gesagt noch kann eine solche Übertragung verfassungsrechtlich in Betracht gezogen werden: Der als Organ des Bundestages – eines obersten Staatsorgans – han*delnde Untersuchungsausschuß* kann in der Ausübung seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse nicht durch die Strafgerichte beschränkt, kontrolliert und, wenn es dem Amtsrichter oder sonstigen Richtern gefällt, korrigiert werden, wie das im vorliegenden Fall durch das Landgericht Bonn geschehen ist.

Von der dargelegten verfassungsrechtlichen Rechtslage zu unterscheiden ist, daß die Vollstreckung des Beschlusses eines Untersuchungsausschusses, durch den Beugehaft angeordnet wird, nicht diesem selbst obliegt, sondern in Amts- und Rechtshilfe durch ein Gericht durchzuführen ist. Das Gericht ist dabei ausführendes Organ ohne jede den Beschluß selbst betreffende eigene Entscheidungsbefugnis. In Artikel 44 Abs. 4 GG ist ausdrücklich bestimmt: „Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen."

Gegenüber dieser klaren und konsequent durchgeführten Verfassungslage kann der Vorschlag von Hirsch nur darauf hinauslaufen, die *verfassungsmäßigen Rechte des Un*tersuchungsausschusses verfassungswidrig einzuschränken.

Prof. Dr. jur. Ernst Wolf, Marburg

Die begehrten Hochschulen

„Manches Aschenbrödel ist weit besser als sein ramponierter Ruf"; WELT vom 28. Oktober

Jürgen Böckling irrt, wenn er in seinem Beitrag über die Studie des Gießener Geographen Professor Dr. Ernst Giese über die Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik von „einer Art ‚Negativ-Rangliste', *die den Grad der Gefähr*dung aufgrund fortgeschriebenen unterdurchschnittlichen Interesses an diesen Hochschulen absteckt", schreibt und sich auf eine Auflistung *bezieht, die* mit 1. Passau beginnt und mit 10. Saarbrücken endet. Giese und seine Mitarbeiter haben vielmehr aufgrund der Dortmunder ZVS *den so*genannten „Unfreiwilligen-Anteil" dargestellt, also den Prozentsatz derjenigen Studenten im ersten Fachsemester, die gegenüber der ZVS eine andere als schließlich zugewiesene Ortspräferenz angegeben haben. Giese selbst schreibt dazu, daß der Abbau der Zulassungsbeschränkungen dazu führen werde, „daß sich die Studentenströme *neu orientieren* werden". Und weiter: „Weniger attraktive Hochschulen, die wesentliche Teile ihrer Studentenschaft durch die ZVS zugeteilt bekommen, werden *darunter leiden.*"

Jürgen Abel, Pressereferent Universität Bayreuth

Telefon und Gurkensalat

„Eine amüsante, aber gänzlich nutzlose Spielerei"; WELT vom 25. Oktober

Die ersten Worte „Das Pferd frißt keinen Gurkensalat" stimmen zwar, sie wurden aber nicht von Reis gesprochen. In einem 1883 in London veröffentlichten Buch schreibt der Musiklehrer Heinrich Friedrich Peter: „Zuerst versuchten wir es mit Singen, dann las Reis' Schwager aus einem Buch lange Sätze vor, die Reis laut für uns wiederholte. Ich sagte zu ihm: ‚Philipp, du kennst ja das ganze Buch auswendig', denn ich wollte erst dann dran glauben, daß das Experiment so erfolgreich verlaufen war, bis er mir einen Satz wiederholte, den er mir sagen sollte. Deshalb ging ich in den Raum, in dem das Telephon stand, und sprach einige sinnlose Sätze wie ‚Die Sonne ist von Kupfer', was Reis als ‚Die Sonne ist von Zucker' verstand oder ‚Das Pferd frißt keinen Gurkensalat', wovon er nur ‚Das Pferd frißt' verstand. Alle glaubten, daß Reis' Erfindung eine große Zukunft eingeleitet habe."

Karlheinz Spaethe, Düsseldorf

Wahlplakate

„Mit Bär und Pappnase ins Gefecht"; WELT vom 27. Oktober

Die zoologisch eingebundenen Wahlplakate der Hamburger Liberalen unterscheiden sich angenehm von den herkömmlichen Klischees, den Plakaten mit den retuschierten Stadtansichten, den aufpolierten Bücherregalen, eingerahmt von Nadelstreifen und Krawatte.

Sigrid Bosse, Hamburg 90

Die Minister

Wenn man in Wahlzeiten den Blätterwald studiert, fällt auf, daß bei der Nennung eines Ministers sehr oft die Parteizugehörigkeit erwähnt wird. Hier scheint sich ein Gedankenfehler zu offenbaren: Ein *Minister* ist mit seiner Vereidigung allein dem Wohle des Ganzen verpflichtet und nicht mehr Parteifunktionär. Minister heißt bekanntlich Diener des ganzen Volkes.

Dr. jur. Albert Tilmann, Nordhorn

Österreich

„Kernenergie: Wien über Bonn verärgert"; WELT vom 23. Oktober

Von der einstmals so geschätzten politischen Kultur Österreichs, orien*tiert man* sich an Namen wie Waldheim, Steger und jetzt Jankowitsch, scheint nichts mehr übriggeblieben zu sein. Armes Österreich.

Otto Wildgruber, Dormitz

Sparer danken

In der Bundesrepublik darf sich die Millionenzahl der Sparer einer hohen Geldwertstabilität erfreuen, wie nie zuvor. Es sollte darum denen einmal im Namen der Millionen Sparer Dank und Anerkennung ausgesprochen werden, die ständig bemüht sind, den Geldwert zu erhalten. Es sind dies Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg und der Präsident der Deutschen Bundesbank, Dr. *h. c. Carl Otto Pöhl.*

Carl Doehring, Sparkassendirektor a. D., Vorsitzender der Hermann-Lindrath-Gesellschaft, Hannover

Elternwahlrecht

„Durchaus dem Libanon vergleichbar"; WELT vom 16. Oktober

Wie Eltern das Recht besitzen, für ihre Kinder in kultureller, finanzieller, religiöser Hinsicht zu entscheiden, so muß man ihnen dies auch auf politischem Gebiet zugestehen. Der undemokratische Zustand, daß ein kinderloses Ehepaar wahltechnisch gleichgestellt wird mit einer mehr*köpfigen Familie, die eine viel größe*re Zahl an Einzelpersonen repräsentiert und die ein entsprechende Mehrfaches an Lasten zum Erhalt unseres Volkes auf sich nimmt, bedarf dringend der Änderung. Durch das Gewicht dieser Stimmen, die für etwa zwölf Millionen Kinder sprächen, würde mehr für Kinder, Familie und unser Volk bewirkt als durch alle sonstigen Programme und Appelle zusammen.

Dr. Bonifaz Ullrich, Blieskastel

SPD und Steuern

„Umverteilung anders"; WELT vom 28. Oktober

Immer wieder benutzt Herr Rau *das Wort „gerecht" für seine Vorstel*lungen. Das ist eine pseudomoralische Anmaßung und gleichzeitig Irreführung. Wie alle Sozialisten strebt Herr Rau in realen Worten Egalisierung und Nivellierung an. Die Opfer dieser Steuerperversität sind die Bürger, die durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit unseren Staat tragen.

Gunther Albers, Hamburg 90

*

SPD-Kanzlerkandidat Rau will umfassende Steuersenkungen und Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe. Sollte sein Wahlkampfmotto nicht anstelle „Versöhnen statt spalten" besser „Verschulden statt sparen" heißen?

Dr. Ludwig Kippes, Puchheim

Sprechverbot

„Einmischung?"; WELT vom 11. Oktober

Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß die Bundeswehr dem Oberfeldarzt Dr. Erös Sprechverbot erteilen würde, weil er sich während seines Urlaubs um Verletzte in Afghanistan gekümmert hat.

Dr. F.-W. v. Seydlitz-Kurzbach, Ulm

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Das naive menschliche Denken geht von der Sache aus, das wissenschaftliche von der Methode. «

Carl Friedrich von Weizsäcker, deutscher Philosoph und Physiker (geboren 1912)

Neue Montags-Serie über einen Parfüm-Clan im französischen Grasse

Duftende Rache eines weißen Schafes

Man denkt an eine moderne Version des „Grafen von Monte Cristo", man wittert einen Hauch von „Dallas", man spürt den Duft, der an heißen Tagen über der südfranzösischen Parfümstadt Grasse liegt, und bei den großartigen Bildern der Camargue denkt man an einen Western. Pikante Würze erhält die französische Superproduktion „Ausgestoßen" zudem durch Hauptdarsteller Charles Aznavour. Der Auftritt des Chansonniers in einer Fernsehserie ist eine Rarität.

In dem Fünfteiler „Ausgestoßen" von Denys de la Patellière geht es um Liebe, Familienintrigen, einen Immobilienskandal mit politischem Hintergrund, einen zu Unrecht Verurteilten, der nach zwanzig Jahren Exil in Venezuela als reicher Mann in die südfranzösische Heimat zurückkehrt, Gerechtigkeit fordert und sich rächen will.

Diesen Mann, Julien Mauriés, spielt Charles Aznavour. Kein Zweifel, daß sein Erscheinen inmitten des Familien-Clans, der die Parfümindustrie zwischen Grasse und Marseille beherrscht, Spannung und Leidenschaften auslöst. Denn eigentlich gehört Julien nur noch dem Namen nach zu den Mauriés, deren Geld im Parfüm, in Immobilien und in Pferden steckt. Der Clan wird beherrscht von Cosima (Judy Winter) – sie ist attraktiv, elegant und skrupellos, entstammt einer deutschen Industriellenfamilie. Der Kampf Cosimas gegen Julien kann beginnen...

„Auf der Bühne der Music-Hall erscheint uns Charles als kleiner, gehetzter, fragiler Mann", sagt Regisseur Denys de la Patellière. „Aber ich kenne ihn seit 25 Jahren, seit unserem gemeinsamen Film ‚Taxi nach Tobrouk'. Ich wollte einmal mehr beweisen, daß in dem Schauspieler Aznavour das Gegenteil steckt. In dieser Rolle kann er sich ausspielen. Er geht als Sieger hervor. Ohne den Muskelprotz herauszukehren."

Gedreht wurde die deutsch-französische Koproduktion im Sommer 1984 in Arles, Marseille, Paris, München und Venedig. In Südfrankreich war Aznavour in seinem Element. In Saint Tropez besitzt er eine Villa, wo er seit Jahren mit seiner schwedischen Frau Ulla und seinen drei jüngsten Kindern Kathya (16), Misha (14), und Nicolas (8) die Ferien verbringt. Zu den Dreharbeiten in der Camargue kam er jeden Morgen in seinem Dodge Camping-Car herangerast. „Wenn ich nach fünfjähriger Drehpause diese Fernsehrolle angenommen habe, dann nur aus Freundschaft zu Patelliere und weil mir die Rolle des Julien gefallen hat", sagt Aznavour. „In dieser Serie wird ein Stück Frankreich, wie es leibt und lebt, gezeigt. Das hat mich fasziniert. Außerdem liebe ich die Camargue."

Ausgestoßen (1) – ARD, 20.15 Uhr


Ausnahmsweise als Serienheld: Charles Aznavour FOTO: ARD

Frankreichs Fernsehpublikum war offenbar weniger von der französischen „Dallas"-Nachahmung begeistert, als die Serie vor einem Jahr ausgestrahlt wurde. „Wir hatten eine größere Einschaltquote erwartet", heißt es bei FR 3.

Aznavour kann das nicht erschüttern. Gerade kam in Frankreich seine neue Platte mit elf Liebesliedern und Geschichten armenischer Emigranten auf den Markt. Im Pariser Kongreß-Palast ist für September 1987 ein Bühnen-Comeback geplant. In Frankreichs Kinos läuft seit Wochen der Film „Yiddish Connection", für den der kleine Armenier das Drehbuch schrieb und in dem er die Hauptrolle spielt.

Eigentlich wollte er auch Regie führen. „Aber meine Hauptrolle war zu aufreibend", erklärte er. Doch die Idee mit der Filmregie verfolgt den Allround-Künstler. Schon hat er das Drehbuch für einen nächsten Spielfilm mit Liza Minelli als Partnerin geschrieben. Die Liebesgeschichte von zwei berühmten Stars der Music-Hall möchte er selber in Szene setzen. „Okay, ich bin zwar schon Großvater und ein alter Komödiant. Aber ich bin auch ein junger Vater. Warum sollte ich nicht ein junger Filmregisseur werden", ulkt er.

CONSTANCE KNITTER


„Neil Diamond: Hello Again" – ZDF, 23.25 Uhr FOTO: SET

Ein Mann der siebziger Jahre swingt auch in den Achtzigern

Seiner sonoren, tiefen Stimme waren in den siebziger Jahren vor allem die Damen erlegen wie das Küken der Kobra: Neil Diamond, der 45jährige Wassermann aus Brooklyn, hatte 1971, seinem größten Jahr, fünf Songs oben in den Hitparaden und ein Jahr darauf drei Langspielplatten auf einen Schlag in den US-LP-Charts stehen.

Titel wie „Solitary Man", „Cherry, Cherry", „You Got Me" schon in den späten Sechzigern und später der Ohrwurm „I am ... I said" waren Synonyme für den Familienvater mit der fast endlosen Kette von Hits in Folk-, Gospel- und Countryrock-Manier, und es bedurfte schon eines solchen Erfolgs-Abonnements, um einem Mainstream-Popmusiker wie ihm die hehre Arena des Los Angeles Greek Theatre zu öffnen, in der er gleich am Stück eine Woche lang gastierte. Und ein Jahr später, 1972, war er der erste Musiker der Rockszene, der im New Yorker Winter Garden Theatre sang – 20 Solo-Abende lang.

Danach verschwand er erst einmal, um zur Ruhe zu kommen: „Die Qualität deiner Musik hat nichts mit ihren Verkaufszahlen zu tun", sagte er, „sie hängt davon ab, wieviel Enthusiasmus du dir erhalten kannst."

Vier Jahre lang besann er sich auf Liebe, Enthusiasmus und Identität, dann ging er wieder in die Vollen – mit überwältigendem Erfolg erst nach Australien und Neuseeland, dann wieder ins Greek Theatre und 1977 auf triumphalen Europatrip.

Ein „Allround-Künstler" zu sein, ist sein Ehrgeiz, und nachdem er 1978 neben Muddy Waters, Van Morrison und Joni Mitchell in Scorseses „Last Waltz" in der „Band" von Bob Dylan mitgewirkt hatte, präsentierte sich der schöne Neil als Schauspieler – 1980 in dem Film „The Jazz Singer".

Ob Filmmusik, wie 1973 für „Jonathan Livingston Seagull"; ob Musik für Kollegen, wie „He ain't heavy, he's my brother" für die Hollies oder der „Believer" für die Monkeys, eine Lobeshymne auf einen Rotwein, wie 1970 das „Cracklin' Rosie", oder gar Experimente wie die „African Trilogy" 1971 – Diamonds Vielseitigkeit ging, gemessen am Interesse seiner Anhänger, nie zu Lasten der Qualität: Als er 1984, sieben Jahre nach seinem letzten Europa-Besuch, wieder in die Bundesrepublik zu fünf Konzerten kam, war die Begeisterung die alte.

Im Mai dieses Jahres erschien seine bisher letzte Langspielplatte („Heading for the future"), die in Kooperation mit Maurice White, dem auch auf Solopfaden wandelnden Trommler von „Earth, Wind & Fire", und dem auf Dauererfolgskurs segelnden Songwriter Burt Bacharach entstand.

Dauererfolg mithin für Neil – und ein Fernseh-Special, das im September in New York aufgenommen wurde.

ALEXANDER SCHMITZ

Kurzserie über Ziele im kleinen Grenzverkehr

Auf nach Quedlinburg

Stendal, Salzwedel, Quedlinburg, Nordhausen, Eisenach, Altmark, Bodetal, Roßtrappe, Hexentanzplatz, Eichsfeld – Städte- und Landschaftsnamen aus Mitteldeutschland, kaum 50 Kilometer jenseits der Teilungsgrenze, und doch den meisten Bundesbürgern bestenfalls noch vom Hörensagen ein Begriff. Dabei sind sie seit dem Grundlagenvertrag von 1973 immerhin für die Bewohner der Zonengrenzkreise per Tagesaufenthalt erreichbar. Doch nur gut zwei Millionen Mal – bei insgesamt rückläufiger Tendenz – haben sie seither diese Chance genutzt.

Ob es da ein Symptom für überdurchschnittliches gesamtdeutsches Engagement der Niedersachsen ist, daß jetzt zwei bessere Nachrichten aus Hannover sich trafen? 1985 fuhren 83 191 von ihnen nach drüben, in diesem Jahr bisher schon 85 000.

Acht Tage lang im September war ein Fernsehteam vom NDR-Studio Braunschweig zwischen der Altmark und Thüringen unterwegs, um mit erstmals für ein solches Vorhaben erteilter Ost-Berliner Genehmigung über den Bildschirm zur Nachahmung anzuregen. Der Ertrag wird von heute an bis Freitag jeweils fünf Minuten lang im ARD-regionalen Vorabend-Magazin „Hallo Niedersachsen" gezeigt. Die Arbeit des Autoren Achilles Franke steht im Angebot so einzig da, daß das sonntägliche ARD-„Magazin der Woche", Bayern III sowie die NDR-Regionalfunkhauser in Kiel und Hamburg Übernahmen planen.

„Appetit machen" will Franke zur lohnenden Kurzreise in den jenseitigen Teil Deutschlands. Manches von seinen Motiven angetane Raunen vor zwei Wochen bei der Presseverführung in Hannover versprach der Absicht Gelingen. Denn wem, zum Beispiel, Niedersachsens alte Städteschönheiten vertraut sind, der wird in den Bildern von Salzwedel an der historischen Salzhandelsstraße Lüneburg-Magdeburg, von den restaurierten Fachwerkschätzen Halberstadts, vom Wernigeröder Schloß, dem

Hallo Niedersachsen – Regional in NS, etwa 19.15 Uhr, 1. Programm

Quedlinburger Dom oder zum Schluß der Wartburg das eine, über alle Spaltung hinaus zusammengehörige Land erkennen.

Die Folgen umfassen je eine mögliche Tagesreise. „Wie Postkartenmotive", erklärt Franke, seien die Kameraeinstellungen gewählt – als Anreiz zu näherem Kennenlernen: „Wir können in fünf Abendminuten keinen Baedeker bieten." Das soll auch nicht sein. Besser, die Zuschauer machen sich selbst auf den Weg. Den Baedeker aber könnten sie schon mitnehmen, so viel gibt es wiederzuentdecken. Kaum 50 Kilometer jenseits der Grenze.

MICHAEL JACH

Schardt für mehr Lebenshilfe

Seine Philosophie vom „menschlichen Fernsehen", dessen Macher nie den Zuschauer aus dem Auge verlieren dürften, hält ZDF-Programmdirektor Alois Schardt für seine tägliche Herausforderung. Dabei gehe es, so sagte er in einem Gespräch, immer wieder neu um den Beweis gegenüber dem Seher, daß „das Fernsehen keine kalte Macht ist, die Sendungen nach dem Motto ‚Vogel friß oder stirb' vorsetzt". Schardt wird heute 60 Jahre alt.

Sein Konzept: Dem ZDF-Zuschauer nach vielen „als vermeintliche Fernsehspiele gezeigten bebilderten Leitartikeln" vermehrt mit dem Angebot von Lösungsmöglichkeiten bei privaten Problemen „Ängste in einer immer nüchterner werdenden Welt zu nehmen". Die Zielrichtung eines Programms mit persönlichem Gewinn für den Zuschauer hält Schardt auch im kulturellen Bereich für verwirklicht, wo das Fernsehen „Appetit machen kann auf andere Medien".

Kurz vor der Verwirklichung steht ein Lieblingsprojekt Schardts: die Verfilmung des Alten Testaments. Sie wird vom ZDF in Angriff genommen mit drei Folgen der Geschichte Abrahams, unter der Regie des italienischen Regisseurs Franco Zefirelli („Das Leben Jesu").

Der Kontakt mit dem Zuschauer, der auch in Magazinen über Freizeit, Gesundheit und Wirtschaft gepflegt wird, ist nach Schardts Ansicht einer der Trümpfe, deretwegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten der privaten Konkurrenz „mit Gelassenheit" entgegensehen können. (dpa)

STUDIO

Erstmals wurde 1985 **mehr Tennis als Fußball** gesendet. Die ARD zeigte insgesamt **3264 Stunden** Sport im letzten Jahr, das **ZDF 3011 Stunden**. Das entspricht 8,9 bzw. 7,5 Prozent des Gesamtprogramms. (SID)

*

Knapp neun Millionen Bürger der UdSSR hören wöchentlich die Russisch-Programme der **Deutschen Welle**. Das ermittelte das Massachussets Institute of Technology. Der Kölner Sender, der **wieder verstärkt** von den Sowjets **gestört** wird, hat in der UdSSR demnach 60 Prozent akademisch gebildete Hörer und den **höchsten Anteil von Parteimitgliedern** von allen Hörern westlicher Sender in der UdSSR. H. H.

*

Beim **ZDF** denkt man daran, die beiden Atomkriegs-Schocker **The Day After** (USA) und **Briefe eines Toten** (Sowjetunion) an einem Abend zu zeigen. Die Rechte für den sowjetischen Film, der demnächst in den deutschen Kinos laufen wird, liegen allerdings noch beim Filmemacher **Wim Wenders**. Nea.

*

Ihr im Oktober 1985 eingeführtes **Sonderprogramm für Europa** in Englisch stellt die **Voice of America** zum Jahresende wieder ein – hauptsächlich aus Kostengründen. H. J.

*

In **Preßburg** wurde der zweite (nach Prag) **Verleih von Videokassetten** in der CSSR eröffnet. Den Interessenten stehen **223 Kassetten** mit 41 Programmen, die das Studio des slowakischen Films fertiggestellt hat, zur Verfügung. strö



9.10 Sesamstraße
9.45 Ratgeber Grabpflege
10.00 heute
10.05 Mit meinen heißen Tränen (1)

15.50 Tagesschau
16.00 Der Feind (4)
Ein deutscher Fliegerangriff
16.25 Ein Stück aus ihrem Leben (4)
Menschen über 60
anschließend: Lustspiel
Fernsehspiel aus dem Autorenwettbewerb für Senioren
17.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ausgestoßen (1)
Fernsehserie in fünf Teilen
Buch: Denys de la Patellière und Boris Kantoff
Mit Charles Aznavour, Judy Winter, Hans Clarin, Siegfried Rauch
Regie: Denys de la Patellière
21.15 Gesucht wird ... ein Bombengeschäft
Atomhilfe für Pakistan und Indien
Film von Egmont R. Koch
22.00 Sketchup
Mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Super
Deutscher Spielfilm (1983)
Mit Udo Lindenberg, Inga Humpe und Günter Lamprecht
Musik: Udo Lindenberg
Am Anfang ist es die große Liebe. Inga liebt Alex und hat nur einen Traum: abhauen. Mit Alex will sie in die Südsee und nie wieder zurück in unser Europa, das längst überall stinkt. Alex sieht das nicht so. Trotzdem versucht Inga, das Geld zu besorgen. Als sie zurückkehrt, ist er weg, spurlos verschwunden.
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken



11.55 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Die Gerechtigkeit kommt zu spät
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
9. Als Fest begann's
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben
17.00 heute
Anschl.: aus den Ländern
18.15 Tele-Illustrierte
17.50 Agentin mit Herz
Unter falschem Namen
19.00 heute
19.30 Der Drücker
Fernsehspiel nach dem Roman von Andreas Blechner
Regie: Uwe Frießner
Thomas Galewski (22), genannt Tommy, wird arbeitslos, muß sein Motorrad verkaufen, um seine Schulden zu bezahlen und landet wieder im Kinderzimmer der elterlichen Wohnung. Um dort wieder herauszukommen, läßt er sich als Vertreter für Zeitschriften-Abonnements innerhalb einer Drükker-Kolonne anwerben.
21.05 WISO
Paragraphen stoppen Verbrauchermärkte. Computer „schröpft" EG. Pensionierte Manager helfen jungen Unternehmern. Tip: Zinsentwicklung
21.45 heute-journal
Anschließend: Politbarometer
22.10 Der letzte Weg
Vom Umgang mit dem Tod
Film von Thomas Wolf
22.55 Die stillen Stars
F. Elstner besucht Nobelpreisträger: Donald Glaser (Chemie 1960)
23.25 Neil Diamond – Hello again
Der Star und seine Lieder – mit Carol Burnett und Stevie Wonder
0.10 heute



15.35 Indian River
Der Lausbub
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Komplikationen
Anschl. Betty Boop
16.25 Die Waltons
17.10 Mondbasis Alpha 1
Die Teufelsmaschine
Anschl. Rund um die Welt
18.00 Cowboys, Sheriffs und Banditen
18.30 blick
18.45 Extrablatt
Unterhaltungsmagazin
19.45 Für eine Handvoll Geld
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Kirk Douglas, Eve Miller
Regie: Felix Feist
21.30 blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
SPD-Steuerpläne. Investitionen auf den Philippinen. Traum Harley Davidson. Internationale Börsen
22.45 Mannix
Die undichte Stelle
23.30 APF blick

1 PLUS

19.00 Hobbythek
Schöner wohnen mit Marmor
19.45 Nähen leicht gemacht
20.00 Tagesschau
20.15 Stahlnetz
Das Haus an der Stör
Mit Rudolf Platte, Mady Rahl
21.40 Wortwechsel
Gero von Boehm interviewt Günther Anders
22.25 Weekend im Elsaß
Musikalischer Film mit dem elsässischen Sänger Roger Siffer
23.10 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 P. I. T. – Peter Illmanns Treff
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Rocky II
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Sylvester Stallone, Talia Shire
23.40 Kennwort: Kino
Anschl. Nachrichten



18.05 RNF – Life
18.15 Augenclip
Internationale Pop-Szene
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 RTL-Spiel
19.30 Das Tal der Pappeln
München
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Tödliches Versprechen
Französischer Spielfilm (1983)
Mit François Cluzet, Dora Doll, David Giardinelli
Regie: Eberhard Storek
22.05 RTL-Spiel
22.10 Nachrichten
22.20 Popeye und der Heringsdieb
22.25 Open End
Cannes denn Werbung Sünde sein? – Mit Geert Müller-Gerbes
23.10 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Männertränen
20.45 Deutschland – Frankreich über alles
Unter Nachbarn – Mit U. Wickert
22.15 Was wir sind, werdet ihr sein
Auf einem Waldfriedhof
22.45 Flucht in die Wunder
Von Geistheilern und Gurus
Anschl.: Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Textiles Gestalten (2)
Vom Wollknäuel zum Schaf
19.00 Rund um das Zwiebelmuster
Vergißmeinnicht und Lorbeerkranz
19.15 Arche Noah für Pflanzen
Gefahren genetischer Verarmung
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburg vor der Wahl
Fragen an die Spitzenkandidaten
Telefon: 040 / 56 60 03 bis 06
21.45 Hobbythek
Fensterkunst aus Blei und Glas
22.30 Das internationale TV-Kochbuch
Frankreich (5)
22.45 Keine Gnade für Ulzana
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: Robert Aldrich
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.35 Welt der Flüsse – Flüsse der Welt
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Horizonte
20.45 Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Blickpunkt Ausland
No. 10 Downing Street (1)
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Schwarzes Theater
18.33 Fury
19.00 Abendschau
19.30 Formel Eins
20.15 Sonde
21.00 9 aktuell
21.15 Mark(t) und Pfennig
Verbrauchermagazin mit Zuschauertelefon 061 31 / 310 31)
21.45 Zweikampf
Film von Gert Steinheimer
23.10 Jazz am Montagabend
0.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert: Kultur
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Jugendprogramm
19.05 Formel Eins
19.50 Freitod von Jugendlichen
20.45 Da geht dem Fisch die Puste aus
Ökologisches Portrait eines Sees
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Zeichnungen von Käthe Kollwitz
22.50 Magnum

Gegenüber Moskau geht Shultz in die Offensive

Zugeständnisse in der Menschenrechtspolitik gefordert

FRITZ WIRTH, Washington

In zwei bemerkenswert deutlichen und aggressiven Reden hat US-Außenminister Shultz am Wochenende das Thema der sowjetischen Menschenrechtsverletzungen und die Rolle der Syrer in dem vereitelten Bombenanschlag auf eine israelische Passagiermaschine angesprochen.

Shultz stellte in der Frage der Menschenrechte ein direktes Junktim zwischen sowjetischen Zugeständnissen und Fortschritten in den übrigen Problembereichen her. Zum geplanten Anschlag auf die israelische Verkehrsmaschine im April dieses Jahres in London erklärte Shultz, daß es eindeutig klar sei, daß Syrien in Terroranschläge verwickelt sei. „Es ist schlimm, so etwas feststellen zu müssen", sagte Shultz, doch man müsse es als eine Tatsache offen aussprechen. „Wenn ein Land derartiges tut, isoliert es sich selbst von der zivilisierten Gesellschaft".

Die USA hatten vor zehn Tagen nach der Verurteilung des überführten Attentäters in London als erste Maßnahme für unbestimmte Zeit ihren Botschafter aus Syrien abgezogen. Shultz gab nun zu erkennen, daß weitere Maßnahmen geplant seien, die „wirksam sind". „Ich kann Ihnen versprechen, daß wir bereit sind, zu handeln", sagte er, ohne Andeutungen zu machen, in welche Richtung sich diese Maßnahmen bewegen werden.

Scharfe Kritik an Syrien

Shultz machte diese Ankündigung kurz vor der Freilassung der in Libanon entführten amerikanischen Geisel David Jacobson. Man ging in Washington bisher davon aus, daß der Schlüssel zur Freilassung der sieben amerikanischen Geiseln in Libanon bei den Syrer liege, und daß das Schicksal dieser Geiseln bisher schärfere amerikanische Reaktionen auf die Rolle Syriens bei verschiedenen Terroranschlägen der vergangenen Jahre verhindert habe. Shultz' Äußerungen gegenüber Syrien sind die schärfsten, die zu diesem Thema seit Monaten von einem führenden amerikanischen Politiker gemacht wurden.

Kaum weniger bemerkenswert ist seine scharfe Verurteilung der sowjetischen Menschenrechtspolitik. Die Reagan-Administration ist damit seit Island zum ersten Mal gegenüber der Sowjetunion wieder in die Offensive gegangen, nachdem sie sich bisher im wesentlichen gegen die sowjetischen Vorwürfe verteidigen mußte, einen Erfolg in Island durch ihr Beharren auf dem SDI-Programm abgeblockt zu haben.

Die Kopplung der Menschenrechtsfrage an Fortschritte in anderen Verhandlungsfragen, besonders im Abrüstungsbereich, deutet an, daß die Sowjets in der Begegnung zwischen Shultz und Schewardnadse in Wien am Donnerstag dieser Woche ihre Abrüstungspläne nicht so eingleisig werden verfolgen können, wie es in Island der Fall war. Shultz gab dem Kreml eindeutig zu verstehen: Ohne eine erhebliche Verbesserung der Menschenrechts-Situation besteht keine Chance, daß der amerikanische Senat ein Rüstungsabkommen absegnen wird.

US-Vorschläge liegen vor

Zugleich jedoch machte Shultz – wie auch Präsident Reagan am Wochenende – klar, daß die Chancen zu einer Abrüstungslösung besser seien als jemals zuvor in den letzten 40 Jahren. Reagan erklärte in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache, daß man in Island einem historischen Abkommen nahegekommen sei, die strategischen nuklearen Waffen zu reduzieren, und daß die USA nach wie vor bereit seien, darüber zu verhandeln. Während die USA ihre Vorschläge von Island zur weiteren Diskussion bereits in Genf vorgelegt haben, stehen Moskaus noch aus.

Hauptziel der Gespräche von Shultz mit Schewardnadse in Wien wird der Versuch sein, eine Lösung im Bereich der Mittelstreckenraketen von der SDI-Frage abzukoppeln. Zugleich besteht Shultz jedoch darauf, daß eine derartige Lösung von Verhandlungen über massive Reduzierungen der konventionellen Streitkräfte und Waffen des Warschauer Paktes begleitet sein müsse. Insgesamt darf man davon ausgehen, daß die Bedenken und Vorstellungen der europäischen Alliierten in künftigen Mittelstreckenraketen-Diskussionen mit den Sowjets größeres Gewicht haben werden als es beim Island-Gipfel der Fall war.

Als Rau kam, schien den Genossen die Sonne

SPD läutet in Dortmund mit einem großen Deutschlandtreffen ihren Wahlkampf ein / Mehr als 200 000 Besucher

DW. Dortmund

Rund 200 000 Besucher hatte die Polizei bereits gegen 13.00 Uhr gezählt: In der Dortmunder Westfalenhalle eröffnete die SPD mit einem ganztägigen „Deutschlandtreffen" gestern offiziell ihren Bundestagswahlkampf. Ein sichtlich aufgekratzer Bodo Hombach, Wahlkampfmanager von Kanzlerkandidat Johannes Rau, zog ein erstes Fazit: „SPD-Politiker, die glauben, die SPD habe resigniert und sei kampfesmüde, sind durch die Teilnehmer beschämt worden."

In den sieben Hallen des Dortmunder Messekomplexes wurden an unzähligen Informationstischen, mit Filmen, Aktionen und Foren die sozialdemokratischen Wahlkampfargumente dargeboten. Kaffee und Kuchen, Kabarett, Spiele und Theater sorgten für die notwendige familiäre Genossenstimmung.

Dabei hatten strömender Regen und das Neue-Heimat-Debakel in den Tagen zuvor für viele schlechte Vorzeichen gesorgt. Doch als Kandidat Rau im Laufe des Vormittags kam, schien wie auf Bestellung die Sonne. Als er durch die Hallen drängte, wurde er von seiner Popularität fast erdrückt. Seinem Naturell und seiner Sprache gemäß prangte groß an der Hallenwand der Satz: „Schön, daß Ihr gekommen seid."

Es war das erwartete Heimspiel für Rau. Vor mehr als einem Jahr hatte ein gleichartiger Probegalopp unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen-Tag" bereits die Einstimmung für den später überlegen gewonnenen Landtagswahlkampf geliefert. „Mit Johannes Rau auf Platz 1" stand nun wieder auf Transparenten und Flugblättern – wobei manchem in Erinnerung geraten sein mag, daß bei der letzten Bundestagswahl gerade zwischen Rhein und Ruhr die Genossen entscheidend an Stimmen verloren hatten.

Der Wahlkampf soll vor allem aggressiver sein

„Wie sollte Eurer Meinung nach die SPD bis zum 25. Januar den Wahlkampf führen?" prangte in roter Schrift die entscheidende Frage an Mitglieder und Anhänger auf dem Boden der Westfalenhalle. Unter der Rubrik „Mir gefällt der Wahlkampf gut" war kaum ein Kreuz zu entdekken. Aber die Vorübergehenden hatten auf dem Wunschzettel angekreuzt „Viel aggressiver", „Viel kreativer" und „Mehr auf den Bürger zugehen".

Bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mußte sich Bundesgeschäftsführer Peter Glotz seiner Haut erwehren. „Die SPD hat den stärksten Frauenanteil in ihrer Geschichte. Was hast Du persönlich dafür getan?" wollte Moderatorin Karin Hempel-Soos von Glotz wissen. Die Antwort ging im Gelächter unter: „Zu wenig".

Mehr zu tun, versprach dann aber nicht nur Glotz. Neben Kanzlerkandidat Rau eilte auch der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel seit dem Vormittag von Halle zu Halle, um Aufmunterndes an der Basis zu verbreiten. Parteichef Willy Brandt kam erst am Nachmittag zum Familientreffen der Sozialdemokraten, um auf einer Großkundgebung gemeinsam mit Rau und Vogel die Genossen phonstark auf die heiße Phase des Winterwahlkampfs einzustimmen.

Über die Wirkung des Dortmunder Treffens auf die Parteimitglieder überall in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in bezug auf die notwendige Motivation, wird man höchstens spekulieren können.

Die Anwesenden brauchten sich zumindest nicht über schlechte Verpflegung zu beklagen: Bei den Jusos wurde heiße Erbsensuppe geschöpft, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen lockte mit Kaffee und Kuchen. Und die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen betätigte das Glücksrad. Als Gewinn winkte allerdings niemandem das Kanzleramt, sondern lediglich ein Stück Kuchen.

„Mit diesem Ansturm hat niemand gerechnet"

Daß das Ereignis, bei dem die SPD 600 Künstler auf neun Bühnen und 500 Aktivisten an mehr als 200 Ständen aufbot, medienwirksam in Szene gesetzt wurde, war nicht zu bestreiten. Bodo Hombach, gerade bei altgedienten Funktionären der Partei trotz des Wahlerfolgs in Nordrhein-Westfalen vom vergangenen Jahr nicht unumstritten, fühlte sich jedenfalls bestätigt: „Mit so einem Ansturm hat niemand gerechnet. 2000 Meter Stellwände in den Hallen, 70 Kilometer Kabel und 20 000 laufende Meter Tapete waren also nicht umsonst herangeschaft worden.

Khadhafi bietet Palästinensern neue Basis an

AFP, Washington

Libyen hat seine Hilfe nach Angaben von Staatschef Khadhafi nach dem amerikanischen Luftangriff auf Tripolis und Benghasi „für alle Befreiungsbewegungen in der Welt verdoppelt". In einem in der jüngsten Ausgabe der US-Wochenzeitschrift „U. S. News and World Report" veröffentlichten Interview erklärte Khadhafi weiter, diese Hilfe werde fortgesetzt, „selbst wenn die Vereinigten Staaten uns mit Atombomben angreifen". Zugleich lud er die Palästinenser ein, sich des Landes als Ausgangsbasis für ihre Operationen zu bedienen.

Der libysche Revolutionsführer zeigt sich erbost darüber, daß das amerikanische Volk „Präsident Reagan und seine Bande nicht für den Desinformationsskandal verurteilt" habe, der den Watergate-Skandal weit übertreffe. Khadhafi spielte dabei auf die Enthüllungen der „Washington Post" an, nach denen die amerikanische Regierung im vergangenen Sommer bewußt falsche Informationen verbreitet habe, daß Libyen terroristische Anschläge gegen den Westen vorbereite. Dazu gehörten auch Meldungen über seine angebliche „Niedergeschlagenheit" nach dem US-Angriff, sagte Khadhafi.

Neue Offensive der Contras

Schwere Kämpfe in Nicaragua nach Billigung der US-Finanzhilfe

AFP/rtr, Managua

Im Norden von Nicaragua ist nach den Worten von Staatspräsident Daniel Ortega seit dem 24. Oktober eine *Großoffensive der antisandinistischen* Rebellen im Gange. Guerrillagruppen der von den USA unterstützten „Demokratischen Streitkräfte Nicaraguas" (FDN) hätten versucht, von Honduras aus in nicaraguanisches Gebiet einzufallen. Bei fünftägigen schweren Kämpfen habe es bei der sandinistischen Armee bis zum Ende Oktober bereits 21 Tote und 16 Verwundete gegeben. 80 Contras seien gefallen und 40 verwundet worden. In den Kampfgebieten sind nach Darstellung Ortegas vier auf die Guerrilla-Bekämpfung spezialisierte Sonderbataillone im Einsatz.

Die Contras gaben unterdessen den Abschuß eines nicaraguanischen Hubschraubers bekannt. Dieser Darstellung widersprach aber das Verteidigungsministerium in Mangaua. Der *Helikopter* sei nicht abgeschossen worden, sondern bei schlechtem Wetter abgestürzt. Dabei habe es 21 Tote gegeben.

Die Verstärkung der *Kampfhandlungen* im Norden Nicaraguas erfolgte nur wenige Tage nach der endgültigen Billigung der amerikanischen Finanzhilfe für die Contras in Höhe von 100 Millionen Dollar. Der stellvertretende US-Außenminister für interamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, sagte am Wochenende in Montevideo, die Contras würden ihre militärischen Aktionen gegen die Regierung in Managua weiter verstärken, sobald sie die US-Hilfe entgegengenommen hätten. Die Unterstützung werde zu einer Lösung dieses Problems beitragen.

Abrams: „Die einzige Möglichkeit zur Herstellung der Demokratie in Nicaragua und der Befriedung Mittelamerikas besteht im wachsenden militärischen Druck auf Managua."

„Polen braucht West-Hilfe"

Walesa fordert ein „neues gesellschaftliches Klima"

DW. Bonn

Der polnische Arbeiterführer und Chef der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, hat die Auffassung vertreten, daß es für sein Land ohne westliche Hilfe „unmöglich ist, einen Ausweg aus unserer Wirtschaftsmisere zu finden."

In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" nannte Walesa als eine Voraussetzung für einen Ausweg aus der Misere, daß ein „neues gesellschaftliches Klima" geschaffen werde, das den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung trage.

Jeder Fortschritt in dieser Richtung, so Walesa, würde nicht nur von der polnischen Bevölkerung, sondern auch von der Welt gewürdigt werden.

Das kommende Jahr zwinge die Bevölkerung und die Regierung in Polen zur Suche nach „pragmatischen, pluralistischen Lösungen". Sonst wird sich nach den Worten des *Friedensnobelpreisträgers* von 1983 die „erschreckende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise" noch weiter verschärfen. Walesa plädierte daher für einen nationalen Dialog mit der Regierung. Dafür müsse die Opposition jene Barrieren beseitigen, „die in der Sicht der Regierung in den vergangenen sechs Jahren einem echten Dialog und einer Verständigung im Wege standen."

„Extreme Meinungsunterschiede" zwischen Befürwortern von legalen politischen Tätigkeiten und von Untergrundaktivitäten gibt es nach den Worten von Walesa mehr außerhalb der „Solidarität" als in „unseren Reihen". Walesa: „Das bedeutet natürlich nicht, daß wir uns alle einig sind."

Er finde es gut, wenn verschiedene Wege zum selben Ziel „abgewogen" würden. So müsse es auch in einer „politisch reifen Gesellschaft sein, wie es die polnische ist."

Weddeye in Tripolis schwer verletzt

dpa, Paris

Der frühere Präsident der afrikanischen Republik Tschad, Goukouni Weddeye, ist nach Angaben von Vertrauten durch Schüsse in der libyschen Hauptstadt Tripolis lebensgefährlich verletzt worden. Der Präsident der im Tschad gestürzten Nationalen Übergangsregierung, der sich erst vor zwei Wochen im Radio über den von Libyens Staatschef über ihn verhängten Hausarrest beklagt hatte, sollte am Donnerstag abend von libyschen Soldaten zu einem Gespräch zu Khadhafi gebracht werden.

Als sich Weddeye und zahlreiche Begleiter wehrten, kam es zu einer Schießerei, berichtete sein Kabinettschef Kailan Ahmet am Wochenende in Paris. Dabei wurden nach Ahmets Angaben vier Leibwächter und zwei Libyer getötet. Weddeye sei schwer verletzt worden. „Ob er überhaupt noch am Leben ist, kann ich nicht sagen", versicherte Ahmet. Nach seinen Angaben wurden außerdem 55 Personen, die Weddeye politisch nahestehen, festgenommen.

War Pilot von Machel betrunken?

dpa/AFP, Johannesburg

Der Flugzeugabsturz in Südafrika, bei dem am 19. Oktober Moçambiques Präsident Machel und 33 Begleiter ums Leben gekommen waren, ist nach Angaben des südafrikanischen Außenministers Botha unter anderem auf veraltete Technik der sowjetischen Maschine und auf Fehlverhalten der sowjetischen Besatzung zurückzuführen. Botha erklärte, mindestens zwei Mann der fünfköpfigen Besatzung hätten bei dem Unfall unter Alkoholeinwirkung gestanden. Zu Vorwürfen, daß Pretoria für den Absturz verantwortlich sei, sagte er: „Es gibt keinen Hinweis auf eine Explosion oder sonstige anormale Vorkommnisse, solange die Maschine in der Luft war."

Bei Unruhen in Pakistan 20 Tote

AFP, Islamabad

Mehrere Abgeordnete des pakistanischen Parlaments haben gestern in Islamabad die Absetzung der „unfähigen" Provinzregierung von Sind verlangt, nachdem es den Behörden dort nicht gelungen war, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Sie forderten die sofortige Einsetzung des Bundesrechts in der Provinz und verwiesen auf die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesregierung für die Sicherheit in einem solchen Fall. Bei gewalttätigen Ausschreitungen zwischen verfeindeten Bevölkerungsgruppen, eingewanderten Pathanen und den aus Sind stammenden Mujahir, waren in Karatschi und Hyderabad am Wochenende mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen.

Irland: Ändert Sinn Fein den Kurs?

AP, Dublin

Gerry Adams, der Präsident der Sinn Fein, des politischen Arms der verbotenen Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA), hat die Partei zu einem Kurswechsel aufgerufen. Auf dem Jahreskongreß der Sinn Fein in der irischen Hauptstadt Dublin sprach sich Adams am Wochenende für eine Beendigung des Boykotts des Parlaments durch Sinn-Fein-Abgeordnete aus. Die Sinn Fein müsse aus der Isolation ausbrechen, rief der Präsident aus. Die Zeit für einen Wandel sei gekommen.

Wahlkampffinale mit harten Bandagen

FRITZ WIRTH, Washington

Zwischen Kalifornien und New York hat am Wochenende das große Wahl-Crescendo begonnen. Die Kandidaten werfen ihre Reserven ins Gefecht, und Schauplatz und Schlachtfeld dieses letzten großen Paukenschlags sind die Fernsehschirme der Nation. Ein Hagel von Polit-Commercials prasselt auf die Bürger nieder, lange nicht alle von ihnen fair und nur wenige politisch erhellend. Viele Kandidaten beschäftigen sich mehr mit ihren Gegnern als mit ihren eigenen Wahlprogrammen.

Es ist das Ende eines nicht unbedingt erinnerungswürdigen, aber dennoch mit neuen Rekorden gesegneten Kongreß-Wahlkampfes. Es ist der teuerste in der Geschichte dieser Wahlen und zugleich der Fernseh-intensivste. Die Erfolgsquote dieser Strategie der elektronischen Botschaften scheint nach allen bisherigen Voraussagen jedoch beklagenswert: Diese Botschaften sind beim Wähler offenbar nicht angekommen. Man erwartet eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Kongreßwahlen. Das bisherige Tief in diesem Jahrhundert lag bei 37,5 Prozent.

Appell zum Urnengang

Bisher profitierten in der Regel die Republikaner von niedrigen Wahlbeteiligungen. Die Strategen im republikanischen Wahlhauptquartier fürchten in diesem Jahr jedoch, daß sie die Leidtragenden dieses Verweigerungstrends der Wähler sein werden. Und so überredeten sie Präsident Reagan kürzlich, eine seiner wöchentlichen Rundfunkansprachen ausschließlich einem Appell zu widmen, zur Urne zu gehen.

Die strapazierten Wähler haben in einigen Staaten bis zu 20 verschiedene Stimmen abzugeben. Im Mittelpunkt des Interesses jedoch steht eindeutig der Kampf um den Senat. Die Republikaner beherrschen ihn im Augenblick noch mit einer Mehrheit von 53 gegen 47 Stimmen. 34 der 100 Senatssitze stehen am kommenden Dienstag zur Wahl. 22 von ihnen gehörten bisher den Republikanern, zwölf den Demokraten. Die Demokraten müssen am Dienstag mindestens vier Senatssitze von den Republikanern gewinnen, um die Mehrheit im Senat zurückzuerobern.

Die letzten Meinungsumfragen prophezeien – mit vielen Vorbehalten –, daß dies gelingen kann. Sie sagen als sicher eine Niederlage der Republikaner in Maryland voraus, dem Sitz, der bisher dem Republikaner Charles Mathias gehörte, und als wahrscheinlich einen Einbruch der Republikaner in Florida. Vier weitere republikanische Senatssitze – in Idaho, Nevada, North Carolina und North Dakota – gelten als stark gefährdet, während nur zwei demokratische Sitze – Missouri und Colorado – voraussichtlich an die Republikaner verloren gehen.

Das wäre ein Reingewinn von vier Sitzen, die den Demokraten zur Senats-Mehrheit genügen würden. Gelingt es den Republikanern jedoch, den Demokraten nur noch einen weiteren Sitz abzunehmen, wäre bereits ihre Mehrheit im Senat gesichert, denn bei dieser Pattsituation von 50 zu 50 Stimmen würde die Stimme des Vizepräsidenten Bush den Ausschlag zugunsten der Republikaner geben.

Um diesen einen Sitz ist in den letzten Tagen die große Schlacht zwischen beiden Parteien entbrannt. Es ist der Senatssitz des Demokraten Alan Cranston in Kalifornien. Sein Gegner Ed Zschau lag vor 14 Tagen in den Meinungsumfragen noch elf Punkte hinter Cranston. Am Wochenende jedoch war er bis auf einen Punkt an Cranston herangekommen. Präsident Reagan widmete deshalb seine letzten Wahlenergien diesem möglicherweise entscheidenden Duell und attackierte Cranston in Anaheim schärfer und rücksichtsloser als jeden anderen demokratischen Kandidaten in diesem Wahlkampf.

Er nannte Cranston einen „Architekten des amerikanischen militärischen Niedergangs im letzten Jahrzehnt". Er sei stets skeptisch oder manchmal sogar strikt dagegen, wenn es darum gehe, mit starken Maßnahmen die Sicherheit der Nation zu schützen. Sollte Cranstan am Dienstag tatsächlich seinen Sitz verlieren, wäre es eine der größten Überraschungen dieser Wahl.

Trost für Republikaner

Die übrigen Wahlgänge stehen deutlich im Schatten der Schlacht um die Senats-Mehrheit. Im Kampf um die Mehrheit im Repräsentantenhaus sind die Siegchancen der Republikaner praktisch gleich Null. Die Mehrheit der Demokraten beträgt im Augenblick 253 zu 182 Stimmen. Nach einer alten Faustregel sind die Wahlchancen einer Regierungspartei im sechsten Amtsjahr ihres Präsidenten im Kampf um diese Kammer besonders schlecht. Sie verliert im Durchschnitt bei derartigen Wahlen unter diesen Umständen 41 Sitze. Der Trost der Republikaner: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie am Dienstag nur zehn Sitze in dieser Kammer an die Demokraten verlieren, was man bei den Republikanern bereits als einen Erfolg werten würde.

Gut dagegen sind ihre Erfolgschancen bei den Gouverneurswahlen. Von den 50 Gouverneursämtern stehen am Dienstag 36 zur Wahl, von denen 27 den Demokraten gehören. Die Republikaner glauben, sie können den Demokraten zehn dieser Gouverneursämter wegnehmen.

FÜR DEN ANLEGER

An der Wall Street
Dow Jones Index
Hoch 4.9.1986: 1919,71
Tief 22.1.1986: 1502,29
1900
1850
1800
20 21 22 23 24 27 28 29 30 31
Oktober '86
DIE WELT

Währung: In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die USA und Japan zu enger Zusammenarbeit am Devisenmarkt, bei der Sicherung von weltweitem Wirtschaftswachstum und beim Abbau von Handelsungleichgewichten verpflichtet. Dies ist nach Auffassung von Fred Bergsten, Direktor des Institute for International Economics, der erste Schritt zur Errichtung von Zielzonen für Wechselkurse. (S. 14)

Bundesbank: Heute wird eine Repräsentanz in New York eröffnet; eine weitere Vertretung wird in Kürze in Tokio eingerichtet.

Rentenmarkt: Nach der Dollar-Befestigung am Freitag flaute die Erholung, die zur Wochenmitte eingesetzt hatte, schnell wieder ab. (S. 14)

Japan: Nach der Diskontsenkung haben sich die Geschäftsbanken des Landes vorläufig dazu entschlossen, ihre kurzfristige Prime Rate *auf 3,75 (4,125) Prozent* zu senken. Ein formeller Entschluß werde gefaßt, sobald die Zinsen für Bank- und Postsparkassenguthaben neu festgesetzt werden.

Italien: Viele Banken bleiben heute wegen eines eintägigen landesweiten Streiks geschlossen.

WELTWIRTSCHAFT

VW: Im Werk bei Sao Paulo ist am Wochenende der letzte in Brasilien produzierte VW-Käfer vom Band gelaufen. Das erfolgsreichste Auto aller Zeiten wird jetzt nur noch in Mexiko gebaut. In der Budnesrepublik war die Produktion sschon 1978 eingestellt worden.

USA: Die Auftragseingänge der Industrie sind im September im Vergleich zum Vormonat um 3,4 Pprozent gestiegen; bei den Verbrauchsgütern ergab sich sogar ein plus von fünf Prozent. Wie das Handelsministerium mitteilte, war dies die höchste Steigerungsrate seit November 1984 (plus 4,4 prozent). Im August war die Rate nach revidierten Angaben um 0,9 Prozent gefallen.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Kapazitäten: Eine höhere Auslastung in den konsumabhängigen Industriezweigen hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München festgestellt. Im verarbeitenden Gewerbe waren die Produktionsanlagen im September zu 85,2 (Juni: 84,6) Prozent beschäftigt. Damit wurde fast der Höchststand von Ende 1985 (85,3) erreicht.

Loewe Opta: Das Unternehmen wird für Mitsubishi Electric Europe Tischfernseher der Luxusklasse mit Stereoton und Viideotext herstellen. Beide Firmen haben ein Abkomen zur Kooperation beim Bau von Farbfernsehern geschlossen.

Polaroid: Das Unternehmen meldet einen beachtlichen Aufschwung bei der Sofortbild-Fotografie. Der weltweite Umnsatz sei im dritten Quartal 1986 um 32 Prozent auf 396,2 Mill. Dollar gestiegen.

Fiat: Die in der Biomedizin tätige Tochter Sorin Biomedica will auf dem US-Markt stärker Fuß fassen. Zu diesem Zweck wurden 52,8 Prozent der Aktien der US-gesellschaft Clinical Sciences Inc. aufgekauft.

MÄRKTE & POLITIK

Hypotheken: Bauen ist von der Finanzierungsseite her zur Zeit sehr günstig. Billiger als die Hypothekenbanken aber sind die Lebensversicherer. (S. 14)

Zahlungsmoral: Im dritten Quartal hat es in der deutschen Wirtschaft nach Beobachtungen der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng eine Besserung gegeben. Besonders der Einzelhandel zeichnete sich durch gute Zahlungsdisziplin aus. (S. 14)

Getränkeindustrie: Der Staat sollte sich beim Problem Abfallaufkommen nicht einseitig auf die Getränkeverpackung konzentrieren, stellt das Münchner Ifo-Institut fest. (S. 17)

EG: Der Haushaltsausschuß des Europäischen Parlaments hat sich nach dreitägigen Beratungen in Brüssel nicht auf das Budget für 1987 zu einigen vermocht. Streitpunkt waren vor allem die Agrarsubventionen. Der Ausschuß will am 10. November in Straßburg erneut zusammentreten.

Nachtbackverbot: Einen salomonischen Kompromiß hat die Gewerbeaufsicht Stuttgart mit den baden-württembergischen Großbäckereien geschlossen. Sie wollen sich von 1988 an an die gesetzlichen Vorschriften halten. (S. 17)

„Weiße Ware": Der Handelkonzern Spar will das Angebot streichen. Das Handelsmarken-Sortiment soll erweitert werden. (S. 14)



NAMEN



Blohm + Voss: Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Werft, Dr. Michael Budczies, wird mit Wirkung vom 1. November durch den Spitzenmanager des Mehrheitsaktionärs Thyssen AG, Dr.-Ing. Werner Bartels (Foto), abgelöst. Bartels soll seine Funktionen als Vorstandsvorsitzender der Thyssen Industrie AG und Mitglied des Vorstands der Thyssen AG, Duisburg, unverändert beibehalten. Bartels war schon in den siebziger Jahren Chef der größten deutschen Werft und Vorgänger von Budzcies.

WER SAGT'S DENN?

Denken ist die schwerste Arbeit, die es gibt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, daß sich so wenig Leute damit beschäftigen.

Henry Ford

Dem deutschen Maschinenbau fällt die Wiederbelebung schwer

Verbandschef Paetzold zur WELT: Die Chancen für eine Erholung sind zu gering

JOACHIM WEBER, **Hamburg**

„Technisch ist der deutsche Maschinenbau im Augenblick auf dem richtigen Weg. Was jetzt wieder auf uns zukommt, das sind die Probleme an der Außenfront, zum Beispiel die wachsende Neigung zum Protektionismus in wichtigen Abnehmerländern". Dies erklärte der neugewählte Präsident des Verbands Deutscher Maschinenbau (VDMA), Frank Paetzold, in einem Gespräch mit der WELT. Gerade den Maschinenbauern bereiten die Finanz- und Verschuldungsprobleme in den Kundenländern, aber auch Entwicklungen wie die „transatlantische Diskussion" über richtige Rezepturen zur Stützung der Konjunktur, einige Sorgen.

Dabei geht es nicht nur um die finanzielle oder auch politische Einengung der Absatzmärkte: „Wenn die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für US-Unternehmen auf steuerlichem Wege erhöht wird, dann müssen wir da auch etwas tun, um wettbewerbsfähig zu bleiben", fordert Petzold. VDMA-Hauptgeschäftsführer Justus Fürstenau *sekundiert: „Die Steuerreform muß* schnell kommen und Akzente bei der Unternehmensbesteuerung setzen".

Denn hier drückt den Maschinenbau nicht nur unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Schuh. Die stark mittelständische Branche (vier von fünf Unternehmen zählen weniger als 200 Beschäftigte) ist aus der Inflation der Soziallasten in den siebziger Jahren und dem Konjunkturtal zu Beginn der achtziger besonders gebeutelt hervorgegangen.

Als reiner Investitionsgüterzweig war sie von der Investitionszurückhaltung im Gefolge schlechter Ertragsaussichten besonders betroffen. Ihre Nettoumsatzrenditen. Anfang der siebziger Jahre noch bei drei Prozent, waren bis 1980 auf rund ein Prozent zurückgegangen – mit entsprechenden Folgen für die Eigenkapitalausstattung.

Nach Paetzolds Ansicht haben die Unternehmen nach vier Jahren stetiger Wiederbelebung bis heute viel zu geringe Chancen, sich davon zu erholen, zumal es inzwischen auch schon wieder andere Erfordernisse gibt: „Es schmerzt schon, zu sehen, daß einem Unternehmen, selbst wenn es wirklich gutes Geld verdient, nach Steuern ganze 30 Prozent davon für die Expansion verbleiben".

Auch die Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung für mittelständische Unternehmen gehören darum zu den Problemkreisen, mit denen sich der VDMA in Zukunft verstärkt auseinandersetzen soll. Zudem gilt es, Begleiterscheinungen der intensiven Wachstumsarbeit der vergangenen vier Jahre in den Griff zu bekommen

So erfolgt der etwas spät in Gang gekommene aber um so rasantere Einstieg der Maschinenbauer in die Mikro-Elektronik, der die Basis des jüngeren Erfolges war, ganz individuell. Das führte zu einer Vielfalt elektronischer Systeme, die heute jede technische Kooperation erschweren.

Solcher Mangel an einheitlichen Schnittstellen hemmt insbesondere die Zusammenarbeit im Service. Es erweist sich aber, daß die zunehmende Internationalisierung des Maschinenbaugeschäfts auf Dauer auch den Kundendienst vor Ort erfordert. Paetzold: „Unternehmen mit Umsätzen unter 300 Millionen Mark können sich das allein gar nicht leisten. Wir müssen versuchen, über die technische Harmonisierung auch die Poolbildung *zu erleichtern*".

Weitere Aufgabengebiete mit zunehmender Bedeutung macht Paetzold in der Nachwuchsförderung, der Höherqualifikation der Mitarbeiter und nicht zuletzt in der Verjüngung der Führungsstäbe von Unternehmen und Verband aus: „Wir müssen darauf achten, daß der Frust bei den Jüngeren nicht zu groß wird. Die sehen die alten Herren fest auf ihren Stühlen sitzen."

> Der Maschinenbau ist mit 1,08 Millionen Beschäftigten, 15 Prozent aller industriellen Arbeitsplätze, größter deutscher Industriezweig. Die 7800 Betriebe der Branche erzielen einen Jahresumsatz von rund 160 Milliarden DM. Im Durchschnitt sind sie mit zwei Dritteln ihrer Produktion vom Auslandsgeschäft abhängig. Neuer Verbandspräsident ist Frank Paetzold (54), ein gelernter Jurist.

Übernahme-Gerüchte um den Hapag-Lloyd-Konzern

Werden Veba und Bayer eine Schachtel übernehmen?

JAN BRECH, **Hamburg**

Seit langem ist bekannt, daß die beiden Großbanken Dresdner Bank und Deutsche Bank, die jeweils 40 Prozent des Grundkapitals von 120 Millionen DM an Hapag-Lloyd halten, nach neuen Partnern suchen, denen mindestens die Hälfte des Kapitals verkauft werden soll. Als Preis sind 150 bis 180 Mill. DM im Gespräch. Angestrebt wird eine „industrielle Lösung" mit verschiedenen Partnern aus der Industrie und der verladenden Wirtschaft.

Die federführenden Verhandlungspartner bei Hapag-Lloyd, Christoph von der Decken (AR-Vorsitzender und Vertreter der Dresdner Bank) sowie Eckart van Hooven (Stellvertretender AR-Vorsitzender von der Deutschen Bank), sind diesem Vorhaben offenbar ein wesentliches Stück nähergekommen.

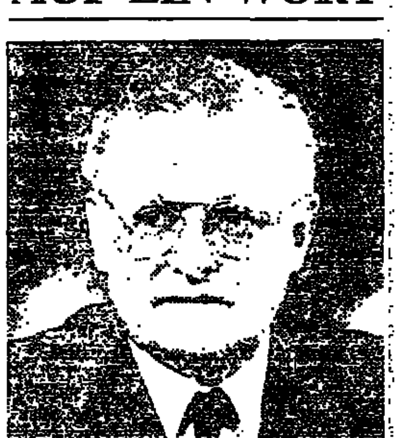
Dem Vernehmen nach liegen konkrete Angebote von Veba, aber auch dem Bayer-Konzern vor, jeweils 12.5 Prozent zu übernehmen. Ein Veba-Sprecher zur WELT: „Wir sind an einer Beteiligung von unter 25 Prozent interessiert." Ob es noch weitere Angebote von anderen Unternehmen gibt, ist bislang nicht bekannt. Daß die Lufthansa, ebenso wie die Deutsche Bundesbahn, „Wunschkandidaten" als Aktionäre bei Hapag-Lloyd sind, haben die Banken mehrfach bestätigt. Bislang waren diese Pläne aber an politischen Einflüssen gescheitert.

Entgegen den Meldungen vom Wochenende ist über die vorliegenden Absichtserklärungen offenbar noch nicht endgültig entschieden worden. Dies könnte damit zusammenhängen, daß inzwischen auch Oetker Interesse an einer Mehrheit bei Hapag-Lloyd bekundet haben soll. Dem Vernehmen nach liegt ein konkretes Angebot aus Bielefeld vor. Oetker gehört mit der Hamburg-Süd die zweitgrößte deutsche Linien-Reederei.

Wenn Hapag-Lloyd und Hamburg-Süd unter ein Dach kommen, könnte die Position der deutschen Linienschiffahrt wesentlich gestärkt werden. Die schwierige Lage in der Weltschiffahrt macht verständlich, daß die Banken ihre mehrfach geäußerte Absicht unter Dach und Fach bringen wollen, das unternehmerische Risiko bei Hapag-Lloyd zu streuen. Für die Sanierung der Reederei haben die Banken fast 400 Mill. DM aufgebracht.

Es könne nicht Aufgabe der Banken sein, so hat von der Decken erst kürzlich erklärt, Hapag-Lloyd als Betriebsabteilung weiterzuführen. Hapag-Lloyd hat sich nach der Reorganisation zwar glänzend erholt, steht aber wieder vor sehr schweren Jahren.

AUF EIN WORT



„Umverteilung" – das ist eines der schlimmsten und verhängnisvollsten Worte aus der Sprache der Volksführer. Wer sich bei einem Teil des Volkes einschmeicheln will und deshalb anderen das wegnimmt, was ihnen gehört, erschüttert die Grundlagen des notwendigen staatlichen Konsenses. Er schafft gleichzeitig die Gerechtigkeit aus der Welt. So zerstört er am Ende den Rechtsstaat und die Demokratie.

Max Streibl, bayerischer Staatsminister der Finanzen. FOTO: TEUTOPRESS

US-Konjunktur beflügelt Wall Street

Börsianer richten den Blick auf die Kongreßwahlen – Ruhe zum Wochenschluß

G. BRÜGGEMANN, **New York**

Das Geschehen an Wall Street in der abgelaufenen Woche ließ das Herz fast aller Börsianer höher schlagen. Die Kurse stiegen bei hohen Umsätzen auf breiter Front. Daß zum Wochenschluß Gewinnmitnahmen den Kursanstieg bremsten, war zu erwarten und wurde nur als Schönheitsfehler empfunden. Der Dow-Jones-Index stieg im Wochenvergleich um 45,65 auf 1877,81 Punkte. Auch die breiter angelegten Indices der NYSE und von Standard & Tours waren mit 140,42 (plus 3,16) und 243,98 (plus 5,72) deutlich höher.

Dennoch zeigte der Wochenverlauf zwei unterschiedliche Hälften. Wenn in den ersten Tagen der Woche vor allem jene Papiere die Phantasie der Anleger beflügelten, die tatsächlich oder auch nur in Gerüchten mit Übernahmen in Verbindung gebracht werden konnten, bestimmten von Donnerstag an volkswirtschaftliche Daten das Geschehen.

An diesem Tag wurde eine Reihe von Fakten bekannt, die auf eine schnellere Gangart der US-Wirtschaft in den kommenden Monaten schließen lassen. Der Dow-Jones-Index schoß um 26,57 Punkte nach oben. An erster Stelle muß hier das etwas geringer als befürchtet ausgefallene Handelsdefizit genannt werden. Es ließ die Hoffnung aufkommen, daß die Nachfrage an amerikanischen Produkten wieder steigen könnte.

Aber auch Gerüchte, Japan werde den Diskontsatz senken, hatten erheblichen Einfluß auf das Kursniveau. In die gleiche Richtung wirkte die Entlassung des saudischen Ölministers Scheich Jamani. Sie schürte die Erwartung, daß die Ölpreise wieder steigen werden, wovon positive Wirkungen auf die US-Ölindustrie erwartet werden.

Zum Wochenschluß freilich ging den Börsianern der Atem ein wenig aus. Die Diskontsenkung der Japaner blieb ohne Wirkung, weil sie weitgehend vorweggenommen worden war. Aber auch andere, wenn auch nur mäßig positive Daten für die US-Wirtschaft regten nicht mehr an.

Dafür mischte sich in das Verhalten der Börsianer ein neuer Faktor, der die Gewinnmitnahmen vom Freitag als etwas mehr als nur die Reaktion auf den vorhergegangenen Kursanstieg erscheinen läßt. An der Wall Street richtete man den Blick auf den morgigen Tag der Kongreßwahlen. Sollte der Wahlausgang die Position des Präsidenten stärken, ist mit einem neuen erheblichen Kursanstieg zu rechnen. Sollten indes die Demokraten das Vertrauen der Wähler gewinnen, würde das an Wall Street mit einiger Beunruhigung aufgenommen werden.

Zu den Werten mit den höchsten Umsätzen gehörte neben Goodyear auch USX-Corporation, die weiter vom Überangebot von Cahn bedroht ist und mit ihren 22 000 streikenden Stahlarbeitern immer noch keine Einigung erzielt hat. Stark gehandelt waren auch Ölwerte, deren Kurse sich deutlich erhöhten.

PC auf dem Acker

Mk. – Verwunderlich ist das nicht, was der Landesverband des Niedersächsischen Landvolkes jetzt veröffentlicht hat. Danach sei „der Siegeszug des Computers" auch in der Landwirtschaft kaum aufzuhalten. Personalcomputer würden selbst für kleinere Höfe interessant. Warum soll es in diesem Bereich auch anders sein?

Auch wenn das Image dem teilweise nicht entspricht, die Landwirtschaft ist keineswegs technologiefeindlich. Im Gegenteil. Es wird sogar häufig über eine Übermechanisierung geklagt. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) hat durch den Einsatz des Computers eine Zeitersparnis von bis zu 80 Prozent gegenüber der herkömmlichen handschriftlichen Aufzeichnung zum Beispiel in der Sauenhaltung ermittelt.

Muß daraus aber nicht auch eine andere Konsequenz gezogen werden? Bisher wird den meisten Landwirten bei den Steuern eine detaillierte Buchführung wegen Arbeitsüberlastung nicht zugemutet. Mit dem Siegeszug des Computers zieht diese Begründung noch weniger. Einen Vorteil hätte ja auch die Buchführungspflicht für die Bauern: Mit detaillierten Angaben lassen sich Forderungen mit mehr Nachdruck untermauern.

Mißtrauen

sz. – Das Börsendebüt von IVG und Schneider *hat manche Anleger* nachdenklich gestimmt. Warum bewilligt die Börse für Schneider einen Aufschlag von 52 Prozent auf den Emissionskurs und für IVG lediglich von zwei Prozent? Dies kann weder mit der Börsenlage, noch mit dem Zeichnungskurs oder unterschiedlicher Marktbelastung begründet werden. Viel näher liegt da nach Ansicht der Bayern-Hypo die Vermutung, daß die Anleger ganz generell Konglomeraten wie der IVG weniger zugetan sind als Unternehmen, die nur einer Branche angehören. Neben nicht gerade ermutigenden Erfahrungen mit stark diversifizierten Unternehmen dürfte eine Rolle spielen, daß es für einen Anleger oft schwierig ist, sich eine Meinung über die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und deren Erfolgsaussichten zu bilden. Im übrigen mißtraut man einer Unternehmensphilosophie, die darauf ausgerichtet ist, durch Diversifikation das Risiko zu streuen.

Nur wenig Bewegung

Von KAREN SÖHLER

Zwischen Lachen und Weinen – so ist die Situation an den Rohstoffmärkten schon hinreichend beschrieben. *Während die Verbraucher* sich über den günstigen Einkauf freuen, beklagen die Produzenten seit Monaten die niedrigen Entgelte. Stimmt die Vorausschau des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung, wird sich an dieser Konstellation auch im nächsten Jahr nicht viel ändern. Dann werden die Preise weiter auf niedrigem Niveau hin und her pendeln, ohne größere Ausschläge.

Große Wertsteigerungen erlebten in den letzten vier Wochen lediglich Zucker und Blei: um knapp 27 und 18 Prozent. Doch sie beruhen auf kurzlebigen saisonalen Einflüssen. So erhöhten sich die Bleipreise, weil der Winter vor der Tür steht und der Absatz von Batterien also steigt.

> **Die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten verharren weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Und nichts deutet darauf hin, daß sich der Trend wendet.**

Überdurchschnittliche Verluste mußte Erdöl hinnehmen – knapp 9 Prozent. Gefüllte Läger, eine Produktion, die den Bedarf übersteigt und anhaltende Zwietracht in der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) führten zu dieser Abwärtsbewegung. Die Ablösung des saudiarabischen Ölministers Jamani Ende letzter Woche jedoch könnte den Weg für leicht steigende Ölpreise geebnet haben.

Darüber hinaus hat sich wieder einmal nicht viel bewegt. Die Indices weisen entsprechend nur leichte Schwankungen auf. Gegenüber Ende September erhöhte sich der englische Reuter Index um 50 auf 1595,4 Punkte, der auf New Yorker Notierungen basierende Moody's Index gewann *im Monatsverlauf 3.6 Punkte und stieg auf 916 Punkte.*

Dennoch: Völlig ereignislos verlief der Oktober nicht. In Genf wurde wieder einmal über die Verlängerung des internationalen Kautschukabkommens verhandelt. Das alte von 1979 läuft zwar erst im Herbst 1987 aus. Da aber das Beitritts- und Ratifikationsverfahren Zeit raubt, sollte eine Einigung möglichst bald erreicht werden.

Die Scherereien mit Zinn hat jedoch die Industrieländer das Fürchten gelehrt. Solch ein Debakel wollen sie nicht noch einmal erleben. Deshalb wehren sich die Verbraucherländer, wobei die Europäische Gemeinschaft mit einem Anteil von 23,3 Prozent und die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 24,8 Prozent an den Gesamteinfuhren das größte Gewicht mitbringen, gegen künstlich hochgehaltene Preise. Sie sind bemüht, eine Regulierung weitgehend den Marktmechanismen zu überlassen.

Denn dem Kautschuk-Rat gehen langsam die Mittel aus, um den Preis durch Stützungskäufe weiterhin zu stabilisieren. Außerdem ist das Fassungsvermögen des Ausgleichs- oder Regulierungslagers nahezu erreicht.

Würde in einem neuen Abkommen weder der Bufferstock erweitert, noch erhielte die Organisation neues Geld, wären ihre Handlungsmöglichkeiten in Zukunft sehr eingeschränkt. Diese Vorstellung lehnen die Produzenten ab. Malaysia, Indonesien und Thailand, auf die rund 85 Prozent der Kautschukproduktion entfallen, pochen auf eine starke Lenkung des Marktes. Das bedeutete aber, daß der Kautschuk-Rat für seine Stützungskäufe in Zukunft Kredite aufnehmen müßte, die ungenutzten Vorräte stapelten sich. Der Fehler, den der Zinn-Rat beging, wiederholte sich also.

Denn es ist kaum anzunehmen, daß sich der Verbrauch von Naturkautschuk in Zukunft erhöht. Der synthetische lief dem Naturkautschuk schon vor Jahren den Rang ab. Inzwischen wird in der Industrie weltweit zu etwa 70 Prozent künstlicher und nur noch zu 30 Prozent Naturkautschuk verwandt.

Angesichts dieser Entwicklung wird die Nachfrage das Angebot noch lange unterschreiten. Deshalb wirken zwei weitere Forderungen der Produzentenländer ausgesprochen unklug. Sie wollen den Mittelpreis, an dem sich die erlaubten Preisschwankungen orientieren, um mehr als 30 Prozent erhöhen.

Interventionen würden häufiger als jetzt notwendig, da der künst*lich geschaffene Preis noch stärker* von einem durch Nachfrage und Angebot entstandenen Preis abwiche. Zusätzlich verlangt vor allem Malaysia, der größte Hersteller, daß der Richtpreis nicht mehr zur Hälfte in Malaysia- und Singapur-Währung ausgedrückt wird, sondern ausschließlich in malaysischen Ringgit. Dadurch ergäbe sich zusätzlich eine Erhöhung, weil die malaysische Währung höher bewertet ist als der Singapur-Dollar.

Sinn machten diese Forderungen nur, wenn die Produzenten das Angebot erheblich verknappten. Doch davon kann nicht die Rede sein. Thailand und Indonesien erhöhen sogar ihre Produktion, um die Verluste bei Zinn und Erdöl auszugleichen. Angesichts dieser Widersprüche haben die Mitgliedsländer des internationalen Kautschukabkommens noch einen langen Weg vor sich, bis sie zu einer neuen Regelung finden.

Auf gleicher Wellenlänge?

Japan und USA wollen Wirtschaftspolitik abstimmen

gb. Washington

Das Übereinkommen zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung über eine abgestimmte *Wirtschaftspolitik*, das am Freitag nachmittag gleichzeitig in Tokio und Washington bekanntgegeben wurde, ist in der US-Bundeshauptstadt unterschiedlich aufgenommen worden. Während Finanzminister James Baker, der das Übereinkommen mit seinem japanischen Kollegen Kiichi Miyazawa ausgehandelt hat, darin eine Möglichkeit sieht, den Welthandel zu stimulieren und die Ungleichgewichte der Handelsströme ein wenig auszugleichen, sehen die Wirtschaftspolitiker der oppositionellen Demokraten darin ein Manöver der Regierung, *das auf die Kongreßwahlen gerichtet ist*. Sie bezweifeln, daß es nachhaltige Wirkung auf die US-Wirtschaft haben wird.

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf der Seite 17

Das Übereinkommen, als dessen erste Auswirkung die überraschende Diskontsenkung der japanischen Zentralbank angesehen wird, hat das Ziel, die Wirtschaften der Länder auf *eine gleiche Wellenlänge zu bringen*. Um das zu erreichen, haben die Japaner zugesagt, neben der Diskontsenkung weitere stimulierende Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Wirtschaft anzukurbeln. Dazu soll eine umfassende Steuerreform gehören. Außerdem will die Regierung in Tokio die öffentlichen Ausgaben um weitere 3,4 Milliarden Dollar erhöhen.

Als Gegenleistung haben die Amerikaner zugesagt, ihre Bemühungen um eine weitere Abwertung des Dollars aufzugeben. Der Dollar ist zur Zeit mit 160 Yen mit rund 40 Prozent geringer bewertet als vor reichlich einem Jahr, als er noch bei 240 Yen stand. Wie aus dem Finanzministerium in Washington zu hören ist, geht man davon aus, daß der Wechselkurs zum Teil im wesentlichen der wirtschaftlichen Lage entspricht.

In der Treasury wird angedeutet, man habe *sich zumindest, was den* Dollar und den Yen angehe, auf eine Zielzone verständigt. Dies bedeutet eine beachtliche Veränderung der amerikanischen Position zu diesem Thema. *Die Festlegung* von *Zielzonen* in der Größenordnung der gegenwärtigen Wechselkurse bedeutet nach Ansicht von Sachverständigen, daß die USA offenbar willens seien, auf absehbare Zeit *ein größeres Handelsbilanzdefizit* gegenüber Japan hinzunehmen. In Washington wird jetzt allgemein angenommen, daß sich die Aufmerksamkeit der Regierung *nun wieder der Bundesrepublik* zuwenden wird.

Bauimpulse durch niedrige Zinsen

Lebensversicherer machen derzeit die günstigsten Angebote – Gut ein Prozent billiger

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist von seiner Finanzierung her zur Zeit so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Das gilt nicht so sehr für Darlehen von Hypothekenbanken, wohl aber für Hypothekendarlehen in Verbindung mit dem Abschluß einer Lebensversicherung. Während die Hypothekenbanken in den letzten Monaten ihre Zinsen im Neugeschäft kontinuierlich angehoben haben, sind die aktuellen erststelligen Hypothekenzinsen bei den deutschen Lebensversicherern ganz überwiegend auf ihrem schon niedrigen Stand geblieben. Traditionell liegen die Zinsen der Versicherer *stets um einen Prozentpunkt unter* denen der Mitbewerber am Hypothekenmarkt.

Von den Hypothekenbanken wird die Erhöhung ihrer Zinssätze mit der Entwicklung des deutschen Kapitalmarktes begründet, auf dem sie sich refinanzieren müssen. Die Versicherungen, die sich auf einen langfristigen Zufluß von Beiträgen verlassen *können, weil die den Darlehensvertrag* mit dem Abschluß einer Lebensversicherung koppeln, sind damit nicht in derlei Refinanzierungsnöten.

Daneben befinden sich Versicherer *mit anderen Finanzierern natürlich* im Wettbewerb um den Kunden. Schließlich läßt sich auch das Hypothekengeschäft bei den Versicherern regulieren. Läuft das Neugeschäft nicht so gut, senkt man den Zins oder hält ihn, während die Wettbewerber aus dem Bankbereich in jedem Fall *erhöhen müssen*.

Die wohl günstigsten Angebote auf dem Versicherungsmarkt machen derzeit die Barmenia und die Universa. Die Barmenia offeriert bei einer in Niedrigzinszeiten in jedem Fall vorzuziehenden Festlaufzeit von 10 Jahren einen Nominalzins von 6,5 Prozent und einen Auszahlungskurs von 99 Prozent. Das ergibt, bezogen auf die Festschreibungszeit, einen effektiven Jahreszins von 6,86 Prozent. Noch günstiger ist der effektive Jahreszins (6,82 Prozent) bei einem Zinssatz von 5,5 Prozent und einer Auszahlung von 92 Prozent. Dabei kann unter Umständen das Disagio, der Unterschied zur vollen Auszahlung des Darlehens, steuerlich geltend *gemacht werden*.

Die Colonia Leben und die Deutsche Volksfürsorge Leben bieten mit einem Zinssatz von 6,75 Prozent bei 100 Prozent Auszahlung einen Effektivzins von 7,05 Prozent. Bei einem Nominalzins von 5,75 Prozent und einer Auszahlung von 92,75 Prozent liegen die Effektivzinsen bei 7,04 Prozent jährlich. Im Gegensatz zu den *meisten Wettbewerbern bietet die* Allianz Leben nur zwei Zinsversionen an: 6 und 7 Prozent Nominalzins und Auszahlungen von 92 beziehungsweise 99 Prozent ergeben bei 10jähriger Festschreibung 7,44 beziehungsweise 7,47 Prozent effektiven Jahreszins.

Die Hypothekenbanken bewegen sich bei ihren Nominalzinssätzen zwischen 6,25 und 7,65 Prozent. Die Deutsche Centralboden bietet bei 7,65 Prozent Nominalzins und 100 Prozent Auszahlung einen Effektivzins von 7,97 Prozent, bei 6,5 Prozent und 91,75 Prozent Auszahlung liegt sie sogar bei 8,06 Prozent effektiv. Die Rheinische Hypothekenbank hat unter anderem 6,25 und 7,6 Prozent bei 90,5 und 100 Prozent Auszahlung im Angebot. Das entspricht einem effektiven Zins von 7,99 und 7,91 Prozent.

Bei Hypotheken von Lebensversicherungen wird die Tilgung in der Regel ausgesetzt, so daß nur die laufenden Zinsen aus den Beiträgen der Versicherung gezahlt werden. Später wird dann die Hypothek in einem Betrag aus der fälligen Versicherungssumme getilgt. Meist bleibt dann für den Bauherrn noch eine steuerfreie Zahlung aus dem angesammelten Überschußguthaben.

Die Versicherungsprämie ist, weil die Sonderausgaben meist ausgeschöpft sind, kaum mehr absetzbar. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch, daß im Todesfall des Versicherten das Hypothekendarlehen sofort getilgt wird, so daß für die Hinterbliebenen keine finanziellen Belastungen aus der Immobilie entstehen.

Ende der Niedrigpreise?

Der Handelskonzern Spar verabschiedet seine namenlosen Artikel: Vom kommenden Jahr an werden alle 73 „Sparsamen" aus den Lebensmittel-Märkten mit der *grünen* Tanne verschwunden sein. Kurz zuvor hatte die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gemeldet, daß der Umsatz der No-Names spürbar gesunken ist. Bahnt sich hier ein allgemeiner *Ausstieg* aus der Diskontpreis-Philosophie an, in die sich fast der gesamte deutsche Lebensmittelhandel Ende der siebziger Jahre hat drängen lassen?

Es scheint so: Nach einem vielversprechenden Start steuern die Namenlosen nur noch etwas mehr als zwei Prozent zum gesamten Umsatz des deutschen Lebensmittelhandels bei; in ihren besten Zeiten brachten sie es auf nahezu sechs Prozent. Gleichwohl kann kein Händler in diesem Gewerbe, wo der Wettbewerb mit harten Bandagen ausgetragen wird, auf Niedrigpreisstrategien verzichten.

Das wird man auch bei der Spar nicht tun, und deshalb verschwinden die „Sparsamen" nur scheinbar. „Wir werden ihnen ein neues Design verpassen und sie neu positionieren", erläutert Spar-Hauptgeschäftsführer Gundolf Praast, und damit meint er, daß sie optisch an die Markenware angelehnt und mit einem zugkräftigen Packungstext versehen werden. So werden sie zu Eigenmarken, „und damit fahren wir ein Dauerniedrigpreisprogramm".

Der Zweck ist eindeutig: Der Kunde soll mit der neuen Eigenmarke eine höhere Vorstellung von Qualität verbinden als mit den „Weißen". Tatsächlich dürfte hier einer der Gründe für die zurückgehende Bedeutung der No-Names zu suchen sein: Der Verbraucher hat eine gewisse Skepsis gegenüber deren Qualität entwickelt, und dieses gelegentlich zu Recht. Außerdem ist er inzwischen darauf gekommen, daß die von den Protagonisten der No-Names und von Verbraucherschützern in Umlauf gebrachte These, *nach der Namenlose billiger sein* könnten als Markenartikel, weil sie ja keine Werbung brauchten, ein Etikettenschwindel ist. Auch die Namenlosen können auf Marktkommunikation *nicht* verzichten, wenn sie sich im Markt durchsetzen wollen, und tatsächlich haben alle Handelsunternehmen für ihre No-Names kräftig geworben.

Und hier findet sich ein weiterer Niedergang der Namenlosen: Sie waren als Waffe gegen Aldi erfunden worden. Doch um gegen die *Albrecht-Brüder anzukommen*, muß ein Händler nicht nur niedrige Preise und gute Qualitäten bieten, sondern er muß auch einen Marketing-Aufwand treiben, den die Namenlosen mit ihren mickrigen Renditen gar nicht finanzieren können.

Der Ausweg liegt bei der Profilierung durch Handelsmarken, wie es jetzt die Spar versucht und im vergangenen Jahr Leibbrand mit „M" vorgemacht hat. Dort hat man sich allerdings von den Namenlosen nicht verabschiedet. Und auch bei der Rewe sieht niemand einen Anlaß, *die Weißen namens „Ja!" zu* streichen. Von einem Rückzug des Handels aus den Niedrigpreis-Strategien kann also keine Rede sein – höchstens von einem Wechsel der Waffen.

HANNA GIESKES

Bessere Zahlungsmoral

Handwerksbetriebe mit der schlechtesten Disziplin

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft ist nach den Beobachtungen der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng besser geworden. Eine Umfrage unter 5000 Unternehmen hat ergeben, daß sich im dritten Quartal aufgrund der günstigen Binnenkonjunktur sowohl die Rückführung gewährter Warenkredite als auch die Zahlungsweise verbessert hat. Besonders die rege Konsumnachfrage habe zum positiven Gesamtbild beim Zahlungsverhalten beigetragen.

So steigerte sich die Zahlungsdiszi*plin von 65,6 Prozent auf 69,2 Prozent* und damit um 3,6 Prozentpunkte vom zweiten zum dritten Quartal. „Langsam", das heißt mit bis zu zwei Monaten Verspätung, führten 21,8 Prozent *(22,3) der Unternehmen* die Warenkredite zurück. Anteilmäßig stärker sei die „schleppende" Zahlungsweise zurückgegangen: Nur noch 7,3 Prozent (8,8) der Unternehmen zögerten *Zahlungen mehr als 60* Tage über das Ziel hinaus. Die „ernsten Beanstandungen", eine Umschreibung gerichtlicher Schritte gegen säumige Zahler, halbierten sich nach der Umfrage von *3,3 Prozent im Vorquartal auf* 1,7 Prozent. Zuletzt hat die Quote der „ernsten Beanstandungen" vor fünf Jahren unter zwei Prozent gelegen.

In allen Hauptwirtschaftszweigen ist das Niveau der Zahlungsdisziplin im dritten Quartal deutlich gestiegen, heißt es aufgrund der Umfrage. Im Vergleich zum Vorquatal hat sich besonders der Einzelhandel mit einer auf 72,1 Prozent gesteigerten Zahlungsweise ausgezeichnet (Zweites Quartal: 66,1 Prozent). Schlußlichter bei der Zahlungsdisziplin waren die Handwerksbetriebe, bei denen die Verbesserung um 2,3 Punkte nur zu 65,3 Prozent reichte.

Im Kontrast zum freundlichen Gesamtbild der Konjunktur, das die erholte Zahlungsweise unterstreicht, steht nach Einschätzung von Schimmelpfeng die Konkurswelle. Mit rund 13 500 Firmeninsolvenzen (1985: 13 625) sei auch in diesem Jahr zu rechnen. Allerdings ließen sich erste Anzeichen feststellen, daß die Gesamtzahl der Konkurse und Vergleiche in diesem Jahr erstmals seit sieben Jahren geringfügig abnehmen könnte

Die vielen Pleiten sind nach Darstellung der Wirtschaftsauskunftei auch eine Kehrseite des Gründungsbooms: Für 1986 werde mit mehr als 300 000 Neugründungen gerechnet. Demgegenüber dürften rund 270 000 Firmen den Markt verlassen, davon fünf Prozent wegen Insolvenz.

Boss wächst weiterhin kräftig

nl. Stuttgart

Der renommierte Herrenmoden-Hersteller Hugo Boss AG, Metzingen, wartet nach wie vor mit einem kräftigen Umsatzwachstum auf. In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1986 stieg der Umsatz der Boss-Gruppe um 38 Prozent auf 337 Mill. DM. Das Stammhaus selbst kam nach weiteren Angaben in einem Zwischenbericht auf einen Umsatz von 325 Mill. DM (plus 39 Prozent). Dabei stieg der Exportumsatz um 48 Prozent auf 86 Mill. DM. In den beiden Bereichen der Konfektionsware und der Handelsware entwickelten sich die Umsätze, wie es heißt, „gleichmäßig gut."

Die in den Umsätzen enthaltenen, aber nicht bezifferten Lizenzerträge *hätten sich gegenüber dem Vorjahr* mehr als verdoppelt. Auch der Auftragsbestand zeige eine weiterhin positive Entwicklung. Zum Ergebnis wird mitgeteilt, es entspreche den Erwartungen. Für 1985 hatte Boss 16 (10) Mill. DM auf die 7,65 Mill. DM von den Gebrüdern Jochen und Uwe Holy gehaltenen Stammaktien ausgeschüttet. Die 7,35 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien sind erstmals für 1986 dividendenberechtigt. Die Gruppe zählte Ende September 1056 (910) Beschäftigte.

Nur wenig Bewegung

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Oktober 1986	Ende Sept. 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	£/t	917,25	934,25	1027,25	864,50
Zink	L	£/t	624,50	615	630,75	402,25
Erdöl Brent	R	$/bbl	12,80	14,05	26,45	8,07
Blei	L	£/t	328,50	278,62	328,50	236,25
Aluminium	L	£/t	804,75	833,75	843,50	721,50
Nickel	L	£/t	2557,50	2572,50	3052,50	2499
Gold	L	$/Unze	404	421,20	442	326
Silber	L	cts/Unze	565,80	552	621	485,30
Platin	L	£/Unze	399,65	375,15	419,30	234,10
Weizen	C	Cts/bu	283	265,25	370	242,75
Mais	C	Cts/bu	171,37	176,75	258,75	152,87
Kakao[1]	NY	$/t	1948	2010,50	2305,50	1667,50
Kaffee[1]	L	£/t	2220	2394	2955	1592,50
Zucker	NY	cts/lb	6,35	5,03	9,38	4,51
Sojaöl	C	Cts/lb	15,54	14,28	21,62	13,34
Baumwolle[2]	NY	Cts/lb	45,40	46,05	69,70	29,85
Schweißwolle	S	Cts/kg	657,50	630	685	585
Kautschuk	L	p/kg	69	68	69,50	52,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		916,00	912,40	982	898,40
Reuter's (31. 9.31=100)	London		1594,40	1544,40	1863,40	1411,40

[1] Zweite Abladung L = London C = Chicago S = Sydney NY = New York R = Rotterdam

[2] A-Index-Preis

Zusammengestellt von der Commerzbank AG

Erholung am Rentenmarkt

Mit dem Dollaranstieg verschwand die Begeisterung

Die von der Diskontsenkung in Japan angeheizte Zinssenkungsspekulation hat am Rentenmarkt nach drei schwachen Tagen für eine deutliche Erholung gesorgt, die sich aber fast ausschließlich auf den Markt der Bundesanleihen konzentrierte. Die *Begeisterung flaute allerdings am* Freitag nach der überraschenden Befestigung des Dollarkurses schon wieder ab. Die Profis schalteten auf Vorsicht um. Sollte sich am Markt im Zusammenhang mit der US-japanischen Wechselkursvereinbarung die Ansicht durchsetzen, daß der Dollar nicht mehr wesentlich schwächer wird, seien Gewinnmitnahmen von *Ausländern zu* befürchten, denen nun keine DM-Aufwertungsgewinne mehr winken, so hieß es. (cd.)

Emissionen	31.10 86	24.10 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,65	5,75	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,02	5,99	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,68	5,70	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,04	6,02	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,76	5,76	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,36	5,36	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,42	6,41	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,75	5,75	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,51	6,52	6,82	7,20	8,06

Wirtschaft erlebt beispiellosen Boom

Ungebrochener Optimismus im „Duftenden Hafen"

Von JOCHEN HEHN

Der magische Glanz des nächtlichen Hongkong erstrahlt noch heller als sonst. Ein Superfeuerwerk zu Ehren ihrer Königlichen Majestät Elizabeth II. tauchte den „Duftenden Hafen" – so die Übersetzung des chinesischen Namens der Fünfeinhalb-Millionen-Stadt – in gleißendes Licht und pflanzte sich, von den chromblitzenden Fassaden der hypermodernen Bank- und Geschäftsgebäude reflektierend, in den von Menschen quirlenden Straßen fort.

Für die einen war der Queenbesuch ein vorzeitiger, wehmütiger Abschied – ein Symbol für das bevorstehende Ende der britischen Kolonialherrschaft in der nur rund 1000 Quadratkilometer großen Enklave des Kapitalismus im Süden des kommunistischen China. Die anderen sahen darin ein Zeichen des Aufbruchs in eine neue Zukunft mit all ihren Unwägbarkeiten, Hoffnungen und Ängsten.

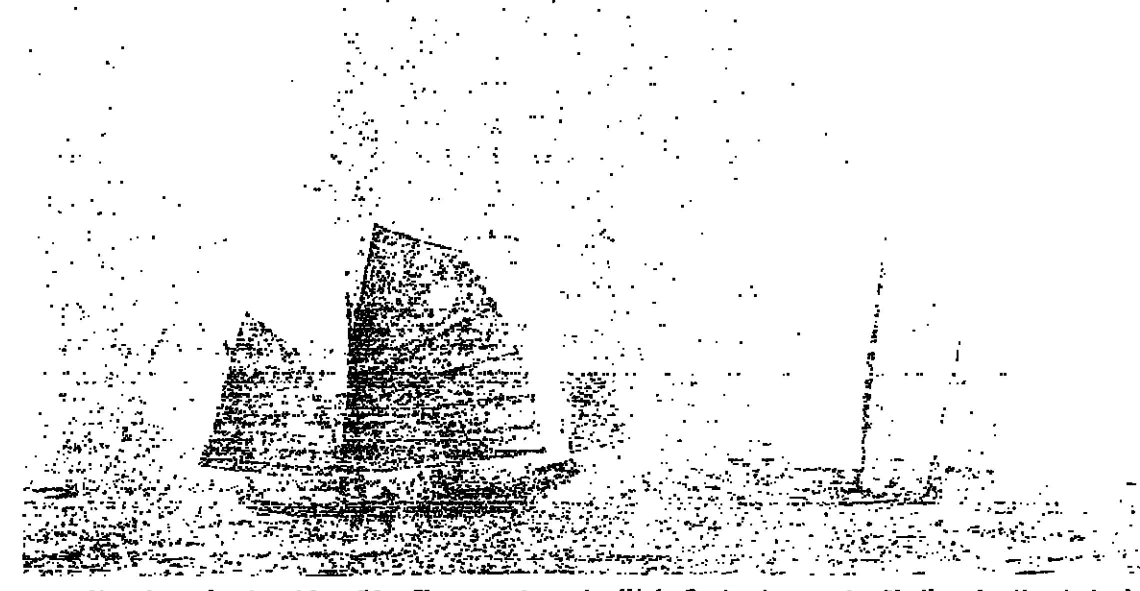
In Hongkong dürfte nun auch dem letzten gedämmert haben, daß seine Zukunft nicht mehr vom britischen Löwen, sondern vom chinesischen Drachen bestimmt wird. Doch sind die Briten immer noch präsent, und zwar noch für die nächsten zehneinhalb Jahre bis zum 1. Juli 1997, wenn die Kronkolonie Teil der Volksrepublik wird. Aber selbst danach wird *Hongkong nicht automatisch eine* volksrepublikanische Stadt wie Peking, Shanghai oder Kanton werden.

Die chinesische Regierung hat in der Vereinbarung zugesichert, daß die Bürger Hongkongs all die Freiheiten, die sie jetzt genießen, auch nach 1997 für einen Zeitraum von 50 Jahren zugestanden erhalten. Außerdem wird die Kronkolonie als „Sonderverwaltungsgebiet" einen hohen Grad an Autonomie beibehalten. Die Rechte und Freiheiten werden in einem Hongkonger Grundgesetz verankert, das gegenwärtig von einer chinesisch-britischen gemeinsamen Verbindungsgruppe ausgearbeitet wird.

In einem vom Überlebenskampf und harter Konkurrenz geprägten Klima gewitzt und realistisch geworden, erliegen die Hongkonger jedoch nicht so leicht Beteuerungen und Versprechungen, auch wenn sie in einem Vertragspapier niedergeschrieben und feierlich unterzeichnet worden sind. Vor allem bei jenen, die in den vergangenen Jahrzehnten als Flüchtlinge aus der Volksrepublik in das kapitalistische Paradies geströmt waren und dabei nicht selten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, sitzt das Mißtrauen gegenüber allem, was kommunistisch ist, noch sehr tief. Peking ist und bleibt für viele die große Unbekannte in ihren Kalkulationen für die Zukunft. An dieser Einstellung – im wesentlichen eine Vertrauensfrage – hat auch die Öffnung Chinas nach außen und der Demokratisierungsprozeß in der Volksrepublik nicht sehr viel ändern können.

Nimmt man jedoch den derzeitigen wirtschaftlichen Trend als Gradmesser für das Vertrauen der Hongkonger in die Zukunft ihrer Stadt, dann fällt es schwer, den skeptischen Stimmen Glauben zu schenken. Die Wirtschaft in Hongkong erlebt einen Boom ohnegleichen. Der Aktienindex der Hang Seng Bank schnellte Ende Oktober auf 2350 Punkte, eine Zahl, die vor einem halben Jahr selbst Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Allein im September legte der Export der Kolonie stolze 30 Prozent zu und berechtigt nun zu Hoffnungen, daß die zurückhaltenden Prognosen über das Wirtschaftswachstum vom Jahresanfang *erheblich übertroffen werden.*

Selbst der sensibel reagierende Immobilienmarkt hat sich wieder gefestigt. War er vor und während der Verhandlungen um die Zukunft Hongkongs tief eingebrochen – Wertverluste von 60 Prozent waren gang und gäbe – und auch in den Monaten danach, je nach Stimmungslage, hohen Schwankungen unterworfen, so haben sich die Grundstückspreise prächtig erholt und auf diesem Niveau stabilisiert. Sie zählen jedenfalls wieder zu den höchsten der Welt. Dies gilt im übrigen auch für die Mieten, die den Vergleich mit London und Tokio nicht mehr zu scheuen brauchen. So muß man für eine Wohnung nach westlichem Standard – je nach Wohnlage – zwischen 7000 und 10 000 Mark Monatsmiete auf den Tisch blättern.



Hongkong ist das drittgrößte Finanzzentrum der Welt: Dschunke vor der Skyline der Kronkolonie FOTO: DIE WELT

Auch die Tendenz, daß viele Unternehmen ihre Exporterlöse für Investitionen im Ausland verwendet haben, scheint sich seit Anfang dieses Jahres wieder umgekehrt zu haben. Die Privatinvestitionen nehmen zu. Dies gilt nicht nur für spektakuläre Großprojekte wie den Bau eines zweiten Hafentunnels, sondern auch für kleinere Objekte. Kennzeichnend dabei ist, daß die schwindende Präsenz der Briten durch andere Ausländer wettgemacht wird, die offenbar großes Vertrauen in die Zukunft Hongkongs setzen. Dies gilt im besonderen für die Amerikaner, die in diesem Jahr zum erstenmal zahlenmäßig stärker in Hongkong vertreten sind als die Briten. Aber auch die Japaner, Kanadier, Australier, Europäer helfen die Lücken schließen, die die Abwandernden hinterlassen.

Trotz der verbleibenden Zehn-Jahres-Frist hat Hongkong an Attraktivität offenbar nichts eingebüßt. Im Gegenteil. Die Kolonie bietet tüchtigen und findigen Geschäftsleuten immer noch die Chance, in kurzer Zeit ein Vermögen zu machen. Die Amortisationszeit liegt bei durchschnittlich fünf Jahren. Diese für westliche Maßstäbe phantastischen Gewinnaussichten erklären auch den ungebrochenen Bauboom.

Doch die magnetische Anziehungskraft Hongkongs liegt nicht nur in den günstigen Profitaussichten begründet. Die Kolonie ist unbestritten das größte Finanzzentrum Asiens und nach New York und London sogar das drittgrößte der Welt. Weitere Superlative lassen sich hinzufügen. Hongkong ist der Welt größter Exporteur von Textilien, Spielwaren und Uhren. In seinem Luftfrachtumschlag liegt es an zweiter Stelle – nur hinter Frankfurt –, und sein Containerhafen ist mittlerweile an die dritte Stelle in der Welt aufgerückt. Ebenfalls an dritter Stelle liegt es im Gold- und Diamantenhandel.

Nicht vergessen werden sollten die großen Steuervorteile, die Hongkong seinen Bewohnern bietet. Zollfreiheit – mit Ausnahme von Genußmitteln wie Alkohol und Tabakwaren –, das Fehlen von Mehrwert-, Vermögens- und Gewerbesteuer sowie eine Einkommensteuer von nicht mehr als 18,5 Prozent machen das Leben Gutverdienender erträglich.

Der wirtschaftliche Aufschwung trägt natürlich dazu bei, die Zweifel an der Zukunft Hongkongs zu zerstreuen. Die britische Regierung in Hongkong ist dabei nach allen Kräften bemüht, dieses Klima zu fördern. Der Gouverneur weiß sich damit im Einklang mit den Interessen der chinesischen Regierung in Peking, die sich von einem blühenden Hongkong befruchtende Anstöße für ihr eigenes Modernisierungsprogramm erwartet. Die Hongkonger, und hier vor allem die chinesischen Geschäftsleute, haben die Erwartungen Pekings bisher sicher nicht enttäuscht.

Investitionen von Hongkonger Unternehmen in China zeichnen für rund 80 Prozent aller Joint-ventures verantwortlich. Das Interesse der Volksrepublik China am Fortbestand Hongkongs als eines der führenden Finanz- und Handelszentren der Welt dokumentiert sich vielleicht am besten in seinen eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten in der Kronkolonie. Bereits vor seiner Vereinbarung mit London über die Rückgabe Hongkongs hat Peking in den letzten Jahren 30 Milliarden H.-Dollar (10 Milliarden Mark) in Hongkong investiert.

Geschäftsleute aus der Volksrepublik China, mit dem Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei Chinas in der Tasche, konkurrieren heute um die besten Aufträge mit ihren kapitalistischen Landsleuten. Deutlich sichtbares Zeichen der volksrepublikanischen Präsenz wird bald die neue Zentrale der Bank of China sein, die mit 315 Metern das höchste Gebäude der kapitalistischen Metropole Asiens werden soll und damit den vor Jahresfrist erstellten, fast drei Milliarden Mark teuren Neubau der alteingesessenen Hongkong Shanghai Banking Corporation überragen wird – um ein einziges Stockwerk.

China Resources [illegible] Ressourcen der [illegible]

Chinas Provinzen etablieren sich in der Kronkolonie

Die Namensschilder am Eingang des China-Resources-Gebäude auf der Victoria-Insel in Hongkong sind ein Hinweis auf die Vielzahl der heute hier im Auftrag Chinas tätigen Unternehmen.

Diese stürmische Entwicklung begann 1979 mit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas. Bis zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich die wirtschaftliche Aktivität im wesentlichen auf die folgenden Organisationen:

- China Resources Company,
- China Merchants Steam Navigation Co.
- Zweigbüro der Bank of China mit zwölf Schwesterbanken.

China Resources war als Vertreter der Außenhandelsorganisationen eine bedeutende Quelle für Deviseneinnahmen und nahm während der politisch turbulenten Zeit eine Schlüsselrolle ein, da direkte Kontakte schwer aufrechtzuerhalten waren. Mit Bezug auf Hongkong war und ist ihre Funktion, chinesische Güter zu importieren und im Groß- und Einzelhandel zu vertreiben. Profit spielte keine Rolle und heute heißt es noch in einer Firmenbroschüre „Priorität hat immer der Kunde" und „weniger Gewinn, aber mehr Geschäft". Deviseneinnahmen stehen im Vordergrund, wobei Exporte nach Hongkong mehr als ein Drittel beisteuern.

1979 wurde mit Gründung von Provinz- und Stadtvertretungen in Hong[illegible]

[illegible]

Traditionell operierten das Zweigbüro der Bank of China und [illegible] zwölf Schwesterinstitute in Hongkong [illegible]

[illegible]

Allerdings [illegible] Vergangenheit [illegible] erhebliches „Lehrgeld" [illegible]

Fortsetzung Seite 16

Zuständigkeit von Finanzinstituten für China-Provinzen

Stadt/Provinz	Finanzinstitut mit Sitz in Hongkong
Shanghai	Bank of China, Hongkong Zweigbüro u. [illegible] Banking Corp.
Tianjin	[illegible] Commercial Bank Ltd
Dalin	Nanyang Commercial Bank und China State Bank
Lianyungang und Nantong	Bank of Communications
Qingdao und Yantai	Po Sang Bank und The China and South Sea Bank
Qinhuangdao	[illegible] Commercial Bank
Wenzhou und Ningbo	Zhejiang Industrial Bank
Guangzhou und Zhanjiang	Kwangtung Provincial Bank
Beihai	Bank of China, Hongkong Zweigbüro
Fuzhou	China Development Finance Co. Ltd. und Sin Hua Trust, Savings and Commercial Bank
Shenzhen Sez	[illegible] Banking Corporation
Shantou Sez	Hua Chiao Commercial Bank
Zhuhai Sez	[illegible] Bank
Xiamen Sez	Chiyu Banking Corporation und Hua Chiao Commercial Bank
Hainan	The China and South Sea Bank

China Resources

Fortsetzung von Seite 15

wirtschaftlichen Motiven strebt die Bank of China ohne Zweifel eine politische Rolle an, um bis 1997 die Position der Quasi-Zentralbank Hongkongs, der Shanghai Banking Corporation, zu übernehmen und bei möglichen negativen Entwicklungen eine stabilisierende Rolle zu übernehmen.

Um Industrieprojekte in den Wirtschaftssonderzonen zu finanzieren und dabei aber Überschneidungen zu vermeiden, wurde die Zuständigkeit unter 14 Schwesterinstituten aufgeteilt.

Verstärkt wird die Präsenz Chinas im Finanzbereich in Kürze: Die Ka Wah Bank, die erhebliche Verluste in Kauf nehmen mußte, wird mehrheitlich von der China International Trust and Investment Corporation übernommen. Chairman wird Jin Deqin, früher Präsident der Bank of China, Peking.

Traditionell ist es China Merchants' Hauptaufgabe, die beträchtlichen über Hongkong laufenden Warenströme für China abzuwickeln, da die Infrastruktur des Landes große Mängel aufweist. Diversifiziert wurde seit 1978 in andere Bereiche wie Fabrikation, Immobilien, Tourismus sowie mit der Übernahme des Managements des Industrieparks Shekou in der Wirtschaftssonderzone Shenzhen.

J. KRACHT

Wirtschaftsorganisationen der VR China in Hongkong

Name	Zugehörigkeit
China Resources (Holding) Co.	Außenhandelsministerium
China Everbest Machinery Enterprises Co.	China National Machinery Equipment Import Export Corp.
China Merchants Steam Navigation Co. Ltd.	Verkehrsministerium
China Verbright Holdings Co. Ltd.	Staatsrat der VR China
China United Shipbuilding Co. Ltd.	Ministerium für Schiffbau
China International Trust Investment Corp.	Citic Peking
China Patent Agent (HK) Ltd.	ccpit, Peking
Guangdong Enterprises Ltd.	Provinz Kanton
Fujian Enterprises (Holding) Co. Ltd.	Provinz Fujian
Jialing (Hongkong) Ltd.	Provinz Sichuan
Zhong Shan Co. Ltd.	Provinz Jiangsu
Scriven Trading Ltd.	Stadt Peking
Shanghai Industrial Investment Co. Ltd.	Stadt Shanghai
Tsin Lien Trading Co. Ltd.	Stadt Tianjin
Shum Yip Holdings Co. Ltd.	Wirtschaftssonderzone Shezhen
Rex International Development Co. Ltd.	Norinco Peking

Distanz ist kein Argument mehr: Zukunftsmarkt Pazifik

In aller Munde ist heute der pazifische Wirtschaftsraum als der große dynamische Markt des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Wer sich mit dieser Region auseinandersetzt, muß sich erst einmal über die geographischen Dimensionen ein Bild machen. Die Region reicht in der Nord-Süd-Achse von Tasmanien, am südlichen Zipfel Australiens, bis nach Hokkaido, im Norden Japans. In der *Ost-West-Dimension* reicht sie von Neuseeland im Osten bis nach Zentralasien im Westen Chinas. Die Region ist besetzt von unterschiedlichsten Kulturen und allen Stufen wirtschaftlicher Entwicklung. Natürliche Grenzen sind trennende Ozeane.

In dieser alles andere als homoge*nen Region* konzentriert sich die wirtschaftliche Potenz entsprechend ungleichmäßig verteilt.

An der Spitze steht natürlich Japan. Es folgt in weitem Abstand Australien, dann kommen uns allen bekannte und vertraute Inseln politisch wirtschaftlicher Stabilität und kultureller Nähe – weil englischsprachig – Singapur und Hongkong.

Auch Taiwan, Südkorea und Malaysia haben in den vergangenen Jahren eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. In diesen Märkten tun wir Europäer uns schon schwer, da für uns Strukturen und wirtschaftliche Abläufe kaum transparent und damit schwer zugänglich sind.

In jüngster Vergangenheit schiebt sich als potentieller Markt, aber auch als potentieller Konkurrent, China unübersehbar in den Vordergrund. Für den Betrachter in Europa ist die Komplexität der Region insgesamt überwältigend. Eine uns geläufige Kultur, gekoppelt mit einem einigermaßen attraktiven Markt, bietet lediglich Australien. Japan sehen wir leider leicht als den übermächtigen Konkurrenten, gegen den in der Region anzutreten es aussichtslos erscheint.

*Kleine Plätze, in denen uns zumin*dest Sprache, Administration und Strukturen geläufig sind, Hongkong und Singapur, sind als Märkte für sich relativ uninteressant.

Die Region ist traditionell von der deutschen Wirtschaft, von einigen Ausnahmen abgesehen, vernachlässigt worden. Unter dem Gesichtspunkt, daß für eine aktive Auseinandersetzung die kulturelle und geographische Distanz zu groß war, ist das verständlich, entbindet uns aber nicht von der Aufgabe, uns schnell umzuorientieren, wenn wir den Anschluß nicht verpassen wollen.

Anstöße zur Entwicklung in der Region kamen oft von außen:

– Da war zunächst einmal der Einfluß der Kolonisatoren, unter denen die Engländer eine herausragende Rolle spielten. Der englische Einfluß ist an vielen Plätzen sichtbar. Administrative und juristische Strukturen sind das Erbe.

– Amerika hat einen starken Einfluß. Einmal als Anrainer zum pazifischen Wirtschaftsraum. Außerdem hat die militärische Präsenz der USA in den letzten Jahrzehnten die Region auch mitgeformt.

In zunehmendem Maße gewinnen Binnenmärkte eine Eigendynamik, die selbst als Katalysatoren für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum wirken:

– Die zentrale Wirtschaftsmacht in der Region ist Japan. In der Zeit nach 1960 haben japanische Wirtschaftsinteressen stark zur Entwicklung der industriellen *Infrastrukturen* beigetragen. Zunächst handelte es sich vor allen Dingen um Engagements in der Rohstoffgewinnung. Später auch um Industrien, die sich insbesondere auch auf die Fertigung von Halbfertigfabrikaten konzentrierten, um damit die japanische Industrie zu versorgen.

– In vielen südostasiatischen Ländern der Region werden Handel und sich entwickelnde Industrien stark von chinesischen Minderheiten in der Bevölkerung getragen. Beispiele sind Indonesien, Malaysia, Thailand und die Philippinen. In Taiwan und Hongkong ist die Bevölkerung rein chinesisch und in Singapur dominant chinesisch.

– In der Vergangenheit, bis zum Sturz der Viererbande nach dem Tode Maos, hatte China mit der von dort ausgehenden politischen Unruhe eher als destabilisierender Faktor gewirkt. Das hat sich geändert. Die wirtschaftliche Ausrichtung Chinas wird zunehmend von einer pragmatischen und eher marktorientierten Entwicklung geprägt. Das bewirkt nicht nur eine schnelle Entwicklung der chinesischen Binnenwirtschaft. China bekommt auch das Image größerer Berechenbarkeit. Damit wirkt China direkt und indirekt als *Motor für* wirtschaftliches Wachstum in der Region.

Unter Berücksichtigung dieser hier skizzierten Interessensströme und Einflußfaktoren bringt gerade der Standort Hongkong hervorragende Voraussetzungen mit sich. Wir haben Hongkong als Standort für die Erschließung der südostasiatischen Märkte unter den folgenden Gesichtspunkten gewählt:

– englische Administration, englisches Recht,

– quasi Freihandelszone und völlig freie Devisenwirtschaft,

– problemlose Kommunikation mit der Geschäftswelt und mit Mitarbeitern, da Englisch Geschäftssprache ist,

– optimale geographische und verkehrstechnische Lage in der Region,

– Hongkong als Testmarkt und als Schaufenster für die regionalen Märkte Südostasiens und China,

– Hongkong als Chance für den Aufbau eines qualifizierten Mitarbeiterstammes, der in der chinesischen Kultur zu Hause ist, in Marketing und Vertrieb, in der Verwaltung, in der Produktion.

Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erschließung regionaler Märkte, besonders *aber Chinas*;

– Hongkong als Standort für eine Verbesserung der Warenversorgung in regionale Märkte.

– Hongkong als Brückenkopf für eine Übertragung des in Hongkong gewonnenen Know-hows in andere südostasiatische Märkte. Hongkong wird leider zu oft, insbesondere von der deutschen Wirtschaft, nur als Standort für Billigproduktion betrachtet. Das wird dem Platz Hongkong nicht gerecht. Hongkong sollte sein: Standort für die Erschließung neuer Märkte in der pazifischen Region.

Ich tendiere zum Optimismus. *Gleichgültig*, wie die politische Entwicklung sein wird – und ich meine, der im Vergleich zu früheren Jahren jetzt sehr pragmatische wirtschaftspolitische Kurs Chinas sollte Anlaß zu Zuversicht geben – werden weder Hongkong noch China aufhören, Märkte und ein Faktor im Weltwirtschaftsgeschehen zu sein.

Wer von dem pazifischen Raum als dem großen Markt des zu Ende gehenden Jahrhunderts spricht, impliziert damit auch erwartete politische Stabilität in der Region. Die wäre mit einem Zurückfallen Chinas in chaotische Zustände wie die der Kulturre*volution kaum* gegeben.

Sicherlich kann 1997 als Grund – oder Ausrede – für ein Nicht-Engagement angeführt werden. Jedoch sollte sich jeder, der sich ernsthaft mit dem Gedanken trägt, in der Region Fuß zu fassen, Hongkong als Standort in seine Überlegungen mit einbeziehen und sich möglichst vor Ort ein eigenes Bild machen. Das finanzielle Engagement kann zu Beginn klein sein.

D. v. d. LÜHE

Idealer Ausgangspunkt für Geschäfte mit Drittländern

Anläßlich des 37. Gründungstages der Volksrepublik China umriß der derzeitige Gouverneur von Hongkong, *Sir Edward Youde*, kürzlich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern als eine Beziehung, die sich vor allem im Handels- und Wirtschaftsbereich immer mehr ausweite und sich für beide Seiten zunehmend positiv auswirke. Das heute drittgrößte Finanzzentrum der Welt (nach New York und London) ist wohl tatsächlich auch am besten dazu geeignet, einerseits Chinas Modernisierungsbestrebungen auf den meisten Gebieten tatkräftig zu unterstützen und andererseits als idealer Ausgangspunkt für das Chinageschäft von Drittländern zu fungieren.

Die Firmen, die die Besteigung des chinesischen Wirtschaftsberges wagen wollen, ohne sich den Frustrationen und Restriktionen auszusetzen, die ein direktes Engagement in China erfahrungsgemäß mit sich bringt, haben kaum eine Alternative.

Taiwan und Südkorea scheiden bereits aus politischen Gründen aus. Für eine Niederlassung Japan als Standort zu wählen, ist in vieler Hinsicht auch nicht opportun. Singapur ist einfach von der Volksrepublik China zu weit entfernt. Bleibt Hongkong mit seiner idealen geographischen Lage an der Südküste Chinas direkt angrenzend an das Delta des *Perlflusses* mit den vier Sonderwirtschaftszonen.

Vor 150 Jahren bereits hatte Hongkong im Handel mit China eine Schlüsselfunktion inne, die entsprechend der chinesischen Außenpolitik freilich von unterschiedlicher Bedeutung war. Seit dem Umschwung zur *„Open door policy" im Jahre 1978* nimmt die Wichtigkeit dieser Rolle jedoch stetig zu.

Damals rangierte China unter den Handelspartnern des Territoriums noch an 37. Stelle (!), heute ist es Hongkongs zweitgrößter Markt für Eigenexporte. Der vielleicht interessanteste Aspekt des Wirtschaftsbildes von Hongkong ist die hohe Steigerung der Re-Exporte, wobei ein Drittel aller Waren an die Volksrepublik China geliefert wird. Außerdem ist Hongkong eine wichtige Quelle für Geldsendungen von Auslandschinesen, für die Kapitalverzinsung chinesischer Investitionen in Hongkong sowie die Einnahmen des nicht zu unterschätzenden Geschäfts mit dem Tourismus.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist der Stadtstaat beispielsweise ein wichtiger Handelsumschlagplatz für die Waren von und nach China. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres *beliefen sich Hongkongs* Re-Exporte nach Deutschland auf eine Mrd. H.-Dollar, das sind 79 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres – China war dabei der wichtigste Lieferant. Andererseits wurden Produkte deutschen Ursprungs im Werte von einer Mrd. H.-Dollar in die gesamte Welt über Hongkong re-exportiert. Waren im Werte von 464 Mill. H.-Dollar gingen davon nach China.

Für Peking, unter dessen Regie die Kolonie ja bekanntlich 1997 fällt, bleibt die Übernahme eines reibungslos funktionierenden und wirtschaftlich florierenden Hongkong überaus wichtig; gegenwärtig ist es noch das ideale Versuchsgelände für seine zahlreichen Handelsoperationen. So belaufen sich Chinas Investitionen in der Finanzmetropole auf fünf Mrd. US-Dollar, wobei Banken, Versicherungs- und Schiffahrtsgesellschaften, aber auch der Immobilien- und Produktionssektor hierfür ausgewählt werden.

STEPHANIE STEPHAN

هكذا منذ الأجل

Müllverwertung hat Vorrang

Das Abfallgesetz ist am 1. November in Kraft getreten

A. G. Benn

Seit dem 1. November hat die Abfallverwertung grundsätzlich Vorrang vor der sonstigen Entsorgung. Dieses Gebot stellt eine der entscheidenden Verbesserungen des neuen „Abfallgesetzes" gegenüber dem bisherigen „Abfallbeseitigungsgesetz" dar. Schon seine Umbenennung macht deutlich, daß es nicht nur auf die Abfallbeseitigung, sondern insbesondere auf die Abfallverwertung und -vermeidung zielt.

Mit dieser Novelle hat die Bundesregierung auch die Ermächtigung für eine „TA Abfall" (analog der Technischen Anleitung Luft) erhalten. Hiermit kann die Beseitigung insbesondere von Sonderabfällen mit den dafür erforderlichen Techniken bundeseinheitlich geregelt werden. Ein umfangreiches Eingriffsinstrumentarium schafft der neue Paragraph 14. Danach kann für schädliche Stoffe eine Pflicht zur Kennzeichnung, zur getrennten Entsorgung und zur Rücknahme sowie eine Pfandpflicht oder ein totaler Verzicht festgelegt werden.

Daneben kann die Bundesregierung jetzt zur Vermeidung oder Verringerung der Abfallmengen klare Zielvorgaben machen. Das betrifft vor allem Verpackungen und Behältnisse. Werden diese Ziele nicht erreicht, so kann auf dem Verordnungswege eine Verminderung oder Vermeidung dieser Abfälle vorgeschrieben werden. Ursprünglich hatten Bundesrat und Bundesregierung eine „Lex Aldi" vorgeschlagen. Danach sollten in Ladengeschäften Mehrwegverpackungen in bestimmten Mengen angeboten werden. Diese weitergehende Regelung wurde jedoch von den Koalitionsparteien zu Fall gebracht.

Die Regelungen zur Altölentsorgung sind jetzt strenger gefaßt und in das Abfallgesetz integriert worden.

Allein durch die getrennte Sammlung von Abfällen zwecks Recycling könnten die Kosten für die Müllabfuhr pro Jahr und Haushalt um bis zu 30 Mark steigen. In der Bundesrepublik werden jährlich etwa 30 Millionen Tonnen Hausmüll, Straßenkehricht und Marktabfälle beseitigt, davon 70 Prozent auf Deponien abgelagert und 28 Prozent verbrannt.

„Verbraucher tragen das Recycling mit"

Ifo-Institut: Verbot von Einwegflaschen hat nur geringe Auswirkung auf den Arbeitsmarkt

DANKWARD SEITZ, München

Wenn schon der Staat nur per Dekret dem ständig wachsenden Abfallaufkommen in der Bundesrepublik Grenzen setzen kann, dann sollte er vorrangig bei den größten Müllkomponenten sowie den bedeutendsten Verpackungsarten eingreifen und sich nicht einseitig auf die Getränkeverpackung konzentrieren. Diese Ansicht vertritt das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einem vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten über Auswirkungen möglicher Eingriffe speziell in den Markt für Getränkeverpackungen. Strikte Verbote oder staatliche Verpflichtungen zur Verringerung entsprechender Abfälle würden nicht nur den Getränkesektor *unverhältnismäßig hart* treffen, sondern auch Wettbewerbsverzerrungen entstehen lassen.

Mit einem Produktionsvolumen von 1.88 Mill. t (1983) an Verpackungen für Massengetränke – das sind knapp 19 Prozent aller Packmittel – spielten diese im Gesamtmarkt mengenmäßig durchaus eine beachtliche Rolle. *Den größten Anteil daran haben* Glas (52 Prozent) und Metall (14 Prozent), *während auf Papier/Pappe* nur sieben und auf Kunststoff zwei Prozent entfallen.

Doch gemessen an den gesamten Hausmüllabfällen (1982: 27,44 Mill. t) hätten Getränkeverpackungen nur 1,82 Mill. t beigesteuert. Von dieser Abfallmenge waren 60,9 Prozent Einwegglas, 15,6 Prozent Mehrwegglas, 6,6 Prozent Karton und 5,8 Prozent Dosen. Eine Verminderung dieses Abfallaufkommens könnte zwar durch ein Verbot von Einweg- zugunsten der Mehrwegverpackung erreicht werden.

Und sicherlich würde dies auch zu Fortschritten im Bereich der Verpackungstechnologie in Richtung einer wiederverwendbaren Kunststoffflasche *führen. Doch viele* dieser Eingriffe (Gebindevereinheitlichung, Pflichtpfand, Rücknahmeverpflichtung) seien nicht oder nur kaum (Abfüll-Lizenzen) mit unserer Wettbewerbsordnung vereinbar. Uneingeschränkt bejaht wird dies vom Ifo nur für eine Verpackungsabgabe oder Kennzeichnungspflicht.

Eher sollte man aber *noch die Freiwilligkeit* fördern, denn die Erfahrung *mit dem Sammeln von Altglas* und Papier habe gezeigt, daß der Verbraucher durchaus bereit ist, zu einem erhöhten Recycling beizutragen.

Dies auch vor dem Hintergrund, daß Eingriffe in den Markt Preiserhöhungen für Getränke zur Folge hätten. So müßte schon die Erhebung einer Verpackungsabgabe von beispielsweise 10 Pfennig pro Stück auf ein 0,2- bis 0,5-Liter-Behältnis und von 20 Pfennig für 0,5- bis 1,0-Liter-Verpackungen zu einem Preisanstieg von etwa 15 Prozent bei Massengetränken in Einwegpackungen führen.

Nur geringe Auswirkungen dagegen würde nach Ansicht des Ifo ein Verbot von Einwegware auf den Arbeitsmarkt haben, wobei per saldo aber noch ein Verlust von bis zu 5000 Arbeitsplätzen unterstellt wird. In der Verpackungsindustrie müßten mittelfristig 5000 Beschäftigte und in der Getränkeindustrie 5000 bis 10 000 Mitarbeiter freigesetzt werden. Der gesamte Handelsbereich wäre dagegen gezwungen, seinen Personalbestand um bis zu 10 000 Leute aufzustocken.

Ein salomonischer Kompromiß

Stuttgarts Regierungspräsident Manfred Bulling, seit Jahresbeginn zuständig für die Gewerbeaufsicht in Nordwürttemberg, war auf dem besten Weg, als Wyatt Earp des Arbeitsschutzes in die Geschichte einzugehen. Monatelang hatte er die Brotindustrie seines Regierungsbezirks wegen ständiger Mißachtung *des Nachtbackverbots mit Razzien*, Bußgeldverfahren und Zwangsgeldandrohungen überzogen.

Doch dann ruhten im schwäbischen Semmelkrieg plötzlich die Waffen. Und Bulling ließ sich auf einen in jeder Hinsicht einzigartigen Deal ein. Ein Teil der keineswegs reuigen Sünder erklärte sich Ende letzter Woche bereit, einen „öffentlich-rechtlichen Vertrag" zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, von 1988 an das seit 1916 existierende Bäckereiarbeitszeitgesetz (BAZG) „in vollem Umfang zu respektieren". Bis dahin bleibt das Auge des Gesetzes fest verschlossen.

So kurios wie dieses Gentlemanagreement ist auch die Rechtslage. Anders als andere Wirtschaftsbranchen, die nach Belieben die Nacht zum Tag machen können, hat die Arbeit in der Backwarenindustrie zwischen 22 Uhr abends und vier Uhr früh zu ruhen. Einst sollte der Bäckergeselle damit vor physischer Ausbeutung *durch den Meister geschützt* werden. Heute freilich gilt dieses Nachtbackverbot nicht nur für den Handwerksbetrieb um die Ecke. Es knebelt auch Brotfabriken wie die Großbäckerei Küntzle in Freiberg am Neckar, die rund 750 Mitarbeiter beschäftigt.

Die allerdings hatte sich nie an das Verbot gehalten. „Ohne schlechtes Gewissen", gibt Firmenchef Wilhelm Küntzle zu, weil das „von Flensburg bis zum Bodensee so üblich" gewesen sei. *Aber auch ohne* gravierende Folgen. Die Behörden ließen es stillschweigend durchgehen. Bußgelder konnten, wenn sie einmal verhängt worden waren, auf ein erträgliches *Maß heruntergehandelt* werden.

Selbst die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß (NGG) spielte mit. Für die Nachtarbeit hatte sie der Arbeitgeberseite schon Ende der sechziger Jahre einen fünfzigprozentigen *Lohnzuschlag abgehandelt*. Außerdem sponsort die Industrie aus ihren „illegalen" Erträgen ein gewerkschaftseigenes Bildungswerk.

Das hinderte Manfred Bulling, den frischgebackenen Chef der nordwürttembergischen Gewerbeaufsicht, nicht daran, seines Amtes zu walten. Am 31. Juli ließ er alle acht Großbäckereien des Regierungsbezirks überprüfen. Ergebnis: Überall dampften schon zu nachtschlafener Zeit die Brote im Backofen. Anders hätte die Ware gar nicht rechtzeitig beim Kunden landen können.

Bullings Parforceritt durch die Großbackstuben wirbelte viel Mehlstaub auf. Seine Behörde verschickte 52 Bußgeldbescheide und verhängte für den Wiederholungsfall insgesamt 70 000 Mark Zwangsgeld. Stuttgarts Regierungspräsident mußte aber auch erkennen, daß hier hier ein Gesetz nicht nur aus „Jux und Tollerei" übertreten wurde. „Die Firmen haben glaubhaft versichert", erklärte er Ende letzter Woche, „daß eine sofortige volle Anpassung an die Vorschriften praktisch die Vernichtung ihrer Betriebe zur Folge hätte".

So kam es zu jener salomonischen Vereinbarung. Die Firmen, um die es geht, bekommen bis 31. Dezember 1987 Zeit, um „in einem konzentrierten Prozeß der Umstrukturierung, der Anschaffung neuer Backgeräte und einer Personalumschichtung in vollem Umfang den Boden des Gesetzes *zu betreten*".

HARALD GÜNTER

Internationale Finanzen

Kenwood: Eine Anleihe mit Optionsscheinen zum Bezug von Stammaktien über 100 Mill. DM will das japanische Unternehmen auflegen. Der Ausgabekurs liegt bei 100 Prozent. Sie soll mit einem voraussichtlichen Kupon von 2,75 Prozent ausgestattet werden. Jeder Teilschuldverschreibung über 5000 DM ist ein Optionsschein beigefügt. Weitere Konditionen sind noch *nicht bekannt.*

Optionsanleihe: Ihre erste DM-Emission in Höhe von 100 Mill. begibt die Settsu Corp. Die Anleihe mit Optionsscheinen zum Bezug von Namensnaktien wird voraussichtlich mit einem Jahreskupon von 2,25 Prozent ausgestattet. Der Ausgabekurs liegt bei 100 Pozent. Die Teilschuldverschreibungen haben einen Nennwert von 1000 und 10 000 DM. Die genauen Konditionen *sind bisher noch nicht bekannt* gegeben worden.

EG-Anleihe: Mit einem Emissionskurs von 100,25 Prozent und einer Laufzeit von fünf Jahren wurde die 50 Mill. Ecu (rund 100 Mill. DM) Anleihe der EG-Kommission ausgestattet. Der Kupon liegt bei 7,375 Prozent.

Asahi: Eine Wandeleinleihe über 20 Mrd. Yen, ausgestattet mit einem Kupon von 2,5 Prozent legt das japanische Brauereiunternehmen auf. Fälligkeit ist 16. November 2001. Nicht durchgeführt wird die Emission, wenn der der durchschnittliche Schlußkurs der Aktien in der Zeit vom 31. Oktober und 7. November multipliziert mit 1,05 unter 692 Yen liegt.

Hokuriku Power: Mit einem Kupon von 4,875 Prozent wird die 120 Mill. Sfr. Anleihe auf dem Wege der Privatplazierung auf den Markt kommen. Der Ausgabekurs beträgt 100,25 Prozent, die Laufzeit liegt bei fünf Jahren.

Eurobonds: 9,5prozentige Eurobonds über 100 Mill. KanDollar mit Fälligkeit 18. Dezember 1993 begibt die die General Motors Acceptance Corp. of Canada. Der Ausgabekurs liegt bei 100,875 Prozent, die Titel in Stücken zu 1000 und 10 000 KanDollar werden an der Londoner Börse notiert.

Notes: Mit einem Kupon von 7,25 Prozent werden die 250 Mill. Dollar-Notes der Shell Oil Co. ausgestattet. Fälligkeit ist 1. November 1991. (mdl)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stahlstiftung Saarland

Saarbrücken (VWD) – Die Saarstahl Völklingen GmbH ist dabei, eine Sozialstiftung für die noch mindestens 1800 bis zum Jahre 1988 aus dem Unternehmen ausscheidenden Beschäftigten zu gründen. Wie ein Sprecher des saarländischen Wirtschaftsministeriums bestätigte, wird die Stiftung den Namen „Stahlstif*tung Saarland*" *tragen* und ein Grundvermögen von 75 Mill. DM haben, das aus dem nichtverpfändeten Immobilienbesitz der selbständigen Saarstahl-Wohnungsbaugesellschaft stammt.

Wirtschaftsprüfer-Fusion

Düsseldorf (Py.) – Die Partner der beiden Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaften Dr. Wollert-Dr. Elmendorff KG und Deutsche Industrie-Treuhand GmbH, beide Düsseldorf, werden sich 1987 zur Wollert-Elmendorff Deutsche Industrie-Treuhand Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zusammenschließen. Anteilseigner werden wie bisher ausschließlich 30 aktive Berufsangehörige aus beiden Gesellschaften sein. Zusammen mit der Süddeutschen Treuhand-Gesellschaft AG, München, wird die neue Gesellschaft mit 550 Fachmitarbeitern, davon rund 210 Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte, zu den führenden Prüfungsunternehmen gehören. International arbeitet die neue Gesellschaft mit der Accountants-Gruppe Deloitte, Haskins & Seels zusammen.

Auftragsbestand gestiegen

Düsseldorf (Py.) – Die vor allem im Bereich kombinierte Ziehmaschinen für Stahl und NE-Metalle tätige Schumag AG, Aachen, hat 1986 ihre weltweit führende Marktposition durch Neuentwicklungen und Programmerweiterung ausgebaut. In einem Zwischenbericht per 30.9. werden die Auftragseingänge mit 84 (81) Mill. DM angegeben, wobei sich die Inlandsaufträge stärker erhöhten als die Exportorders. Auch der Umsatz übertraf mit reichlich 71 Mill. DM den Vorjahresstand erheblich. Die Kapazitäten *waren gut ausgelastet.*

Lebhaftes Hypogeschäft

München (sz.) – Ein recht lebhaftes Hypothekengeschäft konnte in den ersten neun Monaten 1986 die Vereinsbank in Nürnberg AG, Nürnberg, verzeichnen. Hier konnten Darlehen über 733 (596) Mill. DM zugesagt werden. Jedoch verursachte das schwache Kommunaldarlehensgeschäft von 670 (1 011) Mill. DM letztendlich einen Rückgang der Gesamtzusagen auf 1,40 (1,61) Mrd. DM. Ausgezahlt wurden 1.49 (1,51) Mrd. DM, davon 548 (545) Mill. DM Hypotheken und 951 (967) Mill. DM Kommunaldarlehen. Als „erfreulich" bezeichnet das Institut die Ertragsentwicklung angesichts eines um 7,6 Prozent auf 77,5 Mill. DM verbesserten Zinsüberschusses.

Gutes Neugeschäft

München (sz.) – Die Erwartung auf kaum noch nennenswert sinkende Zinsen hat die Kunden der Süddeutschen Bodencreditbank AG, München, veranlaßt, verstärkt Darlehen aufzunehmen. So konnte das Institut per Ende September ein Neugeschäft von insgesamt gut 400 Mill. DM verzeichnen, das zu etwa gleichen Teilen auf Hypotheken und Kommunaldarlehen entfiel. Zugesagt wurden Darlehen über 2,05 (1,63) Mrd. DM, davon fast 734 (514) Mill. DM an Hypotheken. Ausgezahlt wurden 1,91 (1,64) Mrd. DM, darunter 520 (413) Mill. DM Hypotheken. Bei einem bislang leicht *auf 59,9 (56) Mill. DM* verbesserten Zinsüberschuß wird ein wieder zufriedenstellendes Jahresergebnis erwartet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Wildungen: Karl Wiesenmann; **Berlin-Charlottenburg:** Friedrich Josef Dirsen; **Bersenbrück:** Harms Textildruck u. Versand Betriebsges. mbH, Neuenkirchen bei Bramsche; **Bingen:** RSB Grundstücksvermietungsges. mbH; **Bochum:** Karl-Heinz Hussels; **Büdingen:** Reinhold Mohr, Ortenberg-Bergheim; **Deggendorf:** Wikinger GmbH i. Gründung, Tiefkühl-Service, Hengersberg; **Essen:** ROWA Reinigungs- u. Dienstleistungsges. mbH; **Esslingen:** Nachl. d. Josef Zeitlmayer; **Friedberg:** Nachl. d. Gerhard Schatz, Bad Nauheim; **Gelsenkirchen:** Impex Wollhandelsges. mbH, Dorsten; Fußbodenbau Hans-Günter Latzig GmbH; **Hamburg:** Procom Promotion Company Veranstaltungs GmbH; **Köln:** Großhandel Hans Schmitz GmbH; **Landau:** Pakka Palettenbau GmbH, Germersheim; **Mainz:** BODEN-WERFT Grundstücksvermietungsges. & Co. Objekte Hamburg-Elbe; **Neustadt/Wstr.:** Nachl. d. Gisela Herzog geb. Berndt; **Nordhorn:** Hans-Dieter Brill, Uelsen; Jutta Brill geb. Stegink, Uelsen; **Reutlingen:** Bazlen-Möbel KG, Metzingen; **Schwäbisch Hall:** Holzbearbeitung Renzen Lang GmbH & Co., Pfedelbach-Renzen; **Waldbröl:** Nachl. d. Peter Lüchau, Nümbrecht.

Konkurs beantrag: Syke: Praktiker Selbsbaus Bau GmbH i. L.

Anschlußkonkurs eröffnet: Peine: Landschlachterei Forster GmbH & Co. KG, Lengede.

Vergleich beantragt: Bonn: Wandermagazin-Verlag GmbH; **Remscheid:** Radenbert & Radermacher, Remscheid-Hasten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Karl-Heinz Bilitza: Geld verdienen an der Börse, Heyne Verlag, München 1986, 206 Seiten, 7,80 Mark.

Die positive Entwicklung der Aktienkurse hat in den Jahren 1984 und 1985 dafür gesorgt, daß immer mehr private Anleger den Weg zur Börse gefunden haben und die Aktie als interessante Alternative zu den Sparformen entdeckten. Informationen sind die Grundlage aller Anlageentscheidungen, deshalb muß das nötige Wissen leicht verständlich und anschaulich vermittelt werden. Wer als Börsenneuling sein Geld anlegen will, muß sich mit den Grundkenntnissen über Abläufe und Techniken des Marktes vertraut machen.

Gabler Kleines Lexikon Wirtschaft, Gabler Verlag, Wiesbaden 1986, 277 S., 24,80 Mark.

Wirtschaft interessiert viele, nur wenige haben jedoch eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung. Hier soll das „Kleine Lexikon Wirtschaft" helfen, Wissenslücken zu schließen. Es bietet mit mehr als 2 000 Stichwörtern gezielt Kurzinformationen über die gebräuchlichsten Begriffe des Wirtschaftslebens. Thematische Schwerpunkte sind die Lehre von der Wirtschaft (Volkswirtschaftslehre) und alle Teilgebiete der Betriebswirtschaftslehre. Darüber hinaus umfaßt es auch das Wirtschafts-, Sozial- und Steuerrecht.

S. Kalmbach: Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1986, 254 S., 48,60 Mark.

Mit den Änderungen zur TA Luft wurden die jahrelangen Bemühungen zur Verbesserung des anlagenbezogenen Immissionsschutzrechtes abgeschlossen. Die neuen Regelungen werden die Luftreinhaltung in den nächsten fünf bis zehn Jahren nachhaltig verändern. In der TA Luft, die für alle genehmigungsbedürftigen Anlagen gilt, werden diese Bestimmungen bereits konkretisiert.

Jürgen Allesch: Praxis des Innovationsmanagements, Erich- Schmidt-Verlag, Berlin 1986, 268 S., 68 Mark.

Die Schnelligkeit, mit der sich technische Neuerungen vollziehen, stellt besonders kleine und mittlere Unternehmen vor das Problem, ihre Strategien an neue Anforderungen anzupassen. In dieser Neuerscheinung veranschaulichen Manager aus *kleinen und mittleren Unternehmen* unterschiedlicher Branchen, Unternehmensberater und andere Beteiligte an konkreten Beispielen, wie sie sich den Herausforderungen zur Innovation aktiv stellen. Sie zeichnen Chancen, Grenzen und Verläufe von *Produktinnovationen auf und* beleuchten anhand von Fallstudien den Einsatz von Strategien und Instrumenten an entscheidenden Schnitt- und Problemstellen.

Hermann Laistner: Ökologische Marktwirtschaft, Verlag Max Hueber, Ismaning 1986, 256 S., 34 Mark.

Können die großen wirtschaftlichen oder durch die Wirtschaft bedingten Probleme der Gegenwart wie hohe Arbeitslosigkeit, Umweltschä*digung, agrarische Überproduktion*, gefährdete Altersversorgung usw. durch die Marktwirtschaft gelöst werden? Hermann Laistner, seit 20 Jahren in der SPD aktiv, bejaht diese Frage mit Nachdruck. Dem Katalog der Sünden wider die Regeln der Marktwirtschaft hält der Autor ein praktikables Konzept für deren Erneuerung entgegen: Dezentralisierung und Entbürokratisierung, Verbilligung der Arbeit durch Abbau der Lohnnebenkosten, Abschaffung der *Lohn- und Einkommensteuer*, die Erhebung einer differenzierten Produktsteuer.

Wochenschlußkurse

New York

	31.10.	24.10.
Adv. Micro Dev.	14	14,375
Aetna Life	55,875	56,625
Alcan Aluminium	31	31,75
Alcoa	34,375	35,5
Allied Signal	41	40,875
AMR Corp.	57,875	58,75
Armco	13	13
Am. Cyanamid	80	76,5
Am. Express	58,5	56,875
Am. Motors	3,25	3,125
Am. Tel. & Telegr.	24,875	23,75
Amoco Corp.	65,25	63,875
Asarco	15,5	14,375
Atlantic Richfield	56,875	55,75
Avon Products	33	33,25
Bally	16,625	17,125
Bk. of America	15,375	13,5
Bethlehem Steel	4,75	4,625
Black & Decker	17,25	16,375
Boeing	52,875	56,125
Brunswick	31,875	31
Burroughs	78,875	74
Caterpillar	39,875	36,875
CBS	131,625	132
Celanese	218,5	217
Chase Manhattan	35,75	36,25
Chrysler	38,5	37,75
Citicorp	51,625	49,625
Clorox	48,374	51,25
Coca-Cola	36,5	37,625
Colgate	38,625	38,75
Commodore	8	8,25
Commonw. Edison	32,75	32,75
Comm. Satellite	30,25	29,75
Control Data	26,125	25,25
CPC Int.	85,25	76,375
Curtiss Wright	65	53,125
Deere	23,625	24
Delta Airlines	49,5	49,5
Digital Equipm.	99,125	98,625
Dow Chemical	56	53,375
Du Pont	86	81,375
Eastern Gas&Fuel	29,625	29,125
Eastman Kodak	61,125	58,5
Eaton	40,125	41
Exxon	68	66,375
Firestone	28,125	26,625
Fluor	12,25	12,375
Ford	57,375	57,875
Foster Wheeler	13,25	11,625
Fruehauf	45,625	45,5
GAF Corp.	39,625	37,75
General Dynamics	72,75	71,75
General Electric	76,5	76,375
General Instr.	18,5	18,625
General Motors	71,125	69,875
Gen. T. & E.	60,875	58,375
Global Nat. Res.	4,875	4,75
Goodrich	44,5	42,75
Goodyear Tire	48,25	44
Grace	57	53,75
Halliburton	22	21,5
Heinz	43,625	41,875
Hewlett Packard	37	38,625
Homestake	26	26,5
Honeywell	70,875	68,5
IBM	123,5	121,375
Int. Tel. & Tel.	53,875	53,125
Int. Paper	73,375	69,75
Jim Walter	45,125	42,75
Litton Industries	82,5	75,125
Lockheed Corp.	46,375	44,5
Loew's Corp.	65	65,5
Lone Star	32,375	29,25
Louisiana Land	28,25	27,5
LTV Corp.	2	2,125
McDermott A	22	21,875
McDonnell Doug.	78,875	79
Merck & Co.	108,625	109
Merrill Lynch	42,75	39,375
Mesa Petroleum	3,625	3,5
Minnesota M.	109,625	106,25
Mobil Oil	38,375	37
Monsanto	74,25	71,25
Morgan J.P.	84,5	87,5
Nat. Semiconductor	9,625	9,75
Navistar Int. Corp.	6,875	6,375
NCR	46,375	46
Newmont	59,625	59,125
Owens Ill.	42,25	41,625
PanAm World	5,375	5,75
Pfizer	59,875	59,75
Philip Morris	73,5	72,375
Phillips Petroleum	10,625	10,125
Pittston	11,625	11,25
Polaroid	68,375	69,25
Prime Computer	17,375	17,625
Procter & Gamble	75	75,125
Revlon	15,375	14,25
Reynolds Ind.	52,375	51,125
Rockwell Int.	42,875	41,25
Rorer Group	42,375	42,875
Salomon	42,625	38,25
Schlumberger	33,75	32
Sears Roebuck	43,375	42,375
Singer	46,125	46,125
Stand. Oil Calif.	44,75	41,625
Storage Techn.	2,125	2,125
Tandy	39,625	36,625
Teledyne	341,625	310,75
Telex Corp.	65,25	59,75
Tesoro	10,5	9,5
Texaco	35,75	36,25
Texas Instrum.	110,625	113,25
Tosco	2,375	2,625
Trans World Corp.	41,125	39,375
Transamerica	35,75	35,25
Travelers	43,75	44,75
Turner Broadcast	15,75	16,25
UAL	57,875	58,25
Unocal Corp.	26,875	25,25
Union Carbide	22,125	21,875
Union Oil of Calif.	24,25	22,25
US Gypsum	40,375	41,375
USX Corp.	26	26
United Technologies	42,875	41,75
Walt Disney	43,875	43
Warner Comm.	24,875	22,375
Westinghouse El.	57	56,25
Weyerhaeuser	39,25	37,25
Whittaker	31,125	30,375
Woolworth	44,25	30,375
Wrigley	49	47,125
Xerox	54,75	54,5
Zenith Radio	21,625	19,75
Dow Jones Index	1877,81	1832,26
Stand. & Poor's	243,97	238,26

Toronto

	31.10.	24.10.
Abitibi-Price	–	24,5
Alcan Alu.	43	44,125
Bk. of Montreal	34,125	33,625
Bk. of Nova Scotia	16,375	16,25
Bell Cda Enterprises	37,125	36,625
Bluesky Oil	2,75	2,8
Bow Valley Ind.	11,375	11,25
Brenda Mines	–	9,375
Brunswick M & Sm.	12,25	15
Cdn. Imperial Bk.	19,125	18,875
Cdn. Pacific Ltd.	15,5	15,125
Cominco	13,25	13,125
Coseka Res.	0,87	0,85
Denison Mines	8,5	8,5
Dome Petroleum	0,98	1,17
Dofasco	36,5	31,625
Falconbridge Ltd.	17,625	17,75
Great Lakes Forest	29,5	29,5
Gulf Canada	14	13,875
Gulfstream Res.	0,5	0,46
Hiram Walker Res.	–	38,375
Hudson Bay Mng. Sp.	6,5	6,5
Husky Oil	9	9
Imperial Oil -A-	46,5	44,875
Inco	17,375	17,5
Inter City Gas Ltd	14,5	15
Interprov. Pipeline	39,125	39,25
Kerr Addison	15,875	16,125
Lac Minerals	24,125	24,25
Moore Corp.	30,5	29,5
Noranda Mines	20,5	19,625
Norcen Energy Res.	13,875	13,875
Northgate Expl	6,5	6,5
Northern Telecom.	45	42,25
Nova An Alberta 'A'	5,875	5,75
Nu West Group	0,33	0,37
Oakwood Petrol	–	2,5
Placer Development	31,875	30,25
Provigo Inc.	17,75	17,875
Ranger Oil	5,5	5,5
Revenue Properties	3,05	3,1
Rio Algom	–	21
Royal Bk. of Can.	33,25	33,5
Seagram	87	84,375
Shell Canada	23,75	22,5
Sherritt Gordon	5,75	6
Stelco -A-	21,375	22,5
TransCdn. PipeLines	16,5	15,75
Verity Corp.	2,7	2,72
Westcoast Transm.	12,375	13,75
Index TSE 300	3038,90	3007,10

Tokio

	1.11.	25.10.
Alps.	2160	2140
Bank of Tokyo	826	840
Banyu Pharma	900	880
Bridgestone Tire	627	640
Canon	1130	1140
Daikin Kogyo	680	649
Daiwa House	1570	1310
Daiwa Sec.	1590	1380
Eisai	1560	1550
Fuji Bank	1670	1640
Fuji Photo	3270	3310
Fuji Radio	2510	2500
Hitachi	1020	990
Honda	1340	1320
Ikegai Iron	292	276
Isetan	1100	1030
Ito Yokado	5810	5600
Japan Air	9490	9100
Japan Met.	535	[illegible]
Japan Syn. Rubber	349	345
Jujo Paper	362	357
Kajima	1100	990
Kansai Elec.P.	3140	3000
Kao Soap	1470	1450
Kawasaki H	170	163
Kawasaki S	170	165
Kirin Brewery	1340	1300
Komatsu	488	471
Kubota Iron	360	360
Kyocera	4470	4560
Makita El.	1190	1180
Marui	2570	2530
Matsushita El. Ind.	1890	1830
Matsushita El. Wks.	1520	1420
Minolta Camera	738	773
Mitsubishi Corp.	1000	900
Mitsubishi El.	436	410
Mitsubishi Estate	2080	1920
Mitsubishi Heavy I.	497	406
Mitsui Co. Ltd	547	495
Mitsukoshi	1060	1040
Mitsumi El	1340	1310
Nihon Cement	550	515
Nikko Sec.	1420	1290
Nippon Kokan	206	188
Nippon Oil	1100	1090
Nippon St.	159	158
Nippon Yusen	401	377
Nissan Motor	553	565
Nomura Sec.	2810	2460
Olympus	1150	1120
Penta-Ocean	658	622
Pioneer	2300	2250
Renown	805	790
Ricoh	985	970
Sankyo	1200	1140
Seiyu Stores	1150	1040
Sekisui Pref.	1480	1340
Sharp	1020	1080
Shiseido	1850	1720
Sony	3650	3700
Sumitomo Bank	1830	1710
Taisei Corp.	820	700
Taisho Marine	825	715
Takeda Chem.	2070	1960
Teijin	643	620
Tokyo Elec.	1200	1250
Tokyo Gas	939	797
Tokio Marine	1450	1320
Tokyo El. Power	7100	6350
Toray Ind.	563	589
Toshiba Elec.	610	570
Toto	1730	1760
Toyo Kogyo	371	385
Toyota Motor	1930	1940
Yamaichi	1300	1240
Yamanouchi	3100	2990
Yamaha	650	640
Yamazaki	1480	1450
Index	1401,49	1345,64

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Bayer Leverkusen entthronte den Meister Bayern München nach einem Superspiel – Was ist bloß mit dem VfB Stuttgart los?

● Fünf der 37 Tore des 12. Spieltages erzielte allein der Kaiserlauterer Frank Hartmann – und dies ausgerechnet gegen seinen bisherigen Verein Schalke 04. Den Rekord auf diesem Gebiet hält aber weiterhin Dieter Müller, der 1977 sechs Treffer zum 7:2 des 1. FC Köln über Werder Bremen beisteuerte. In der aktuellen Torschützenliste führen Frank Mill und Herbert Waas mit je acht Treffern. Drei Tore erzielte Rudi Völler, der wie Wolfram Wuttke und Karl-Heinz Bührer mit insgesamt sieben Treffern auf Rang drei liegt. Unmittelbar dahinter folgt Frank Hartmann mit insgesamt sechs Toren.

● Der Düsseldorfer Manfred Bockenfeld wurde als achter Spieler der 24. Bundesliga-Saison des Feldes verwiesen. Der frühere *Nationalspieler* wurde in Nürnberg von Schiedsrichter Norbert Brückner aus Darmstadt wegen Tätlichkeit an Nürnbergs Torwart Manfred *Müller vom Platz gestellt.* Als fünfter Spieler ist der Mannheimer Roland Dickgießer aufgrund von vier gelben Karten für ein Spiel gesperrt. Bei einem Foul des Berliners Riedle erlitt Kölns Mittelfeldspieler *Uwe Bein zum dritten Mal* innerhalb eines Jahres einen Bänderriß. Er muß voraussichtlich bis Februar pausieren.

● Die Staatsanwaltschaft Nürnberg hat im Zuge ihrer Er*mittlungen gegen den ehemaligen* Hauptsponsor des Bundesligaklubs *Blau Weiß 90* Berlin, die Nürnberger Agentur Härtfelder, zwei Haftbefehle erwirkt. Den beiden Beschuldigten, der Agentur-Chefin *Cornelia Härtfelder und dem* ehemaligen Blau-Weiß-Manager Konrad Kropatschek, wird vorgeworfen, sich seit Juni 1982 in betrügerischer Absicht und unter falschen Angaben Darlehen in Höhe von mindestens 4,3 Millionen Mark beschafft zu haben. Der Berliner Klub hatte den Sponsor-Vertrag vor einem Jahr gekündigt.

Nach zwölf Spielen: Bremen hält Anschluß

	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte	Heim Tore	Heim Punkte	Auswärts Tore	Auswärts Punkte
1. Leverkusen	12	8	1	3	28:10	17:7	18:3	12:0	10:7	5:7
2. Hamburg	12	7	3	2	24:12	17:7	16:4	12:0	8:8	5:7
3. München	12	6	5	1	22:13	17:7	14:9	9:3	8:4	8:4
4. Bremen	12	7	3	2	26:18	17:7	16:7	10:2	10:11	7:5
5. K'lautern	12	5	5	2	23:13	15:9	15:6	10:2	8:7	5:7
6. Stuttgart	12	4	5	3	20:15	13:11	14:3	9:3	6:12	4:8
7. Bochum	12	3	7	2	15:14	15:11	9:4	9:3	6:10	4:8
8. Frankfurt	12	3	6	3	15:14	12:12	12:5	9:3	3:9	3:9
9. Uerdingen	12	4	4	4	17:19	12:12	11:9	8:4	6:10	4:8
10. Schalke	12	5	2	5	22:27	12:12	13:8	9:3	9:19	3:9
11. Dortmund	12	4	3	5	27:19	11:13	17:5	8:4	10:14	3:9
12. M'gladbach	12	3	5	4	20:17	11:13	13:7	7:5	7:10	4:8
13. Köln	12	4	3	5	17:18	11:13	7:5	7:5	10:13	4:8
14. Mannheim	12	3	4	5	17:21	10:14	10:6	9:3	7:15	1:11
15. Nürnberg	12	2	5	5	18:24	9:15	12:11	7:5	6:13	2:10
16. Homburg	12	2	3	7	8:24	7:17	7:6	6:6	1:18	1:11
17. Berlin	12	1	5	6	12:30	7:17	8:13	5:7	4:17	2:10
18. Düsseldorf	12	2	1	9	14:37	5:19	9:13	5:7	5:24	0:12

● Ergebnisse, 12. Spieltag

Spiel	Ergebnis
München – Leverkusen	0:3 (0:1)
Nürnberg – Düsseldorf	4:3 (2:0)
Frankfurt – Waldhof	2:1 (2:0)
Bremen – Uerdingen	5:1 (2:1)
Hamburg – Dortmund	4:2 (2:1)
K'lautern – Schalke	5:1 (2:1)
Köln – Blau Weiß 90	1:1 (1:1)
M'gladbach – Stuttgart	4:0 (1:0)
Bochum – Homburg	0:0

Zum neunten Mal kamen in dieser Saison mehr als 200 000 Zuschauer zu den neun Spielen. Die Gesamtzahl erhöhte sich auf 2,5 Millionen – das sind 100 000 mehr als im Vorjahr. Mit 47 000 Besuchern war das Münchner Olympiastadion am besten gefüllt.

● „Die Ablösesumme", sagte Bayern Münchens Präsident Fritz Scherer, „ist für uns kein Problem". Doch nach der 0:3-*Heimniederlage ihres Teams* gegen Bayer Leverkusen sind sich Scherer und Münchens Manager Uli Hoeneß ihrer Sache gar nicht mehr so sicher. „*Wer weiß", sagten beide, „ob* Herbert Waas jetzt überhaupt noch nach München kommen will?" Gestern hörte sich der 23jährige Nationalstürmer aus Leverkusen, dessen Vertrag zum Saisonende ausläuft, eine erstes Angebot der Münchner „in aller Ruhe" an. Kommen zur Entscheidung nun auch andere Überlegungen hinzu?

Mayer-Vorfelder ist nicht mehr von Coordes angetan

B. WEBER, *Mönchengladbach*

Noch bevor Trainer Egon Coordes *zu Saisonbeginn den Dienst bei seinem* neuen Arbeitgeber VfB Stuttgart *antrat, hatte der von Bayern München* geholte ehemalige Udo-Lattek-Assistent einen großen Auftritt auf der VfB-Jahreshauptversammlung. Einsatz, Disziplin und Ordnung, sagte er da, seien künftig die Prinzipien seiner Mannschaft, getreu dem Schwabenland. Dieser Satz hat den Mitgliedern, und ganz besonders Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder, natürlich riesig gefallen. Und in der Euphorie des Augenblicks waren alle bereit zu vergessen, daß es im Vorfeld der Coordes-Verpflichtung ja doch einige Schwierigkeiten gegeben hatte.

Der neue Trainer war nämlich nicht bereit, Willi Entenmann, den Volkshelden der letzten Saison, der als Nothelfer für den entlassenen Otto Baric eingesprungen war und der den VfB zu einer tollen Siegesserie geführt hatte, als Assistent zu akzeptieren. Coordes wollte den Laden alleine in Schwung bringen. Spätestens nach dem Stuttgarter 0:4 bei Borussia Mönchengladbach ist er vom Regen in die Traufe geraten. Die mitgereisten Fans ließen in ihrer Enttäuschung keine Zweifel darüber offen, wem sie *die klare Niederlage in* erster Linie anlasten. Sie inszenierten machtvolle Chöre *mit dem sich ständig* wiederholenden Schlicht-Text: *„Coordes raus". Zudem entrollten sie* ein Riesenspruchband, auf dem stand: „Wir wollen Willi". Gemeint war selbstverständlich Entenmann.

Ob er sich durch die schwache Bilanz der vergangenen Wochen, der *VfB siegte zuletzt am 20.* September gegen Düsseldorf, unter Druck gesetzt *fühle, ob er nicht gar um seinen* Job bange, wurde Coordes in der *Pressekonferenz nach dem Spiel* gefragt. Und er antwortete grantig: „Da *müssen Sie nicht mich, sondern den* Präsidenten fragen." Der war ins Bökelbergstadion nicht mitgereist.

Unter VfB-Insidern ist jedoch bekannt, daß Mayer-Vorfelders Begeisterung für den Trainer merklich abgekühlt ist. Zumindest im kleinen Kreis hat der Vereinsboß schon zugegeben, daß es wohl ein Fehler war, den neuen Mann, der zuvor noch nie an alleinverantwortlicher Stelle gearbeitet hatte, gleich mit einem Quasi-Dreijahresvertrag (zwei Jahre plus Option) auszustatten. Die Stuttgarter Mannschaft erwecke den Eindruck, so berichtete der ZDF-Reporter aus Mönchengladbach, als spiele sie gegen Coordes. Das ist sicherlich überspitzt interpretiert und wird von keinem VfB-Profi bestätigt. Gleichwohl ist nicht zu leugnen, daß Coordes mit vielen seiner Leute erhebliche Kontaktschwierigkeiten hat.

Exnationalspieler Karl Allgöwer will nach wie vor lieber heute als morgen den Verein verlassen, am Samstag fehlte er wegen Verletzung ebenso wie der gleichfalls angeschlagene *Michael Schröder* und Spielmacher Asgeir Sigurvinsson, der sich eine Virusinfektion zugezogen hatte. Der Jugoslawe Pedrag Pasic leistete allenfalls Dienst nach Vorschrift und ließ damit erkennen, daß er seinen Disput *mit Coordes („Unter dem spiele ich* nie mehr") noch längst nicht aus dem *Kopf verdrängt hat und das die* anschließende hochoffizielle Entschul*digung eher aufgezwungen war.*

Mit Verteidiger Michael Nushöhr, der es in der vergangenen Saison immerhin auf 30 volle Bundesligaeinsät*ze gebracht hatte und der nur noch* einen Stammplatz auf der Ersatzbank *hat, spricht* der Trainer kein Wort mehr. Vor dem Gladbach-Spiel gab es *auch noch Knatsch mit* Mittelfeldspieler Michael Spiess. „Halt die Klappe", hatte Coordes ihn im Training angefegt, doch der 21jährige donnerte lautstark zurück: „Ich denke gar nicht daran." Der Trainer schickte den Nachwuchsmann vom Platz. Jetzt suchen die Stuttgarter einen Verein, an den sie Spiess ausleihen können.

Mit einem großen Teil der Ortspresse, die dem erfolgreichen Entenmann seit langem nachtrauert, liegt Coordes in Fehde. In Stuttgart ist es gängiges Kommunikations-Ritual, daß der Trainer bei Kritik an seiner Person sofort in den Redaktionen anruft und mehr oder weniger wüste Beschimpfungen vom Stapel läßt. Mit einigen Presseleuten hat er sich völlig überworfen, mit denen spricht er überhaupt nicht mehr. Aber das alles kann keine Basis für eine erfolgreiche Zukunft sein. Und so wähnen denn nicht wenige, daß der Einzelkämpfer Coordes über kurz oder lang in Stuttgart scheitern muß.

Ganz aktuelle Gefahr scheint in Verzug, wenn seine Mannschaft am kommenden Mittwoch im Europacup-Spiel gegen Torpedo Moskau ausscheiden muß. Nimmt man die Leistung von Mönchengladbach zum Maßstab, hat der VfB eigentlich kaum Chancen, das 0:2 aus dem Hinspiel wettzumachen.

Mönchengladbach hingegen kann ohne Sorgen nach Rotterdam fahren, um das 5:1 aus dem Europacup-Hinspiel gegen Feyenoord locker über die Runden zu bringen. Das Team von Trainer Jupp Heynckes hat ihre Krise vom Saisonbeginn *eindeutig* überwunden. Das beweisen die 8:2 Punkte aus den *letzten fünf* ungeschlagenen Spielen. Diese Bilanz ist *nicht zuletzt ein Verdienst* des anfangs so glücklosen Torjägers Günter Thiele. Seit er *von Düsseldorf* kam, hat er von 86 auf 80 Kilo abgespeckt *und* – laut eigener Aussage – „bei Borussia in vier Monaten mehr gelernt als bei der *Fortuna* in acht Jahren". Gegen den VfB schoß Thiele sein sechstes *Saisontor.*

Nach seinem Treffer gegen den VfB Stuttgart war Günter Thiele nicht mehr zu *halten. Er kletterte* am Zaun hoch und trommelte wild auf der Trommel seines Gladbacher Fans. *Die Zeiten* scheinen sich für *ihn bei den* Gladbachern gebessert zu haben. Zu Beginn lief es für den früheren Düsseldorfer bei *seinem neuen* Verein gar nicht *so gut. Nachdem* der Mittelstürmer aber sechs Kilo abgespeckt hat, trifft er wieder das Tor. FOTO: PEREYNI

Ribbecks Psychobehandlung: Er zwiebelte Stars zum Sieg

ULFERT SCHRÖDER, **München**

„Wo ist dieser ... komm Du ..." Anstelle der drei Punkte folgten im Originalton jeweils fröhlich-flapsige Beschimpfungen. Udo Lattek lud seinen Kollegen Erich Ribbeck zur Pressekonferenz. In „relativ guter Laune", wie er selber mitteilte.

Offenbar ertrug Lattek die Blamage leichter und gelassener, weil sie ihm vom Freund zugefügt worden war. Lattek-Kenner jedenfalls staunten. Nach solchen Spielen, nach solchen Niederlagen kriegt Lattek normalerweise den stechenden Blick und spuckt Galliges wie ein Racheengel des Satans.

Doch nun mimte er das Lämmchen. Wie schnell dieser Hausmann doch sei. Mein lieber Mann. In den Laufduellen mit seinen Leuten, auch mit Nachtweih, sei der Eindruck entstanden, als träten die Bayern auf der Stelle. Überhaupt. *Diese* Leverkusener, das sei ja eine Klasse-Mannschaft. Lattek schwärmte.

Erich Ribbeck und Hermann Thul, den Leverkusener Konzern-Profis ungefähr das, was den Bayern der *Manager Uli Hoeneß ist, lauschten* schmunzelnd und amüsiert. Bewun*dernswert, wie gut es den Münchnern* gelang, die vorbildlichen Verlierer *hervorzukehren.* „*Selten so traurige* Allerheiligen gehabt", sagte Bayern-Chef Scherer *und lachte.*

Nichts als dieser aufgesetzte Hu*mor blieb den Bayern, ihren steilen* Sturz mannhaft zu ertragen. Denn *dieses 0:3 war keine von den Niederlagen*, wie sie den Bayern mitunter *widerfahren. Künstlerpech, ein mieser* Nachmittag, eine schwache Besetzung oder das Unergründliche in bajuwarischen Seelen wird in solchen Fällen als Ursache ausgemacht.

Diesmal geschah mehr und, aus *weiß-blauer Sicht, Schlimmeres: Die* Bayern wurden ausgekontert, ausgespielt und am Ende ausgelacht. Ein Team ganz außergewöhnlicher Klasse hatte ihnen Grenzen aufgezeigt. Klar und niederschmetternd.

Leverkusens Libero Hörster und seine Abwehr hatten Augenthaler und Kollegen vorgeführt, was unter guter Organisation, taktischer Disziplin und wirksamer Kleinarbeit zu verstehen ist. Hörster blieb zurückhaltender Denker und Lenker. Augenthaler wühlte derweil in blindem Eifer und tat so, als sei er der Mittelstürmer (und ein schlechter dazu).

Leverkusens *Mittelfeld* – Hausmann, Götz, Schreier, Rolff – führte eine *Parade* vor. Bummeln und Tempo bolzen, Konter wie Blitze, den Gegner *verladen.* Matthäus, Brehme verloren auf der ganzen Linie.

Die beiden *Spitzen* Leverkusens, Waas und Tscha, erzielten keinen der drei Treffer. *Erfolglos stürmten* sie trotzdem nicht. In unzähligen Szenen erschienen sie *als Zuträger* und Zuarbeiter. Beim 2:0 kam der Ball von *Waas zu Hausmann. Beim 3:0 machte* Tscha die Bahn frei für Götz.

Leverkusen lieferte den perfekten Triumph. „Kein Ausfall in meiner *Mannschaft*", sagte Ribbeck. Und: „Unser Ziel bleibt ein Platz unter den *ersten Fünf.* Der Titel wäre höchstens ein Nebenprodukt." Das klingt un*verschämt bescheiden. Und* ungeheuer selbstbewußt.

Wahrscheinlich ist das die richtige Mischung für die Behandlung einer *Mannschaft, die sich in rasender* Geschwindigkeit vom Alltags-Ensemble *zur Paradetruppe* entwickelte.

Was sich in München auf dem Ra*sen niederschlug, bedurfte einer* Psychobehandlung von fünf Tagen. Zuletzt hatten die *Leverkusener ihr* Pokalspiel in Düsseldorf 1:2 verloren. Erste *Reaktion:* Sprachlosigkeit. Zweite Reaktion: Erklärungen. Ausflüchte, Bitten um Verständnis.

Die Beobachter staunten über Trainer Ribbeck. Der mache jetzt da offenbar weiter, wo sein Vorgänger Dettmar Cramer aufgehört hatte, vermuteten sie. Streicheleinheiten und Gute-Nacht-Küßchen für die armen, geplagten Profis. Diese Kritik scheuchte Ribbeck auf, zumal ihn schon die Erwähnung Cramers auf die nächste Zimmerpalme treibt.

Fünf Tage lang zwiebelte Ribbeck seine Stars. Mit jedem machte er Krach, jedem gab er Zunder. Vor allem Falko Götz. Die Behandlung schlug sich in München nieder.

Udo Lattek hatte derweil am anderen Ende zu arbeiten. Wochenlanges Lob hatte zuviel *Zufriedenheit* gesät. Denn auch der Slogan „Jagt die Bayern" muß den Stars in gewisser Weise das Ego massieren. Lattek spürte das. Aber offenbar erschien ihm die Gefahr nicht groß genug. Sonst hätte er *gewiß gegiftet* wie Ribbeck.

Womöglich aber befand er sich nur deshalb in „*relativ guter Laune*", weil nun kein Platz mehr ist für Zufriedenheit, und weil *das 0:3 seiner* Mannschaft vor dem ungemein gefährlichen Europacup-Spiel gegen Austria Wien die richtige Körpertemperatur versetzt hat: heiß bis siedend.

Derweil Präsident Scherer mit Bettuchblässe *herumlief* und *Manager* Hoeneß jeden unwirsch anknurrte, *schaute Lattek* genüßlich auf die Wut der Mannschaft, in der sich Selbstvorwürfe (Lunde: „*Ich* war schlecht. Das erste Tor war mein Fehler") *und gegenseitige Beschuldigung* (Ungenannt über Brehme: „Der hat *die Niederlage* auf dem Gewissen") zu einem heilsamen Schock bündeln.

Lothar Matthäus beruhigte: „*Einen* als Schuldigen ausgucken, das nutzt nichts. Jeder *muß sich* an die eigene Nase packen." Aber diese Distanz *zum Schock trog. Matthäus grübelte* und schürfte tief, aber er fand keine *Ursache, wieso „ich wochenlang nur* gute Spiele und dann in einer Woche gleich zwei *miese hinlege*".

Ist das eine Freude beim neuen Tabellenführer der Bundesliga. Ausgelassen fallen die Bayer-Spieler *übereinander her.* Herbert Waas (unten) ist die Glückseligkeit ins Gesicht geschrieben. Trainer Erich *Ribbeck will* dennoch nichts vom Titel wissen. Nach der Leistung der Bayer-Elf von München, so stellte *Bayern-Manager* Uli Hoeneß fest, „*ist Leverkusens* Tiefstapelei nicht mehr länger zu akzeptieren." FOTO: FRINKE

Eigentlich über nichts geredet

Uli Hoeneß schaute trübe in den Regen. „Solche Sonntage hasse ich. Sonntage nach Niederlagen." Es ging auf zwölf Uhr mittags und Hoeneß hatte soeben ein spätes Frühstück mit Herbert Waas gehabt.

Wichtigstes Resultat laut Ho*eneß: „Ich habe ihm kein Angebot* gemacht. Wir hatten ein reines In*formatinsgespräch.*" Der *Tanz um* Waas ist also für's erste ausgetanzt. Ein seltsamer Tanz. Oder, besser gesagt, ein ungewöhnlich öffentlicher Poker.

„Sollen sie doch mit ihm verhandeln. Was sollten wir dagegen haben?" sagte Bayer Leverkusens Fußball-Chef Hermann Thul und gewährte den Münchnern großzügig einen Gesprächstermin mit dem Mittelstürmer. Waas mußte nach dem Spiel am Samstag nicht mit der Mannschaft zurück.

Vor dem Spiel befanden sich die Münchner in glänzender Verhandlungsposition. Herbert Waas habe, so meinte Professor Scherer, „das Angebot einer Leverkusener Lebensversicherung gegen die sportlichen Perspektiven in München" aufzurechnen. „Das mag schon sein", entgegneter Hermann Thul, „aber wir haben auch einiges zu bieten."

Wie er das meinte, führte seine Mannschaft beim 3:0 gegen die Bayern vor. Als Thul sich dann mit Trainer Ribbeck verabschiedete, ließ er sehr wortkarge Bayern zurück. „Rein informellen Charakter", sagte Scherer, habe das Gespräch mit Waas.

Denn Waas habe viele Angebote sagt Scherer, auch aus dem Ausland. Deshalb sei der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, der Spieler pokere nur.

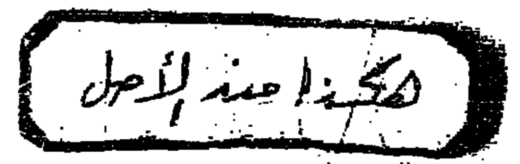
Über Geld hat Hoeneß dann auch mit Waas kein Wort gewechselt. „Und was die sportlichen Perspektiven anlangt, hatte ich nach einem solchen Spiel nicht viele Argumente. Schließlich sind die Leverkusener auch eine Mannschaft der Extra-Klasse."

Die beiden haben also eigentlich über nichts geredet und dabei folgendes Resultat erzielt: Herbert Waas darf die Bayern ganz offiziell zu jenen Klubs zählen, die an ihm interessiert sind. Wenn bei ihm auch Interesse an den Bayern besteht, wird er das bis zum Ende des Jahres mitteilen.

In dem Gespräch gewann Hoeneß den Eindruck, daß „Waas sehr viele Angebote hat, aber nicht ins Ausland gehen will. Letzen Endes wird er wohl zwischen Bayer Leverkusen und Bayern München wählen."

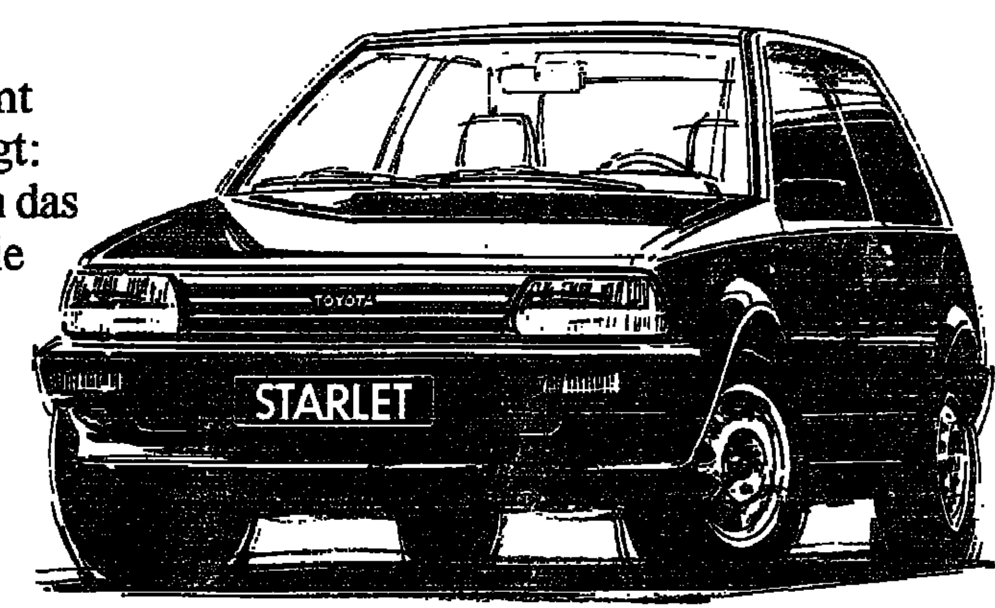
Mehr als Münchener Flair und *Heimatgefühle kann Hoeneß* den Leverkusener Offerten nicht ent*gegensetzen. „Denn der Konzern* zahlt", so Hoeneß, „wenn er Waas *behalten will, jede Summe.*"

ULFERT SCHRÖDER



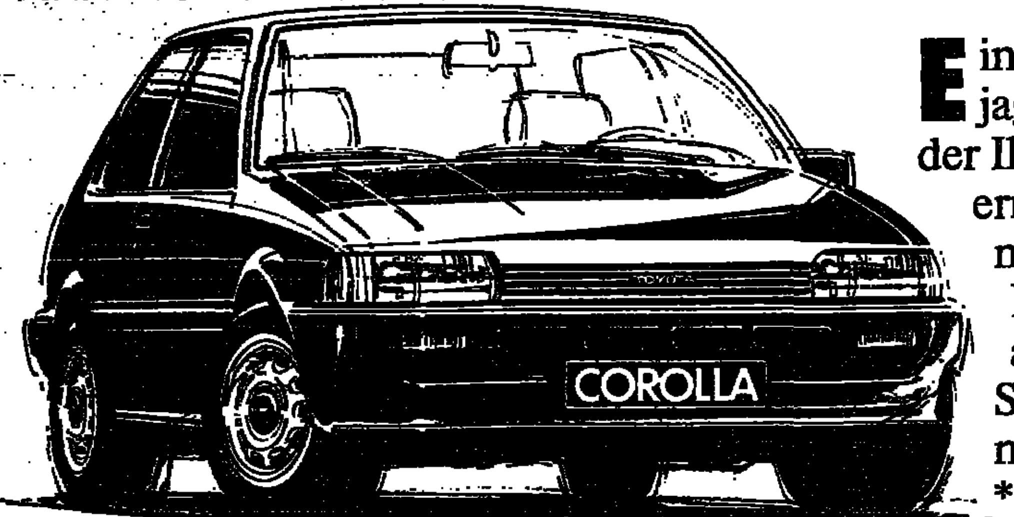
Jetzt schalten. Und den vollen Steuervorteil sichern.

Mit dem Starlet S schnappen Sie dem Finanzamt auch in Zukunft die Mäuse weg. Genauer gesagt: DM 750,– Steuern in 2 Jahren und 8 Monaten. Denn das kleine Kraftpaket produziert dank Toyota Euro-Kat die Leistung von 74 PS/55 kW auf besonders umweltfreundliche Weise. Und so sportlich, wie sein 12-Ventiler mit 1,3 *l* Hubraum zur Sache geht, ist auch die Ausstattung. Mit Sportsitzen, Lederlenkrad, Drehzahlmesser, 5-Gang-Getriebe und sportlichem Design. Ab DM 16.070,–*.



KATS VON TOYOTA. MÄUSE VOM STAAT.

VOLLER STEUERVORTEIL BEI ZULASSUNG BIS 31.12.86



Eine weitere Möglichkeit, dem Staat die Mäuse abzujagen: Corolla Compact SR. Auch er mit Euro-Kat, der Ihnen in 2 Jahren, 8 Monaten bis zu DM 750,– Steuern erspart. Passend zur Dynamik seines 12-Ventilers mit 74 PS/55 kW: Frontantrieb, 5-Gang-Getriebe, Drehzahlmesser. Ab DM 15.970,–*. Auch in den anderen Fahrzeugklassen bietet Toyota attraktive Steuersparer – als Kat- oder Diesel-Motoren. Deshalb nicht abwarten. Sondern jetzt zum Toyota Händler.

* Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.

BMZ

TOYOTA

Nichts ist unmöglich

Toyota Bix: *40063#

FUSSBALL-KULISSE / Auftritt von Manfred Müller (39) im Nürnberger Tor bleibt einmalig – Mitleid nach Bockenfeld-Platzverweis

Fünf Tore von Frank Hartmann – jedes sollte Manager Assauer und Schalke 04 tief treffen

Von ULLA HOLTHOFF

Kein Drehbuchautor hätte das Geschehen besser arrangieren, kein Psychologe hätte es besser provozieren können: Was dem Kaiserslauterner Mittelfeldspieler **Frank Hartmann** (26) am Samstag gelang, kann nicht einmal mit dem Begriff Zufall treffend beschrieben werden.

Beim 5:1 über den FC Schalke 04 war er der einzige Kaiserslauterner Torschütze, erzielte alle fünf Treffer gegen die Mannschaft, in der er selbst noch in der vergangenen Saison gespielt hatte. Fünf Tore als Antwort auf die eigene, wochenlange Erfolglosigkeit. Tor für Tor eine Befreiung von Frust und Ärger. Die Erleichterung wuchs mit der Höhe der Kaiserslauterner Führung.

In fünf Toren entluden sich die Enttäuschungen und die Zweifel der vergangenen Wochen und Monate. Und das ausgerechnet gegen seinen ehemaligen Verein, der zu seiner mißlichen Situation gründlich beigetragen hatte. „Schalke war immer mein Lieblingsverein, schon von Jugend an", sagte Frank Hartmann gestern in einem Gespräch mit der WELT. „Ich wäre da nie weggegangen. Aber als es um meinen neuen Vertrag ging, haben sie mich hängenlassen."

*

Nach sechs wechselhaften Jahren beim 1. FC Köln war Frank Hartmann im Dezember an Schalke verkauft worden. Damals ein mittelklassiger, noch dazu unbeständiger Bundesligaspieler. Dementsprechend gering war sein Gehalt. Es bewegte sich im unteren Drittel des Schalker Gehaltsgefüges.

In der vergangenen Saison aber entwickelte sich Frank Hartmann in Schalke zu einem wichtigen Stammspieler, erzielte als Mittelfeldspieler mit 13 Saisontoren mehr Treffer als mancher Stürmer in der Bundesliga und bat deshalb am Ende der Saison um Gehaltserhöhung. „Schließlich habe ich Frau und Kinder, an die ich denken muß. Da konnte ich nicht einfach zu allem ja sagen."

Statt der Gehaltsaufbesserung gab es Ärger mit Manager **Rudi Assauer** (42). Hartmann „hatte 50 000 Mark mehr im Jahr gefordert. Normalerweise einigt man sich dann bei der Hälfte und darauf wollte ich hinaus." Doch Assauer blieb hart. Frank Hartmann einigte sich mit Kaiserslautern. Und Assauer war sauer. „Eines Tages hat er meine Abwesenheit ausgenutzt und sich bei meiner Frau beschwert", sagt Hartmann, der immer noch empört ist über das Verhalten des Managers. „Er wußte, daß sie im neunten Monat schwanger war und keine Aufregung vertrug. Aber er hat sie am Telefon richtig fertiggemacht: Ich wäre unverschämt, was mir überhaupt einfiele, mich so zu benehmen, usw. Dabei hat sie doch gar nichts damit zu tun."

Nach diesem Anruf hat Frank Hartmann tatsächlich erwogen, den Manager wegen Nötigung zu verklagen.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Doch dann hat er seinen Frust auf sportliche Weise geregelt: Fünf Tore gegen Schalke – das waren auch fünf Tore gegen Manager Assauer. Obwohl er sagt: „Ich habe am Samstag nicht nur gegen Assauer gespielt, sondern hauptsächlich für Kaiserslautern. Denen wollte ich zeigen, daß ich was kann, weil die hier schon alle zweifelten."

*

Das anfängliche Mitleid mit dem erfolglosen Neuzugang, der in dieser Saison erst ein Tor beim Spiel in Frankfurt geschossen hatte, war in Kaiserslautern zuletzt in Ablehnung umgeschlagen. **Brigitte Hartmann** (25) mochte schon gar nicht mehr ins Stadion gehen, weil sie die abfälligen Bemerkungen über ihren Mann auf der Tribüne nicht mehr ertrug. Am Samstag hing im Stadion sogar ein Transparent mit der Aufschrift: „Hartmann verrecke". Schalker Fans hatten es gespannt.

Diese Art der Negativ-Motivation und die Hilfe von Trainer **Hannes Bongartz** (35) gaben Frank Hartmann Kraft für seine willensstarke Energieleistung. „Ein anderer Trainer hätte längst gesagt: ‚Setz Dich erst mal auf die Bank, vielleicht läuft es dann wieder.' Aber der Hannes Bongartz hat mich am Samstag vor dem Spiel in den Arm genommen und gesagt: ‚Heute machst Du ein Tor. Wenn Du heute keins machst, dann machst Du überhaupt keins mehr.'" Beim Training am Donnerstag hatte Bongartz schon mit den anderen Stammspielern **Jürgen Groh** (30), **Wolfram Wuttke** (24) und **Dieter Trunk** (27) geredet und sie gebeten: „Beim Frank Hartmann läuft es im Moment noch nicht so richtig. Ihr müßt ihm jetzt helfen und für ihn auch mal die Mitte frei machen, damit er nicht immer nur an der Außenlinie klebt." Das sind neue Töne in der Bundesliga, *wo die Trainer in der Vergangenheit erfolglose Spieler allzu häufig durch Strafen zur Leistungssteigerung zwingen wollten.*

*

Konsequenzen aus seiner persönlichen Situation zog gestern in Nürnberg Schatzmeister **Peter Karg** (39). Er ist einen Tag nach dem 4:3-Sieg im Abstiegskampf gegen Fortuna Düsseldorf von seinem Amt zurückgetreten. Gegen Karg hat die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ein Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung in seiner Eigenschaft als Treuhänder in Zusammenhang mit der Abrechnung verschiedener Bauherren-Modelle eingeleitet. „Ich rechne auf keinen Fall mit einer strafrechtlichen Verurteilung, aber ich will den Verein vor Schaden bewahren", sagte Karg und schloß gleichzeitig eine Rückkehr ins Präsidium aus.

*

Eine längerfristige Rückkehr in die Mannschaft des 1. FC Nürnberg hat auch Torwart **Manfred Müller** (39) unmittelbar nach seinem Comeback ausgeschlossen. „Das soll ein einmaliger Einsatz bleiben", sagte Müller. „Ich habe das nur aus einer Notlage heraus gemacht. Am kommenden Samstag müßte **Rainer Stumptner** eigentlich wieder fit sein." Schon vor zwei Jahren hatte Manfred Müller seine aktive Laufbahn als Fußball-Profi beendet. Weil aber die drei Torwarte **Herbert Heider** (27), **Andreas Köpke** (24) und Rainer Stumptner (23) verletzt oder gesperrt sind, zog Manfred *Müller am Samstag die Handschuhe* noch einmal an. Immerhin besitzt er immer noch eine Spielberechtigung für den 1. FC Nürnberg.

Die psychische und physische Anspannung war für ihn trotz seiner jahrelangen Bundesliga-Erfahrung beim *Wuppertaler SV*, dem 1. FC Nürnberg und Bayern München ungeheuer *groß. Vor dem Spiel war er* „unheimlich nervös", nach dem Spiel „bestand *ich fast nur noch aus Zerrungen.*" Fast eine Dreiviertelstunde brachte der Masseur, um die verkrampfte Muskulatur halbwegs zu entspannen.

Schließlich hatte Manfred Müller erst in der vergangenen Woche wieder mit dem Training begonnen. Seine Tätigkeit als Torwart-Trainer in Nürnberg ist körperlich nicht so belastend, als daß er sich eine bundesligareife Form erhalten könnte. Schließlich ist das Torwart-Training für ihn nur noch eine Nebentätigkeit. Im Hauptberuf ist Manfred Müller jetzt selbstständiger Unternehmer, Inhaber und Gründer der Firma MM-Film. Gemeinsam mit dem Münchner Kameramann ***Bernd Elsner*** (43) produziert er Sportfilme, Lehrfilme und aktuelle Reportagen, die als Video-Kassetten vertrieben werden oder in den Sportsendungen von *RTL-plus und* SAT 1 gesendet werden.

Erst gestern abend lief in RTL-plus wieder ein Beitrag von Manfred Müller. Ein Film über zwei Torwart-Oldies, die einst bei demselben Verein gearbeitet haben: Ein Portät über Manfred Müller und **Rudi Kargus** (34), der noch vor zwei Jahren in Nürnberg spielte und am Samstag mit seiner neuen Mannschaft Fortuna Düsseldorf zu Gast an seinem alten Arbeitsplatz im Stadion an der Noris war. Enthalten in dem Beitrag waren auch die Szenen aus der 85. Minute, als Manfred Müller den Platzverweis des Düsseldorfer Verteidigers **Manfred Bockenfeld** (26) provozierte. „Eigentlich hat er mir nur den Finger umgebogen", sagt Müller und war kleinlaut. „Nachdem der Schiedsrichter Elfmeter gepfiffen hatte, wollte er mir den Ball aus den Händen reißen, aber ich hab' ihn festgehalten. Das macht man in dem Geschäft so. Daß es dafür gleich einen Platzverweis gab, tut mir leid."


Manfred Müller in Siegerpose: Mit 39 Jahren kehrte er noch einmal in die Bundesliga zurück und konnte jubeln. FOTO: BAADER


Ein ratloser Rudi Kargus: Die Rückkehr des 34 Jahre alten Torwart-Oldies war nicht von Erfolg gekrönt FOTO: BAADER

2. Liga

Hannover 96 zu Hause unbesiegt

dpa, Hannover

Hannover 96, Spitzenreiter der zweiten Fußball-Bundesliga, bleibt zu Hause eine Macht. Zum Schluß geriet der 3:2-Erfolg über Rot-Weiß Essen zwar noch etwas in Gefahr, dennoch konnte die Mannschaft von Trainer Jürgen Wähling bereits den siebten Sieg im siebten Heimspiel feiern. Einziger Wermutstropfen: Am ersten Novembertag sahen nur 11 987 Besucher zu – für Hannover ein ungewohntes Bild und Minusrekord dieser Saison.

Insgesamt 20 sogenannter Fans unter den Zuschauern wurden nach dem Spiel in Hannover von der Polizei festgenommen. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, werden sich vier Jugendliche aus Hannover wegen Körperverletzung und Widerstands sowie zwei Besucher wegen Drogenhandels verantworten müssen.

Eine Gruppe von 96-Anhängern aus Bremen bestieg nach Spielschluß den Zug nach Bremn und brachte ihn nach etwa 500 Metern mit einer Notbremsung zum Halten. Polizeibeamte nahmen die Jugendlichen in Gewahrsam.

DIE ERGEBNISSE

Saarbrücken – Aschaffenb.	4:2	(1:0)
Solingen – St. Pauli	3:2	(1:0)
Ulm – Wattenscheid	3:1	(0:1)
Stuttgart – Freiburg	3:0	(1:0)
Karlsruhe – Darmstadt	4:0	(2:0)
Hannover – Essen	3:2	(0:0)
Salmrohr – Bielefeld	1:1	(0:0)
Kassel – Köln	1:0	(0:0)
Oberhausen – Braunschw.	1:0	(0:0)
Osnabrück – Aachen	0:2	(0:1)

DIE TABELLE

1.Hannover	14	12	0	2	31:14	24:4
2.Aachen	14	9	2	3	20:9	20:8
3.Osnabrück	14	8	3	3	34:18	19:9
4.Stuttgart	14	8	1	5	32:22	17:11
5.Saarbrücken	14	6	5	3	23:18	17:11
6.Karlsruhe	14	6	4	4	25:21	16:12
7.Darmstadt	14	6	4	4	20:16	16:12
8.Ulm	14	6	3	5	20:19	15:13
9.Oberhausen	14	7	1	6	23:23	15:13
10.Freiburg	14	6	3	5	19:20	15:13
11.St. Pauli	14	5	4	5	24:21	14:14
12.Wattenscheid	14	4	6	4	24:23	14:14
13.Solingen	14	6	1	7	25:28	13:15
14.Braunschweig	14	4	4	6	21:17	12:16
15.Aschaffenb.	14	4	3	7	20:27	11:17
16.Köln	14	3	5	6	20:28	11:17
17.Essen	14	3	4	7	24:26	10:18
18.Bielefeld	14	1	7	6	13:21	9:19
19.Kassel	14	2	3	9	15:31	7:21
20.Salmrohr	14	1	3	10	14:34	5:23

DIE VORSCHAU

Freitag, 7.11., 20 Uhr: Essen – Karlsruhe, Aachen – Stuttgart. – **Samstag, 8.11., 14.30 Uhr:** Aschaffenburg – Salmrohr, Freiburg – Oberhausen, St. Pauli – Köln; **15.30 Uhr:** Braunschweig – Ulm, Darmstadt – Saarbrücken. – **Sonntag, 9.11., 15 Uhr:** Wattenscheid – Kassel, *Solingen* – Hannover, Bielefeld – Osnabrück.

Der zwölfte Spieltag: Aufstellungen und Vorschau

Nürnberg – Düsseldorf 4:3 (2:0)
Nürnberg: Müller – Reuter – Giske, Grahammer – T. Brunner, Schwabl, Lieberwirth (53. Stenzel), Geyer (62. Güttler), Wagner – Philipkowski, Eckstein. – **Düsseldorf:** Kargus – Jakobs – Weikl, Wojtowicz – Bockenfeld, Keiser, Dusend (77. Blättel), Thomas, Krümpelmann – Jensen, Demandt (75. Preetz). – **Tore:** 1:0 Reuter (13., Foulelfmeter), 2:0 Eckstein (18.), 2:1 Jensen (49.), 2:2 Jensen (52.), 3:2 Stenzel (73.), 4:2 Eckstein (82.), 4:3 Weikl (86., Foulelfmeter). – **Gelbe Karten:** Jakobs (2), Thomas, Weikl (3). – **Rote Karte:** Bockenfeld.

Frankfurt – Mannheim 2:1 (2:0)
Frankfurt: Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Sievers, Müller, Kraus (62. Falkenmayer), Möller (78. Mitchell), Binz – Friz, Smolarek. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Kohler – Tsionanis (46. Gaudino), Scholz, Quaisser, Borchers (62. Trieb), Neun – Bührer, Walter. – **Tore:** 1:0 Binz (8.), 2:0 Berthold (13.), 2:1 Dickgießer (72.) – **Gelbe Karten:** Kraus (2), Smolarek (2), Dickgießer (4), Sebert (3).

Bremen – Uerdingen 5:1 (2:1)
Bremen: Burdenski – Sauer – Kutzop, Otten – Schaaf, Wolter (84. Hanses), Hermann, Votava, Meier (74. Noruschat) – Völler, Ordenewitz. – **Uerdingen:** Vollack – F. Funkel – W. Funkel, Wöhrlin – Damgen (69. van de Loo), Bommer, Edvaldsson (46. Kirchhoff), Klinger, Buttgereit – Bierhoff, Kuntz. – **Tore:** 1:0 Völler (8.), 1:1 W. Funkel (27.), 2:1 Völler (30.), 3:1 Völler (52.), 4:1 Votava (66.), 5:1 Votava (80.).

Hamburg – Dortmund 4:2 (2:1)
Hamburg: Hain – Jakobs – Kaltz, Plessers, Homp – Kroth, von Heesen, Jusufi – Gründel, Okonski, Schmöller (58. Balzis). – **Dortmund:** de Beer – Pagelsdorf – Kutowski, Hupe – Lusch, Zorc, Spyrka (46. Storck), Raducanu, Helmer – Simmes (63. Anderbrügge), Dickel. – **Tore:** 0:1 Dickel (4.), 1:1 Okonski (9.), 2:1 Okonski (27.), 3:1 Jusufi (74.), 3:2 Dickel (76.), 4:2 Balzis (86.).

München – Leverkusen 0:3 (0:1)
München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Flick, Matthäus, Brehme, Rummenigge (72. Kögl) – Wohlfarth, Lunde (46. Mathy). – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zanter, Reinhardt – Götz, Schreier, Rolff, Hausmann, Hinterberger – Waas, Tscha. – **Tore:** 0:1 Götz (13.), 0:2 Hausmann (79.), 0:3 Götz (87.).

Köln – Berlin 1:1 (1:1)
Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Wollitz – Geils, Olsen (81. Janßen), Bein (55. Häßler), Engels, Lehnhoff – T. Allofs, K. Allofs. – **Berlin:** Mager – Haller – Hellmann, Schmidt – Schlegel, Vandereycken, Feilzer, Schüler, Flad – Yula (46. Riedle), Mattern. – **Tore:** 1:0 K. Allofs (11.), 1:1 Yula (45.).

K'lautern – Schalke 5:1 (2:1)
K'lautern: Ehrmann – Dusek – Moser, Majewski, Hoos – Hartmann, Wuttke (75. Schupp), Groh, Allievi – Trunk (82. Roos), Kohr. – **Schalke:** Macak – Hannes – S. Täuber, Kruse – Roth, Opitz, Dietz, Thon (80. Eistram), K. Täuber – Wegmann, Regenbogen. – **Tore:** 1:0 Hartmann (19.), 2:0 Hartmann (22.), 2:1 Wegmann (28.), 3:1 Hartmann (53.), 4:1 Hartmann (73.), 5:1 Hartmann (90.).

M'gladbach – Stuttgart 4:0 (1:0)
M'gladbach: Kamps – Bruns – Winkhold, Borowka – Krauss, Drehsen, Bakalorz (75. Brandts), Lienen, Frontzeck – Rahn, Thiele (82. Criens). – **Stuttgart:** Immel – Beierlorzer – Strehmel, Buchwald – Schäfer, Pasic (71. Sunk), Hartmann, Zietsch, Müller – Klinsmann (82. Schmitt), Merkle. – **Tore:** 1:0 Rahn (44.), 2:0 Thiele (64.), 3:0 Borowka (81.), 4:0 Criens (90.).

Bochum – Homburg 0:0
Bochum: Zumdick – Kempe – Oswald, Kree – Heinemann, Benatelli, Schulz (85. Legat), Lameck, Woelk – Nehl (63. Wegmann), Leifeld. – **Homburg:** Scherer – Wojcicki – Beck, Dooley – Lebong (78. Bastian), Freiler, Buncol, Frenken, Ehrmanntraut – Müller, Schäfer.

Die Vorschau

Freitag, 7. 11., 20 Uhr:

Dortmund – K'lautern	(4:2)
Samstag, 8. 11., 14.30 Uhr:	
Homburg – Frankfurt	(–:–)
15.00 Uhr: Berlin – Leverkusen	(–:–)
15.30 Uhr: Mannheim – München	(0:4)
Köln – Nürnberg	(3:1)
Düsseldorf – Hamburg	(3:1)
Schalke – M'gladbach	(2:2)
Stuttgart – Bremen	(2:1)
Uerdingen – Bochum	(3:2)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.


Im strömenden Regen ging Rudi Völler auf Torjagd – dank seiner Treffer darf Werder Bremen wieder hoffen. FOTO: DPA

TENNIS / Boris Becker erreichte sein drittes Grand-Prix-Finale innerhalb von drei Wochen – Geldbuße und Sperre für John McEnroe

„Solange ich gewinne, kann ich auch zwölf Monate hintereinander spielen"

dpa, Paris

Ein weiterer Glanzpunkt in einer jungen Karriere: Innerhalb von drei Wochen hat Wimbledonsieger Boris Becker sein drittes Tennis-Grand-Prix-Finale erreicht. Nach den beiden Siegen in Sydney und Tokio schlug der 18jährige im Halbfinale des mit 625 000 Dollar dotierten Turniers von Paris den Franzosen Henri Leconte nach hochklassigem Spiel mit 6:2, 3:6, 6:3. Gestern traf er im Finale auf den 24jährigen Spanier Sergio Casal, der den Amerikaner Tim Mayotte 6:1, 3:6, 6:3 bezwang. (Das Ergebnis des Endspiels lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.)

„Leconte ist hier zu Hause. Ihn zu bezwingen wird sehr schwer", hatte Becker vor dem Halbfinalspiel gesagt. Und tatsächlich mußte der Leimener Präzisionsarbeit bei höchstem Tempo leisten, um den französischen Weltranglisten-Siebten vor 15 000 Zuschauern im ausverkauften Pariser Sportpalast erneut in die Knie zu zwingen. In Wimbledon hatte Becker Leconte bislang zweimal geschlagen, 1985 im Viertelfinale, in diesem Jahr im Halbfinale.

„Es war sehr schwer, bei der Lautstärke des Publikums die ganze Zeit konzentriert zu sein. Nach dem zweiten Satz hatte ich keine Zweifel, zu gewinnen", sagte Becker hinterher und lobte den Gegner: „Es war das beste Spiel, das Leconte bisher gegen mich gemacht hat." Das empfand auch der Franzose selbst so: „Ich habe heute besser gespielt als in diesem Jahr im Halbfinale von Wimbledon. Da war ich nur einen Satz lang gut, heute die ganze Zeit." Dennoch mußte sich Leconte seinem Gegner beugen, hatte beispielsweise „die größten Schwierigkeiten beim Return, weil kein anderer ihn mit soviel Risiko spielt wie Boris". Henri Lecontes Fazit: „Wenn ich mit ihm mithalten will, muß ich physisch stärker werden."

Über seinen Überraschungsgegner im Finale, Sergio Casal, sagte Bekker: „Er hat nichts zu verlieren und kann frei aufspielen". Dann charakterisierte er seinen Gegner, die Nummer 100 der Weltrangliste, so: „Er ist ein Spieler, der alles kann, aber nichts besonders gut. Er hat keinen Killer-Schlag." Dennoch, so meinte Becker, hätten dem Spanier die Siege über Mayotte und vor allem John McEnroe sicher großes Selbstvertrauen gegeben.

Casal war als Qualifikant in das Hauptfeld der 32 Spieler gelangt. Er ist der einzige Spieler, gegen den Boris Becker in einem Daviscup-Spiel unterlag, im letzten Jahr in der ersten Runde in Sindelfingen. Bei den US-Open bezwang der Leimener den Spanier allerdings in der dritten Runde glatt mit 7:5, 6:4, 6:2.

Auch nach dem Turnier von Paris bleibt Becker kaum Zeit zum Luftholen. Heute und morgen wird der 18jährige im italienischen Bologna gemeinsam mit dem Amerikaner John McEnroe, dem Franzosen Yannick Noah sowie den Altstars Björn Borg, Ilie Nastase und Adriano Panatta zugunsten von Gianluca Rinaldini spielen. Die frühere Nummer zwei der italienischen Rangliste hat vor einiger Zeit einen schweren Autounfall erlitten und ist seitdem querschnittsgelämt.



Routinierte Geste des Triumphs: Boris Becker FOTO: AFP

Becker springt in Bologna für den Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl ein, der kurzfristig wegen einer Verletzung absagte. Damit wird seine ohnehin schon kurze Pause bis zum Turnier in der Londoner Wembley-Arena (10. bis 16. November) noch kürzer. „Ich bin froh, wenn das hier vorbei ist", hatte Becker schon in Paris geklagt, „müde war ich eigentlich schon Ende letzter Woche in Tokio." Seit dem Daviscup-Abstiegsspiel Anfang Oktober in Essen ist er nahezu ununterbrochen im Einsatz.

Und doch steht der eigentliche Höhepunkt des Jahres noch bevor. Beim Masters-Turnier in New York (1. bis 7. Dezember) will er nach der inoffiziellen Weltmeisterschafts-Krone greifen, die ihm Lendl Anfang dieses Jahres knapp verwehrte.

Am 22. November wird Becker 19 Jahre alt. Er aber fühlt sich jetzt schon älter: „Das Alter zwischen 17 und 23 habe ich sozusagen übersprungen." In die Zukunft will er gar nicht erst schauen, denn „die Gegenwart ist hart genug". Das aber war wohl mehr scherzhaft gemeint, denn Becker glaubt selbst, er könne zwölf Monate hintereinander spielen, „solange ich gewinne".

Nach dem Masters ist der Streß für dieses Jahr immer noch nicht vorbei. Gleich in der Woche darauf will Bekker in Stuttgart seinen bereits zweimal gewonnenen Titel beim Young-Masters-Turnier verteidigen. Diese Meisterschaft für Spieler unter 22 Jahre hatte er Anfang 1985 in Birmingham gewonnen, im Januar dieses Jahres siegte er in Berlin. Anschließend geht Becker dann endlich zum wohlverdienten Urlaub – Skilaufen in den Alpen.

Und 1987? Bereits am 12. Januar beginnen die Australien Open in Melbourne. Zusätzlich zu den normalen Turnieren will Becker auch noch diverse Schaukämpfe in Deutschland bestreiten. Einzelheiten zu dieser Veranstaltungsserie will Manager Tiriac bald bekanntgeben. Über Mangel an Beschäftigung kann der jüngste Wimbledon-Sieger aller Zeiten also nicht klagen.



Ausrutscher auf und neben dem Spielfeld: Im Spiel gegen den Spanier Sergio Casal stemmte sich John McEnroe (Foto) vergeblich gegen die Niederlage, danach beschimpfte er den Schiedsrichter FOTO: AP

John McEnroe, das Schiedsrichterproblem und die stille Hoffnung auf die Technik

John McEnroe, gerade erst erfolgreich zu einem Comeback nach längerer Turnierpause gestartet, setzt seine Hoffnungen auf Gerechtigkeit jetzt in die Technik: „Die Schiedsrichter sind so schlecht. Sie erfüllen nicht ihre Aufgabe. Vielleicht erfindet ja endlich einer eine Maschine, um diese Leute zu ersetzen." Anlaß dieser Schelte war die Leistung des britischen Unparteiischen Jeremy Shales bei McEnroes 3:6, 6:7-Niederlage gegen den Spanier Sergio Casal im Viertelfinale beim Grand Prix von Paris.

Während der Amerikaner nach dem Match ernsthaft und ruhig über mögliche Konsequenzen für die Zukunft nachdachte, war seine Wut auf dem Platz wieder einmal außer Kontrolle geraten. „Sie werden nie mehr ein Spiel von mir leiten", hatte McEnroe den „schlechtesten Schiedsrichter, den ich je erlebt habe", angeschrieen und noch einige saftige Beleidigungen folgen lassen.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Thomas Karlberg, der schwedische Oberschiedsrichter des Turniers, verhängte 3000 Dollar Geldstrafe gegen den 27jährigen Amerikaner. Dieser Verlust wird den vielfachen Millionär McEnroe kaum ernsthaft belasten, wohl aber die Tatsache, daß er damit eine Sperre in Kauf nehmen muß. Denn McEnroe hat nun 8850 Dollar Strafe innerhalb eines Jahres angesammelt. Bei 7500 Dollar aber wird ein Spieler automatisch für drei Wochen gesperrt. Oder für sechs Wochen, in denen er zwar keine Grand-Prix-Turniere, wohl aber Schaukämpfe bestreiten darf.

Für McEnroe ist es bereits das vierte Mal, daß er pausieren muß. Zum letzten Mal hatte es ihn erwischt, als er beim Turnier von Stockholm vor einem Jahr wutentbrannt mit seinem Schläger auf eine fast volle Getränkedose drosch und dabei einige Herrschaften in der königlichen Loge bespritzte.

Die neuerliche Zwangspause trifft McEnroe besonders hart, da er nun sein Ziel, noch beim Masters-Turnier Anfang Dezember in New York mitzuspielen, nicht mehr erreichen kann. In der Grand-Prix-Rangliste liegt er auf Rang 18; nur die ersten acht dürfen bei dieser inoffiziellen Weltmeisterschaft spielen. Seit acht Jahren fehlt McEnroe damit zum ersten Mal bei diesem Turnier, das er dreimal gewonnen hat.

Dennoch ist er mit 1986 zufrieden. „Das war ein gutes Jahr für mich. Allerdings nicht so sehr, was Tennis angeht." Für die Zukunft hat er sich einiges vorgenommen. Er wolle wieder ganz nach vorn, sagte McEnroe, und – sich „nicht mehr von den Schiedsrichtern provozieren lassen". Dabei haben schon einige eifrig überlegt, wie ein erboster John McEnroe auch gegen vollelektronische Unparteiische vorgehen könnte. Einfach den Stecker ziehen ... (dpa)

TURNEN

Querelen beigelegt

dpa/sid, Frankfurt

Im Turn-Lager der Frauen bleibt alles beim alten. Die neuerlichen Querelen zwischen der Bundesfachwartin Ursula Hinz (Berlin) und dem Bundestrainer-Ehepaar Vladimir und Alena Prorok („Nie mehr mit Uschi Hinz") sind beigelegt. Prorok hatte am 27. August und am 18. Oktober aufgrund der Auseinandersetzungen jeweils mündlich seine Kündigung ausgesprochen.

Fazit der mehrstündigen Streitrunde von Frankfurt: keine Kündigung

durch den Cheftrainer, keinen Rücktritt der Funktionärin. Unter der Leitung des Bundessportwartes Hans-Jürgen Zacharias erklärten beide Seiten ihre Bereitschaft zur weiteren konstruktiven Zusammenarbeit. „Wichtig war, daß wir zusammensaßen, trotz aller Hektik Mißverständnisse ausgeräumt und die Aufgaben der Betreffenden noch einmal modifiziert haben", resümierte Zacharias die Gesprächsrunde, an der auch die Eltern der sieben im Frankfurter Leistungszentrum lebenden Nationalriegen-Turnerinnen teilnahmen.

Im Klartext heißt das: Ehepaar Prorok ist für die sportlichen Aufgaben allein verantwortlich. Die Fachaufsicht führt Ursula Hinz. Für die Betreuung der Nachwuchsturnerinnen werden voraussichtlich schon zum 1. Januar Norbert und Rodica Kuhn unter Vertrag genommen. Der derzeitige Berliner Landestrainer nimmt den Platz des inzwischen ausgeschiedenen Stefan Bogdan ein, seine Frau wird Bundes-Honorartrainerin.

Mit diesem personellen Stab soll nun eine störungsfreie und optimale Vorbereitung im Hinblick auf die Weltmeisterschaften 1987 in Rotterdam und die Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul gewährleistet sein.

GALOPP

Helikon vor Hydros

KLAUS GÖNTZSCHE, Mülheim

Brüderliches Ende in der Traditionsprüfung um das Silberne Band der Ruhr (41 000 Mark, 24 000 Mark dem Sieger, 4000 m) gestern vor fast 10 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn am Mülheimer Raffelberg. Mit fast vier Längen Vorsprung siegte der dreijährige Hengst Helikon mit Jockey Erwin Schindler vor seinem um ein Jahr älteren Bruder Hydros mit Lutz Mäder. Den dritten Platz belegte der Schweizer Gast Soguero mit Urs Suter vor dem Mitfavoriten Mantelano mit Peter Alafi.

Helikon und Hydros stammen aus der Zucht des Gestüts Birkenmoor in Visselhövede in der Lüneburger Heide, ihre Mutter ist die Stute Hallig. Besitzer von Helikon ist Götz Meyer zu Reckendorf aus Bremen, beide Pferde werden in Köln von Bruno Schütz trainiert.

Das Alexander-Rennen in Frankfurt gewann überlegen mit vier Längen die Favoritin Muas aus dem Gestüt Röttgen mit Dave Richardson.

Bei den Abend-Rennen am Samstag in Dortmund (Wettumsatz: 530 000 Mark) gelang dem schon zwölfjährigen Hengst Bergpanther beim 86. Start seiner langen Laufbahn der 23. Sieg, insgesamt hat der Galopper-Methusalem 269 205 Mark gewonnen, sein Trainer ist Reiner Werning in Dortmund-Wambel.

50 Rennen haben die Pferde des 24jährigen Andreas Wöhler aus Bremen bereits gewonnen, obwohl der Sohn des am 14. März 1986 verstorbenen Trainers Adolf Wöhler überhaupt noch nicht im Besitz einer normalen Trainerlizenz ist. Er führt gemeinsam mit Futtermeister Dieter Davids den Stall auf der Bremer Rennbahn mit einer Sondergenehmigung, derzeit nimmt er am Trainerlehrgang teil.

Seine Pferde stellte er in Bremen (Umsatz in acht Rennen: 287 987,50 Mark) aber in Topform vor, dreimal führte er den Sieger vom morastigen Geläuf, mit Birjama gelang ihm der Jubiläumssieg.

Das letzte Rennen in Bremen gewann die 27jährige Regina Molenda aus Köln im Sattel von Argo. Sie wird Vicki Furler als Championeß ablösen, in Bremen gelang der Angestellten des Galopperverbandes bereits der 27. Saisonsieg.

Der vierjährige Hengst Smaragd wurde bis vor einigen Monaten auch noch von Andreas Wöhler betreut, doch dann beorderte Besitzerin Margrit Wetzel aus Hamburg ihn zu Trainer Theo Grieper nach Köln-Rath. Am Samstag gewann Smaragd mit dem schon 47jährigen Jockey Manfred Prinzinger im Sattel in München-Riem das Spreti-Memorial (35 000 Mark, 20 000 Mark dem Sieger, 1600 m) überlegen vor Royal Rock's und Alia's Rocket.

SPORT-NACHRICHTEN

Golf: Junioren führen

Bogota (GAB) – Gemeinsam mit Dänemark und je 441 Schlägen führen die beiden Hubbelrather Golfamateure Ekkehard Schieffer (280) und Ralf Thielemann (223) überraschend vor der letzten Runde des internationalen Mannschafts-Wettspieles um den „Copa el Rincon" in Bogota (Kolumbien). In der Einzelwertung rangiert der Deutsche Juniorenmeister Schieffer mit seinen 218 Schlägen an zweiter Stelle hinter Yoshiro Ito (Japan) 217.

Hübner auf Remis-Kurs

Tilburg (dpa) – Der deutsche Großmeister Robert Hübner (Porz) setzte beim internationalen Schachturnier im holländischen Tilburg die Serie seiner Remis-Spiele fort. Hübner trennte sich von Timman (Holland), wie schon gegen Karpow und Kortschnoi, mit einem Unentschieden.

Sperr: Souveräner Sieg

Königssee (sid) – Der WM-Fünfte Michael Sperr gewann auf der Kunsteisbahn am Königssee die erste interne Viererbob-Qualifikation des Deutschen Bob- und Schlittensport-Verbandes (DBSV) für die neue Sason. Sperr verwies in 2:29,80 Minuten Ralf Kurpjun (2:30,33) und Peter Schliwa (2:30,40) auf die Plätze zwei und drei.

Spandau: Final-Chancen

Berlin (dpa) – Die Wasserfreunde Spandau 04 haben eine gute Chance, das Finale im Wasserball-Europapokal der Landesmeister zu erreichen. Die Berliner bezwangen den jugoslawischen Meister VK Kotor im Hinspiel mit 7:2.

Vucak verunglückt

Kassel (sid) – Das 19 Jahre alte Fußball-Talent von Hessen Kassel, Marijan Vucak, verunglückte einen Tag vor seiner Premiere in einer Meisterschafts-Begegnung mit seinem Wagen tödlich. Der Mittelfeldspieler unterschrieb erst vor 14 Tagen einen Profivertrag und sollte gestern gegen Fortuna Köln von Beginn an spielen.

US-Damen überlegen

London (dpa) – Beim 58. Duell um den Wightman Cup gewannen die amerikanischen Tennis-Damen in London zum 48. Mal gegen England. Nach drei Einzel-Erfolgen wurde der Gesamtsieg mit der 4:0-Führung durch das 6:3, 5:7, 6:3 im ersten Doppel von Bonny Gadusek/Kathy Rinaldi gegen Annabel Croft/Sara Gomer schon vorzeitig sichergestellt. Der Endstand lautete 7:0.

Nottingham bleibt vorn

London (sid) – Nottingham Forest besiegte am 13. Spieltag der ersten englischen Division Sheffield Wednesday mit 3:2 und liegt mit 26 Punkten zwei Zähler vor Arsenal London. Arsenal setzte sich im Stadt-Duell beim Charlton Athletic mit 2:0 durch.

Every Way disqualifiziert

Mailand (sid) – Deutschlands Ausnahme-Traber Every Way erlitt beim „Gran Premio" auf der Bahn in Mailand schon im Vorlauf eine Disqualifikations-Niederlage. In diesem mit 600 000 Mark dotierten Rennen wurde der dreijährige Hengst 50 Meter vor der Startmarke behindert und galoppierte. Es erfolgte kein Neustart.

Hiemer muß pausieren

Düsseldorf (dap) – Eishockey-Nationalspieler Jörg Hiemer fällt voraussichtlich bis zum Ende des Jahres aus. Der Stürmer der Düsseldorfer EG zog sich im Bundesligaspiel gegen Schwenningen einen Muskelriß im Oberschenkel zu.

Nur von der Groeben

Tokio (sid) – Europameister Alexander von der Groeben gewann beim internationalen „Kano Cup" der Judoka in Tokio in der All-Kategorie durch einen Sieg über den Weltmeisterschafts-Dritten Khabil Biktaschwe (UdSSR) Bronze. Dies war zugleich die erste Medaille für den Deutschen Judo-Bund.

Kiefer zertrümmert

Kortrijk (UPI) – Mit einer schmerzhaften Niederlage gegen Titelverteidiger Jean-Marc Renard (Belgien) endete für den englischen Herausforderer Najib Daho der Traum vom Gewinn der Box-Europameisterschaft. Dem gebürtigen Marokkaner wurde in der fünften Runde der Kiefer so zertrümmert, daß er im nächsten Durchgang aufgab.

Rowdies hinter Gitter

Budapest (dpa) – Zwei Fußball-Rowdies sind von einem ungarischen Obergericht zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sie wurden beschuldigt, am 6. September im Budapester Stadion eine Massenschlägerei angezettelt zu haben.

Claudia Leistner Zweite

Regina (sid) – Die deutsche Eiskunstlauf-Meisterin Claudia Leistner belegte beim „Skate Canada" in Regina den zweiten Platz. Nach Pflicht und Kurzprogramm lag die Mannheimerin noch auf dem dritten Platz.

Krishnan überraschte

Hongkong (sid) – Der 25 Jahre alte Inder Ramesh Krishnan kam beim mit 200 000 Dollar dotierten Tennisturnier in Hongkong zum fünften Grand-Prix-Sieg in seiner Karriere. Im Endspiel besiegte er als Nummer 37 der Weltrangliste den 24 Plätzer höher geführten Linkshänder Andres Gomez aus Ekuador mit 7:6, 6:0, 7:5.

BASKETBALL

Bayreuth: Nach dem Frust kam doch die Freude

dpa/sid, **Bonn**

Dem Frust folgte die Freude: Vier Tage nach der unnötigen Heimniederlage gegen den belgischen Pokalsieger Racing Mechelen spielte die BG Bayreuth ihre Europapokal-Enttäuschung in der Basketball-Bundesliga von der Seele. Durch den 110:83-Sieg über den BC Giants Osnabrück stürmten die Bayreuther vorbei an dem spielfreien Titelverteidiger TSV Bayer 04 Leverkusen (12:0 Punkte) mit 14:0 Punkten an die Spitze.

Eine Favoritenrolle unterstrich einmal mehr der BSC Köln, der einen souveränen 99:80-Sieg über den MTV Gießen markierte. Die offensichtlich über ihre Verhältnisse gestarteten Gießener gingen förmlich im Sturmwirbel der Gastgeber unter. Glänzend aufgelegt konnte Kölns Neuzugang Sauer (12) in den Reihen der Domstädter gefallen. „Das war unser bisher bestes Saisonspiel", meinte der *ansonsten als eher zurückhaltend* bekannte Kölner Trainer Tony Di Leo. Mit diszipliniertem, aber auch variablem Spiel hofft Di Leo auch beim bevorstehenden Spitzenspiel gegen den rheinischen Erzrivalen Leverkusen erfolgreich zu sein.

Gut verkraftet hat der 1. FC Bamberg die bittere Heimniederlage (63:76) *im Bayern-Duell* gegen Bayreuth. Dank der größeren Routine in der Schlußphase gelang Bamberg ein *88:81-Erfolg im Hexenkessel der mit* 2000 Zuschauer zum dritten Mal in dieser Saison ausverkauften Halle der SpVgg Ludwigsburg. Der Neuling bewies trotz eines kurzen Einbruchs, als er innerhalb von nur sechs Minuten mit 18 Punkten in Rückstand geriet, *gute Moral und verkürzte* zwischenzeitlich auf 70:74.

Der ungebrochenen Basketball-Euphorie und Perspektive in Ludwigsburg steht die große Ungewißheit um die sportliche und wirtschaftliche Zukunft in Hagen gegenüber. Die *Westfalen verloren schon zum* dritten Mal mit nur einem Punkt Differenz. Endstand im Spiel beim DTV Charlottenburg 80:81. Zwei Freiwürfe des ehemaligen Leverkusener Deuster in den Schlußsekunden besiegelten die erneute Niederlage der Hagener. Außerdem wird am 15. Dezember das Finanzamt erneut die Gemeinnützigkeit überprüfen. Steuernachzahlungen in Höhe von rund einer halben Million Mark sind möglich.

HANDBALL

Hecker bewahrte Essen mit Kopf vor Blamage

dpa/sid, **Bonn**

Stefan Hecker mußte den Kof hinhalten, damit der Meister dem Knock-out entging! Der Nationaltorhüter parierte in der Schlußsekunde einen Siebenmeter von Jan Gloe, war minutenlang k.o. und bewahrte TUSEM Essen beim 24:24 bei der SG Weiche-Handewitt vor einer Blamage. Die Friesen trotzten dem Riesen. Das Schlußlicht *stand dicht vor dem* Triumph gegen den Tabellenführer, der zum letzten Mal beim 16:25 am 9. April 1983 gegen Großwallstadt mehr Gegentore hinnehmen mußte.

Durch das glückliche Remis bleibt TUSEM mit 13:1 Punkten nach der siebten Runde in der Handball-Bundesliga allein ungeschlagen. Aber die *Verfolger rückten näher. Durch ein* 25:19 (11:8) gegen Aufsteiger TuS Schutterwald schob sich der neunmalige deutsche Meister Frisch Auf Göppingen auf den zweiten Tabellenplatz. Bis zur 49. Minute *stand* die Partie noch auf des Messers Schneide, ehe der Schutterwalder Neuberger die rote Karte sah und die Göppinger ihren Vorsprung binnen fünf Minuten auf 20:16 ausbauten.

Mit seinem vierten Heimsieg wahrte *auch TV Großwallstadt mit einem* 24:22 über Pokalsieger MTSV Schwabing den Anschluß an Tabellenführer TUSEM Essen. Dagegen fielen die Münchner nach dieser dritten Niederlage in Folge mit *7:7 Zählern* endgültig ins Mittelfeld zurück.

Der VfL Gummersbach, der mit 4:8 Punkten den schlechtesten Start in 20 Jahren hinlegte, schoß sich durch einen glanzlosen 18:17-Erfolg gegen Neuling VfL Hameln in Hannover vorerst aus der Abstiegszone. Der Schatzmeister von Hameln konnte *sich nach dem Spiel freuen: 4000* Zuschauer brachten die beachtliche Einnahme von 40 000 Mark.

Ein ausgeglichenes Punktekonto (7:7) verschaffte sich TuS Hofweier beim 28:23-Sieg über TBV Lemgo. Vor 2100 Zuschauern war der Erfolg der Südbadener niemals gefährdet und hätte leicht höher ausfallen können.

Die Ergebnisse der Bundesligaspiele TSV Milbertshofen gegen THW Kiel und TURU Düsseldorf gegen OSC Dortmund lagen bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

BOXEN / Wachablösung bei den deutschen Amateur-Meisterschaften

Thorsten Spürgin und Markus Bott – Rivalität, die an blanken Haß grenzt

dpa/sid, **Bochum**

*Die Amateur-Boxer in der Bundes*republik Deutschland befinden sich wieder *im Aufwind.* 3500 Zuschauer erlebten bei den deutschen Meisterschaften in der ausverkauften Bochumer Ruhrlandhalle einen Finaltag mit Rasse, Klasse und – sozusagen – einem Hauptkampf, der noch lange im Gespräch bleiben wird. Thorsten Spürgin, *der 26 Jahre alte Metzger* aus Hamburg, triumphierte dabei in *einer regelrechten Vernichtungs*schlacht gegen Markus Bott (24), der sich selbst so gern unter den weltbesten Halbschwergewichtlern einstuft.

Spürgin, der biedere *Box-Hand*werker, explodierte förmlich in diesem Kampf, der achten Auflage des Dauer-Duells. Ein sportlich fairer Wettstreit zweier Sportkameraden war es nicht. Spürgin hatte seinem Rivalen zu sehr Rache geschworen. *Einem Rivalen, der nicht nur Spür*gins Ansicht nach von den Bundestrainern und vor allem von Botts Karlsruher Vereinschef Heinz Birkle, dem Vizepräsidenten im Deutschen Amateur-Box-Verband *(DABV), in* den letzten Jahren immer wieder bevorzugt wurde.

Bundestrainer Helmut Ranze versuchte, die Kampfesführung der beiden zu erklären: „*Die Streßsituation, in der sich beide befanden, führte zu den vielen Fouls.*" Beide Kämpfer droschen aufeinander ein. Auch Bott vergaß in der emotionsgeladenen Schlacht alle seine boxerischen Mittel, stieß, als seine Kondition nachließ, mit dem Kopf *(eine Verwarnung)* und schubste seinen Gegner häufig zu Boden. Spürgin dagegen mimte den Unschuldigen, um Verwarnungen zu provozieren. „Sie sind ein Schauspieler", ermahnte Ringrichter Bremer aus Düsseldorf den neuen *Meister.*

Nach Kampfesende und noch vor der Verkündung des einstimmigen Punktsieges, Spürgins viertem Erfolg über Bott, wurde die Rivalität, die schon an blanken Haß grenzt, noch einmal deutlich: Spürgins Anspan*nung entlud sich in Tränen und* wilden Luftsprüngen. Bott bezeichnete den Gewinner als „Spinner", was dieser wiederum mit einer eindeutigen Geste beantwortete.

Der Kampf ist vorbei, der Streit zwischen den beiden wird weitergehen. „Sie sollten sich das nächste Mal *gleich ohne Handschuhe auf der Stra*ße prügeln", empfahl, nicht ganz ernstgemeint, Profi René Weller als Zuschauer am Ring. Wer von den beiden zu den Europameisterschaften des nächsten Jahres nach Turin fährt, wird sich auf den kommenden internationalen Turnieren zeigen.

Helmut Meyer, Leitender Direktor *des Bundesausschusses Leistungs*sport und ehemaliger Boxer, war vom Ring-Geschehen beeindruckt: „Der *Kampf hat alle erregt. Die anderen* Begegnungen gefielen mir allerdings besser. Diese Finalveranstaltung hat Hoffnung gemacht. Sie erinnerte mich an die guten Zeiten des deutschen Boxsports vor 20 Jahren."

Einige Helden aus der guten alten Zeit wurden mit Heinz Neuhaus, Erich Schöppner, Willi Quatuor, René Weller und Rekordmeister Peter Hussing in der Ruhrlandhalle begrüßt. „Der Würdigste hat meine Nachfolge angetreten. Der junge Schnieders ist toll. Aus dem Jungen kann etwas *werden*", *sagte Hussing. Diesmal* reichte es für Andreas Schnieders, den 2,04 Meter großen und 100 Kilogramm schweren Athleten mit flachsblonder Igelfrisur aus dem 11 000-Einwohner-Städtchen Haselünne im niedersächsischen Emsland noch nicht zum Titel. Der acht Jahre ältere Heidelberger Polizeibeamte Bernd Schwab war zu routiniert und siegte einstimmig nach Punkten. Doch der Verlierer kassierte das Lob.

Bundestrainer Dieter Wemhöner nach dem Kampf in der Kabine: „Das war sehr gut. Du kommst jetzt zu mir in die *Sportkompanie zum Dauertrai*ning nach Essen." Tatsache ist: In den 20 Jahren, in denen Hussing die schwerste Klasse beherrschte, wurde in seinem Schatten ein solches Talent wie Schnieders nicht entdeckt. Im Vorjahr in Mainz hatte der Altmeister auf dem Weg zum 16. Titel Schnieders noch leicht und locker 5:0 besiegt.

*Sehr guten und technisch hochste*henden Sport gab es in den leichteren Klassen. Hier sicherten sich Alexander Künzler (Karlsruhe) im Welter den sechsten und Reiner Gies (Kaiserslautern) im Leicht den fünften Titel. Gegen Michael Kopzog (Velbert) und Jörg Kestner *(Ahlen) hatten die* Meister mehr Widerstand zu brechen als überraschenderweise die erfolgreichen Titelverteidiger Norbert Nieroba (Ahlen) im Halbmittel und Sven Ottke (Berlin) im Mittel gegen die bayerischen Rechtsausleger-Talente Hans-Georg Mieling und Mario Unglaub (beide 19).



Zwei, die sich nicht mögen, und die sich im Ring alles abverlangten: Thorsten Spürgin (rechts) und Markus Bott FOTO: DPA

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 9. Spieltag: Frankfurt – Aue 1:3, Erfurt – Union Berlin 1:0, Magdeburg – Brandenburg 3:0, Dynamo Berlin – Bischofswerda 4:0, Cottbus – Jena 3:1, Karl-Marx-Stadt – Lok Leipzig 2:1, Dresden – Riesa 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 14:4, 2. Lok Leipzig 13:5, 3. Karl-Marx-Stadt 12:6. – **Erste englische Division,** 13. Spieltag: Aston – Leicester 2:0, Charlton – Arsenal 0:2, Chelsea – Watford 0:0, Liverpool – Norwich 6:2, Luton – Queens Park 1:0, Manchester United – Coventry 1:1, Newcastle – Oxford 0:0, Nottingham – Sheffield 3:2, Southampton – Manchester City 1:1, Tottenham – Wimbledon 1:2. – Tabellenspitze: 1. Nottingham 26 Punkte, 2. Arsenal 24, 3. Liverpool 23. – **Junioren-Turnier** in Italien „U 16": Bundesrepublik Deutschland – Frankreich 2:1 (1:0).

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Charlottenburg – SSV Hagen 81:80, Bayreuth – Osnabrück 110:83, Ludwigsburg – Bamberg 81:88, Köln – Gießen 99:80. – **Damen,** 5. Spieltag: Köln – München 73:93, Porz/Hennef – Düsseldorf 61:69, Barmen – Weilheim 84:68, Wolfenbüttel – Oberhausen 60:70.

JUDO

Europapokal, Viertelfinale: Wolverhampton – München-Großhadern 5:1.

EISHOCKEY

Bundesliga, 13. Spieltag: Düsseldorf – Schwenningen 8:1, Iserlohn – Rosenheim 5:4, Kaufbeuren – Landshut 4:4, Mannheim – Köln 2:4, Rießersee – Frankfurt 7:6. – **Länderspiel:** CSSR – UdSSR 3:2.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Göppingen – Schutterwald 25:19, Großwallstadt – Schwabing 24:22, Hameln – Gummersbach 17:18, Weiche-Handewitt – Essen 24:24, Hofweier – Lemgo 28:23.

RINGEN

Bundesliga, 11. Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Witten 11:29, Dortmund – Aldenhoven 12:25,5, Schifferstadt – Aschaffenburg 26:13, Bonn-Duisdorf – Goldbach 10,5:27,5, Mömbris-Königshofen – Witten 11:26,5. – Gruppe Süd: Aalen – Freiburg-St. Georgen 23,5:15,5, Freiburg-Haslach – Graben-Neudorf 14:19, Reilingen – Nürnberg 25,5:13, Wiesental – Urloffen 21:16,5.

ROLLHOCKEY

Europameisterschaft der Junioren in Coimbra/Portugal: Bundesrepublik Deutschland – England 8:4, Spanien – Frankreich 5:1, Portugal – Italien 2:3, Schweiz – Holland 3:3, Holland – Bundesrepublik Deutschland 3:1, Bundesrepublik Deutschland – Italien 1:6.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Altena – Steinhagen 9:2, Berlin – Reutlingen 2:9. – **Damen:** Donauwörth – Offenbach 9:2, Stuttgart – Frankfurt 1:9, Donauwörth – Frankfurt 5:9, Stuttgart – Offenbach 9:4.

VOLLEYBALL

CEV-Pokal, Herren: *Dachau – Novi Sad/Jugoslawien 0:3.* – **CEV-Pokal,** Damen: Guntramsdorf/Österreich – *Berlin 0:3.* – **Bundesliga,** Herren: München – Leverkusen 3:1, Ottobrunn – *Paderborn 3:2.* – **Damen:** *Lohhof – Berlin 3:0,* Feuerbach – Lohhof 3:0, Darmstadt – Schwerte 0:3. – Nachholspiel: *Oythe – Hannover 3:0.*

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Paris, Halbfinale: Casal (Spanien) – Mayotte (USA) 6:1, 3:6, 6:3, Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Leconte (Frankreich) 6:2, 3:6, 6:3. – Doppel, Halbfinale: McEnroe/Fleming (USA) – Gonzales/Stewart (Puerto Rico/USA) 7:6, 6:2. –

BOXEN

Deutsche Meisterschaften, Amateure, in Bochum, Fliegen: Müller (Hamburg) – Wanjura (Regensburg) 4:1 n.P., Bantam: Gailer (Nürnberg) – *Richter* (Velbert) 5:0 n.P., Feder: Niketta (Ahlen) – Britsch (Neckarsulm) 5:0 n.P., *Leicht: Gies (Kaiserslautern)* – Kästner (Ahlen) 4:1 n.P., Halbwelter: Schredle (Heidelberg) – Baldt (Düren) 5:0 n.P., Welter: Künzler (Karlsruhe) – Kopzog (Velbert) 5:0 n.P., Halbmittel: Nieroba (Ahlen) – Mieling (Oettingen) 5:0 n.P., Mittel: Ottke (Berlin) – Unglaub (Amberg) Abbruch 3. Rd., Halbschwer: Spürgin (Hamburg) – Bott (Karlsruhe) 5:0 n.P., Schwer: Zegel – Hoth (beide Berlin) 3:2 n.P., Superschwer: Schwab (Heidelberg) – Schnieders (Haselünne) 5:0 n.P.

RAD

Internationales Querfeldein-Rennen, Amateure, in Ustelheim/Württemberg: 20,9 km: 1. d'Arsie 58:00 Min., 2. Büsser 31 Sek. zur., 3. Honegger 1:01 Min., 4. Kuriger (alle Schweiz) 2:21, 5. Ommer 2:44, 6. Berner (beide Bundesrepublik Deutschland) 3:25.

EISKUNSTLAUF

Internationaler Wettbewerb in Budapest, *Herren,* Endstand nach der Kür: 1. Orser (Kanada) 2,6 Punkte, 2. Mattis 6,0, 3. Mitchell (beide USA) 6,4, 4. *Wieser (Bundesrepublik Deutschland)* 9,6.

GOLF

Australische Profi-Meisterschaften in Sidney, Stand nach der dritten Runde: 1. Norman 204 (69+69+66), 2. Davis 206 (71+68+67), 3. Marsh (alle Australien) 207 (68+69+70).

WASSERBALL

Europacup der Meister, Halbfinale: Spandau – Kotor/Jugoslawien 7:2.

KUNSTTURNEN

Internationales Turnier in Rotterdam, Herren, Zwölfkampf, Endstand: 1. Qiang (China) 115,85 Punkte, 2. Gogoladse 115,35, 3. Ljukin (beide UdSSR) 115,35, 4. Tippelt („DDR") 114,85, 5. Li (China) 114,80, 6. Zellweger (Schweiz) 113,95, ... 10. Simmelbauer 112,70, ... Japtok (beide Bundesrepublik Deutschland) 110,20. – **Damen,** Achtkampf: 1. Silivas (Rumänien) 78,475, 2. Swetschenko 78,275, 3. Gurowa (beide UdSSR) 77,625, 4. Popa (Rumänien) 77,150, 5. Vogel („DDR") 77,000, ... 10. Wilhelm (Bundesrepublik Deutschland) 75,300.

GEWINNZAHLEN

Lotto: *11, 15, 17, 20, 34, 41,* Zusatzzahl: 23. – **Spiel 77:** 8 0 0 4 9 8 7. – **Glücksspirale,** Endziffern: 9, 58, 892, *9361, 27742, 964412.* – *Los-Nummer:* 0029108, 2917188, 7504236. – Prämienziehung: 967165, 686371, 948049. (Ohne Gewähr)

Am 25. 10. 1986 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin Frau

Lieselotte Abel

geboren am 1. 10. 1923

Frau Abel war 23 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1985 im Ruhestand. Wir schätzten sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 4. 11. 1986, um 10.00 Uhr in der Kapelle des Zentralfriedhofs Altona statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919. Anzeigen: Tel. (05 11) 5 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44. Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17. Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

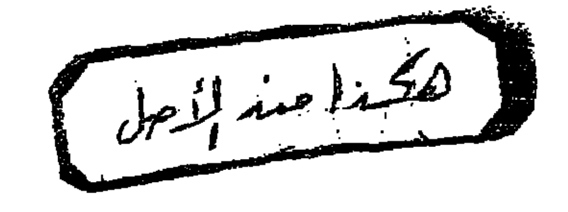
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Pankraz, Pilgrim und die Muttersöhnchen

Das Imperium schlägt zurück, wenn auch mit einem Papierhammer. Der „Retter der Männer", Volker Elis Pilgrim, geht in seinem neuesten Buch gegen den Vorwurf der Feministinnen an, daß alle Übel dieser Welt, Mord und Totschlag, Krieg, Trübsal und unerfüllte Liebe, ausschließlich von den Männern kämen. Nein, ruft Pilgrim, nicht alle Männer sind an allem schuld, sondern nur ein Teil der Männer, nämlich die „Frauenmänner", die über ihre Kindheit hinaus mutterfixiert geblieben sind, die wohlbekannten *Muttersöhnchen*. Hitler war ein Muttersöhnchen, Stalin war ein Muttersöhnchen, Napoleon, Cäsar, Friedrich der Große, Bismarck, Dschingis Khan, Mao – sie alle waren Muttersöhnchen. Die Frauen müssen sich folglich an der eigenen Nase zupfen. Hätten sie ihre Söhnchen nicht allzu resolut vereinnahmt, wären aus ihnen keine Schlächter geworden.

Da hat man also wieder mal was zum Diskutieren, die evangelischen Akademien können sich freuen. Schade nur, daß Pilgrims Buch so schlecht ist; man muß sich genieren, es zu zitieren. Es ist ganz aus der linken Krawallecke heraus geschrieben, es geht ihm vor allem darum, den amerikanischen Präsidenten Reagan und den polnischen Papst Wojtyla als notorische Muttersöhnchen und somit als „potentielle Hauptschlächter der Gegenwart" hinzustellen. Im übrigen handelt es sich um ein sogenanntes Schlüssellochbuch: Eine Menge pikanter Einzelheiten aus der Kindheitsgeschichte und aus dem Liebesleben oder Nichtliebesleben berühmter Männer werden zusammengetragen und in denunziatorischer Absicht mit bedeutungsträchtigen Ausrufe- oder Fragezeichen versehen. *Empfindlichen Lesern* hebt sich der Magen.

Immerhin, die hier waltende Wut ist so vehement, daß sie schnell über das bloße Schlächterthema hinausschwappt. Überall, wo Pilgrim hinblickt, entdeckt er bald nur noch Muttersöhnchen, vor allem in der Kunst. Richard Wagner war eines und Franz Schubert, Robert Schumann und Johannes Brahms, Hölderlin, Nietzsche, Büchner, Pestalozzi, Schopenhauer, Hesse, Kafka, Musil, Broch, Adorno, Pasolini, Rainer Werner Fassbinder. Allen diesen Koryphäen wird ihr Muttersöhnchen-Dasein ausdrücklich angekreidet; sie seien dadurch zu egoistischen Monstern geworden, die eiskalt über frustrierte Freunde und leer gebliebene Betten hinweg zum Ruhme eilten.

Ganz besonders böse wird unser Eiferer, wenn er auf ein Muttersöhnchen trifft, das seelisch zwar völlig „verhunzt" ist, die Mitwelt aber erfolgreich darüber hinwegzutäuschen versteht. Thomas Mann z. B. sei ein solches gewesen. Ruhmesgeil und „schwul bis zum Stehkragen" verzichtete er dennoch auf eine Außenseiter-Existenz, paßte sich der bürgerlichen Konvention an, zeugte sechs Kinder, achtete auf Wohlanständigkeit – und versklavte *und verödete dabei*, wie Pilgrim genau zu wissen scheint, seine Frau und seine Tochter, vergällte seinen Söhnen den Weg zur eigenen selbstbestimmten Sexualität.

Die Pointe des Buches kommt jedoch im Kapitel „Jesus und die Wundenmänner". Auch der Gründer der christlichen Religion, so erfahren wir nun (und sind kaum noch überrascht), gehört in die Kategorie Muttersöhnchen, ja er verkörpert geradezu das Muttersöhnchen par excellence. Das ganze Christentum mit seiner sexuellen Verklemmtheit und seinem geheimen Blutrausch sei eine Ausgeburt der Muttersöhnchenschaft. Vom leiblichen Vater offenbar total vernachlässigt, habe Jesus ausschließlich bei Mutter Maria Schutz und Wärme empfangen, und seine „Rache" sei später, ganz im Stile der Muttersöhnchen, das leere Bett und die Postulierung des blutigen Opfers als des einzigen Weges zum Heil gewesen.

Soweit Pilgrim. Pankraz versagt es sich, den Mann selber auf die Couch zu legen und etwa danach zu fragen, inwieweit seine Warnungen vor den allzu vereinnahmenden Müttern möglicherweise schlichtem *Neid entspringen. Festzuhalten* bliebe, daß es Pilgrim auf keiner Seite seines Buches gelingt, die männer- und tatenfeindliche Feministinnen-Perspektive zu relativieren. Seine Botschaft: „Väter, bleibt *bei euren Söhnen und laßt sie nicht* zu Muttersöhnchen degenerieren!" entspricht ja ganz der üblichen Gesellschaftsmoral, gegen die die Feministinnen gerade angehen.

Dabei weiß die traditionelle Gesellschaftsmoral sehr wohl, daß es sehr oft „Muttersöhnchen" sind, d. h. Männer mit einem psychosomatischen Tick oder „Mangel", die in Literatur und Kunst, Theologie und Politik zu den größten Taten auflaufen. Nur jene Muscheln können Perlen hervorbringen, die in ihrer normalen Entwicklung irgendwie gestört wurden. So folgt man vernünftigerweise der Einsicht, die Paul Valéry folgendermaßen formulierte: „Die Menschheit hat nur Bestand durch das Normale, aber sie wird nur vorangebracht durch das Übernormale".

Zwar besteht jede gute Gesellschaft auf dem allgemeinen Respekt vor der Moral der „Ungestörten", doch ist sie im eigenen Interesse klug genug, für die „Gestörten" Sublimierungs-Freiräume zu schaffen und diese auch zu schützen. Von den „Gestörten" wird in der Regel nicht einmal ein derart angestrengtes Verdrängen und Sich-Zusammennehmen verlangt, wie es Thomas Mann in seinem eigenen Fall für angebracht hielt. Nur ein wenig Dezenz ist gefordert, die Lebenslüge in homöopathischen Dosen gewissermaßen.

Die Feministinnen hingegen (und zusammen mit ihnen „Psychologen" wie Volker Elis Pilgrim) wollen das komplizierte Gebäude auf simple sexuelle Normalität herunterschreien und herunterdenunzieren, angeblich um damit Krieg und Gewalt aus der Welt zu schaffen. *Was sie in Wirklichkeit aus der Welt* schaffen, sind die kulturellen Perlen, die buchstäblich vor die Säue geworfen werden sollen. Mag sein, diese Leute hatten alle einen Vater, der sich ordentlich um sie kümmern konnte. Enaksöhne und Enaktöchter sind sie gleichwohl.

Pankraz

Chris de Burgh

Wie friedlich fließt der Fluß!





Rockballaden fürs Gemüt: Der Sänger Chris de Burgh FOTO: DEFD

Punkt 21 Uhr ging das Licht endlich wieder aus, nachdem das Vorprogramm den 5000 in der ausverkauften Kieler Ostseehalle zwar nicht gerade auf den Geist gegangen war, sie aber gleichwohl auch nicht zu Begeisterungsstürmen hingerissen hatte. Sie alle waren, ganz klar, einzig und allein gekommen, um ihrem Idol *Chris de Burgh zu huldigen*, jenem in Argentinien geborenen 38jährigen Iren, dessen überwiegend gefühlvolle, eigentlich gar nicht so „andere" Rockballaden jetzt auch bei uns eine feste, riesige Anhängerschaft mobilisieren.

Klein und etwas verloren wirkend, steht er auf der riesigen Bühne. „Last night", eine eher de-Burgh-atypische Nummer, bringt das Publikum sogleich auf Touren. Es folgen mehr oder minder wohlbekannte weitere Songs, zum Teil aus der neuen LP. Bei den sogenannten Balladen erleuchtet jedes Mal ein wahres Meer von Wunderkerzen die weite Halle. Eine Stimmung fast wie Weihnachten!

Ein Extralob an die Adresse der Begleitband (Gitarre, Baß, Wi-Keyboard, Schlagzeug), die die Stücke nicht nur pflichtschuldig *herunterspult*, sondern stets bemüht ist, sich am qualitativ hohen Standard der Schallplatten de Burghs zu orientieren. Und auch die Toningenieure im Hintergrund sind erstklassig. Satt klingen die Instrumente und geben der im Grunde ja alles andere als voluminösen Stimme des kleinen Mannes mit den großen Liedern den nötigen Halt.

Nach der dritten Zugabe „Where peaceful waters flow" („Am friedli*chen Fluß") verläßt so mancher die* Halle mit einer heimlichen Träne im Knopfloch. Wie de Burgh in Interviews zum Ausdruck bringt, versucht er den Zuhörern in seinen Liedern, „Bilder" vorzuhalten, die sie betrachten und nach eigenem Gutdünken verwenden können. Zumindest teilweise glaubt er auch daran, daß von ihm geschriebene Songs die Welt zu verändern vermögen. Ach Gottchen, *dann veränder mal schön! In Kiel gab* es vorerst nur Musik, keine Spur von Weltveränderung.

Aber die Tournee ist ein gewaltiger Erfolg, daran kann es keinen Zweifel geben. Von Kiel aus geht es weiter in zwanzig Städte der Bundesrepublik. Die nächsten Stationen nach Kassel (das heute und morgen dran ist), sind Düsseldorf (6. und 7. Nov.), Köln (8. und 9. Nov.), Hamburg (11. Nov.), Münster (12. Nov.) und Bremen (13. Nov.). JÜRGEN STEINHOFF

Banales und Fatales bei Steckels Start in Bochum: „Stürmische Überfahrt" und „Die Nibelungen"

Der Terror ist kein blindes Schicksal

Frank Patrick Steckel in Bochum: Der Peymann-Nachfolger hatte schon vor dem Saisonstart versichert, daß er in seichten linken Gewässern zu schwimmen gedenke. So nahm man die Ankündigung der deutschsprachigen Erstaufführung von Tom Stoppards Komödie „Stürmische Überfahrt" zumindest vom Titel her als Kompensationsandrohung. Und Steckels eigene Inszenierung von Friedrich Hebbels Trauerspiel „Die Nibelungen" mußte man nach ent*sprechenden Interview-Äußerungen* (Nibelungen gleich RAF) wohl als Sublimierungsversuch prognostizieren.

Nun, schon die besagte „Überfahrt" erwies sich als wenig stürmisch. Das ziemlich banale Werkchen, überdies allzu deutlich Franz Molnárs schon 1926 entstandenem „Spiel im Schloß" nachgedichtet, erzählt die Reise eines Entertainment-Teams von England nach New York, und zwar ganz ohne Sturm.

Unterwegs wird ein neues Stück geprobt, das freilich noch kein Ende hat. Dieses Ende wird dann sozusagen vom Leben nachgeliefert: Um die bevorstehende Vermählung der beiden Hauptbeteiligten zu retten, wird ein Seitensprung als Theaterprobe ausgegeben. Und dadurch bekommt das Stück seinen tieferen Sinn: Die Wirklichkeit wird Theater, und als Theater verändert sie ihre Wirkung.

Das ist nun freilich derart an den Haaren herbeigezogen, daß man manchmal schon wieder unfreiwillig lachen muß. Ein Kellner, der sich als genialer Stückeschreiber erweist (sehr akrobatisch: Armin Rohde), muß immer dann schwanken, wenn das Schiff ruhig gleitet; und er muß immer dann aufrecht gehen, wenn das Schiff gewaltig schwankt.

Der betrogene Liebhaber, Kompo*nist und designierte Darsteller* (Stefan Hunstein) leidet wegen irgendeines Mutterkomplexes an Sprachhemmung, das heißt, seine Antworten kommen mit zeitlichen Verzögerungen von bis zu zwei Jahren (warum nicht auch im Stück?). Außerdem bricht er seine nationale Identität mit schrecklichem französischem Akzent. Und der Mann, der diesen geplagten Künstler bei dessen Braut zeitweilig aussticht, ist ein alternder Mime, der junge Liebhaber nachspielt (Willem Menne).

Man sieht: Lauter Realitätsbrüche von geistreichelnder Art. Nur die Dame, um die das Spiel sich dreht (voller Liebreiz: Nicole Heesters), ist ziemlich eindeutig eine schlimme Schauspielerin.

Nun kann man sich das auf angelsächsischen Bühnen mit Pep und flotten Tänzchen noch ganz attraktiv *vorstellen, obwohl es einem auch dort* schwerfallen müßte, über so was zu lachen: „Du hast mir mein Herz entrissen wie dem trockenen Martini die Olive!" In der Version des eigens aus Ost-Berlin nach Bochum geholten Regisseurs B. K. Tragelehn wirkte das allerdings wie ein Versuch der 50er Jahre, die 20er Jahre wiederzubeleben.



In dumpfer Archaik gefangen und total der Erde ausgeliefert: Wolf Redl als Hagen von Tronje in der Bochumer Aufführung von Hebbels Nibelungen FOTO: KLAUS LEFEBVRE

Singen kann in Bochum schon mal gar keiner. Und die Tanzgirls würde man in New York noch nicht mal zur Beisetzungsfeier eines englischen *Mopses verpflichten. Die rutschen*den Möbel auf dem schlingernden Schiff werden zum unfreiwilligen Symbol des ganzes Abends. Wie singen sie doch so schön schlecht? „Wir können überall hin / Vorwärts und rückwärts oder im Kreis / Ganz gleich."

Nach soviel Salzburger Nockerln anderntags dann das deutsche Eisbein mit viel, viel Sauerkraut. Frank-Patrick Steckel hat Friedrich Hebbels „Deutsche Tragödie", die ja eigentlich aus drei abendfüllenden Stücken besteht, auf eine Spieldauer von knapp vier Stunden zusammengestrichen. Und das noch nicht einmal vorrangig deswegen, weil er es dem Publikum zumutbarer machen wollte. Nein, Steckel hatte von vornherein im Sinn, aus den „Nibelungen" einen unentrinnbaren Schicksalslauf zu entwickeln.

Motive, individuelle Charaktere, retardierende Momente, mögliche Entscheidungs-Alternativen – das alles interessiert ihn nicht. Wenn der Vorhang aufgeht, ist das Ende schon völlig gewiß: Auf einer riesigen, diagonal in die schwarze, leere Bühne gezogenen Schräge sitzen die Burgunder, vereinzelt, verloren, hingetropft, brütend, schweigend, mit einem Wort: endzeitlich (Bühnenbild: Susanne Raschig).

Die Leute sind in aschengraue Decken gehüllt – nur Hagen trägt Schwarz. Sie hocken am Boden wie dumpf fühlende Tiere. Sie schweigen nach jedem Satz mindestens volle dreißig Sekunden lang. Sie träumen von Geistern, Drachen, Zwergen. Und eben von der unbesiegbaren Brunhild. Die Entscheidung, sich ihrer mit Hilfe Siegfrieds zu bemächtigen, ist keine Entscheidung, sondern der blinde Vollzug dieser archaischen Sagen- und Mythenwelt.

Dem entspricht es, daß Steckel die Domszene, in der Kriemhild aus Eifersucht mit dem Gürtel prahlt, den Siegfried aus Brunhilds Schlafgemach mitnahm, zusammengestrichen hat auf die bloße Mitteilung: Brunhild erfährt nur die Tatsache, daß Siegfried ihren Ehemann vertreten hat. Das genügt. Diese Welt unreflektierbarer erdhafter Gefühle läßt sich auf Finessen nicht ein.

Im zweiten Teil, wenn die Burgunder zu Etzels Hof kommen, sitzen sie nicht mehr auf der Erde, sondern auf Podesten. Der Drang des Blutes bedient sich des Verstandes, nicht aber der Vernunft. Die Schräge wird steiler – es geht schneller dem Abgrund entgegen.

Immerhin, dieses Konzept entfaltet *manchmal durchaus Wirkungskraft*. Aber auf die Dauer ist es nur monoton und quälend. Es läßt ja keine Charaktere zu. Es sucht vorgeblich Katharsis, schafft aber nur Ausweglosigkeit. Die Darsteller sind Archetypen (weswegen wir sie keiner Einzelkritik unterziehen).

Alles in allem: In Bochum fließt zuviel Blut, aber zu wenig Hirnstrom. Ist Terror denn Schicksal? Viel Beifall, aber keine Antwort.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Baltasar-Gracián-Preis für Augusto Del Noce

Was heißt Metapolitik?

Der vom Kreis um die Zeitschrift „Criticón" (München) getragene Baltasar-Gracián-Preis für konservative Denker und Autoren ist letztes Jahr erstmals verliehen worden. Seine Vergabe an den Schriftsteller Gerd-Klaus Kaltenbrunner (bis dahin trotz seiner Bekanntheit erstaunlicherweise nicht prämiert) hatte Signalwirkung: Der Wiener erhielt bald darauf zwei weitere hochdatierte Preise – den Wildgans-Preis und den Adenauer-Preis.

Man war gespannt, an welche konservative „Denkfamilie" die Auszeichnung diesmal gehen würde. Caspar von Schrenck-Notzing, treibende Kraft hinter dem Preis, überraschte durch Ausweitung des Blicks auf die internationale Ebene: Er entschied sich für den italienischen Politologieprofessor und Senator Augusto Del Noce. Das war gut gezielt, weil diesem Emeritus der Universität Rom nach Meinung der Italien-Kenner ein Hauptverdienst am Zurückdrängen des kommunistischen Einflusses im italienischen Kulturleben zukommt.

Was man in der Laudatio über Del Noce zu hören bekam, war denn auch erstaunlich. In seinen (noch nicht ins Deutsche übersetzten) Hauptwerken „Der katholische Kommunist" und „Der Selbstmord der Revolution" begnügte er sich nicht mit der üblichen Freiheitsrhetorik. Das Originelle an seinem Anti-Kommunismus ist, daß *er unsere Konsumgesellschaft als* Adaption des Westens an den Kommunismus interpretiert. In dieser adaptierten Form sei der Kommunismus weitaus gefährlicher, als wenn er uns unmaskiert entgegentrete.

Als Gegenmittel empfiehlt der italienische Philosoph eine Konzentration auf die „Metapolitik", nämlich auf das, was *unterhalb* der offiziellen politischen Ereignisse an sozial- wie kulturpolitischem Alltag anfällt und nach Gestaltung verlangt. Del Noces Hoffnungen beruhen auf der Wirkung einer „kulturellen Gegenbewegung", die religiös inspiriert ist, in einem Christentum, das die Trennung von Religion und Politik aufhebt.

Lange Jahre stand Del Noce mit seiner Auffassung im italienischen Kulturleben weitgehend isoliert da. Doch dann setzte sich die Einsicht durch, „daß ihm an der Überwindung der Hegemonie des Kommunismus im italienischen Kulturleben eine entscheidende Rolle zugekommen ist", wie Laudator Schrenck-Notzing ausführte. Del Noce erhalte den Gracián-Preis, weil er seine Ideen unerschrocken sowohl im Parlament wie auch im Tagesgetümmel vertrete, in seinen Kolumnen in der Zeitung „Il Tempo" wie im italienischen Senat, in den er 1983 von den Christdemokraten gewählt wurde.

Die beiden Festredner der stark besuchten Feier im Münchner Montgelas-Palais waren Geistesverwandte des katholischen Philosophen. Der Medizinprofessor Wilfried von Studnitz (Universität München) brach eine Lanze für die Privatuniversitäten. Der zweite Redner, der jugendliche Philosophieprofessor und Spaemann-Schüler Peter Koslowski, ist *selber ein Vertreter einer solchen Pri*vatuniversität. In Witten-Herdecke leitet er das studium fundamentalis. Sein Beitrag bestand darin, in kühnem Bogen die vielzitierte „Postmoderne" als eine christliche Domäne zu vereinnahmen. ARMIN MOHLER

KULTURNOTIZEN

Die Ausstellung „Individualismus und Tradition" mit Werken deutscher Künstler von 1900 bis 1945 (s. WELT vom 7. 10.) kann nun bis 23. November besichtigt werden.

„Peter Weiss und der Film" ist das Thema einer Veranstaltungsreihe des Essener Museum Folkwang vom 7. bis 16. November.

Pierre Jean Valentin, langjähriger Mitarbeiter von Jacques Lang beim Theaterfestival von Nancy, danach in Freiburg und Rennes tätig, kommt 1987 für drei Jahre als Regisseur an das Staatstheater Karlsruhe.

An der Universität Kaiserslautern ist die rund 20 Millionen Mark teure Zentralbibliothek eingeweiht worden, die auf 6200 Quadratmetern Nutzfläche Platz für insgesamt 800 000 Bände bietet.

Videonale Highlights zeigt das Museum Folkwang in Essen vom 14. November bis 11. Dezember.

Neu im Kino: Jim Jarmuschs Film „Dawn by law"

Bob hat alles im Griff

Eine köstliche Trouvaille im letzten Festival-Trubel von Cannes war „Dawn by Law", der zweite Film des 33jährigen New Yorkers Jim Jarmusch, der für seinen Erstling „Stranger than Paradise" 1985 in Cannes den Kritikerpreis erhalten hatte. Diesmal erzählt Jarmusch, wiederum in Schwarzweiß und unzweideutig auf alte James-Cagney-Filme anspielend, die wider Erwarten äußerst komische Geschichte dreier Sträflinge, die aus dem Gefängnis von New Orleans ausbrechen und hilflos-putzig durch die Sümpfe von Louisiana waten.

Die drei Helden sind der arbeitslose Discjockey Zack (Tom Waits), der Möchtegernzuhälter Jack (John Lurie) und der italienische Tourist Roberto, genannt Bob (Roberto Begnini). Sie sind alle drei unter unglücklichen Umständen in den Knast geraten und sitzen im Grunde zu Unrecht ein. Zack nahm einen 1000-Dollar-Job an, sollte ein Auto ans andere Ende der Stadt fahren – nicht ahnend, daß eine Leiche im Kofferraum lag. Jack fiel Intrigen der Konkurrenz zum Opfer und warb irrtümlich eine Minderjährige für den Strich an. Und Roberto hat aus Versehen jemanden mit einer Billiardkugel erschlagen.

Die drei Zellengenossen gehen nicht gerade liebenswürdig miteinander um, vor allem der kleine Italiener wird von ihnen ungnädig an die Wand gedrückt, was den jedoch nicht hindert, immer wieder naiv und humorig auf den Plan zu treten. Und er schafft es tatsächlich, die Kumpels zu zerstreuen. Er ist es auch, der den Tunnel findet, der sie in die Freiheit führt. In den Sümpfen, in denen die Kamera mit einer Fülle von Grautönen und mit dem schwachen Zwielicht des Morgengrauens spielt, durchleben die drei eine abenteuerliche Odyssee, verfolgt von Bluthunden, erschreckt von *Krokodilen und* Giftschlangen.

Doch nicht nur die Sümpfe, sondern auch das nostalgische New Orleans, gefilmt von Wim Wenders' Kameramann Robby Müller, zeigt sich hier „at ist's best". Es gibt lange Kamerafahrten vorbei an Wellblechhütten, leeren Fabriken, Tankstellen, schmiedeeisernen Ballustraden, Pfahlbauten und französischen Grabmälern: Mal triste und dann wieder bestürzend schöne Ansichten. Die eigentlich Stärke des Films aber sind seine hinreißenden Mimen, vor allem Benigni, der Stegreifkomödiant aus Italien mit der Allüre und der Gestik eines Stummfilmkomikers. Sein Italo-Amerikanisch sorgt zusätzlich für umwerfende Pointen.

Ohne den cleveren, durch nichts zu erschütternden Bob wären Jack und Zack in den Sümpfen gewiß verhungert und verzweifelt. Er findet auch jene kleine italienische Imbißbude „Luigi's Tin Top", wo die drei sich endlich einmal wieder richtig satt essen können. Sie wird von der hübschen Nicoletta (Nicoletta Braschi) bewirtschaftet, in die sich Bob Hals über Kopf verliebt. Bei Pasta und Pizza entschließt er sich, bei ihr zu bleiben. Jack und Zack ziehen weiter, um sich an der nächsten Weggabelung ebenfalls zu trennen.

Liebe auf den ersten Blick: Roberto Begnini und Nicoletta Braschi FOTO: DIE WELT

Ob Jack, Zack und Bob der Sprung in die Freiheit endgültig geglückt ist oder ob der Arm des Gesetzes sie bald schon wieder einholt, läßt der Film offen. Und mit dieser Ungewißheit spielt ja auch der Titel des Streifens. „Dawn by law" heißt wörtlich „vom Gesetz unterdrückt", hat im Straßen-Slang jedoch genau die gegenteilige Bedeutung und bezeichnet jemanden, der die Situation voll im Griff hat. Der Zuschauer hofft ohne Frage auf letzteres: auf ein Happy-End für diese herrlichen prallen Typen, die man nicht so schnell vergessen wird.

DORIS BLUM

JOURNAL

Chinesen über Deutsche, Deutsche über Chinesen

DW. Stuttgart

„Wechselseitige Bilder" ist die neueste Ausgabe der „Zeitschrift für Kulturaustausch" überschrieben, die vom Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart (Charlottenplatz 17, Einzelpreis 7,50 Mark) herausgegeben wird. Sie ist diesmal den kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und China gewidmet. So stellen Autoren beider Länder China in deutscher Sicht und Deutschland aus chinesischer Sicht dar und untersuchen das Bild Chinas in der deutschen und Deutschlands in der chinesischen Literatur unseres Jahrhunderts. Den Abschluß bilden Übersetzungen aus dem Chinesischen, wobei auffällt, wie oft die Mauer in Berlin als Thema erscheint.

Zwei Twain-Erzählungen werden veröffentlicht

AFP, Kansas City

Ein bisher unveröffentlichtes Manuskript von Mark Twain, das im Juni in der Universität Berkeley entdeckt wurde, wird in den kommenden Monaten in der Literaturzeitschrift „Missouri Review" abgedruckt. Bei dem 35 Seiten langen Manuskript handelt es sich um zwei Erzählungen, die nach Ansicht des Anglizisten Robert Sattelmeyer, der die Texte entdeckt hatte, deutlich *vom restlichen Werk Twains* abweichen: „Sie zeichnen ein ziemlich düsteres Bild von der menschlichen Natur und dem menschlichen Leben." Das war wahrscheinlich auch der Grund, warum die Nachlaßver*walter Mark Twains sie nicht in die* Twain-Werkausgabe hatten aufnehmen wollen.

Landschaften aus dem Von-der-Heydt-Museum

epl. Kaiserslautern

„Die Landschaft" – die unter diesem Titel aus den Beständen des im Umbau befindlichen Wuppertaler Von-der-Heydt-Museums zusam*mengestellte Ausstellung* (s. WELT vom 7. August) ist nach Bielefeld und Baden-Baden jetzt bis 30. November in der Pfalzgalerie Kaiserslautern zu sehen. Anhand von hunderteIf Meisterwerken aus fünf Jahrhunderten vermittelt sie ein umfassendes Panorama der europäischen Landschaftsmalerei von den Niederländern des 16. Jahrhunderts bis zu den Abstrakten der Gegenwart und wird begleitet von einem vorzüglichen Katalog zum Preis von 39 Mark.

Global Media Award für Claus Jacobi

DW. Berlin

Der „Global Media Award" des „Population Institute" in Washington wurde Claus Jacobi für sein Buch „Uns bleiben 100 Jahre" (Ullstein Verlag, Berlin, 156 S., 28 Mark) zugesprochen. Der Band, der sich mit der Bevölkerungsexplosion und den Ressourcen unseres Planeten für die Ernährung einer immer größeren, täglich um 215 000 Personen wachsenden Menschheit befaßt, steht in Deutschland seit seinem Erscheinen im Frühjahr auf der Bestseller-Liste der 20 meistverkauften Bücher. Deshalb muß der Verlag jetzt bereits die 4. Auflage drucken.

Stalin als „Kronzeuge" gegen Revisionismus

rst. Prag

Stalins Thesen über die „Reinheit" des Marxismus-Leninismus sind auch heute im Kampf gegen den Revisionismus und Reformismus in der Ideologie wichtig. Diese Auffassung vertreten die KP-Theoretiker Edward Erazmus (Polen) und Ladislav Hrzal (CSSR) in einem Artikel, der in der Prager Zeitschrift „Filosoficky Casopis" veröffentlicht wurde. Die als Dogmatiker geltenden Parteiideologen greifen vor allem die Ansichten der Prager Philosophen Karel Kosik und Ivan Svitak an, die 1968 zu den schärfsten Kritikern der dogmatischen Philosophen im Ostblock gehörten.

MUSIK-KALENDER

3. **München,** Nationaltheater; Vesak/Mahler: Der Tod in Venedig (*Ballett*) (*ML: Köhler, Ch.: Vesak*, B: Svoboda)
7. **Mönchengladbach,** Opernhaus; Haydn: Die unverhoffte Begegnung (ML: Bell, R: Pesel)
8. **Wien,** Kammeroper; Chailly: Die kahle Sängerin (U) (ML: Zauner, R: Zabrsa)
9. **Frankfurt,** Opernhaus; Wagner: Siegfried (ML: Gielen, R: Berghaus, A: Manthey)
   Bonn, Werkstatt; Davies: Der Leuchtturm (ML: Dorn, R: Stern)
15. **Zürich,** Opernhaus; Mozart: Die Zauberflöte (*ML: Harnoncourt*, R. u. B.: Ponnelle)
   Karlsruhe, Staatstheater; Casado: Lorca (Ballett)
22. **Würzburg:** Bachtage (bis 30. 11.)
24. **Braunschweig:** Tage neuer Kammermusik (bis 27. 11.)
29. **Wiesbaden,** Staatstheater; Puccini: La Bohème (ML: Schirmer, R: Quetes, B: Teepe)
30. **Mannheim,** Nationaltheater; Dinescu: Der 35. Mai (U) (ML: Runnicles, R: Zwipf)
   Wien, Staatsoper; Massenet: Werther (ML: Davis, R: Samaritani)

Geiselnahme aus verschmähter Liebe

Nach Nervenkrieg stürmte Spezialeinheit die Wohnung

AP, München

Nach einem Nervenkrieg, der sich über den ganzen Samstag und die Nacht zum Sonntag hinzog, erschoß die Polizei gestern mittag den 45 Jahre alten Geiselnehmer, der seine 23 Jahre alte Exfreundin mit einer Waffe bedroht hatte, beim Sturm auf die Wohnung in München-Schwabing. Die Geisel blieb nach den Angaben eines Sprechers der Münchner Polizei „fast unverletzt", steht aber unter Schock.

36 Stunden nach Beginn der Geiselnahme stürmten um 11.24 Uhr Beamte eines Sondereinsatzkommandos das Appartement. Die Polizei hatte von Beginn der Geiselnahme an auf eine günstige Gelegenheit für einen Angriff gewartet. Diese, so verlautete aus Polizeikreisen, bot sich bei einer Essensübergabe. Der Geiselnehmer hatte für sich und sein Opfer Nahrungsmittel verlangt, die ihm die Polizei auch zubilligte. Bei der Übergabe des Essens durch ein Fenster schlugen die schwerbewaffneten SEK-Beamten zu, die alle mit kugelsicheren Westen ausgerüstet waren.

Sie warfen eine Blendgranate durch das Fenster ins Appartement und im selben Augenblick drangen die Spezialbeamten durch das Fenster und die Türe gleichzeitig in die Wohnung ein. Der Geiselnehmer, ein arbeitsloser Heizungsinstallateur, wurde erschossen. Seine 23jährige ehemalige Freundin erlitt neben einem leichten Schock „nur einen Kratzer", so ein Sprecher. Ein Polizeisprecher bezeichnete den Geiselnehmer als „besonders gefährlich, aggressiv und hartnäckig". Der Mann hatte noch am Vormittag ein Ultimatum gestellt, demzufolge ihm bis Montag 12.00 Uhr ein Fluchtauto mit Telefon, ein unbewaffneter Fahrer und eine Million Mark Lösegeld bereitgestellt werden sollten.

Nach Angaben der Polizei hatte das Drama am Freitag abend verhältnismäßig harmlos angefangen. Der 45jährige hatte zunächst versucht, seine ehemalige Freundin zur Rückkehr zu überreden. Zusammen mit einem zweiten Mädchen fuhr er mit ihr in sein Appartement. Dort entwickelte sich die Auseinandersetzung zu einer Geiselnahme aus verschmähter Liebe. Der Geiselnehmer bedrohte die beiden jungen Frauen, von denen eine schließlich gegen Mitternacht das Appartement verlassen konnte. Sie alarmierte die Polizei.

Im Laufe des Tages schoß der Geiselnehmer sechs Mal aus seinem Appartement, um Polizei und Journalisten auf Distanz zu halten. Dem Geiselnehmer wurde ein Feldtelefon in die Wohnung gelegt. Über die Leitung standen Beamte des psychologischen Dienstes des Münchner Polizeipräsidiums in ständigem Kontakt mit dem Mann.

Die Polizei, die mit rund 240 Beamten schichtweise am Tatort war, brachte sowohl die Mutter des Geiselnehmers wie auch die der Geisel und eine andere weibliche „Bezugsperson" zu dem Appartement. Auch deren Versuche, den Mann zur Aufgabe zu bewegen, blieben erfolglos.



Für Wirbel sorgte das Wandgemälde im Berliner S-Bahnhof Savignyplatz FOTO: DPA

In Nachtarbeit den Weltenbaum gemalt

Die Einladung zu nächtlichem Treiben kam von Berlins Bausenator Georg Wittwer und dem Direktor Joachim Piefke von den Berliner Verkehrsbetrieben. Das Vorprogramm in der Nacht zum Sonntag war für 22.30 Uhr angesetzt, der Höhepunkt für 2.30 Uhr. Doch die Daten signalisieren nicht Sünde, sondern Kunst – eine nächtliche Sause mit den Musen, angereichert mit Suppe, Songs und Sonderzug.

Angesagt war die Einweihung des Wandbildes „Weltbaum II", des jüngsten Geisteskindes von Ben Wargin. Dieser übt sich seit mehr als 25 Jahren in mancherlei Rollen und Berufen, die ihm neben regelmäßigen Bravos und Buhs von allen Seiten auch das Bundesverdienstkreuz eingetragen haben. Eigentlich ist er Künstler und Galerist, doch noch lieber sieht er sich als Baumpate, der Berlin und den Rest der Welt flächendeckend mit Gingko-Bäumen bepflanzen möchte. Nun also die nächtliche „Weltbaum II"-Premiere. Ein buntes Völkchen von Künstlern und Kunstbeamten, Wargin-Fans und Wargin-Hassern versammelte sich zu 22.30 Uhr im Grips-Theater. Dort im Hansa-Viertel gab's zur Einstimmung den Sensationserfolg „Linie 1", ein neues Musical um Liebesleid und -freud einer „Tussie aus Wessiland" im Berliner Großstadt-Dschungel zwischen den U-Bahnhöfen Zoo und Schlesisches Tor. Am Bahnhof Bellevue nahm Piefkes Sonderzug die Kunstbummler auf und transportierte sie durch das nächtliche Berlin. Vorbei am S-Bahnhof Tiergarten, in dessen Nähe Wargin 1975 den ersten Weltbaum auf die 20 x 30 Meter große Giebelwand eines vom Abriß bedrohten Hauses malen ließ. Das Haus steht noch immer, das Bild, bereits eine Inkunabel der Öko-Bewegung, bedarf indessen dringend der Restaurierung. Nach drei Stationen schon Endstation: der S-Bahnhof Savignyplatz. Hier steht die von Wargin für die Kunst ausgeguckte Brandmauer. Das bedeutete für den Aschaffenburger Maler Siegfried Rischar und seine Helfer Nachtarbeit zwischen den letzten und den ersten Zügen. Nur wenige Stunden also, so daß sich die gesamte Arbeit über ein Vierteljahr hinzog.

Aus Stamm und Geäst des riesigen „Weltbaum II" winden sich Schlangen, starre Gesichter mit angstvoll aufgerissenen Mündern, aber tröstlich wiegt auch eine Mutter ihr Kind. Darunter in Höhe der S-Bahn-Fenster Emailbilder nach Vorlagen bekannter Namen wie Anatol, Anlauf, Beuys, Grass und Bubenik, sowie in Zement gehauenes Sprachgut von Heuss bis Brecht, von Schiller bis Jünger. „Werden – Sein – Vergehen" heißt das Motto für das 105 Meter lange und sieben Meter hohe Ensemble, für das der Senat immerhin 300 000 Mark beigesteuert haben soll.

HEINRICH KÖNIG



WETTER: Aufheiterungen

Lage: Ein Zwischenhoch sorgt für ruhiges Wetter. Am Abend greift ein atlantisches Frontensystem auf den Nordwesten Deutschlands über.

Vorhersage für Montag: Im Nordwesten zunehmende Bewölkung, etwas Regen. Temperaturen nahe 11, nachts um 5 Grad. Im Süden auflockernde Bewölkung, kaum noch Niederschlag. Temperaturen um 7, nachts um null, am Erdboden bis minus 3 Grad. Im übrigen Deutschland wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Temperaturen nahe 10, nachts nahe null und am Erdboden Frost um minus 2 Grad.

Weitere Aussichten: Im Norden leicht unbeständig und etwas milder, sonst ruhiges Hochdruckwetter mit Nachtfrost.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.19 Uhr*, Untergang: 16.51 Uhr; **Mondaufgang:** 10.38 Uhr, Untergang: 17.44 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. Nov., 8 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	9	bw
Bielefeld	9	he
Braunlage	5	bw
Bremen	10	he
Dortmund	8	he
Dresden	6	bd
Düsseldorf	11	bw
Erfurt	6	bw
Essen	9	he
Feldberg/S.	-3	S
Flensburg	9	he
Frankfurt/M.	10	he
Freiburg	6	R
Garmisch	9	R
Greifswald	8	wl
Hamburg	9	he
Hannover	9	he
Kahler Asten	1	IW
Kassel	7	bw
Kempten	4	R
Kiel	9	wl
Koblenz	9	Rs
Köln-Bonn	9	bw
Konstanz	7	bw
Leipzig	8	bw
List/Sylt	10	bw
Lübeck	9	he
Mannheim	9	bw
München	7	Rs
Münster	10	he
Norderney	10	he
Nürnberg	6	R
Oberstdorf	6	R
Passau	11	bw
Saarbrücken	9	bw
Stuttgart	5	R
Trier	7	bw
Zugspitze	-6	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Algier	22	he	Faro	21	he	Ostende	9	he
Amsterdam	10	he	Florenz	17	bw	Palermo	20	he
Athen	17	he	Genf	8	bd	Paris	10	he
Barcelona	18	he	Helsinki	5	bd	Peking	15	bw
Belgrad	13	wl	Hongkong	25	bw	Prag	10	he
Bordeaux	12	bw	Innsbruck	11	bw	Rhodos	19	he
Bozen	8	R	Istanbul	14	bw	Rom	18	bw
Brüssel	10	he	Kairo	26	he	Salzburg	10	bw
Budapest	10	bd	Klagenfurt	9	bw	Singapur	28	bw
Bukarest	10	he	Konstanza	8	bw	Split	17	bd
Casablanca	20	he	Kopenhagen	8	he	Stockholm	3	R
Dublin	8	bw	Korfu	20	he	Straßburg	11	bw
Dubrovnik	17	bw	Las Palmas	22	he	Tel Aviv	23	bw
Edinburgh	7	bw	Leningrad	5	bd	Tokio	15	bw
			Lissabon	17	he	Tunis	18	wl
			Locarno	8	bd	Valencia	22	he
			London	8	he	Varna	11	wl
			Los Angeles	19	wl	Venedig	11	bd
			Luxemburg	6	bw	Warschau	13	bw
			Madrid	17	he	Wien	7	R
			Mailand	10	R	Zürich	7	bw
			Malaga	25	he			
			Mallorca	20	he			
			Moskau	3	bd			
			Neapel	21	bw			
			New York	14	bd			
			Nizza	19	he			
			Oslo	7	wl			

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Selbstmord der „Bräute Gottes" schockiert Japan

dpa, Tokio

Sieben „Bräute Gottes" haben sich am Samstag nach dem Tod ihres Sektenführers in Brand gesteckt. Ein Spaziergänger fand die verkohlten Leichen am Strand nahe der westjapanischen Stadt Wakayama. Die Frauen, zwischen 25 und 67 Jahre alt, hatten Seiji Miyamoto (61) geschworen, daß sie im Fall seines Todes unverzüglich „ins Königreich Gottes zurückkehren". Am Freitag war Miyamoto an einer Leberkrankheit gestorben. 1950 hatte er seine „Kirche der Freunde der Wahrheit" gegründet. Die sieben „Bräute Gottes", mit denen er zusammenlebte, überschrieben ihm im Frühjahr dieses Jahres ihr gesamtes Vermögen.

17 Tote in Chemiefabrik

AFP, Varna

Bei einem Unfall in einem bulgarischen Chemiewerk nahe der Stadt Varna am Schwarzen Meer sind am Samstag 17 Menschen getötet und 19 verletzt worden, meldete die bulgarische Nachrichtenagentur BTA. Aus der in Wien empfangenen Nachricht geht nicht hervor, um was für einen Unfall es sich in Devnya handelte. Am Freitag hatte das Politbüro der KP beschlossen, dem Ministerrat eine neue Leitung der staatseigenen chemischen Industrie vorzuschlagen. Die bisherige Führung sei den Problemen nicht gewachsen.

Heineken-Entführung: Das Ende einer kuriosen Odyssee

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nach Angaben ihres Anwaltes sind sie eigentlich nur nach Holland zurückgekehrt, weil sie Heimweh hatten. Doch in Wahrheit endete mit der nun durch Frankreich erfolgten Auslieferung der beiden mutmaßlichen Heineken-Entführer Cor van Hout und Willem Holleeder eine kuriose Odyssee. Drei Jahre lang war es den beiden Männern, die verdächtigt werden die Drahtzieher der spektakulären Entführung des Biermillionärs Alfred „Freddie" Heineken gewesen zu sein, mit der sie 1983 insgesamt 34 Millionen Gulden Lösegeld erpreßten, gelungen, die niederländische Justiz an der Nase herumzuführen.

Drei Jahre lang verbrachten die beiden meistgesuchten Männer der Niederlande nach ihrer Verhaftung in Paris in französischer Auslieferungshaft. Die letzten fünf Monate davon logierten sie sogar in einem noblen Hotel vor den Toren der französischen Hauptstadt unter Hausarrest, scharf bewacht von der französischen Polizei.

Und zwischendurch durften van Hout und Holleeder mit einem eigens für sie von der Pariser Regierung bereitgestellten Jumbo-Jet auch noch einen Abstecher auf die Karibik-Insel St. Martin unternehmen. Hier auf der karibischen Urlaubsinsel, die je zur Hälfte zu Frankreich und den Niederlanden gehört, sollten die beiden mit einem Trick auf holländisches Hoheitsgebiet abgeschoben werden. Doch die ausgeklügelte Aktion mißlang, weil das Vorhaben vorab bekannt wurde.

Daraufhin ging das französisch-niederländische Auslieferungs-Hickhack weiter. Der Grund für die verzwickte juristische Situation war ein Anachronismus. Denn unmittelbar nach der Verhaftung der beiden Verdächtigen hatte Den Haag deren Auslieferungen in Paris beantragt. Doch die eifrigen holländischen Justizbeamten hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie hatten nämlich übersehen, daß zwischen beiden Ländern noch immer ein aus dem Jahre 1896 datierender Auslieferungsvertrag in Kraft war. Ein Vertrag, der das Delikt Entführung nicht kannte.

Inzwischen aber lag ein neues EG-weit geltendes Auslieferungsabkommen der französischen Volksvertretung zur Ratifizierung vor. Dieses Gesetz passierte nun die französische Nationalversammlung. Nur Stunden später lag den Franzosen bereits ein neues Auslieferungsersuchen aus Den Haag vor. Diesmal hatten die Holländer Erfolg.

Inzwischen sitzen die beiden Hauptverdächtigen in Holland wieder hinter Schloß und Riegel und warten auf ihren Prozeß. Ihnen droht eine bis zu 14jährige Gefängnisstrafe. Das Verfahren soll in Kürze eröffnet werden und wird in der niederländischen Öffentlichkeit mit Spannung erwartet. Denn man erhofft sich eine Antwort auf die allgemein interessierende Frage: Wo sind die restlichen neun Millionen des Lösegeldes aus der Heineken-Entführung geblieben?

Basel: Folgen des Brandes noch nicht abzusehen

AP, Basel

Die Folgen des Großbrandes beim Chemiekonzern Sandoz, der am Samstag den Großraum Basel und die angrenzenden Gebiete Baden-Württembergs und des Elsasses in Atem hielt, sind noch nicht abzusehen. Zwar gab die Schweizer Polizei bekannt, es seien nur sehr geringe Schadstoffmengen in die Luft entwichen, doch lagen bis gestern noch keine Angaben über das Ausmaß der Verschmutzung des Rheins vor. Mit Chemikalien verseuchtes Löschwasser war in den Fluß gelangt, hatte dieses rot gefärbt und ein Fischsterben ausgelöst. Die Färbung des Rheins zog sich bis nach Mannheim hin.

Über die Ursache des Brandes, der kurz nach Mitternacht in einer 6000 Quadratmeter großen Lagerhalle des Konzerns ausgebrochen war, herrscht ebenfalls noch Unklarheit. Nach Angaben der Firmenleitung verbrannten rund 800 Tonnen Chemikalien, darunter Insektenvernichtungsmittel und Quecksilber. Über der Brandstelle bildete sich eine stinkende Gas- und Rauchwolke, die Stickoxid und Schwefeldioxid enthielt und eine ätzende Wirkung auf die Atemorgane hatte. Die Bevölkerung war über Rundfunk aufgefordert worden, die Fenster zu schließen und in den Häusern zu bleiben. Für die gesamte Basler Region wurde Katastrophenalarm ausgelöst. Der französische Umweltminister Carignon beschwerte sich über die verspätete Informierung der Nachbarländer.

Volle Kassen und lange Staus an Allerheiligen

AP, Frankfurt

Zwischen Streß und Stille erlebten viele den 1. November. Während in den überwiegend katholischen südlichen Bundesländern Feiertagsruhe herrschte, brach in den Einkaufsstraßen vieler Städte in Hessen und Niedersachsen ein mittleres Chaos aus. Einkaufslustige aus Nordrhein-Westfalen und dem Süden nutzten hier den langen Samstag. Vielerorts wurden die Innenstädte für Autos unpassierbar. In Wiesbaden waren die Parkhäuser bereits am frühen Vormittag besetzt. Auf der Autobahn 643 von Mainz nach Wiesbaden staute sich der Verkehr zeitweise bis nach Mainz zurück.

Masken gegen Abgase

dpa, Rom

Roms Verkehrspolizisten bekommen Schutzmasken gegen die von Abgasen verpestete Luft der italienischen Hauptstadt. 3000 der 4900 Schutzleute hätten Interesse an der Initiative bekundet, teilte die Gewerkschaft der Beamten mit.

Einbruch in Horbach-Villa

AFP, Chateauneuf-du-Pape

In der Nacht zum Samstag ist in das versiegelte Haus des Schriftstellers Michael Horbach in Chateauneuf-du-Pape eingebrochen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurden nur wertlose Gegenstände gestohlen. In der gleichen Nacht erlag Horbach in einem Marseiller Krankenhaus seinen Verletzungen, die er sich am Montag offenbar bei einem Selbstmordversuch zugefügt hatte. Zuvor hatte er nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen seine Ehefrau Alexandra Cordes erschossen.

Tod kam mit dem Telefon

AFP, Kairo

Aus Freude darüber, daß er nach 15 Jahren endlich den beantragten Telefonanschluß erhalten sollte, ist ein 50 Jahre alter Ägypter am Samstag an einem Herzschlag gestorben. Die Kairoer Presse berichtete, der Musiker Adel Atteya Mostafa sei beim Unterschreiben des Anschlußformulars plötzlich tot zusammengebrochen.

105 Rinder verbrannt

AFP, Mülhausen

Ein ehemaliger Feuerwehrpraktikant ist am Wochenende in Dürmenach bei Mülhausen festgenommen worden, nachdem er seinen sechsten Brand gelegt hatte. Diesmal wurden 39 Rinder getötet; seit 1985 waren durch die Brandstiftungen des 20jährigen bisher bereits 66 Stück Vieh umgekommen.

Von Lokomotive erfaßt

dl. Hannover

Auf einem unbeschrankten Bahnübergang an einer Bundesbahnnebenstrecke bei Schwarmstedt ist am Wochenende ein Wohnmobil von einer Lokomotive erfaßt worden. Die vier Autoinsassen wurden dabei zum Teil schwer verletzt.

Erschütternder Aufruf

SAD, London

Linda Lovelace (37), die Anfang der 70er Jahre in Porno-Filmen wie „Deep Throat" auftrat und seit Jahren als Hausfrau in New York lebt, ist schwer krank. Bei einer Untersuchung für die geplante Amputation beider Brüste – Ursache dieses Leidens könnten Silikonspritzen sein, mit denen sie sich vor 15 Jahren den Busen vergrößern ließ – wurde zusätzlich eine Hepatitis diagnostiziert. Weil Linda Lovelace nicht krankenversichert ist, rief sie im Fernsehen zu Spenden für die 420 000 Mark teure Lebertransplantation auf.

ZU GUTER LETZT

Seine Zerstreutheit brachte den New Yorker Floyd Flow hinter Gitter. Der 24jährige war lediglich wegen Schußwaffenbesitzes zu einem Gerichtstermin geladen worden. Während einer Leibesvisitation fiel Floyd Flow dann eine Papiertüte aus der Tasche – die Beamten fanden darin 76 Ampullen der Droge Crack.

